System der politischen Oekonomie



SYSTEM DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Von

Dr. G. RUHLAND
weil. o. ö. Professor für politische Ökonomie
an der Universität Freiburg

Unveränderter Neudruck mit einer Einleitung
von R. Walther Darré

III

Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers

„ZEITGESCHICHTE"
Verlag und Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 35 u. Leipzig

Printed in Germany. Obraldruck Oscar Brandstetter, Leipzig.

INHALTS-VERZEICHNIS.

DRITTER TEIL.

Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers.

Seite



Dritter Teil.

Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers.



A.

Die pathologische Entwicklung im Leben der geschichtlichen Kulturvölker.

Vorbemerkung. Im ersten Bande dieses Werkes, und zwar speziell auf Seite 15 bis 42 und dann auf Seite 148 bis 160 sind die Gründe genannt, welche mich bestimmen, an die Nationalökonomie oder politische Oekonomie oder Volkswirtschaftslehre als „Wissenschaft" folgende drei Anforderungen zu stellen:

1. Diese Wissenschaft hat vor allem dem praktischen Bedürfnis des ökonomischen Volkslebens zu dienen, indem sie mit der Fackel der Erkenntnis der politischen Praxis voranleuchtet

2. auch das heute so nötige neue System der politischen Oekonomie aus der Summe der ökonomischen Konsequenzen unserer Zeitverhältnisse abzuleiten und

3. weil die neuzeitliche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse das Leben unseres Volkes immer ernster bedroht und weil das wissenschaftliche Reformprogramm unter Ausscheidung der „gesunden" und „kranken" Entwicklungstendenzen der Gegenwart abgeleitet sein will — neben der genauen Kenntnis der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse das Studium an den Völkerleichen, welche auf dem Seziertisch der Geschichte liegen, als weitaus wichtigste Unterlage zur wissenschaftlichen Förderung unserer ökonomischen Erkenntnis zu benutzen.

Mit diesen Sätzen wird die Nationalökonomie aus einer „Lehre von den volkswirtschaftlichen Erscheinungen" — wie bisher — zu einer „Lehre vom gesunden und kranken Volkskörper" und die sogenannte „spezielle oder praktische Volkswirt-

schaftlehre" wird folgerichtig aus dem „Inbegriff jener Massnahmen, welche die Regierung zur Förderung der Volkswirtschaft ergreift" — wie bisher — eine „Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers", was im Titel dieses Bandes schon zum Ausdruck gebracht wurde.

Auch dogmengeschichtlich erscheint diese veränderte Auffassung der Nationalökonomie durchaus gerechtfertigt. All unsere grossen durchgreifenden neuen Systeme der politischen Oekonomie waren von der ausgesprochenen Absicht getragen, die ökonomischen Misstände ihrer Zeit zu beseitigen, wie im ersten Bande dieses Werkes eingehend nachgewiesen wurde. Es sind immer und zu allen Zeiten die kleinen Geister, die Materialsammler, die Kleinigkeitskrämer gewesen, welche nur über „kleine Mittel" verfügten und behaupteten, die jeweils herrschenden ökonomischen Misstände nicht „heilen", sondern nur „lindern" zu können. Wie die Medizin als „Heilkunde für den kranken Menschen" mit jedem weiteren wissenschaftlichen Fortschritt gelernt hat, früher unheilbare Erkrankungen zu „heilen" und nicht bloss zu „lindern", so wächst auch in der Volkswirtschaftslehre als „Heilkunde des kranken Volkskörpers" die Heilkunst mit dem Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis. Wenn also gewisse Nationalökonomen immer noch betonen zu müssen glauben, dass sie eine völlige Heilung unserer volkswirtschaftlichen Misstände als „utopisch" bezeichnen, so beweist diese Behauptung nur die wissenschaftliche Rückständigkeit der volkswirtschaftlichen Einsicht ihrer Vertreter.

Die heute herrschende Schule der Nationalökonomie gefällt sich zwar unter der Führung von Gustav Schmoller in der Erzeugung einer gewaltigen Masse von historischen Monographien, welche als Leistungen der „reinen", „voraussetzungslosen" Wissenschaft, ohne Beziehung zu irgend einem praktisch-politischen Zwecke geschrieben sind. Schon im ersten Bande dieses Werkes wurde aber darauf hingewiesen, dass diese Autoren die doch beachtenswerte Tatsache übersehen, dass ein „Haufen Baumaterialien" noch „kein Haus" ist, in dem Menschen wohnen können. Inzwischen hat kein geringerer als Friedrich Paulsen auf die „Gefahren des Historismus" an den deutschen Universitäten hingewiesen. Paulsen verlangt von denjenigen, „welche als Lehrer und Leiter geisteswissenschaftlicher Studien wirken, dass sie für ihre Person von dem Trieb zum Wesentlichen, Wichtigen und Lebendigen

durchdrungen sind. Nur ein universalhistorischer, ein philosophischer, ein von Ideen befruchteter Geist, ein Geist, der auch der Gegenwart etwas zu sagen hat, der zur Zukunft drängt, macht das historische Studium lebendig, an welchem Punkte er es auch angreift."

Diese nur zu sehr berechtigte Mahnung Paulsens wird bestätigt durch eine eigenartige internationale Literatur aus neuester Zeit, welche die Entwicklungsgeschichte der Völker fragt: was die Politik der Gegenwart im Interesse einer besseren Zukunft zu tun und zu lassen habe? So sprach Professor Fahlbeck (Lund) auf der X. Versammlung des internationalen statistischen Instituts in London (1905) über den „Niedergang und Untergang der Völker" und zeigte an der Hand umfassender statistischer Materialien, dass die heute höchst entwickelten Kulturvölker ihre physische Lebenskraft zu verlieren scheinen. Zu nicht minder pessimistischem Urteile kommt der Amerikaner Brooks Adams dessen Buch „Das Gesetz der Zivilisation und des Verfalles" inzwischen in deutscher und französischer Uebersetzung erschienen ist und dem der derzeitige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Theodore Roosevelt eine ebenso eingehende wie interessante Besprechung gewidmet hat. In der bekannten englischen Zeitschrift „The Nineteenth Century" veröffentlichte Ellis Barker, unter Benutzung von Studien über die „Nemesis der Völker" eine Abhandlung über die „Zukunft von Grossbritannien" mit einem recht einschneidenden agrarischen Reformprogramm. Etwa gleichzeitig wurde in den preussischen Jahrbüchern das zweibändige Werk von Charles Sarolea „Essais de Literature et de Politique" mit viel Wohlwollen besprochen. Schliesslich ist diese Methode ja schon von Machiavelli und sogar schon von Aristoteles angewendet worden. Der 2. Band dieses Werkes und die hier folgenden Ausführungen befinden sich also in guter Gesellschaft.

Bedarf die Hinneigung zur naturwissenschaftlichen Methode hier noch einer besonderen Begründung? — Naturwissenschaftliche und speziell medizinische Begriffe sind in der nationalökonomischen Literatur mehr und mehr eingebürgert, seitdem der Leibchirurg Ludwigs XV. Francois Quesnay uns das System des Physiokratismus geschenkt hat. Dann wussten St. Simon und Aug. Comte ihre Folgerungen aus der Auffassung der Gesellschaft als „Organismus" zu ziehen und die

„Sociologie" zu begründen, welche Herbert Spencer mit biologischer Auffassung als eine „Lehre vom Leben" zur Darstellung brachte. Der hervorragende Berliner Anatom Oskar Hertwig konnte 1899 in einer Festrede „Die Lehre vom Organismus und ihre Beziehung zur Sozialwissenschaft" nachweisen, wie sehr hier die Naturwissenschaften und die Sozialwissenschaften sich gegenseitig zum Danke verpflichtet sind. Und namentlich durch Albert Schäffle's grosses Werk: „Bau und Leben des sozialen Körpers, enzyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Arbeit mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirtschaft als sozialen Stoffwechsel" (4 Teile, Tübingen 1875—1878, 2. Auflage mit einer gekürzten Darstellung 2 Bände, Tübingen 1896) wurde unsere volkswirtschaftliche Sprache mit naturwissenschaftlichen Begriffen ungemein bereichert. Heute ist die Auffassung des „volkswirtschaftlichen Körpers" als „Organismus" — im Gegensatze zu der mehr mechanischen Auffassung der Freihändler — fast allgemein eingebürgert. Der ganz geläufige Begriff „Krisis" ruft medizinische Erinnerungen wach. In dem soeben erschienenen XVII. Hefte der „Arbeiterversicherung im Auslande" hat der kaiserliche Geheimrat Dr. Zacher auf Seite 36 „die Therapie" und „die Prophylaxis" der deutschen Arbeiterversicherung behandelt. Liegt es da, bei dem lebhaften politischen Reformbedürfnis unserer Zeit, nicht nahe, von der sozialen Anatomie, Physiologie und Psychologie Schäffle's den Schritt zur „sozialen Pathologie und Nosologie" zu wagen?

Jedenfalls kann die Geschichte der Medizin, wie sie aus den Werken von Prof. Pagel: „Zur Einführung in die Geschichte der Medizin" (1898), „Grundriss zu einem System der medizinischen Kulturgeschichte" (1905) Neuburger und Pagel „Handbuch der Geschichte der Medizin" (1875—1896) uns entgegentritt, zu diesem Fortschritt in der Auffassung der Volkswirtschaftslehre nur ermutigen. Der bahnbrechende Einfluss, den Virchow auf die moderne medizinische Wissenschaft ausgeübt hat, liegt nach diesen Ausführungen hauptsächlich darin begründet, dass er an Stelle der überwiegenden Anatomie und Physiologie die Pathologie als Physiologie der kranken Menschen auf dem festen Unterbau der pathologischen Anatomie begründet hat. Auch Virchow ging dabei von dem „praktischen Bedürfnis des

Lebens" aus. Die Heilkunde ist nach seiner Auffassung keine Wissenschaft, die man einzig um ihrer selbst willen pflegen darf." Für sie gilt das Wort: scientia est potentia. Sie darf nicht auf Wolken thronen, sondern muss auf festen Beinen unter dem Volk wandern und sorgen, ihm Leben und Gesundheit zu schirmen."

Genau der gleiche Umschwung ist es, den wir heute in der Nationalökonomie als Wissenschaft benötigen. Auch diese Wissenschaft ist nicht dazu da, um nur für sich selbst auf Bibliothekswolken zu thronen; sie soll vielmehr auf festen Beinen unter dem Volke wandern und sorgen, dass die Gesundheit unseres volkswirtschaftlichen Körpers wieder gewonnen und erhalten werde. Und das, was — wissenschaftlich gesprochen — hierzu vor allem erforderlich ist, umschliesst die Ergänzung unserer heute ganz überwiegend herrschenden „sozialen Anatomie, Physiologie und Psychologie" durch eine „soziale Pathologie" als „Physiologie des kranken Volkskörpers". Zu diesem Zwecke liefert uns die pathologische Anatomie der geschichtlichen Kulturvölker die grundlegenden Erfahrungssätze, denen sich die Beurteilung der pathologischen Symptome im Völkerleben der Gegenwart anreiht, um mit der Therapie als wissenschaftliches Programm für die wirtschaftspolitische Praxis zu schliessen.

Das ist denn auch die naheliegende und naturgemässe Disposition für die nachfolgenden Ausführungen.

Heute erblickt eine stetig wachsende Partei, die Sozialpemokratie, in jenem Prozesse, der entwickelungsgeschichtlich als „Todesstunde des Staates und der Volkswirtschaft" bezeichnet werden muss, den günstigsten Zeitpunkt, um eine vollständige Regeneration unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse einsetzen zu lassen. Was wir Sozialpolitik nennen, bemüht sich gewisse Krankheitssymptome einigermassen erträglich zu machen, ohne auch nur im Entferntesten die eigentliche Krankheitsursache anzutasten. Der fortschreitenden Zersetzung der noch gesunden Zellen (Mittelstand) steht fast die ganze Wissenschaft teilnahmslos gegenüber. Die weit grössere Energie unserer

staatlichen Massnahmen sucht offensichtlich weitere Wucherungen der Krankheitsursache, des „Kapitalismus" nämlich, zu begünstigen. Und wenn die agrarisch-konservativen Kreise bemüht sind, die krankhafte Entwicklung im Interesse der noch gesunden Volksteile wenigstens aufzuhalten, dann nennen das die Vertreter des ökonomischen Liberalismus „reaktionär". Es besteht also doch wohl ein lebhaftes Bedürfnis, endlich die Begriffe „gesund" und „krank" in unsere Volkswirtschaftslehre einzuführen und in konsequenter Weise zu Ende zu denken. Der Wunsch von Riesser (Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken 2. Aufl., S. 38, Not. 3) „hinter einem Leichenwagen weder zu philosophieren noch Gesetze machen zu wollen und die Wirkungen der Börsenkrisen auf den nationalen Wohlstand nicht zum Ausgangspunkte reformatorischer Aktionen zu wählen, kann nur von jenen Nationalökonomen erfüllt werden, welche sich mit der zweifelhaften Aufgabe begnügen, „Lobredner ihrer Zeit" zu sein. Der Sozialpolitiker, welcher als Arzt den erkrankten volkswirtschaftlichen Körper zu heilen hat, würde sich der schwersten Pflichtverletzung schuldig machen, wenn er nach dem Wunsche des jetzigen Professor Riesser die schwersten und für die Erhaltung des Lebens bedenklichtsen Symptome verschweigen oder übersehen wollte.

* *
*

a. Die Erfahrungen im Einzelnen.

1. Geschichte der Juden.

(vergl. Band I., Seite 201—243.)

Das israelitische Volk besiedelte Kanaan als Bauernvolk im Familien- und Stämmeverband bei Naturalwirtschaft. Der Küstenstrich mit den Hafenplätzen blieb zunächst in den Händen der Phönizier und Philister, die Städte im Lande in den Händen der Kanaaniter. Die naturalwirtschaftliche Ordnung gewährte dem Volke eine gewisse Wohlhabenheit, trotz häufiger kriegerischer Bedrängnis durch räuberische Nachbarn. Eben diese Bedrängnis zeitigte die Einführung des Königtums. Das siegreiche Königtum ging dann aus der Verteidigungspolitik über zur Eroberungspolitik. Die Kriegsbeute mehrte den Reichtum des Volkes an Gold und Silber. Die Siege führten zu einer Verschmelzung mit dem Händlervolke der Kanaaniter, zur Unterwerfung der Philister und zu einem Freundschaftsbündnis mit den Phöniziern in Aegypten. Die Naturalwirtschaft des Volkes wurde durch die Geldwirtschaft abgelöst. Neben den ländlichen Verhältnissen

machten sich die Städte und insbesondere der Einfluss der Hauptstadt, wo der König mit seinen Schätzen wohnte, geltend. Zu den Bauern gesellte sich der Händler und Gewerbetreibende. Dem Reichtum des Königs an Edelmetallen entsprach sein Reichtum an Land. Die vielfach ausländischen Kapitalisten und Händler wussten das Luxusbedürfnis des Königs zu wecken und für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Der Bezug von ausländischen Baumaterialien, ausländischen Bauleuten und Gewerbetreibenden für die Prachtbauten des Königs wurde durch die Ausfuhr entsprechender Mengen von Brotgetreide bezahlt. Das Getreide verwandelte sich in einen internationalen Handelsartikel. Der Geldhunger des Volkes brachte auch die Reserven an Brotgetreide für Notjahre in den Handel. Das nächste ungünstige Erntejahr stürzte das Volk in eine Hungersnot mitten im Frieden. Die Not des Volkes schuf die Voraussetzung, mit Hilfe entsprechender Getreidepreissteigerungen die Verschuldung des Volkes rasch wachsen zu lassen, welcher die rücksichtslose Ausbeutung der Bevölkerung mit Hilfe des furchtbaren Kreditrechtes folgte. Die eingeführte Geldwirtschaft war zur Kapitalistenwirtschaft geworden, und zeigte die erste Stufe dieser Entwicklung in der Form des Handels- und Leihkapitals.

Der König hatte anscheinend wenig Fühlung mit dem Volke. Jedenfalls kümmerten ihn die sich jetzt vollziehenden bedenklichen sozialen Vermögensverschiebungen wenig. Auch des Königs Aufmerksamkeit war ganz in geldwirtschaftlichen und kapitalistischen Anschauungen aufgegangen. Der Kapitalismus sass auf dem Fürstenthrone. So wurde der König selbst zum Händler. Durch seine persönlichen Beziehungen zu auswärtigen Königen konnte ein ertragreiches internationales Handelsmonopol gewonnen werden. Besondere Handelsexpeditionen besuchten das Goldland der

damaligen Zeit. Die Steuerschraube des Staates wurde immer mehr und immer rücksichtsloser angezogen. Der Getreideexport erhielt eine staatliche Organisation. Eine grosse Zahl der Bevölkerung wurde kurzer Hand in Arbeitersklaven verwandelt. Der selbständige Mittelstand ging rasch zurück. Zur Blüte kam, und zwar namentlich in der Hauptstadt, das Luxus- und Baugewerbe, das Geschäft der Geldwechsler und Geldverleiher und der Grosshändler. In all diesen Erwerbsarten waren Ausländer (Phönizier) in grosser Zahl vertreten. Mit der Steigerung des Luxus und dem Wachsen der Geldgewinne erhöhten sich auch die Preise der Waren und der Löhne. An Stelle der Silberwährung trat die Goldwährung. Aber die Masse des Volkes, und namentlich die der Bauern, war verarmt. Die gesunde naturgemässe Reaktion auf all diese Misstände, der israelitische Bauernaufstand, konnte nicht ausbleiben. Als der neue König die grossen Lasten, welche auf den Schultern der bäuerlichen Bevölkerung ruhten, nicht nach der Gerechtigkeit mildern wollte, kam es zur Spaltung des Reiches.

Nach dieser Schwächung der heimischen Kraft brach die kapitalistische Herrlichkeit im Auslande rasch zusammen. Die zinsbar gewesenen fremden Völkerschaften machten sich frei, ihre Tributleistungen hörten auf. Die ausländische Goldquelle versiegte. Der überseeische Handel kam ins Stocken. Das internationale Handelsmonopol wurde wertlos. Bald unternahmen die Nachbarn wieder gelegentliche Raubzüge ins Land, in dem der Bruderkrieg nur zu häufig wütete. Eine Reihe von Hungersnöten steigerte die Armut der Volksmassen noch mehr. Die „Geldfürsten von Juda und Israel regierten das Land und der König hatte wenig mehr zu sagen.“ Ueberall dehnte sich der Latifundienbesitz der wenigen Reichen, Genussucht und Habgier kannten keine Grenzen. Richter und Priester waren bestechlich

geworden. Schwer lastete die Armut auf den Volksmassen. Alle Mahnrufe der Sozialreformer (Propheten) verhallten ungehört. Die Flucht der Bevölkerung aus der Heimat wurde immer grösser. Kaum 250 Jahre nach dem äusserlich glänzenden Höhepunkt der Entwicklung unter Salomo endet das Reich Juda durch die babylonische Erorberung, welche das Volk in Gefangenschaft fortführt. Das Reich Israel war schon vorher der assyrischen Eroberung völlig erlegen.

Nach 60-jähriger Gefangenschaft wurde den Juden die Rückkehr in ihre Heimat freigestellt, unter Oberhoheit der Perser, dann unter Alexander dem Grossen, später unter Aegypten, nachher unter Syrien, zuletzt unter Rom. Mit dieser Oberhoheit war die Verpachtung der Steuern und Zölle an Unternehmer verbunden und so dauernd eine Hochburg der kapitalistischen Ausbeutung gesichert. Damit blieb auch der Ausfuhrhandel in landwirtschaftlichen Produkten. Binnen kurzer Zeit brachten Missernten die alten Uebelstände der Ueberschuldung und Auswucherung des Volkes durch die Kapitalisten wieder. Ein einflussreicher Sozialreformer (Prophet) stellte die früheren Besitzverhältnisse wieder her und schüchterte die Wucherer ein. So war kaum 100 Jahre nach der Rückkehr aus dem Exil eine allgemeine Schuldzins- und Knechtschaftsbefreiung nötig geworden. Dann verbündeten sich die Wucherer mit der inzwischen syrischen Oberherrschaft. Das verlieh dem Aufstand der Unterdrückten den Charakter einer nationalen Erhebung (Makkabäer), die siegreich war, mit der Fremdherrschaft auch die Kapitalistenherrschaft beseitigte und den Mittelstand allgemein wieder zur Einführung brachte.

Bald folgte die Oberherrschaft der Römer und damit von neuem die Herrschaft der kapitalistischen Wucherer jeder Art. Schwere Hungersnöte begünstigten die Aus-

plünderung des Volkes. Jeder Befreiungsversuch aus kapitalistischen Fesseln, welche die Weltmacht Rom hatte schmieden helfen, schien aussichtslos. Deshalb nahm die unausbleibliche anti-kapitalistische Reaktion die Entartungsformen in der Richtung der Krankheitsentwicklung als Kommunismus und Anarchismus an. Fast keiner der Könige starb mehr eines natürlichen Todes. Die Essäer verwarfen Ehe und Eigentum. Die Sikarier durchzogen das Land, überfielen die Reichen und trieben in vertraulicher Verbindung mit dem römischen Landpfleger einen umfangreichen Grundstückshandel mit jenen Besitzungen, welche sie mit dem Dolch in der Hand den Reichsten abgenommen hatten. Die Flucht aus dem Lande verbreitet sich mehr und mehr. Die Zahl der beschäftigungs- und brotlosen Proletarier nahm in der Hauptstadt rasch zu. Die soziale Revolution brach aus. Einer kurzen Befreiung von der Römer- und Kapitalistenherrschaft folgt die Zerstörung von Jerusalem mit der dauernden Vernichtung des jüdischen Staates.

---

2. Milet.

(Vergl. Band I, Seite 274 und 275.)

Die alten Griechenstämme sind bekanntlich von Norden her in den südlichen Vorsprung der Balkanhalbinsel eingewandert und haben dann über die jonischen Inseln hinweg den Weg nach der kleinasiatischen Küste gefunden. Hier lernten sie von den kapitalistisch hoch entwickelten Völkern des Orients die Geldwirtschaft, Handel und Gewerbe mit den kapitalistischen Künsten kennen. Damit begann auch in der griechischen Welt der Uebergang vom Agrarstaat und der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, zur Kapitalwirtschaft, zum Handels- und Industrie-Staat, worauf etwa 100 Jahre später immer der Untergang des Staates und seiner Kultur folgte. Diese Entwicklung durchliefen zuerst' die kleinasiatischen Küstenstaaten. Dann folgten die jonischen Inselstaaten und schliesslich die Staaten auf dem Festlande.

Zu den kleinasiatischen Küstenstaaten gehörte M i l e t. Etwa um das Jahr 1000 v. Chr. gegründet, war Handel und Gewerbe bald so entwickelt, dass es im VIII. und VII. Jahrhundert v. Chr. hervorragend an der Kolonisationsbewegung sich beteiligte. Das eigene Landgebiet war klein. Bald machte sich die Konkurrenz der griechischen Industriestaaten auf den jonischen Inseln geltend. Dann brachte die politische Einigung der kleinasiatischen Binnenstaaten die Zufuhr der Rohmaterialien ins Stocken. Beides rief

schwere wirtschaftliche Krisen hervor, welche den blutigen Kampf zwischen den „Reichen“ und den „Armen“ zum Ausbruch brachten. Der Versuch, diese innerpolitischen Spannungen durch einen Krieg gegen äussere Feinde abzulenken, führte rasch zur Zerstörung der Stadt, die seitdem ein ärmliches Fischerdorf geblieben ist,

---

3. Teos

(vergl. Band I, Seite 275—276)

war ein anderer kleinasiatischer Küstenstaat der Griechen, welcher ebenfalls im VII. Jahrhundert v. Chr. einen ausgedehnten kolonialen Besitz im Interesse seines industriellen Exports und seiner Handelstätigkeit beherrschte. Als die Einigungsbestrebungen der kleinasiatischen Binnenstaaten begannen, sah Teos die Absperrung seiner Rohmaterialzufuhren und damit seinen sicheren Untergang kommen. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung entschloss sich deshalb, Teos zu verlassen und in der fruchtbaren Ebene an der Westküste von Thrakien eine neue Heimat mit mehr Bauern zu gründen.

---

4. Phokaea

(vergl. Band I, Seite 276—277)

war der nördlichste der altgriechischen Stadtstaaten an der kleinasiatischen Küste. Im VII. Jahrhundert v. Chr. gehörte ihm eine Reihe der wertvollsten Kolonien am Mittelländischen Meere. Als jedoch 545 v. Chr. die Perserbewegung siegreich vorgedrungen war, hielt es die Bevölkerung für ratsam, die Heimat für immer zu verlassen und nach Korsika auszuwandern.

---

5. und 6. Chalkis und Eretria

(vergl. Band I, Seite 227—279)

waren zwei industrielle Handelsstaaten an der Westküste der Insel Euböa. Beide gründeten im VII. Jahrhundert v. Chr. eine Reihe von Kolonien. Sie gehörten mit Korinth auf dem griechisehen Festlande im VII. und VI. Jahrhundert v. Chr. zu den berühmtesten Städten der damaligen Handelswelt, in welcher das chalkidische Währungs- und Massystem vielfach Eingang gefunden hatte. Aber beide Staaten lagen in ewiger Fehde um das fruchtbare lelantinische Kornfeld, welche schliesslich dadurch beendet wurde, dass 446 v. Chr. das agrarisch noch stärkere Athen die ganze Insel Euböa mit Chalkis, Eretria und dem lelantinischen Kornfeld eroberte. Damit war jede Gewerbe- und Handelstätigkeit, die ihren Schwerpunkt nicht in der Heimat, sondern im Auslande und in den Kolonien hatte, beendet. Der blutige Kampf der „Armen" gegen die „Reichen" begann. Beide Städte sind dann rasch verfallen. Innerhalb der Stadtmauern wurde dann später der grössere Teil des Bodens wieder mit Getreide besät oder als Viehweide verwendet.

---

7. Aegina

(vergl. Band I, Seite 279—281)

ein Inselstaat, kaum 20 km südwestlich von der Hafenstadt Athen, mit nur wenig fruchtbarem Lande, erfreute sich eines solchen Ansehens in der griechischen Handelswelt seit dem VI. Jahrhundert, dass das äginatische Münz- und Massystem vielfach freiwillig von anderen Staaten eingeführt wurde. Die industrielle Produktion war hier hoch entwickelt, die Zahl der Gewerbesklaven um 450 v. Chr. grösser als die der freien Bevölkerung. Die Brotversorgung des Volkes lag in der Hand des Getreidehandels. Ursprünglich war auch der Handel von Athen in der Hand der Aeginaten. Als aber das der Fläche nach weit grössere und mit weit mehr Bauern ausgestattete Athen sich auch der kapitalistischen Entwicklung zuzuwenden begann, musste zwischen beiden Konkurrenten der Kampf auf Leben und Tod beginnen. Er wurde, wie immer zwischen Handelsstaaten, mit der grössten Erbitterung geführt. Sobald es Athen gelungen war (480 v. Chr.), über eine mächtigere Flotte als Aegina zu gebieten, war dessen Vernichtung beschlossene Sache. Die Stadt wurde zerstört und die gesamte Einwohnerschaft mit Weib und Kind aus dem Lande verjagt.

---

8. Korinth

(vergl. Band I, Seite 282—286)

war auf dem griechischen Festlande am frühesten Handels- und Industriestaat geworden. Schon unter Periander (627—585 v. Chr.) beherrschte es eine Reihe der wichtigsten griechischen Kolonien. Die Geschichte verlegt viele technische Erfindungen nach Korinth. Die Korinther standen an erster Stelle gegen die Seeräuber. Trotz aller Förderung von Handel und Industrie war Periander bemüht, den gewerblichen Mittelstand zu erhalten. Er gestattete deshalb den Kapitalisten nicht, Gewerbesklaven in grösserer Zahl einzuführen. Deshalb hat die Partei der Kapitalisten Periander gewaltsam beseitigt. Das war für die bedeutendste Kolonie der Anlaß zur Verselbständigung und damit kam es zur Ausbildung eines neuen gefährlichen Handelskonkurrenten. Korinth war dann politisch so geschwächt, dass es gezwungen war, die Schutzherrschaft des Agrarstaates Sparta aufzusuchen. Von nun an war die Politik der Korinther bestrebt, aus dem Zusammenbruch ihrer kapitalistischen Konkurrenten möglichst viel zu verdienen. So hat Korinth Athen unterstützt, als es sich darum handelte, Chalkis, Eretria und Aegina zu vernichten. Dadurch ist immer ein entsprechendes Absatzgebiet den Korinthern zugewachsen. Die Rechnung war nur deshalb falsch, weil auf diese Weise auch Athen als Handels- und Industriestaat immer mächtiger geworden ist. So konnte denn eines Tages der Kampf auf Leben und Tod zwischen Korinth

und Athen nicht mehr ausbleiben, (peloponnesische Krieg), in welchem Athen wiederholt nur deshalb seiner völligen Vernichtung entgangen ist, weil nicht der Handelsstaat Korinth, sondern der Agrarstaat Sparta die Führung der siegenden Partei in Händen hatte. Die Absatzstockungen durch den Krieg haben in Korinth, wo der Mittelstand längst vernichtet war den blutigen Kampf zwischen den „Armen“ und den „Reichen“ ausbrechen lassen mit umfangreichen Vermögenskonfiskationen und Verbannungen. Die Stadt selbst fristete ihr Leben nur so lange noch weiter, als Agrarstaaten die Oberherrschaft ausübten. Als 146 v. Chr. die römischen Kapitalisten die Herren von Korinth geworden waren, da lautete das Urteil: „Die Stadt ist dem Boden gleich zu machen, ihre Einwohner sind als Sklaven zu verkaufen, ihre Schätze sind nach Rom zu überführen!“

---

9. Athen

(vergl. Band I, Seite 286—305).

Hier gestattet die weit grössere Zahl der uns überlieferten Quellen, die kapitalistische Entwicklung wieder etwas vollständiger zu verfolgen.

Attika war ursprünglich ein Agrarstaat, in welchem Tendenzen zur Ausbildung eines Industrie- und Handelsstaates vorhanden waren. Auch hier sind deshalb frühzeitig die Grossgrundbesitzer kapitalistisch verdorben worden, sodass sie durch Begünstigung des Getreideexportes den Bestand an Brotgetreidereserven verbrauchten, was nach Missernten Hungersnot erzeugte. Diese Not wurde mit Hilfe des furchtbaren Kreditrechts benützt, um die Masse des Volkes in die Fesseln der Schuldknechtschaft zu zwingen. Daraus erwuchsen, als gesunde Reaktion, die attischen Bauernkriege, welche in der solonischen Gesetzgebung ihre vorläufige Beruhigung erhielten. Bei allen Vorzügen dieser Gesetzgebung im Einzelnen, hat sie trotzdem eine reinliche Beseitigung des Kapitalismus nicht gewagt. Die kapitalistische Entwicklung konnte deshalb auch nach Solon sich weiter ausbauen, wenn auch zunächst in einem langsameren Tempo. Die deshalb andauernde Unzufriedenheit des Volkes liess mit Hilfe der Bauernpartei eine Militärmonarchie entstehen. Der jetzt schon beginnende Zerfall der Handels- und Industriestaaten an der kleinasiatischen Küste verführte aber auch die Militärmonarchie, von den so frei werdenden

Geschäftsgelegenheiten einen Teil für Athen zu gewinnen. Die Monarchie übersah dabei, dass sie mit Ausbreitung der kapitalistischen Erwerbsgelegenheit nicht ihre Freunde, die Bauern, sondern ihre Gegner, die Kapitalisten, stärkte. Bald darauf wurde mit Hilfe von Staatsfeinden durch die Kapitalisten die Militärmonarchie beseitigt. Die sich anschliessenden Volksunruhen führten zur Einführung der demokratischen Verfassung (509 v. Chr.) wobei die Annahme massgebend zu sein schien, dass die Teilnahme des ganzen Volkes an der Regierung und Rechtsprechung am besten die Auffindung des rechten Weges in der Politik sichern müsse. Um bei Besetzung der Aemter persönliche Einflüsse tunlichst zu vermeiden, wurde die Erwählung durch das Loos fast allgemein zur Anwendung gebracht. Aber der gewerbliche Mittelstand war in der Stadt schon derart zersetzt und früher ökonomisch unabhängige Bürger schon in solcher Zahl proletarisiert, dass man für die Dauer ihrer Teilnahme an politischen Aemtern ihren Unterhalt auf Staatskosten vorgesehen hat; eine Einrichtung, aus welcher sich später ein umfassender Staatssozialismus entwickeln sollte. Die Reichen waren mit dieser Verfassung nicht einverstanden. Sie riefen das Ausland zur Hilfe. Das Volk siegte und hat dann die Reichen vielfach hingerichtet und ihren Besitz an arme Bürger verteilt. Die ausländische Teilnahme wurde durch Erobererungen bestraft. Indes zwangen die Ereignisse das attische Volk, die Bahn der kapitalistischen Entwicklung weiter zu betreten.

Das benachbarte Aegina hatte durch seine überlegene Flotte die attische Küste in dieser Zeit verwüstet, ohne ernstlichen Widerstand zu finden. Wollte man eine Wiederholung dieser bösen Erfahrung vermeiden, so musste der Bau einer grossen Flotte energisch in Angriff genommen werden. Weiter glaubten jetzt die kleinasiatischen Griechen vom Perserreiche ein entsprechendes Gebiet für sich ab-

reissen zu können. An diesem Versuche waren fast alle griechischen Staaten und auch Athen beteiligt. Ganz Griechenland sollte dafür bestraft werden. Um gegen die Macht der Perser zu Wasser und zu Lande anzukämpfen, reichten die in Athen verfügbaren Mannschaften nicht aus. Man entschloss sich deshalb das Land dem Feinde preiszugeben und alle Mittel des Staates in dem Ausbau der Flotte zusammen zu fassen. Das grosse Wagnis glückte. Das im Kern noch gut agrarische Volk schlug mit seinen Verbündeten das Perserheer zu Wasser und zu Lande. Mitten im Siegesjubel und zur Zeit der noch drohenden Gefahr neuer Perserangriffe kam es 477 v. Chr. unter der Führung von Athen zur Gründung des attischen Seebundes. Athen war damit zum Führer der mächtigsten Marine der damaligen Zeit geworden. Es konnte nicht ausbleiben, dass aus diesem attischen Seebund ein attisches Reich wurde. Im Besitz dieser Macht wurde zunächst der böse Nachbar Aegina vernichtet. Wo einzelne Glieder des Bundes ihre Bundespflichten nicht erfüllen wollten, wurde ihr Gebiet erobert, In all diesen Fällen erhielten attische Bauern die besten Ländereien umsonst. Das reizte die Bauern um so mehr zur Auswanderung aus der Heimat nach den Kolonien, je günstiger sie ihren ererbten Grundbesitz als Luxusbesitz an die immer reicher gewordenen städtischen Bürger verkaufen konnten. So wurden auch in Athen aus den bäuerlichen Besitzungen grosskapitalistische Latifundien. Der heimische Getreidebau ging verloren. Die Brotversorgung des Volkes blieb auf die Zufuhr durch den Handel angewiesen. Soweit die Bauern nicht in den Kolonien Unterkunft finden konnten, widmeten sie sich dem Söldnerhandwerk. Die selbständigen Gewerbetreibenden wurden vernichtet durch die wachsende Einführung von Gewerbesklaven durch kapitalistische Unternehmer. Der Periode des Handels- und Leihkapitals zur Zeit Solons folgte jetzt die Periode des

Industriekapitals. Der Mittelstand in Athen ist so in Stadt und Land verschwunden. Zu einer politischen Beunruhigung führte das jetzt trotzdem nicht. Denn die Bürger Athens waren ja Regenten des attischen Reichsbundes geworden, dem genügende Geldmittel zur Verfügung standen, um die Regenten angemessen zu besolden. Die in Athen verbliebenen proletarisierten Mittelstandmassen waren durch eine umfassende, staatssozialistische Einrichtung von Tag zu Tag versorgt. Das reiche Athen wurde mit dem V. Jahrhundert v. Chr. Mittelpunkt der griechischen Bankwelt. Der Periode des Industriekapitals hat sich die dritte Periode des Bank- und Börsenkapitals angeschlossen. Goldmünzen wurden in immer grösseren Mengen in Athen geprägt. Die Zahl der Sklaven erreichte die der freien Bevölkerung. In Kunst und Wissenschaft wurde ganz Hervorragendes geleistet. Die ganze Welt schien Athen zu bewundern. Und doch waren seine volkswirtschaftlichen Verhältnisse durch und durch krank und ganz unhaltbar geworden.

Die Masse des Volkes lebte nicht mehr von dem Ertrage der eigenen in der Heimat gesicherten Arbeitsgelegenheit, sondern aus dem Staatssäckel und von den Getreidefeldern am Pontus. Wurde der Staatssäckel leer und stockten die Sold- und Pensionszahlungen, so musste es zur sozialen Revolution kommen. Kamen die Getreidezufuhren aus dem Pontus ins Stocken, dann war Hungersnot im Lande. Traf aber der leere Staatssäckel mit der Hungersnot zusammen, dann war Athen seinen Feinden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Und so kam es.

Das Streben, immer neue Absatzgebiete für seine Industrie zu gewinnen und die immer rücksichtslosere Behandlung der Bundesgenossen machten Athen bald überall verhasst. In seiner verblendeten Raubpolitik hat es selbst den 27 jährigen Enscheidungskampf mit Korinth

um die Handelsherrschaft über die griechische Welt eingeleitet. Die endlosen kriegerischen Wirren riefen Stockungen im Handel und starke Steigerungen der Preise hervor. Die Pest (439 v. Chr.) vermehrte weiter die politischen Schwierigkeiten. Bald konnten alle Finanzkünste der Welt die Mittel für die Staatskasse nicht mehr aufbringen, um die staatssozialistischen Einrichtungen für die verarmten Bürger vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die Vereinigung der Feinde sperrte die Getreidezufuhren. Athen musste sich bedingungslos ergeben (404 v. Chr.). Jetzt schossen die sozialistischen und kommunistischen Reformprojekte wie Pilze aus der Erde. Der blutige unversöhnliche Kampf der „Armen" gegen die „Reichen" dauerte weiter und wurde durch die Abhängigkeit der Volksernährung von der ausländischen Getreidezufuhr wesentlich verschärft. Bald zeugten nur noch die Ruinen von der einstigen Grösse des Staates und seiner Kultur.

---

10. Sparta

(vergl. Band I, Seite 305—310)

hatte etwa um die Mitte des VIII. Jahrhunderts v. Chr. seinen späteren Wohnsitz gewonnen. Seine schon damals gegebene Verfassung war eine ausgeprägt agrarische, auf der Naturalwirtschaft beruhende, die in energischster Weise das Eindringen des Kapitalismus in die Volkswirtschaft zu verhüten bestrebt war. Weil Sparta deshalb die Beschäftigung seiner Bürger mit Industrie und Handel vermieden hat und sich an dem allgemeinen Rennen und Jagen nach neuen Absatzwegen im Welthandel gar nicht beteiligte, waren schon gegen Mitte des VI. Jahrhunderts v. Chr. die meisten Staaten mit Sparta freiwillig verbündet. Die Handels- und Industriestaaten an der kleinasiatischen Küste gingen zu grunde. Ihnen folgten die Handels- und Industriestaaten der jonischen Inseln. Selbst Athen ist den Angriffen seiner Feinde erlegen, der Agrarstaat Sparta blieb im Besitze seiner Macht, die jetzt erst durch das Eindringen des Kapitalismus verloren gehen sollte! Schon während der Perserkriege kam es gelegentlich zu blutigen Unruhen. Die vielen Kriege brachten auch den Spartanern schwere Verluste und zwangen den Staat, eine wachsende Zahl von Nichtbürgern in die Armee einzustellen. Nach den Siegen strömten immer mehr Schätze nach Sparta. Die Bestechlichkeit breitete sich aus. Man begann die Unveräusserlichkeit des spartanischen Grundbesitzes aufzuheben. Rasch zeigten sich dann in der Bevölkerung die beiden Klassen

der „Reichen“ und der „Armen“. Neue Eroberungsversuche gegen ein noch agrarisches Volk brachten eine schwere Niederlage. Die Verschuldung des Volkes wuchs rasch. Die gute Absicht einer durchgreifenden Reform hat an neue Eroberungspläne wieder alles verloren. Von da ab wütete der Bürgerkrieg bis zum Einzug der Römerherrschaft in Griechenland. (146 v. Chr.).

---

11. Rom

(vergl. Band I, Seite 318—396)

beginnt seine Geschichte mit einem Bauernvolk, dessen landwirtschaftlicher Grundbesitz unveräusserlich war. Die Brotgetreidepolitik der ältesten Zeit war mit der Wanderungspolitik in der Weise verknüpft, dass nach Missernten sich die Jungmannschaft auf anderen Fluren eine neue Heimat gründete. Die anfangs wahrscheinlich dauernde kriegerische Bedrängnis hat auch in Rom das Institut des Königtums geschaffen. Die Verfassung war eine Art Feudalordnung. Doch bestand die grosse Mehrheit des Volkes wahrscheinlich aus freien Bauern. Die Feudalherren aber wohnten nicht zerstreut im Lande, sondern in der Hauptstadt, was deshalb möglich war, weil das ganze ursprüngliche Landgebiet noch etwas kleiner als das heutige Fürstentum Waldeck gewesen ist. Im VIII. Jahrhundert v. Chr. wird dieses Volk geschichtlich bekannt. Noch unter der sagenhaften Königsherrschaft kam es zur Einführung einer modernen Staatsbürgerverfassung mit Volksabstimmung, allgemeiner Wehrpflicht, Freiheit der Verschuldung und Veräusserung der Grundstücke bei Kupferwährung und Naturalsteuerverfassung.

Das anfangs gewiss häufiger zur Verteidigung gezwungene Volk ist mit der Zeit ein Eroberungsvolk geworden, welcher Umwandlung kapitalistische Entwicklungen deutlich parallel gehen. Zwar wurde nach Erbauung der Stadt die Getreidepolitik eine Vorratspolitik.

Aber gleichzeitig hat Rom auch nach guten Ernten Getreide exportiert, um das so sehr begehrte Geld zu erhalten. Missernten und kriegerische Zeiten brachten Notjahre, in denen die Auswucherung des Volkes leichtes Spiel hatte und das furchtbare Kreditrecht die freien Bürger rasch in Schuldsklaven verwandelte. Alle Bürger, auch die Schuldsklaven gewordenen, standen beim Kriegsaufgebot in Reih und Glied. So bot das versammelte Kriegsvolk Gelegenheit zu einer sehr wirksamen umfassenden bäuerlichen Oppositionsbewegung gegen den einbrechenden Kapitalismus in der Form des Handels- und Leihkapitals. Das war die Zeit der römischen Bauernkriege mit ihrer sehr reichhaltigen antikapitalistischen Mittelstandsgesetzgebung. Es entstanden Amt und Würde der Volkstribunen, der Volksädilen, das XII. Tafelgesetz, das gesetzliche Zinsmaximum, die Beseitigung der Schuldknechtschaft, das Verbot des Zinsnehmens, die Volksgerichte über Leib und Leben, die Souveränität der römischen Volksversammlung (287 v. Chr.). Der römische Mittelstand schien der Herr des römischen Staates geworden zu sein. Dennoch waren gerade jetzt seine Tage gezählt.

Die Siege der Römer über ihre Feinde gliederten der altrömischen Feldmark zunächst in Italien immer wieder neue Landgebiete an, welche als Kolonien bezeichnet und behandelt wurden. Von 232 v. Chr. ab wurden mit einer gewissen Liberalität zu den neu erworbenen Gebieten Aecker an römische Bürger verteilt. Die römischen Bauern kamen dadurch in die anscheinend günstige Lage, ihren ererbten Besitz vor den Mauern der Hauptstadt gut verkaufen zu können, um in den Kolonien geschenkte Staatsländereien künftig zu bewirtschaften. So ist die römische Bauernschaft in immer grössere Entfernungen von Rom abgerückt und damit tatsächlich aus der allmächtigen römischen Volksversammlung ausgeschieden. Da gleich-

zeitig die römischen Kapitalisten durch die Einführung griechischer Gewerbesklaven, also durch Einleitung der Epoche des Industriekapitals, den gewerblichen Mittelstand in Rom rasch proletarisierten, war bald tatsächlich die römische Volksversammlung den römischen Kapitalisten ausgeliefert.

Noch konnten die römischen Bauern gegen den furchtbaren Hannibal jährlich 70 000 Mann ins Feld stellen und den Sieg über Karthago, über Makedonien und Syrien erringen. 168 v. Chr. war die Eroberung der Mittelmeerländer in der Hauptsache vollendet. Ungeheure Kriegsbeuten und Kriegsentschädigungen wanderten nach Rom, das rasch zur Silberwährung (269 v. Chr.) und dann zur Goldwährung (207 v. Chr.) überging. Ueberall wurden auf Staatskosten grosse Bauten aufgeführt. Für jedermann bot sich Arbeitsgelegenheit genug. Die Warenpreise und Löhne stiegen. Noch mehr wuchs der Reichtum und die Habgier der römischen Kapitalisten. Auf den berühmten Sklavenmärkten der Insel Delos wurden morgens bis zu 10 000 Sklaven aufgetrieben, die bis zum Abend leicht verkauft wurden. Namentlich das Brotgetreide wurde mehr und mehr Spekulationsobjekt der Händler und Bankiers. Die eroberten Provinzen waren der schamlosesten Ausplünderung preisgegeben. Die Statthalter, die Steuerpächter, die römischen Kaufleute und Geldverleiher wetteiferten mit einander in raubtierartiger Gewinnsucht. Wo die ungeheuerlichsten Wuchergewinne in den Provinzen oder befreundeten Staaten nicht gezahlt werden konnten, da mussten die römischen Heere für die privilegierten Räuber die ausstehenden Forderungen eintreiben. Wo deshalb die furchtbar gequälten Völker zu einer Empörung sich aufrafften, da forderte es die „Ehre des römischen Staates“, mit Waffengewalt den Aufstand im Blute zu ersticken und zur Deckung der Kriegskosten das letzte wegzuführen, was zu fassen war.

Wie sah es inzwischen mit den römischen Bauern aus? Nur 35 Jahre nach der Eroberung der Mittelmeerländer durch die Bauernheere konstatierte der Beginn der Gracchischen Unruhen (133—121 v. Chr.), dass der römische Bauernstand aus Italien verschwunden war. Mit ihm war auch der Getreidebau verschwunden. Die Kornkammer Roms wanderte zunächst nach Sizilien, dann nach Spanien und Afrika, später nach Aegypten und dem Pontus. In Italien waren an Stelle der bäuerlichen Besitzungen gewaltige Latifundien der Kapitalisten mit grossen Viehherden und wenigen fremdländischen Sklaven als Viehhirten getreten. Die Masse der römischen Bürger war verarmt, etwa 2000 hatten alles „gewonnen". Die Beschlüsse der Volksversammlung in Rom wurden durch ein grossartiges System von Bestechungen nach den Interessen der ehrgeizigen Kapitalisten geleitet, deren Geldbedarf für Wahlzwecke sichtlich den Zinsfuss der wohlorganisierten Börse bestimmte. Rom war inzwischen in das Entwicklungsstadium des Bank- und Börsenkapitals eingetreten. Die ganze Welt schien nur dazu da, sich von den römischen Kapitalisten ausbeuten zu lassen.

Doch da begann auch schon unter den Räubern der Kampf um die Beute. Im Jahre 101 v. Chr. wurde das römische Heer, das früher aus den Vertretern des Mittelstandes sich zusammensetzte, von römischen Proletariern und fremden Söldnern gebildet, die ihrem Führer um so mehr ergeben waren, je grossartiger seine Beutezüge angelegt waren. Die römischen Bürgerkriege begannen und haben ihren naturgemässen Abschluss darin gefunden, dass der kühnste der römischen Kapitalisten das ganze römische Reich für sich eroberte. (Cäsar.)

Das Programm des neuen Herrn lautete notwendigerweise: Hinrichtung fast aller bisheriger Raubkollegen und Schaffung namentlich eines neuen Bauernstandes vor den

Toren vor Rom auf den Latifundien der geschlachteten Grosskapitalisten. Weil jedoch der Herr des Staates für sich allein das Recht in Anspruch nahm, die Bevölkerung der Welt auszuplündern, traten allgemein besser geordnete Rechtsverhältnisse ein, die sich äusserlich zwar in glänzenden Formen einführten, aber bei dem durchaus kapitalistischen Charakter des Kaisers keine innere Gesundung des Volkskörpers herbeiführen konnten.

Die Neuschaffung eines Bauernstandes nicht nur in der Umgebung von Rom, sondern in ganz Italien, welcher die Brotversorgung des Volkes im ganzen Lande wieder gesichert hätte, unterblieb. Ebenso unterblieb die Neuschaffung eines ausreichenden städtischen Mittelstandes. Wohl aber behielt selbst Cäsar seine 150 000 Almosenempfänger in Rom, deren Zahl unter seinem Nachfolgeschon auf 250 000 angewachsen war. Zur persönlichen Sicherheit des Kaisers vor der Rache des hungernden Proletariats schuf man eine grossartige staatssozialistische Getreideversorgung für Roms Proletarier. Dazu kamen die Anforderungen der kaiserlichen Launen. Die Finanznot des Staates wurde nicht mehr beseitigt. Alle Mittel zur Heilung versagten. Schrittweise bildete sich die Volkswirtschaft von der Goldwährung, zur Silber-, zur Kupferwährung und zur Naturalwirtschaft wieder zurück. Die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr griff immer weiter um sich und erfasste ein Gewerbe und einen Beruf nach dem anderen als Zwangsberufsgenossenschaft auf staatssozialistischer Grundlage, bis das ganze komplizierte Gebäude des Staatssozialismus fertig war. Neben diesem Staatssozialismus fand der Anarchismus, der sich schon während der Bürgerkriege gezeigt hatte, (Catilina) seine Vertreter in den Reihen der römischen Garde, welche den Kaiser ermordeten und den Kaiserthron öffentlich meistbietend verauktionierten. Die römische Bevölkerung, der fast keine

Freiheit mehr geblieben war, und die nur zu allgemein die Lebensfreudigkeit verloren hatte, ging immer rascher zurück. Schon im Laufe des 2. Jahrhundert n. Chr. waren die römischen Legionen germanisiert. Die immer gefährdete Brotverteilung von Rom führt zur Verlegung der Hauptstadt nach Konstantinopel und dann zur Teilung des Reiches. Schliesslich jagt der germanische Anführer der germanischen Söldner den letzten römischen Kaiser vom Throne, um selbst die römische Krone zu tragen. Die Germanen waren an Stelle der fast ausgestorbenen Römer getreten.

---

12. Das islamische Weltreich.

(Vergl. Band II, Seite 3—35).

Das römische Weltreich war gefallen. Das byzantinische Reich und Persien hatten sich gegenseitig genügend geschwächt. Das war die Zeit, in welcher Muhammed eine nationale Bewegung der Araber schuf, welche mit dem arabischen Pferd und dem arabischen Kamel unter Benutzung der Wüsten als Heeresstrassen von Indien bis nach Spanien ein Weltreich in der kurzen Zeit von etwa 100 Jahren zusammen eroberte. Die neue Religion war gewiss nicht ohne einen idealen Kern. Die begeisterte Hingebung der Strenggläubigen bezeugte das zur Genüge. Aber Muhammed machte aus seiner Gemeinde der Gläubigen eine „Geschäftsgemeinde“ mit ungewöhnlich reichen Gewinnaussichten, indem er sie zu einem Eroberungsheer ausbildete mit dem Auftrage, die Ungläubigen zu bekämpfen, bis sie demütig ihnen die Steuer zahlten. Kriegsbeute, wie alle überschüssigen Steuererträge wurden unter die Gläubigen verteilt. Der Bauer und die Bodenkultur sollten in den eroberten Ländern geschont werden. Dem Araber war es verboten, Grundeigentum zu erwerben. Die Gläubigen sollten nur Eroberer, Regenten und Regierungsgehilfen sein, für welche die Besiegten zu erwerben und zu produzieren hatten. Die ganze islamitische Politik war reinste, unverfälschte Kapitalistenpolitik. Sie stellte sich die Frage: Wie können wir die Menschen der Welt am besten für uns arbeiten lassen? Die Antwort lautete: Indem wir die

Welt erobern und beherrschen. Der einzige durchgehende Entwicklungszug der islamischen Geschichte ist deshalb der Kampf um die Beute. Zu anfang sehen wir das Volk der Araber als Räuberhorde organisiert, um möglichst viele Länder zu erobern und dauernd auszuplündern. Dann wird dem Volk der Araber das auf diese Weise gewonnene Einkommen entzogen durch den Kalifen. Damit beginnt ein fortgesetzter Kampf um den Kalifenthron zwischen den Nachfolgern der Prophetenfamilie. Die übrigen Araber suchen durch den mehr oder minder gewaltsamen Erwerb von Latifundien und geringere Steuerzahlung sich zu entschädigen. Von Zeit zu Zeit werden auch wieder neue gemeinsame Eroberungskriege gegen benachbarte Staaten organisiert, welche gute Beuteerträge liefern. Die Reaktion gegen diese Verkürzung des Anteils an der Beute nimmt unter den Arabern im Hinblick auf die Bestimmungen ihrer Glaubenslehre den Charakter von Sektenbildungen an. mit teilweise sozialistisch-kommunistischem Programm bis zur umfassenden Organisation eines weit verzweigten mächtigen Anarchistenbundes. Den Arabern als Volk bleibt schliesslich doch nur übrig, sich den verschiedenen Formen des wirtschaftlichen Erwerbes zuzuwenden. Sobald aber Beamter oder Unternehmer einen grösseren Reichtum erworben hatten, gefiel es den Kalifen, sie zu enteignen und ihren Reichtum der Staatskasse zuzuführen. Weil aber damit die Feindschaft zwischen Volk und Kalifen immer grösser wurde, stellte der Fürst der Gläubigen zu seiner persönlichen Sicherheit fremde Soldtruppen ein, die rasch die anarchistische Rolle der römischen Prätorianer spielten und den Kalifen auszurauben begannen, bis schliesslich die selbständig gewordenen Statthalter den Beuteertrag des Staates sich aneigneten. Das damit eingeleitete allgemeine Hazardieren um Königreiche mit fabelhaften Schätzen weckte den Türken- und Mongolensturm, welcher die Herrschaft der

Araber begraben hat. Durch diese islamische Epoche war die kapitalistische Wirtschaft und das kapitalistische Recht zu einer neuen imposanten Entfaltung gekommen, welche die kapitalistischen Erwerbsformen auf Kirche, Völker und Staaten des christlichen Abendlandes rasch genug übertragen sollte.

---

13. Der Kapitalismus auf päpstlichem Throne

(vergl. Band II, Seite 178—215).

Bald nach Entstehung des arabischen Weltreiches begannen dauernde Reibungen zwischen dem Islam und dem christlichen Abendlande, und zwar von Spanien angefangen bis nach Jerusalem und Konstantinopel. Seit Beginn des X. Jahrhunderts befand sich das islamische Reich in offensichtlichem Verfall. Die christlichen Waffen drangen in der spanischen Halbinsel, wie im Mittelmeere siegreich gegen die Araber vor. Die Annahme schien nicht unberechtigt, dass die Herrschaft des Islam dem gemeinsamen Ansturm des christlichen Abendlandes nicht mehr gewachsen sei. Die Schätze des Orients mussten auch im Abendlande die Eroberungslust reizen. Die jetzt noch schlechtere Behandlung der christlichen Pilger nach Jerusalem forderte Abhülfe. So begann 1096 die Kreuzzugsbewegung der christlichen Ritterschaft unter Oberleitung der römischen Kirche. Im christlichen Abendlande herrschte damals noch die Verfassung des Lehnsstaates. Der Ritter war verpflichtet, sich und sein Gefolge im Kriege auf eigene Kosten zu verpflegen. Unter dem Drucke dieser Verpflichtung erlahmte die Kreuzzugsfreudigkeit der Ritter sehr rasch. So blieb der Kirche nur übrig, die erforderlichen Gelder zur Fortführung der Kreuzzüge zu beschaffen. Das ist die Quelle der Kreuzzugssteuern geworden. Der Ertrag erreichte im ersten Drittel des XIII. Jahrhunderts etwa 20 Millionen Franken pro Jahr. Für das damalige Abendland eine

ausserordentlich grosse Summe, die durch Ablasspredigten und Anleihen noch wesentlich erhöht werden konnte. Jedenfalls waren dadurch die Päpste in Rom die reichsten Herren der Christenheit geworden. Die politische Macht der römischen Kirche musste damit ausserordentlich wachsen. Fast alle Könige und Fürsten Europas waren bemüht, von dieser Goldfülle durch des Papstes Gnaden einen Teil zu verdienen oder doch mit dieser überragenden Macht gute Beziehungen zu erhalten. Kann es überraschen, dass daraus die Idee der Universalmonarchie der Päpste geschöpft wurde?

Diese Idee und ihre Politik führte zum Kampfe des Papsttums mit den weltlichen Mächten. Das deshalb noch mehr gewachsene Geldbedürfnis der Kirche liess ein ganzes System indirekter Kirchensteuern aufkommen. Der Reichtum der Kirche minderte den kirchlichen Sinn ihrer Priester. Deshalb entstanden Glaubenstrennungen, deren Anhänger von der Kirche verfolgt wurden. Die Glaubenstrennung von Rom stärkte die Macht der weltlichen Staaten, welche der Kirche nach und nach ihre Güter und ihr Einkommen entzogen haben. Als trotz wiederholter Einigungs- und Reformversuche die Glaubenstrennungen immer neue Gebiete erfassten und die Macht der weltlichen Staaten immer grösser wurde, verzichtete die Kirche freiwillig nach den Beschlüssen des Konzils von Trient (1545—1563), auf jene Einkünfte, welche den Kapitalismus auf päpstlichem Throne ausmachten. Von da ab hat die Glaubenseinigung wieder wesentlich zugenommen und der kirchliche Sinn sich sichtlich gebessert.

---

14. Amalfi

(vergl. Band II, Seite 370—373).

Die Hauptkanäle, durch welche die kapitalistische Erwerbsart des islamischen Orients nach dem christlichen Abendlande schon vor den Kreuzzügen Eingang gefunden, um sich von hier aus immer weiter auszubreiten, waren die Verkehrsstrassen des Handels zwischen dem Morgen- und Abendlande. Die ersten Ablagerungen dieser Erwerbsart fanden in den alten Handelsstätten der christlichen Mittelmeerküste statt. Amalfi war eine der ältesten Stadtstaaten dieser Art. Schon vor den Kreuzzügen besass Amalfi eine Reihe von Handelsniederlassungen. Seine Beteiligung am ersten Kreuzzuge brachte weitere Handelsvorteile ein. 1135—1137 wurde die zwischen Felsen eingezwängte Stadt wiederholt von dem stärkeren Konkurrenzstaat Pisa überfallen und gänzlich vernichtet. Und da ein grösserer Landbesitz mit Bauern zu diesem Staate nicht gehörte, war damit seine Geschichte beendet.

15. Pisa

(vergl. Band II, Seite 373—575)

hatte sich zu Beginn des XII. Jahrhunderts Sardinien. Korsika und Elba gemeinsam mit Genua im Kampfe gegen die Araber erobert. Weitere wichtige koloniale Besitzungen wurden bei der Teilnahme an den Kreuzzügen gewonnen, Nach der Vernichtung Amalfis hatte der Handel Italiens mit dem Orient in Pisa seinen Hauptsitz. Das erweckte den Konkurrenzneid von Genua und Venedig, sodass Pisa sich bald mit dem einen, bald mit dem anderen Konkurrenten zu bedenklichen Bündnissen gezwungen sah. 1268 wurde die Flotte der Pisaner durch Genua gänzlich vernichtet, die Kolonien vom .Sieger eingezogen, Blutige Bürgerkriege begleiteten dann den Zusammenbruch dieses Gemeinwesens. Damit war auch dieser Handelsstaat ohne Bauern erledigt.

16. Genua

(vergl. Band II, Seite 375—381)

besass in seiner Umgebung nur einen schmalen Landstreifen mit wenigen Bauern. Seine Politiker waren der Meinung, dass nur die Förderung von Handel und Industrie durch koloniale Besitzungen in der Ferne als Stützpunkte eines wachsenden Weltverkehrs nationale Vorteile bringe. Seine wertvollsten Kolonien wusste Genua während der Kreuzzüge zu erwerben. Als es aber Venedig glückte, den vierten Kreuzzug (1202—1204) ganz in die Bahnen seiner Geschäftsinteressen abzulenken und die wichtigsten Handelsprivilegien von dem mit seiner Hülfe entstandenen lateinischen Kaiserreich Byzanz zu erhalten, begannen in Genua politisch unruhige Zeiten. Die wachsende Herrschaft Venedigs im damaligen Welthandelgetriebe bedeutete naturgemäss das nahende Ende des Handelsstaates Genua. Da gelang es den Zünften, die Regierungsgewalt den „gesättigten Bürgern“ zu entreissen. Nun wurde alles daran gesetzt, das Venedig so eng befreundete lateinische Kaiserreich in Byzanz durch Wiederherstellung des griechischen Kaiserreichs zu beseitigen um von dem neuen Kaiser die gleichen Handelsbevorzugungen zu erlangen, die Venedig von seinem Vorgänger erhalten. Das gelang im Jahre 1261. Gleich darauf hat Genua die Flotte der Pisaner vernichtet und deren Kolonien eingezogen (1268). So erreichte der Handels- und Industriestaat Genua rasch den Gipfel seiner Macht. Mit aller Energie waren die Genueser bemüht, das

Monopol des indischen Handels zu gewinnen durch Auffindung eines eigenen Handelsweges nach Indien; Zunächst über das Kaspische Meer und den Persischen Golf, dann auf dem Seewege um Afrika herum. Genua schien die erste Handelsmacht der christlichen Welt werden zu wollen. Das konnte sich das nicht minder energisch aufstrebende Venedig unmöglich gefallen lassen, denn es wäre sein sicherer Untergang gewesen! So begann denn der mehr als hundertjährige gegenseitige Vernichtungskrieg zwischen Genua und Venedig (1240—1381). Die wichtigsten Kolonien trennten sich vom Mutterlande und waren stark genug, die Wiedereroberungsversuche von Genua blutig abzuweisen. Der Export in gewerblichen Erzeugnissen, wie der Import des unentbehrlichen Brotgetreides und der Rohstoffe für die gewerbliche Produktion kamen ins Stocken, Hungersnöten mit blutigen Bürgerkriegen folgten einander bis im Jahre 1396 Genua sich freiwillig unter die Oberhoheit Frankreichs, eines grösseren Staates mit mehr Land und mehr Bauern, stellte.

---

17. Venedig

(vergl. Band II, Seite 381—397)

hat es wohl am besten verstanden, jene gewaltige Kolonialbewegung, welche mit den Kreuzzügen erwachte, in rücksichtsloser Weise für sich auszubeuten. Wo immer in den damaligen Wirren gerade eine gute Beute zu machen war, gleichgültig, ob Muhammedaner oder Christen dadurch geschädigt wurden, da wusste die damals schon bedeutende Seemacht Venedigs immer rasch zuzugreifen. Bald gehörten der Lagunenstadt neben den Küsten des Adriatischen Meeres, die das Schiffbauholz lieferten, die wertvollsten Kolonien der östlichen Hälfte der Mittelmeerländer mit den wichtigsten Handelsprivilegien von Aegypten und Syrien bis nach dem Don und der Wolga. Nach Gründung des lateinischen Kaiserreichs (1204) war Venedig auf dem besten Wege, das Monopol über den ganzen Levantehandel zu erringen. So sehr lag damals der Schwerpunkt der venetianischen Volkswirtschaft in den Kolonien, dass ein Doge allen Ernstes den Antrag stellen konnte, die Venetianer möchten nach Konstantinopel, als der Hauptstadt ihres Reiches, übersiedeln.

Mit dem Reichtum Venedigs wuchs auch die Zahl seiner Feinde. Der mehr als hundertjährige Konkurrenzkrieg mit Genua (1240—1381) führte zu einem Bündnis von Genua mit Ungarn, Oesterreich und Carrara gegen Venedig. Dem folgte das siegreiche Vordringen der Türkenherrschaft. Aus dieser höchsten Not lernten die klugen

Venetianer eine totale Aenderung ihrer Politik. Jetzt erkannte man endlich, dass die fern im Auslande gelegenen Kolonien wahrscheinlich doch nicht zu halten seien und dass zur besseren Sicherung der Brotversorgung der Hauptstadt, wie zu ihrer Verteidigung gegen äussere Feinde ein breiterer, mit Bauern besetzter Erdgürtel des angrenzenden Festlandes weit wertvoller sei. Sie eroberten deshalb in den Jahren 1427—1448 so viel als möglich von diesem Landgebiet in ihrer Nachbarschaft und behandelten dauernd die hier ansässigen Bauern mit kluger Rücksicht. Das immer energischere Vordringen der Türkenherrschaft erschwerte bald den Levantehandel ausserordentlich. Und, als dann noch der indische Gewürzhandel nach Lissabon, der Sklavenhandel nach Spanien und dem Atlantischen Ozean übersiedelten, schrumpfte der venetianische Welthandel auf den Absatz der eigenen industriellen Produkte zusammen. Das einst so kriegerische Volk erstrebte jetzt nach aussen „Frieden und Neutralität“ um jeden Preis, während in der inneren Politik umfassende staatssozialistische Massnahmen für das Proletariat und ein furchtbares Strafverfahren jede politische Reaktion sofort erstickte, in einer Hauptstadt, deren Ausdehnung durch das Meer begrenzt wurde. Als aber auch dieser Staat in den napoleonischen Kriegen ein unrühmliches Ende fand, da waren es die immer gut behandelten Bauern auf der „terra firma“, die trotz der gewaltigen Uebermacht des Feindes den Mut fanden, für Freiheit und Ehre des Staates Venedig zu den Waffen zu greifen.

Besonderes Interesse bietet noch die Geschichte der Kolonialpolitik Venedigs auf Kreta. Zunächst versuchten es auch die Venetianer hier mit dem „Assessorismus“ und der rein kapitalistischen Organisation. Als aber diese Regierungsform rasch gründlich Fiasko machte, entschlossen sich die klugen Venetianer zu Anfang des

XIII. Jahrhunderts, den Weg zu gehen, den schon 4 Jahrhunderte vorher Karl der Grosse, und damals etwa gleichzeitig die Fürsten von Norddeutschland in ihrer Kolonialpolitik östlich der Elbe gegangen waren, nämlich den der Naturalwirtschaft bei lehensstaatlicher Organisation. Ausgewählte venetianische Familien, welche sich auf Kreta mit Kind und Kegel dauernd niederzulassen bereit waren und die Verteidigung des Landes übernahmen, erhielten daselbst unter Oberhoheit des venetianischen Staates wertvolle Grundbesitzungen mit einer entsprechenden Zahl der einheimischen Bevölkerung als dienstpflichtige Hintersassen. Diese Kolonialreform hat sich ausgezeichnet bewährt. Nur dass sich Venedig nicht entschliessen konnte, mit der Geldwirtschaft zugunsten der reinen Naturalwirtschaft ganz zu brechen. Die venetianischen Ritter auf Kreta waren zu Naturalabgaben an den Staat verpflichtet. Wenn aber eine Missernte keine naturalen Ueberschüsse liess, waren die Ritter gehalten, entsprechende Geldzahlungen zu leisten. Da die Ritter als Regel keine Geldeinnahmen hatten, folgte daraus ein Verschuldungszwang bei Wucherern zu Wucherzinsen. Bald war die ganze Ritterschaft in den Händen von wenigen Wuchern. Die kleinen Mittel, welche Venedig dagegen zur Anwendung brachte, änderte die missliche Lage wenig. So kam es denn zu einem furchtbaren Aufstand der Ritter gegen die kapitalistische Herrschaft des Mutterlandes, der schliesslich im Blute erstickt wurde. Die Politik der halben Reformmassregeln dauerte an und erzeugte unter der ganzen kolonialen Bevölkerung eine so tiefe Erbitterung, dass die Eroberung Kretas durch die Türken (1669) mit ihrer reinen Naturalwirtschaft als eine Befreiung aus den unheilvollen Fesseln des Kapitalismus von der Bevölkerung allseitig begrüsst wurde.

---

18. Portugal

(vergl. Band II, Seite 222—242).

Im Jahre 1263 hatte Portugal im wesentlichen sein heutiges Landgebiet im Kampfe gegen die Araber zurückerobert. Schon vorher war die königliche Gewalt bemüht, die volkswirtschaftliche Entwicklung in der Heimat zu verankern und auf dem Bauernstand und der eigenen Arbeit zu gründen. Die von den Bauern und Gewerbetreibenden beklagte kapitalistische Ausbeutung wurde energisch abgestellt. Da zwangen die Angriffe Kastiliens zu einem Freiheitskampfe, nach dessen Siegen der kühne Plan gefasst wurde, die Welt zu erobern und die Segnungen des Christentums um den Erdkreis zu tragen. Eine planmässige Vorbereitung und Ausführung erfuhr das Auffinden des Seeweges nach Ostindien (1498). Inzwischen hatte Christoph Columbus für Spanien Amerika entdeckt (1492). So wurde für beide Staaten (1494) ein Staatsvertrag über die Teilung der Welt in zwei Hälften notwendig. Das kleine Portugal erhielt Brasilien, Afrika und Indien und trug deshalb den stolzen Titel: „Königin dreier Erdteile“.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung der Heimat stand noch in den Kinderschuhen der Kupferwährung, als der neue Kolonialreichtum einströmte. In der besten Zeit soll Portugal allein aus Indien jährlich über 800 Millionen Mark vereinnahmt haben. Wie wirkte dieser Reichtum? Ein glänzender üppiger Luxus entwickelte sich am Königshofe und sickerte von da hinab in das Volk. Die Brotversorgung

durch die eigenen Bauern im eigenen Lande ging rasch verloren. Immer mehr ausländisches Getreide wurde zu immer billigeren Preisen eingeführt; denn die Bauern verkauften ihr Land und wanderten nach den Kolonien aus. In der Heimat bildeten sich gewaltige Latifundien, welche als Schafweiden benutzt wurden. Das Bettlerunwesen nahm in höchst bedenklicher Weise überhand. Namentlich in der Kolonialverwaltung fand eine ungeheure Korruption Eingang, die nur 22 Jahre nach der ersten Besitzergreifung in Ostindien von Vasco da Gama selbst noch aufgedeckt, aber nicht abgestellt werden konnte. Die schamlose Ausplünderung der kolonialen Bevölkerung rief immer wieder blutige Aufstände wach, deren Niederwerfung ausserordentliche Ausgaben verursachte. Auch Heer und Marine wurde bald unzuverlässig. Und nun begannen die räuberischen Einfälle der Holländer, Engländer und Franzosen in die portugiesischen Kolonien. In diesen erbitterten Kolonialkämpfen stand die Kolonialbevölkerung immer auf Seiten der Feinde der Portugiesen. Etwa 1740 war Portugals Macht in Indien gebrochen. Unter den Wirren der Napoleonischen Kriege hat sich die Lostrennung Brasiliens vollzogen. Die ökonomische Ergiebigkeit Afrikas ist seit Unterdrückung des Sklavenhandels wesentlich zurückgegangen. Die Habgier, mit welcher die Kolonien ausgeplündert wurden, hatte sich selbst das Grab gegraben. Der koloniale Reichtum ist verschwunden, die Masse des Volkes ärmer geworden, als sie vor Beginn dieser äusserlich so glänzenden kolonialen Erwerbungen war. Die schwer vernachlässigte heimische Bodenkultur kann für die dünne Bevölkerung das Brot immer noch nicht liefern. Der Reichtum hat sich in wenigen Händen angesammelt. Die leere Staatskasse ist nicht in der Lage, den kulturellen Aufgaben der Gegenwart zu genügen. Bürgerkriege, Staatsbankrott, revolutionäre, sozialistische und anarchistische

Bewegungen erschütterten immer wieder das Land, das seine Heimatpolitik etwa dort wieder anzufangen bemüht ist, wo es dieselbe vor 400 Jahren zu Beginn seiner kolonialen Eroberungen verlassen hat.

---

19. Spanien

(vergl. Band II, Seite 242—287)

hat in fast 800jährigem Kampfe (711—1492) die Herrschaft der Araber innerhalb seiner Landesgrenzen gebrochen. Dann war das Königtum im besten Zuge, eine treffliche Ordnung der heimischen Verhältnisse zu schaffen, um das Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Die bösen Sitten, den Bauernstand und die Gewerbetreibenden auszubeuten, wurden abgeschafft und das Land energisch von Wucherern aller Art durch die Könige befreit. Da brachte Kolumbus im Geiste des niedergebrochenen Handelsstaates Genua den Plan, einen westlichen Seeweg nach Ostindien aufzufinden und entdeckte hierbei Amerika (1492). Sofort schien auch der König von der völkermordenden Krankheit der Goldgier befallen zu sein. Kalt und geschäftsmässig lautete seine Instruktion an die kolonialen Eroberer: „Sucht Gold, wenn möglich ohne Grausamkeit. Jedenfalls sucht Gold zu bekommen! Hier habt Ihr Vollmachten!" Der Auftrag wurde gewissenhaft befolgt. In den Jahren 1493 bis 1600 sollen etwa 4027 Millionen Mark Gold allein, ohne das Silber, aus den Kolonien nach Spanien geflossen sein. Ganz Amerika, mit Ausnahme von Brasilien, aber mit den Inseln im stillen Ozean, gehörte in kurzer Zeit den Spaniern, welche hier im Jagen nach Gold und Gewinn weit schlimmer wie die Pest gehaust haben. Kann es da überraschen, dass sich in dem Empfinden der kolonialen Bevölkerung ein tiefer Hass gegen die spanischen Eroberer festsetzte?

Seit dem letzten Viertel des XVI. Jahrhunderts begann der staatlich privilegierte Seeraub der englischen, holländischen und französischen Schiffe auch gegen die spanischen Kolonien. Die spanischen Silberflotten und Goldsendungen wurden von ihnen unterwegs auf dem Meere wiederholt abgefangen. Ein gewaltiger Schleichhandel organisierte sich nach den spanischen Kolonien. Die Gold- und Silberquellen gingen bei dem herrschenden Raubbau bald auf die Neige. Die spanischen gewerblichen Produkte kamen eines Tages aus den Kolonien unverkauft und unverkäuflich wieder zurück.

Wie war es inzwischen in der Heimat ergangen? Auch hier traf der koloniale Goldstrom ein Volk bei Kupferwährung. Die neue Sucht nach dem Golde lockte die kräftigen, gesunden Bauern zur Auswanderung und hat so die dünne Bevölkerung noch mehr gelichtet. Der neue Reichtum sammelte sich in wenigen Händen und führte rasch zum Aufkauf der Bauerngüter, an deren Stelle grosskapitalistische Latifundien traten. Der König kümmerte sich darum wenig. Seine grossen Schätze liessen ihn den Plan der Weltherrschaft ernstlich in Ausführung nehmen. Deutlich wurde die ganze Weltherrschaft für ganz Europa bemerkbar und führte zu endlosen Kriegen, die so lange dauerten, bis die erobernde Macht der spanischen Herrscher gebrochen war. Zur Bestreitung dieser ungeheuren Kriegskosten reichten die Schätze der Kolonien um so weniger aus, je mehr der Zufluss der Edelmetalle von dort abzuflauen begann. Die Steuerschraube im eigenen Lande musste daher bemüht sein, für die Ehre des Vaterlandes den letzten erreichbaren Groschen noch herauszupressen. Das alles rief im eigenen Lande Vernichtung von Industrie und Handel, blutige Bürgeraufstände und Abtrennungen einzelner Landesteile vom Gesamtstaate hervor. Die schlimmste Korruption fand Eingang in der Beamtenwelt.

Die Staatsbankrotte liessen nicht lange auf sich warten. Der Getreideüberschuss des Landes aus früherer Zeit hatte sich nach Beginn der Kolonialpolitik rasch in einen empfindlichen Getreidemangel verwandelt. Ueberall breitete sich das Bettler- und Vagabundenwesen aus. Die reichen Kolonien sind verloren gegangen. Bürgerkriege und Staatsbankrotte lösen seitdem miteinander ab. Sozialistische und anarchistische Strömungen nisteten sich namentlich in den grösseren Städten ein. Neben den grossen Reichtümern von Wenigen steht die Armut der Volksmassen. So hat Spanien heute an jenen schweren Wunden zu heilen, welche die durch seine Kolonialpolitik entfachte Gier nach Reichtum und Weltherrschaft seinem volkswirtschaftlichen Körper geschlagen hat.

---

20. Holland

(vergl. Band II, Seite 397—406)

war bereits ein Handelsstaat, als in der 2. Hälfte des XVI. Jahrhunderts seine Losreissung vom spanischen Weltreich erfolgte. Die heimische Landwirtschaft spielte nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Brotversorgung des heimischen Volkes lag in der Hand des Handels. Die Beseitigung der spanischen Herrschaft bedeutete zugleich den vollen Sieg der kapitalistischen Ideen. Der Profit allein hatte von jetzt ab zu entscheiden, ob eine wirtschaftliche Tat zulässig oder unzulässig sei. Der Befreiungskrieg der Holländer in Europa wurde in den spanischen Kolonien als privilegierter Seeraub und als Eroberungskrieg geführt. Als aber die armen Eingeborenen durch ihre eigene Mithilfe aus der Gewalt der Spanier und Portugiesen in die der Holländer gekommen waren, wurde ihr Los ein noch schlechteres. Die holländischen Kolonien wurden durch grosse Kolonial- und Handelsgesellschaften „fruktifiziert“, deren Anteilscheine an der Amsterdamer Börse gehandelt wurden. Jetzt galt nur der Verwaltungsgrundsatz: möglichst hohe Geldgewinne erzielen! Mit dem ganzen Raffinement kapitalistischer Ausbeutungskünste wurde hierbei zu Werke gegangen. Soweit die verfügbaren Gewaltmittel reichten, wurde alles Greifbare als gute Beute einer Volkswirtschaft angesehen, deren Oberleitung in der Hand der führenden Börsianer in Amsterdam lag. Hier kam zuerst in ganz moderner Durchbildung das Bank- und Börsen-

kapital zur Herrschaft. Der Börsenkurs bewertete Krieg und Frieden, Sieg und Niederlage der Truppen, er diskontierte im voraus den Ertrag der redlichen Arbeit wie auch der Raubgier in den Kolonien und wusste die vom mühelosen Gewinn betörte Bevölkerung bis zur „Tulpen-Manie“ zu führen. Trotz der fast fortgesetzten kriegerischen Konflikte blieb bei einem so tollen Tanzen ums goldene Kalb für ernstere Erwägungen zur Sicherung der Zukunft kein Raum. Marine und Landheer wurden dauernd vernachlässigt. In den französischen Revolutionskriegen kam das holländische Gebiet ohne Widerstand in den Besitz der alten Handelskonkurrenten Frankreich und England.

---

21. Frankreich

(vergl. Band II, Seite 320—351)

blieb von der Zeit der Römer her in seiner südlichen Hälfte, auch nach seiner Besitzergreifung durch die Germanen, von einer stärkeren Dosis kapitalistischer Wirtschaft durchsetzt. In der nördlichen Hälfte herrschte bei überwiegender Naturalwirtschaft die lehensstaatliche Verfassung. Das französische Königtum kam in Anlehnung an den geldwirtschaftlichen Süden früh schon zu grösserer Macht. Der unausbleibliche Konflikt mit dem lehensstaatlichen Norden wurde um so ernster, je grösser der Machtzuwachs dieser Vasallen durch ihre Eroberung Englands geworden war. So kam es auch zu dem mehr als hundertjährigen Kriege zwischen Frankreich und England. Die immer mehr sich ausbreitende Geldwirtschaft hat hier das englische Königtum verhältnismässig früh zum Absolutismus und zum modernen Einheitsstaate geführt. Der letzte grosse Konflikt zwischen Geldwirtschaft und Lehensstaat nahm in den Hugenottenkriegen die Form eines religiösen Bürgerkrieges an. Von da ab entwickelte sich das Wesen des Kapitalismus auf dem Fürstenthrone immer schärfer. Mit Gift und Dolch, Richtschwert und Bestechungsgeldern ward seine Herrschaft begründet. Mit fast zahllosen Eroberungskriegen gegen die Nachbarn, wie auf den verschiedenen grossen kolonialen Gebieten der Erde sollte seine Macht immer weiter ausgebreitet werden. Aber mit dem Reichtum wuchs auch die königliche Genussucht und Verschwendung in solchem

Masse, dass das Volk die Kosten dieses Luxus und der Kriege um so weniger tragen konnte, je massloser die königliche Willkürherrschaft auf allen wirtschaftlichen Gebieten sich ausbreitete. In fast unzähligen Bauernaufständen strebte die gesunde Reaktion des Volkskörpers, die kapitalistischen Misstände abzustellen. Man hat sie alle verständnislos niedergeschlagen. Seit Anfang des XVIII. Jahrhunderts begannen sozialistische und kommunistische Ideen sich auszubreiten. Nachdem der Versuch der privilegierten Börsenspekulation, mit Papiergeld und Ausnutzung der kolonialen Werte der längst chronisch gewordenen Geldnot der Staatskasse abzuhelfen, kläglich misslang, führte der allgemeine Bankrott der königlichen Finanzwirtschaft zur grossen französichen Revolution, seit welcher Zeit das Land nie mehr recht zur Ruhe gekommen ist. Wenn trotzdem der Sozialismus bis heute noch keine tieferen wirtschaftichen Schäden angerichtet hat, so verdankt Frankreich das vor allem der grösseren Zahl seiner Bauern.

---

22. England.

(Vergl. Band II, Seite 288—320.)

Die Geschichte des heutigen Englands beginnt mit Wilhelm dem Eroberer und seinem Domesday-Bock. Durch diese eigenartige Urkunde wurde die sonst im naturwissenschaftlichen Lehensstaate übliche Entwicklung verhütet zu Gunsten des Reichtums der Könige und so die Kampflust der Ritter und Herren auf den Kampf um den Königsthron selbst wie auf Eroberungen im Auslande abgelenkt. Reichtum und Macht des Königs begünstigten ein despotisches Regiment. Dieses einigte wieder die Grossen des Reiches unter sich und liess in politischen und wirtschaftlichen Notlagen des Königs mit diesem besondere Rechtsverträge abschliessen, aus denen nach und nach die englische Verfassung entwachsen ist. Das Land hatte ursprünglich die reine Naturalwirtschaft. Die Geldverhältnisse wurden erst geordnet, als England in die europäische Kreuzzugssbewegung einzutreten begann. Handel und Geldwirtschaft lagen damals zumeist in den Händen von Ausländern. Unter den gegebenen Verhältnissen musste sich das eindringende Handels- und Leihkapital vor allem an den König wenden, welcher gegen Kreditgewährungen und Zollzahlungen die Ausfuhr von Getreide bewilligte. Konnte der König den Ausländern seine Schulden nicht mehr zahlen, so sorgte der Bankrott für Abschreibung derselben. Das hat die fremdländischen Kapitalisten schwer geschädigt und das Aufkommen englischer Kapitalisten erleichtert, die dann bald die Ausländer verdrängten.

Inzwischen war der englische König durch Vernichtung des hohen Adels und Konfiskation der Kirchengüter immer reicher an Landbesitz geworden. Seine Geldeinnahmen steigerten sich namentlich durch das Aufblühen der Wollindustrie. Die Ausbreitung des Industriekapitals begann. Der hiermit in der Gesellschaft sich ansammelnde Reichtum leitete den Aufkauf und die Verdrängung der Bauern ein und führte hier zur Latifundienbildung. Die Vorstellungen der Bauern gegen diese Entwicklung blieben fast unbeachtet. Der nachfolgende Bauernaufstand wurde verständnislos unterdrückt. Gleichzeitig begann die sozialistische Literatur. Die kapitalistische Entwicklung schritt weiter zum Ausbau des Bank- und Börsenkapitals. Der Absatz der industriellen Produkte wurde durch koloniale Raub- und Eroberungskriege begünstigt. Der Konflikt zwischen dem Kapitalismus in der Gesellschaft und dem Kapitalismus auf dem Königsthrone führte zur englischen Revolution, welche so lange dauerte, bis die englische Verfassung reinlich den fürstlichen Kapitalismus beseitigte. Der König konnte fortan „kein Unrecht tun“. Dieses Privileg blieb ausschliesslich dem gesellschaftlichen Kapitalismus vorbehalten, den die Staatsgewalt in seinen Raubzügen verschiedenster Art tunlichst zu unterstützen hatte. So ist das moderne England entstanden. Dem Verlust des Bauernstandes bei Latifundienbildung ist auch hier der Verlust des Getreidebaues gefolgt. Die Brotversorgung des Volkes liegt seitdem in der Hand des Handels. Eine breitere Klasse des selbständigen Mittelstandes gibt es in England nicht. Der kleinen Zahl der Reichen steht unvermittelt die Masse der Proletarier gegenüber, unter denen sich sozialistische Strömungen stetig ausbreiten trotz Arbeiterschutzgesetze. Die volkswirtschaftlichen Interessen Englands sind über die ganze Welt zerstreut. Das Risiko der Fortexistenz des Staates wurde damit ausserordentlich erhöht.

---

b. Zusammenfassung dieser Einzelerfahrungen.

Der grundlegende Begriff der volkswirtschaftlichen Pathologie ist der „Kapitalismus". Die reine Naturalwirtschaft kennt auch in dem arbeitsteiligen Lehensstaate den Kapitalismus nicht. Die Ausbreitung des Kapitalismus hat die Einführung des Geldes und die Ausbreitung der Geldwirtschaft zur Voraussetzung. Das Geld ist der einzige und ungemein günstige Nährboden für die Ausbreitung des Kapitalismus. Es lassen sich deshalb drei Entwicklungsstufen für den Uebergang der physiologischen zur pathologischen Entwicklung unterscheiden, nämlich:

Naturalwirtschaft,
Geldwirtschaft,
Kapitalistenwirtschaft,

Das Recht der Naturalwirtschaft im allgemeinen und das Recht an Grund und Boden im Besonderen ist überall organisch mit dem betr. Volke aufgewachsen. Das kapitalistische Recht im Allgemeinen, das Handels- und Kreditrecht im Besonderen ist im Rahmen unserer geschichtlichen Kenntnisse nirgends mit einem Volke „geworden". Dieses Recht wurde allen Völkern immer von einem sogenannten „höher entwickelten", in Wahrheit kapitalistisch durch und durch erkrankten Volke übertragen. Die Rechtswissenschaft bezeichnet diese Uebertragung des kapitalistischen Rechtes mit dem Worte „Rezeption". Im Kapitalistenrecht ist deshalb eine Gemeinschaft aller Kapitalisten-Völker der Weltgeschichte enthalten, während das Agrarrecht der Natural-

wirtschaft aus dem lebendigen Bedürfnis jedes Volkes hervorgewachsen ist. An den heute irgendwo geltenden Rechtsätzen für Handel und Geldverkehr hat die raffinierteste Erwerbssucht der Kapitalisten seit Jahrtausenden mitgearbeitet. Dieses Kapitalistenrecht schafft die veränderten Bedingungen, unter denen sich die pathologische Entwicklung des Völkerlebens im Besonderen ausgestaltet.

An dieser pathologischen Entwicklung lassen sich als Regel drei Stufen unterscheiden:

Die erste Stufe des Handels- und Leihkapitals;
die zweite Stufe des Industriekapitals;
die dritte Stufe des Bank- und Börsenkapitals.

Wesentlich verändert wird das Krankheitsbild, sobald der Kapitalismus sich nicht nur innerhalb der Gesellschaft ausbreitet, sondern die Zentralgewalt des Staates in ihrer ganzen Regierungstätigkeit erfasst, der Kapitalismus also auf dem Fürstenthrone sitzt. So entsteht der Gegensatz des „Kapitalismus in der Gesellschaft" und des „Kapitalismus auf dem Fürstenthrone", dem sich im Mittelalter noch der „Kapitalismus in der Kirche" hinzugesellte.

Das Krankheitsbild in seinem Entwicklungsverlaufe ist bei dem „Kapitalismus in der Gesellschaft" in der Hauptsache folgendes:

Ein naturalwirtschaftlich geordnetes Volk wird von ausländischen Händlern als Vertreter einer kapitalistischen Volkswirtschaft besucht. Jedes kapitalistische Volk ist arm an Getreide und reich an Geld und Waren. Jedes Volk in Naturalwirtschaft hat grosse Vorräte an Getreide und wenig Geld und Waren. Hier scheint ein natürlicher Ausgleich möglich. Das kapitalistische Volk gibt Geld und Waren für den Ueberschuss an Getreide des agrarischen Volkes. Fast ahnungslos werden dabei die Reserven an Brotgetreide veräussert und ausgeführt. Dann kommt plötzlich ein Missjahr. Die heimischen Getreideerträge allein

reichen nicht aus, den Hunger des Volkes zu stillen. Es kommt deshalb zu einer wesentlichen Preissteigerung für Getreide, gross genug, um eine Getreidezufuhr von auswärts rentabel zu machen. Das hungernde Volk der Naturalwirtschaft kauft jetzt einen wesentlichen Teil seines Getreidebedarfs, nimmt in entsprechendem Betrage Gelddarlehen auf, für deren Rückzahlung es sich mit seinem Vermögen, mit seinen Freunden und Kindern, mit seiner persönlichen Freiheit verpfändet. In kurzer Zeit gehört das alles den Kapitalisten, die nicht nur Ausländer sind, zu denen vielmehr auch alle an Herz und Nieren kapitalistisch gewordenen Grossgrundbesitzer gehören, welche durch die Einführung der fremden Rechtsgebräuche in der Ausbeutung des Volkes unterstützt werden.

Die Reaktion des im Kern noch gesunden agrarischen Volkskörpers gegen diese Ausbreitung des Kapitalismus zeigt sich in der so typischen Form der Bauernkriege. Die Bauern verlangen ihr gutes altes Recht zurück und deshalb Abschaffung des neuen Kapitalistenrechtes. Wo die Bauernbewegung die Oberhand gewinnt, führt sie zur Wiedergesundung des Volkskörpers. Wo die Bauernkriege verständnislos niedergeworfen werden, erfasst von da ab rasch der Kapitalismus die ganze Volkswirtschaft. Indes wird auch dort, wo die Bauern siegen, und allgemeine Anerkennung mit ihren Forderungen finden, die Ausbreitung der kapitalistischen Entwicklung zumeist nur verzögert, aber nicht dauernd verhindert. Denn diese bäuerlichen Bewegungen sind rein praktisch-politische Bewegungen. Die Bauern kennen nur ihre eigenen Leiden, die sie ungerecht zu erdulden haben. Sie kennen nicht die objektive Natur der Krankheit des Kapitalismus. Ihre rein praktischen Vorschläge sind dem drohenden Uebel gegenüber kein „reines" Mittel, sie kennen nur die A b s t e l l u n g von vorhandenen Misständen, sie kennen nicht das mindestens gleich

wichtige Vorbeugen und Verhüten einer neuerlichen Krankheitsinfektion. So bleiben nach jeder bäuerlichen Reformgesetzgebung genügend Schlupfwinkel im Volkskörper zum Verbergen der kapitalistischen Keime. Schliesslich hat das alles auch bei dauernden kriegerischen Konflikten mit kapitalistischen Nachbarn, oder bei einem immer mehr sich ausbreitenden friedlichen Verkehr mit kapitalistischen Völkern ganz besondere Schwierigkeiten.

Die weitere Krankheitsentwicklung nimmt von jetzt ab wesentlich andere Formen an. Kriege und koloniale Erwerbungen lockten zumeist auch dort, wo die agrarische Bewegung vorher gesiegt hatte, die Bauern aus ihrer Heimat weg. Die glänzenden Siege der Bauernheere bringen ungeheure Kriegsbeuten nach der Heimat. Die ökonomischen Verhältnisse scheinen allgemein gegen früher wesentlich besser, jedenfalls wesentlich reicher. Ein vorher ungeahnter Aufschwung von Industrie und Handel macht sich breit. Das Bank- und Börsenkapital kommt bald zur Herrschaft. Die reich gewordenen Geldfürsten kaufen die Bauern aus und erwerben so Latifundien als Luxusbesitz. Mit den Bauern verschwindet der Getreidebau. Die Brotversorgung des Volkes wird eine Sache des Handels. Der Mittelstand in Stadt und Land verschwindet. Einer kleinen Zahl der reichen Leute steht die Masse der Proletarier gegenüber. Unter einem trügerischen äusseren Glanze wird nur zu leicht übersehen, dass der Volkskörper seine gesunde, kernige feste Natur ganz zu verlieren droht. Das Rennen und Jagen nach Gold und Gewinn, das Ringen um die Weltherrschaft oder doch um die Welthandelsherrschaft hat die zusammengehörenden Volksinteressen über die ganze Welt zerstreut, ganz ungleichartige Völkergruppen zusammengewürfelt, den Bezug von Getreide und Rohmaterial für die gewerblich-industrielle Produktion, den Absatz der industriellen Erzeugnisse überallhin verteilt.

Irgend welche Störungen aus irgend welchem Wetterwinkel der Erde rufen jetzt im Volkskörper Krisen hervor, die um so leichter bis aufs Mark greifen können, je mehr mit der Längenausdehnung der nationalen Interessen die Verteidigungsschwierigkeiten quadratisch gewachsen sind und je vollständiger inzwischen in der Heimat die gesunden Grundzellen, der Mittelstand, welcher Arbeitswerkzeug und Arbeit in einer Person organisch vereinigt, sich zersetzt haben in wenige „Reiche" und in die Masse der „Besitzlosen". Der Luxus der Reichen wird immer massloser. Korruption und Verschlechterung der Sitten machen sich überall geltend. Fast alles scheint bestechlich. Das Bettlerunwesen mit der Armenversorgung wird zu einer öffentlichen Kalamität. Die kapitalistische Entwicklung treibt ihren letzten Krisen zu.

Eine stetig wachsende Zahl von Personen erkennt die herrschenden Zustände als unhaltbar. Weil aber die Krankheit des Kapitalismus fast alle Teile des Volkskörpers erfasst hat, fehlt den auftauchenden Reformbestrebungen die Anlehnung an gesunde Verhältnisse, Die Reformvorschläge sind deshalb in der Richtung einer Fortentwicklung der herrschenden Krankheitszustände gedacht und werden als „Sozialismus", „Kommunismus" und „Anarchismus" bezeichnet. Die Machtmittel des Staates sind längst nur im Dienste der kapitalistischen Interessen tätig. Zur Eintreibung wucherischer Gewinne der Kapitalisten werden unzählige Kriege geführt. Von einem gewissen Zeitpunkte ab beginnt dann auch in der Heimat der Kampf der „Reichen um die Beute", womit sich soziale Revolutionsströmungen und Ueberfälle äusserer Feinde verbinden. Das letzte Stündlein hat geschlagen, das sich freilich mit seinen furchtbaren Blutszenen dort sehr in die Länge ziehen kann, wo es an einem einigermassen ebenbürtigen äusseren Feinde fehlt.

Wo der „Kapitalismus auf dem Fürstenthrone“ sass, führte in der Geschichte der alten Völker die Konkurrenz mit dem „Kapitalismus in der Gesellschaft“ in der Regel zur Beseitigung der fürstlichen Macht. In der Geschichte der neuen Völker wurde dieser Konkurrenzkampf durch die „Verfassung“ beendet, soweit sich dieselbe als „reines“ Mittel zur Beseitigung des fürstlichen Kapitalismus bewährte.

Der „Kapitalismus in der mittelalterlichen Kirche“, welcher den Kampf zwischen „Kirche“ und „Staat“ und zwischen „Kirche“ und „Kapitalismus in der Gesellschaft“ und zwar als verschiedene Reformationsbewegungen hervorrief, fand seinen naturgemässen Abschluss durch freiwilligen Verzicht der Kirche auf kapitalistischen Erwerb.

B.

Therapeutische Versuche der geschichtlichen Kulturvölker.

Die in der Geschichte mehr hervortretenden therapeutischen Versuche lassen sich in 5 Gruppen zusammenfassen:

1) Symptomatische Heilungsversuche;
2) Unvollständige praktische Heilungsversuche ohne vorbeugende Politik (ohne Prophylaxis);
3) Vorbeugende Politik;
4) Unvollständige Heilung mit vorbeugender Politik;
5) Vollständige Heilung mit vorbeugender Politik.

1. Symptomatische Heilungsversuche.

a) Das Zeitalter des Perikles.

Die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse unter dem Einfluss der Perserkriege hatte die Zukunft des attischen Volkes vom Lande auf das Wasser hinter die „hölzernen Mauern" ihrer Seeschiffe verdrängt. Damit musste der Kapitalismus rasch zur Alleinherrschaft kommen. Die Bauern und mit ihm der heimische Getreidebau waren bald verschwunden. Der alte Adel ist zumeist verarmt. Der Einfluss der Grossindustriellen und der Bankiers wurde massgebend. Handel und Industrie blühten. Die kolonialen Besitzungen erweiterten sich immer mehr. Das attische Geld war Weltmünze geworden. Bei dem gewaltigen Ueber-

wiegen des spekulativen Kapitals war es der redlichen Arbeit nicht mehr möglich, sich zur ökonomischen Selbstständigkeit emporzuarbeiten. Weil aber die demokratische Verfassung alle attischen Vollbürger zu Mitregenten im attischen Kolonial-Reiche berufen hatte, musste die Politik des Staates, welche durch einseitige Begünstigung des Kapitalismus den selbständigen Mittelstand vernichtet hatte und einen neuen selbständigen Mittelstand nicht mehr aufkommen liess, konsequenterweise den Unterhalt der verarmten Vollbürger übernehmen. So erhielten von 35 000 erwachsenen männlichen Bürgern über 17 Jahre 20 000 Staatspensionen. Gleichzeitig wurden innerhalb 5 Jahren fast 11 Millionen Mark für Staatsbauten zur Beschäftigung der arbeitslosen Bürger aus der Staatskasse verwendet, und eine umfassend organisierte staatliche Getreidepolitik sorgte für möglichst billiges Brot. (Siehe Band I, 298—305.) Diese gross angelegte Proletarierpolitik des Staates drängte ebenso wie die herrschende Interessenpolitik der Kapitalisten dazu, das Herrschaftsgebiet Athens immer weiter auszudehnen. Die Getreidezufuhrstrasse vom Pontus her wurde systematisch befestigt und der Getreideverkehr nach Athen gezwungen. Der Versuch, neue Kornkammern zu erobern, führte zu gewagten kriegerischen Unternehmungen gegen Egypten und Sizilien. Die bedeutungsvollste Politik des Staates aber schien darin zu liegen, immer neue Absatzwege für Industrie und Handel zu erschliessen und schliesslich noch den letzten vorhandenen Konkurrenten für den attischen Handel und die attische Industrie, Korinth nämlich, niederzuwerfen. Nur so konnte die ganze damalige Kulturwelt dem Industriestaate Athen allein zur Ausbeutung ausgeliefert werden. Diese umfassenden politischen Pläne, von der unersättlichen Habgier diktiert, bewirkten den Zusammenschluss der zahlreichen Feinde Athens. Die im Kampfe gegen diese Feinde bankrott gewordene Staatskasse musste darauf verzichten,

die proletarisierten Staatsbürger noch länger zu unterhalten. Die Zufuhr billiger Getreidemassen vom Auslande wurde unterbunden. Der Absatz industrieller Produkte stockte. Athen musste sich auf Gnade und Ungnade seinen Feinden ergeben. Der blutige Kampf zwischen den „Reichen“ und den „Enterbten“ ist seitdem nie mehr zur Ruhe gekommen, bis auch die Vernichtung der Selbständigkeit des Staates durch äussere Feinde erfolgt war.

Die Politik des perikleischen Zeitalters hatte offenbar vor dem Zusammenbruch Athens gar nicht erkannt, dass diese ganze volkswirtschaftliche Entwicklung eine durchaus krankhafte gewesen. Sie ist deshalb den verschiedenen Krankheitssymptomen nicht nur nicht entgegengetreten, sondern hat diese Symptome in ihrer weiteren Ausbreitung sogar noch begünstigt. Die gross angelegte staatliche Sozialpolitik zum Zwecke einer Versöhnung der Proletarier mit dem herrschend gewordenen Kapitalismus konnte nur sehr kurzlebige Erfolge erzielen, und musste mit dem Zusammenbruch der Weltherrschaftspolitik den Gegensatz zwischen den Proletariern und den Kapitalisten nur um so schärfer und um so blutiger hervortreten lassen. Alle Massnahmen des Staates, die Brotversorgung des Volkes vom Auslande zu sichern, hatten nur so lange praktische Bedeutung, als die attische Flotte die Meere beherrschte. Die Vernichtung der Flotte bedeutete deshalb die Vernichtung des Staates. Gewiss hat die Erschliessung immer neuer Absatzwege auch immer sofort der attischen Volkswirtschaft Vorteile gebracht. Aber das daraus immer deutlicher hervortretende Streben, eine Weltherrschaft Athens zu errichten, musste die Zahl der Feinde dieser Politik stetig wachsen lassen und schliesslich ihren Zusammenschluss gegen Athen bewerkstelligen.

Die Politik des perikleischen Zeitalters war so ausgeprägtermassen eine Politik in der Richtung der kapi-

talistischen d. h. der krankhaften Entwicklung. Sie konnte deshalb naturgemäss den Untergang des Staates und seiner Kultur nur beschleunigen.

b. Die Politik des niedergehenden republikanischen Senats in Rom.

Die römische Entwicklung hatte etwa um 168 v. Chr. die glänzende Höhe der Weltherrschaft erreicht. Alle der Beachtung werten äusseren Feinde waren niedergeworfen. Man sollte erwarten, dass damit alle Voraussetzungen erfüllt waren, das römische Volk in Glück und Zufriedenheit fortleben zu lassen. Das gerade Gegenteil ist eingetreten. Jetzt beginnen mit den gracchischen Unruhen (133—131 v. Chr.) die furchtbaren römischen Bürgerkriege, welche mehr als hundert Jahre lang im Reiche wüten und erst mit der Ersetzung der republikanischen Senatsherrschaft durch den Alleinherrscher Octavianus Augustus ihren Abschluss fanden. Schon diese Entwicklung lässt vermuten, dass es der römische Senat nicht verstanden hat, die ihm gestellten politischen Aufgaben zu lösen.

Rasch folgten der Entstehung der römischen Weltherrschaft alle Anzeichen des volkswirtschaftlichen Verfalles. Der römische Bauernstand ist in wenigen Jahrzehnten aus Italien verschwunden. Mit ihm der Getreidebau auf italienischem Boden. Der Luxus nahm rasch überhand, beschleunigte die Vernichtung des mittleren Vermögens und steigerte die allgemeine Korrumpiertheit. Die alten Bürgertugenden kamen aus der Mode. Zügellose Ausschweifungen führten zu einer allgemeinen Verderbtheit der Sitten. Die ungeheuerlichsten Wahlbestechungen nahmen überhand. Der sich ausbreitenden Eheflucht entsprach ein

bedenklicher Rückgang der Bevölkerung. Der ehrlichen Arbeit wurde es immer schwerer, sich redlich zu ernähren und durchs Leben zu bringen u. s. w. (Siehe Band I, Seite 337—368,)

All diese Erscheinungen des augenfälligen Niederganges betrachtete der republikanische Senat irrtümlicherweise als selbständige Spezialfragen, denen durch eine Spezialgesetzgebung und durch Spezialmassnahmen entgegenzutreten wäre. So hat man gegen den überhand nehmenden Luxus durch Speise- und Luxusgesetze anzukämpfen versucht. So hat man gegen den allgemeinen Verfall der guten Sitten öffentliche Reden über die alten Bürgertugenden gehalten. Um die zunehmenden Ausschweifungen zu bekämpfen, ist man wenigstens gegen den Bacchuskultus u. a. mit blutiger Strenge vorgegangen. Um die furchtbare Konkurrenz in den Wahlbestechungen etwas zu mindern, hat man die Zahl der Wahlbewerber eingeschränkt. Um die Eheflucht mit dem Rückgang der Bevölkerung einzudämmen, hat man Begünstigungen der mit Kindern gesegneten Eheleute eingeführt und schöne Reden gehalten über die Notwendigkeit, im Interesse des Staates die Last der Ehe zu übernehmen. Gegen die Vernichtung des römischen Bauernstandes durch Latifundienbildung sollte ein gesetzliches Grundbesitzmaximum mit innerer Kolonisation auf Staatsländereien bei Einführung eines unveräusserlichen Erbpachtrechtes wirken. Dem Verschwinden des Getreidebaues glaubte man durch ein gesetzliches Maximum der Viehhaltung begegnen zu können. Die Ausbreitung der Sklavenarbeit sollte ein Gesetz hemmen, welches von jedermann forderte, dass mindestens $^1/_3$ aller beschäftigten Arbeiter freie Leute seien. Weil die Masse der Bürger in Rom verarmt war, keine Beschäftigung fand und nichts zu essen hatte, wurden staatliche Getreidelieferungen und Getreideverteilungen zu billigsten Preisen eingeführt. Und um die eventuell ge-

fährlich werdende Langeweile des Bürgerproletariats zu verscheuchen, hat man von Staatswegen „öffentliche Spiele“ gewährt.

So handelte der republikanische Senat nach dem schweren Irrtume, die äusseren Erscheinungen mit der inneren Ursache zu verwechseln. So hielt man im republikanischen Rom für jeden Schmerz und für jede Schwellung ein besonderes Spezialmittelchen bereit und brachte jene Methode zur Anwendung, welche der Mediziner als ein „Wüten gegen Symptome“ bezeichnet. Indem so der republikanische Senat von Anfang an eine Heilung der volkswirtschaftlichen Krankheit gar nicht beabsichtigte und nur auf eine „Linderung“ der Schmerzen bedacht war, wucherte die eigentliche Krankheitsursache immer weiter. Nicht gestört durch die Eingriffe ebenbürtiger äusserer Feinde, konnte hier der Kapitalismus seine Entwicklung zu Ende leben. Die römischen Bürgerkriege waren der Prozess der „Expropriation der Expropriateure“. Der Kühnste unter den 2000 reichsten Römern, die die ganze Welt auszuplündern sich gewöhnt hatten, wusste das ganze Reich für sich und seine Nachfolger zu erobern und seine Gegner abzuschlachten. Der republikanische Senat mit seinen Spezialgesetzen und Spezialmassregeln zeigte sich den gestellten politischen Aufgaben in keiner Weise gewachsen. Die Räder der Entwicklung mussten deshalb notwendigerweise über seine Existenz und seine nur symptomatische Methode dahinschreiten.

---

2. Unvollständige praktische Heilungsversuche ohne vorbeugende Politik (ohne Prophylaxis).

a) Die Reform des Propheten Nehemia.

Nachdem die Juden aus der babylonischen Gefangenschaft nach Kanaan zurückgekehrt waren, um das Land von Neuem zu besiedeln und Jerusalem wieder aufzubauen, brachte die gewinnsüchtige Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte das Volk nach Missernten in Not. Das waren für die Wucherer günstige Zeiten. Es kam zu Unruhen des verschuldeten Volkes. Da trat der sehr angesehene Prophet Nehemia auf, richtete sich mit Strenge gegen die Reichen und Wucherer und schüchterte sie ein, dass sie die rückständigen Schulden erliessen und die Pfandobjekte zurückgaben. So wurde kaum 100 Jahre nach Rückkehr aus dem Exil eine allgemeine Schuld-, Zins- und Knechtschaftsbefreiung notwendig. Das Volk kehrte zum Glauben seiner Väter zurück. Sein Wohlstand erholte sich rasch. Aber die unter dem persönlichen Einfluss des Nehemia durchgeführte Sozialreform musste mit seiner Person stehen und fallen. Bald fanden sich nach seinem Weggange die alten Misstände wieder ein. (Vergl. Band 1, Seite 243 und 244.)

b) Die Reform der Makkabäerbewegung.

Mit der Herrschaft des Hellenismus begannen die Reichen und Steuerpächter von Juda bald wieder, das Volk systematisch auszubeuten. Die Verschuldung und Abhängig-

keit der Bauern führte zur Latifundienbildung. Mit dem Aufkommen der Wucherpraxis wuchs auch die Geneigtheit, ganz allgemein die heidnischen Gebräuche anzunehmen. Doch als der syrische Oberherr diese Wandlung offen unterstützte und allgemein Frohndienste forderte, da raffte sich der verarmte Mittelstand unter Führung der Makkabäer zusammen und siegte glänzend über seine Feinde. Die Schuldzinsen hörten wieder auf. Mit der wieder überwiegend bäuerlichen Besitzverteilung kam der Ackerbau von Neuem zur vollen Blüte. Das Volk kehrte zum Glauben seiner Väter zurück. „Ein jeder sass unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaume und niemand schreckte sie" — bis neuer Bruderzwist und die Einmischung des römischen Weltreiches den wucherischen Erwerb wieder zur Herrschaft brachten. (Vergl, Band I, Seite 244—246).

c) Die solonische Gesetzgebung.

Es war die Zeit der attischen Bauernkriege. Die an Herz und Nieren Kapitalisten gewordenen Adligen wollten mit Hilfe des geltenden ungeheuerlichen Kreditrechtes den Bauern und Gewerbetreibenden ihren Grundbesitz und ihre persönliche Freiheit rauben, was energischen Widerstand wachrief. Nach verschiedenen Reformversuchen brachte das Jahr 594 v. Chr. die berühmte solonische Reformgesetzgebung. Sie beseitigte die Schuldknechtschaft. Alle persönlichen Unfreiheiten, welche auf dem bisherigen Schuldrecht begründet waren, wurden aufgehoben. Die Hypothekensteine auf den Grundstücken wurden umgestürzt, alle Hypothekenforderungen kurzweg annulliert. Zur erleichterten Abtragung der Personalschulden hat eine Währungsänderung das gesetzliche Zahlungsmittel um 27 % verbilligt.

Dazu kamen die Einführung eines landwirtschaftlichen Grundbesitzmaximums, eines allgemeinen Ausfuhrverbotes für landwirtschaftliche Produkte, das nur den Export von Oel gestattete, besondere Bestimmungen gegen den Luxus und eine neue Staatsverfassung.

Zweifelsohne hat Solon sich genügend als Fachmann gefühlt, um einen tieferen Schnitt in die volkswirtschaftlichen Verhältnisse wagen zu können. Aber zu einer reinlichen Ausscheidung des Kapitalismus ist es durch ihn nicht gekommen. Seine Aufhebung der Hypothekenschulden hat nicht daran gehindert, wieder neue Schulden zuzulassen. Die Einführung eines Grundbesitzmaximums war kein Mittel, um den Wucher, der sich an die Grundstücke heftet, überhaupt zu beseitigen. Die Ermässigung der Personalschulden um 27 % durch eine entsprechend leichtere Währung bot noch keine Garantie dafür, dass die bleibenden 75 % auch immer zurückgezahlt werden konnten. Solon hat nur unvollständig die Periode des Handels- und Leihkapitals abgeschlossen, gleichzeitig aber durch andere Massnahmen, wie Eroberung von Kolonien, Ausbau der Flotte, Vermehrung der Metallgeldzirkulation, die Periode des Handels- und Industriekapitals eingeleitet. Die Zufriedenheit des Volkes mit den neuen Reformen dauerte deshalb nur kurze Zeit. Kaum 30 Jahre später wurde der Staat von neuen politischen Unruhen erschüttert. (Vergl. Band I, Seite 287—289.)

d) Die Reform des Königs Kleomenes IV. in Sparta.

Der Einfluss der Perserkriege und insbesondere des peloponnesischen Krieges hat mit dem Eindringen des Geldreichtums und der geldwirtschaftlichen Verhältnisse auch die Kapitalistenmoral und den kapitalistischen Erwerb nach

Sparta eingeführt. Die alte Gleichheit des Besitzes der spartanischen Bürger war mit den einfachen schlichten Sitten verloren gegangen. Die Schuldenlast des Volkes nahm immer mehr zu. Im Jahre 240 v. Chr. war der gesamte Grundbesitz in den Händen von nur 100 Familien. Da hat 226 v. Chr. der König Kleomenes IV. energisch durchgegriffen. Er liess die Ephoren, welche diese kapitalistische Entwicklung in Sparta so weit hatten eindringen lassen, überfallen und töten. 80 der reichsten Bürger wurden verbannt und ihr Vermögen unter 4000 ärmere Spartaner verteilt. Die Schulden aller Art wurden kurzerhand aufgehoben und die alte verfassungsmässige strenge Zucht und Ordnung wieder hergestellt. Aber Kleomenes hat gleichzeitig klar erkannt, dass das doch verhältnismässig kleine Sparta inmitten der damaligen kapitalistisch durchseuchten griechischen Welt sich auf die Dauer unmöglich gesund erhalten könne. Wenn dieser Gesundungsprozess sich wenigstens auf die peloponesische Halbinsel hätte erstrecken und ausdehnen können! Aber der Versuch die spartanische Hegemonie in dieser Weise auszudehnen, wie sie 3—4 Jahrhunderte früher durch freiwillige Schutz verträge der Nachbarn bestanden hatte, scheiterte an dem Waffenerfolg der vereinigten Feinde, Kleomenes wurde zur Flucht aus Sparta gezwungen. Sein Reformwerk ist deshalb rasch zusammengebrochen. (Vergl. Band I, Seite 308—310.)

e) Die Reform der römischen Bauernkriege.

Das alte, räumlich eng begrenzte Rom, inmitten kriegerischer Nachbarn, in steter Berührung mit kapitalistisch hoch entwickelten Völkern, konnte unmöglich jene charakteristischen Konflikte zwischen Getreide und Geld,

zwischen Mittelstandsforderungen und Kapitalistenrecht vermeiden, die bei allen Völkern zu den sogenannten Bauernkriegen geführt haben. Die altrömischen Gesetze und Einrichtungen aus dieser Zeit sind in besonderem Masse interessant. (Vergl. Band I, Seite 332—349.) Zunächst entstand Amt und Würde der Volkstribunen: besondere selbstgewählte Beamte, welche unverletzlich waren und deren Veto genügte, jeden wie immer gearteten Akt der Verwaltung und Rechtsvollstreckung aufzuhalten. Ihnen folgten die Volksädilen, welche namentlich den Marktverkehr zu überwachen und dem Treiben der Getreidewucherer entgegenzutreten hatten. Dann trat an die Stelle des Gewohnheitsrechtes ein geschriebenes Recht, das XII. Tafelgesetz, welches ein Zinsmaximum von $8^1/_3$ % einführte, das bald auf $4^1/_6$ % ermässigt wurde. Den Schuldnern war es gestattet, die bezahlten Zinsen vom Kapital abzuziehen, wenn der Rest der Schuld binnen 3 Jahren in drei Raten abgetragen wurde. Niemand sollte in den neu eroberten Gebieten mehr als 100 Stück Grossvieh oder 500 Stück Kleinvieh halten dürfen und unter seinen Knechten einen bestimmten Teil freier Leute beschäftigen. Weiter wurden die Vorrechte des Senats zu einem wesentlichen Teile beseitigt, die Schuldknechtschaft aufgehoben, das Zinsnehmen gesetzlich als Wucher verboten, Volksgerichte eingeführt und der Versammlung der freien Bürger in Rom die höchste Gewalt im Staate übertragen.

Der römische Mittelstand schien der gesetzgebende Faktor des Staates geworden zu sein. In konsequenter Weise waren alle kapitalistischen Misstände, welche der Periode des Handels- und Leihkapitals anhaften, beseitigt. Man hatte in diesem System der anti-kapitalistischen Gesetzgebung nur eine kleine Lücke gelassen, die das egoistische Empfinden der römischen Bauern gar nicht als Misstand, sondern viel eher als eine Wohltat bezeichnen

musste: der landwirtschaftliche Grundbesitz war eine beliebig veräusserliche und beliebig verpfändbare Ware geblieben. Warum sollten die freien Bauern nicht ihren ererbten Besitz beliebig veräussern dürfen? Die Bauern selbst dachten am wenigsten daran, in diesem Recht sich selbst eine gesetzliche Beschränkung aufzubürden. Und doch wurde gerade diese Lücke der Gesetzgebung das Einfallstor für den Kapitalismus, der dann rasch genug die Bauern und den ganzen Mittelstand vernichten sollte.

Die altrömischen Bauern verkauften zu guten Preisen ihre Erbgüter vor den Toren von Rom, um nach jenen Grundbesitzungen abzuwandern, welche ihnen vom Staate in den eroberten Kolonien umsonst zur Verfügung gestellt wurden. Damit verschwanden die Bauern tatsächlich aus der allmächtigen römischen Volksversammlung. Die in der Stadt Rom noch zurückgebliebenen selbständigen Gewerbetreibenden wurden dadurch proletarisiert, dass Unternehmer griechische Gewerbesklaven in grosser Zahl einführten und in Fabriken arbeitsteilig verwendeten. Deren Konkurrenz konnten die altrömischen Gewerbetreibenden nicht aushalten. So setzte sich jetzt bald die herrschende römische Volksversammlung aus wenigen Kapitalisten und einer grösseren Zahl von Proletariern zusammen, welche ihre Abstimmung meistbietend verkauften. Der Kapitalismus hatte von Rom vollständig Besitz genommen.

f) Die Reformbewegung der Gracchen.

Der Mittelstand in Stadt und Land war in Italien verschwunden. Das Bauernland hatte sich in grosskapitalistische Latifundien verwandelt, die mit Viehherden und wenigen Hirtensklaven besetzt waren. In Rom lebte ein verarmtes Bürgergesindel von Bestechungsgeldern, Erbschleichereien

und Sittenlosigkeit aller Art., Tiberius Gracchus versuchte 134 v. Chr. mit Hilfe dieses verlumpten grosstädtischen Proletariats den herrschenden Grosskapitalisten einen Teil ihrer zusammengeraubten Latifundien zu entreissen, um wieder unveräusserliche Bauernhöfe daraus zu machen. Zum letzten Male ist die römische Bauernschaft aus ganz Italien nach Rom zusammengeströmt, um den Ackergesetzen des Tiberius Gracchus zur Annahme zu verhelfen. Dann aber eilten sie sofort zurück, nach Hause, zu ihren Feldarbeiten. Und als Tiberius Gracchus nach Ablauf seines Amtsjahres die tribuninische Gewalt abermals erlangen wollte, wurde er mit der kleinen Zahl seiner Anhänger auf offener Strasse von der Kapitalistenpartei erschlagen.

Dem jüngeren Bruder Gaius Gracchus war es vor allem um die Rache für seinen Bruder an der Senatorenpartei zu tun. Er suchte seinen Anhang bei den städtischen Proletariern und den kapitalistischen Parvenüs. Die Schädigung der Senatorenpartei ist ihm gelungen; aber eine neue Grundbesitzverteilung war auf seinem Wege nicht zu erlangen. Die Proletarier, denen in der Stadt sehr billiges Getreide geliefert wurde, hatten gar keine Lust, draussen auf dem Lande im Schweisse ihres Angesichts ihr Brot zu verdienen. Als aber Gaius Gracchus Miene machte, statt der römischen die italienischen Bundesgenossen zur Kolonisation heranzuziehen, wurde er auch vom römischen Plebs verlassen und seinen Todfeinden ausgeliefert,

Die gracchische Bewegung litt an der mangelnden Erkenntnis, dass auch der kapitalistisch durchaus erkrankte Volkskörper einen „Organismus“ darstellt, der immer als ein „Ganzes“ behandelt und kuriert sein will. Es ist nicht möglich, nur für einen ganz bestimmten Teil der Grundbesitzverteilung die Herrschaft des Kapitalismus mit Erfolg auszuschalten, sie aber sonst in allen übrigen Teilen des

Volkskörpers fortbestehen zu lassen. Diese praktisch unhaltbare Inkonsequenz mussten die beiden Gracchen mit ihrem Leben bezahlen. Die Beseitigung des Kapitalismus ist eine Aufgabe, die nur dann gelingen kann, wenn sie auf der ganzen Linie seiner Erscheinungen planmässig in Angriff genommen wird. (Vergl. Band I, Seite 359 bis 364.)

g. Die Reformen von Caesar und Augustus.

Der inkonsequente Idealismus der beiden Gracchen zerschellte an der herrschenden Kapitalistenmoral. Weil der Mittelstand in Stadt und Land vernichtet war, musste das römische Heer aus Proletariern und fremden Söldnern gebildet werden. Die Heerführung wurde so ein Unternehmen mit Gewinnbeteiligung des Soldaten. Ein ebenbürtiger äusserer Feind war nicht gegeben. Die kapitalistische Entwicklung konnte sich deshalb in Rom ungestört ausleben. Der blutige Kampf der 2000 Reichen um die Beute begann. Und der Tüchtigste unter ihnen, Caesar, spielte sein kühnes Spiel um das ganze römische Weltreich. Sein würdiger Nachfolger Oktavianus Augustus vollendete die Ausführung dieses Planes. Jetzt setzten vom Ganzen aus die Reformen ein, mit der klar erkannten Aufgabe: den Kapitalismus aus dem Volkskörper zu beseitigen. Die Köpfe der Kapitalisten wurden in weit überwiegender Zahl abgeschlagen und ihr Vermögen unter die Soldaten und verarmten Bürger verteilt. Die grosskapitalistischen Latifundien in der Umgebung von Rom verwandelten sich in Bauernhöfe. Die bisherige Freiheit der römischen Kapitalisten, die ganze Welt ausbeuten zu können, wurde konsequent abgeschafft. Die bisher als Kriegsbeute be-

handelten eroberten Ländergebiete wurden der altrömischen Feldmark als gleichberechtigte Teile des Reiches angegliedert. Die ganze Welt atmete unter den endlich geordneten Rechtsverhältnissen beglückt auf. Ein neues besseres goldenes Zeitalter begann.

Trotzdem waren die grosszügig angelegten Reformen des Caesar und des Augustus nicht konsequent genug. Caesar und Augustus hatten an sich selbst, als Alleinherrschern des Römerreiches, die früheren kapitalistischen Gewohnheiten nicht abgestreift. Und sie waren aus dieser früheren Zeit gewohnt, einen Schwarm von völlig abhängigen Menschen zur Verfügung zu haben, denen sie Brot und Spiele gewährten. Caesar hat so in Rom 150 000 arbeitslose Kostgänger beibehalten, deren Zahl unter Augustus rasch auf 250 000 angewachsen ist. Die Provinzen waren ja zu Naturallieferungen verpflichtet und der Kaiser war unendlich reich, denn er war ja schliesslich Herr der ganzen damaligen Kulturwelt. Welche Bedenken sollte es haben, diese alte grosskapitalistische Claque beizubehalten? Und doch sollte gerade an dieser Inkonsequenz die erhoffte Wiedergesundung des römischen Volkskörpers scheitern.

Weil in der Hauptstadt Rom für den beibehaltenen Proletarierrest dauernd billiges Getreide zur Verfügung gestellt wurde, konnte sich in Italien der Getreidepreis nie mehr auf jene Höhe erheben, welche den Getreidebau für die freie Arbeit wieder rentabel gemacht hätte. Mit dem Getreidebau blieb auch der Bauernstand — einen bestimmten Umkreis von Rom ausgenommen — von Italien fern. Die Brotversorgung Roms blieb auf andere Ländergebiete angewiesen. Als hier sich Missernten einfanden, wurde Rom von einer Hungersnot heimgesucht, die das hungernde Proletariat zu Tumulten verleitete und das Leben des Kaisers in Gefahr brachte. Dem musste durch energische Massnahmen für die Zukunft vorgebeugt werden. Und so

begann die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr auf berufsgenossenschaftlicher Basis. Dieser Verstaatlichung des Getreidehandels folgte die Verstaatlichung immer neuer Berufszweige, bis das ganze römische Reich vom Staatssozialismus umklammert war.

Mit den früheren kapitalistischen Gewohnheiten von Caesar und Augustus stand weiter im Zusammenhang die Tatsache, dass sie nach ihren Launen das Verfügungsrecht über Güter und Menschen innerhalb ihres Reiches behielten. Der Kapitalist liebt keine Einschränkung seiner Dispositionsfreiheit. So unterliess auch der römische Kaiser für seine Person jede reinliche Scheidung zwischen „Mein“ und „Dein“ im Sinne unserer modernen Staatsverfassungen.

An diesen beiden Resten des Kapitalismus, welche Caesar und Augustus auf den römischen Kaiserthron mitgenommen hatten, sollte sich das gewaltige Römerreich, trotz seiner sonst so gross angelegten Reformen, langsam im Elend verbluten. (Vergl. Band I, Seite 364—391.)

---

3. Nur vorbeugende Politik.

a. Die mosaische Gesetzgebung.

In reiflichst durchdachter Weise hat die mosaische Gesetzgebung das Eindringen des Kapitalismus in die Volkswirtschaft zu verhüten versucht.

Die Basis der Wirtschaftsorganisation war die Pflicht zur Arbeit mit angemessenen Ruhepausen. „Sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebenten aber sollst Du ruhen!" Diese Arbeit war in erster Linie als landwirtschaftliche Arbeit auf eigenem Grund und Boden gedacht. Die tunlichst gleichmässige Verteilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes steht deshalb im Brennpunkt der mosaischen Wirtschaftsgesetze. Der Verteilung folgen eine Reihe von Massnahmen zur Erhaltung dieser Verteilung. Der landwirtschaftliche Grundbesitz ist nach Moses unverkäuflich und unverpfändbar. Nur ausnahmsweise, im Falle echter Not, kann Grund und Boden verkauft werden. Eingehende Bestimmungen sorgen für die Erhaltung der gewollten Grundbesitzverteilung innerhalb des Stammes, der Geschlechter, der einzelnen Familien wie in der Hand der einzelnen Grundbesitzer. Selbst dem Könige hat Moses das Ansammeln von viel Silber und Gold untersagt. Der Geldreichtum namentlich erscheint nach Moses als die Verkörperung einer grossen Gefahr für den Einzelnen wie für die Gesamtheit. Deshalb auch das strenge Verbot Zinsen zu nehmen oder zu geben, bei allgemeiner Ver-

pflichtung, den Bedürftigen zu leihen. In jedem 7. Jahre sollten alle Schulden nachgelassen werden, bei Realisierung der Pfänder zu Gunsten der Gläubiger. Für den in Not verkauften Grundbesitz trat das Rückkaufsrecht in Geltung. Alle 50 Jahre (Jobeljahr) kam ein jeder wieder in den Besitz des Seinen. Dadurch wurde der Grundbesitz im Verkehr ein ganz bestimmt begrenzter Rentenfond. Sein Verkaufs- wie Rückkaufspreis bestimmte sich nach dem Werte der bis zum nächsten Jobeljahre dem Boden abzugewinnenden Jahreserträge. Der Grundpreis wurde so in jedem Jahre niedriger und erleichterte damit den Rückkauf wesentlich. Eine Proletarisierung der Bauern blieb dabei ausgeschlossen. Ergänzend traten noch Bestimmungen zu Gunsten der Knechte und der Lohnarbeiter hinzu.

In der Geltung und Anwendung all dieser Bestimmungen sah Moses eine fundamentale Voraussetzung für das sittliche Gedeihen des Volkes.

Die Ueberlieferung bestätigt, dass die Reform des Propheten Nehemia wie die der Makkabäer, welche auf die mosaischen Gesetze zurückgegriffen haben, in kurzer Zeit ein allgemeines Wohlergehen des Volkes bewirkten. Es fehlte den mosaischen Bestimmungen nur die Macht, sich dauernd Geltung zu verschaffen, was wieder mit der Tatsache in ursächlicher Verbindung steht, dass eine nur vorbeugende Gesetzgebung kaum in der Lage ist, allen kommenden Entwicklungsbedürfnissen im voraus Rechnung zu tragen. (Vergl. Band I, Seite 215—227).

---

b. Die Gesetzgebung des Lykurg.

Vielleicht mitten in jenen Eroberungen, welche den späteren Stammsitz der Spartaner schufen, kam die Verfassung des Lykurg zur Einführung. Sie war deshalb gleich sehr bemüht, den Staat gegen das Vordringen äusserer wie innerer Feinde zu schützen. Durch strenge Zucht bei einfachen Sitten sollten die heranwachsenden Bürger gestählt werden, das Vaterland zu verteidigen. Deshalb war es vor allem Pflicht der Bürger, das Kriegshandwerk zu pflegen. Das fruchtbarste Land wurde in gleichen Ackerlosen unter die Vollbürger verteilt. Zur Bebauung dieses Landes für die Vollbürger waren die alten unfrei gewordenen Landbewohner verpflichtet. Die städtischen Bewohner blieben zwar persönlich frei aber ohne politische Rechte. Trotzdem hatten sie Steuern zu zahlen und sich für den Kriegsdienst bereit zu halten. Der Grundbesitz der Spartiaten war unveräusserlich, unverpfändbar und ging geschlossen vom Vater auf den ältesten Sohn über. Nur der Staat durfte Gold und Silber besitzen. Den Bürgern war der Besitz von Edelmetall gesetzlich verboten. Der Güterverkehr sollte sich nur eiserner Münzen bedienen. Zur Reise eines Spartiaten nach dem Auslande bedurfte es der staatlichen Genehmigung. Fremden wurde der Aufenthalt im Lande nur auf kurze Zeit und Widerruf gestattet. Die gewerblichen Berufe blieben den Unfreien und Fremden überlassen. Die spartanische Verfassung war so mit aller Energie bemüht, den Volkskörper

gesund zu erhalten und deshalb das Eindringen der Krankheit des Kapitalismus von aussen zu verhüten. Die Erfolge dieser Politik gehören zu den Besten aller Berichte, die uns die Geschichte überliefert hat. Etwa um die Mitte des VIII. Jahrhunderts v. Chr. mag diese Verfassung eingeführt worden sein. Gegen Mitte des VI. Jahrhunderts hatten die meisten peloponnesischen Staaten freiwillig sich mit Sparta verbündet, weil sie bei ihrer eigenen kapitalistischen Entwicklung aus diesem Bündnis nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen hatten. Als dann zu Ende des V., Anfang des IV. Jahrhunderts, die kapitalistische Herrlichkeit Athens in Trümmern lag, und fast ganz Griechenland umzustürzen schien, begann es, allgemeiner Mode zu werden, die spartanische Verfassung als Musterverfassung zu bewundern. Aber gerade jetzt hatte auch das Eindringen des Kapitalismus in Sparta begonnen.

Die vielen blutigen Kämpfe, in welche Sparta durch die allgemeinen Verhältnisse der griechischen Welt verwickelt wurde, hatte die Zahl der alten Vollbürger arg gelichtet und zur Aufnahme von Neubürgern gezwungen. Die vielen Siege häuften immer mehr Schätze in Sparta an. Die Bestechlichkeit breitete sich aus. Der Grundbesitz sammelte sich in wenigen Händen. Die Schuldenlast des Volkes nahm rasch zu.

Als es dem Könige Kleomenes IV. im Jahre 226 v. Chr. nicht gelungen war, zu den Grundsätzen der Lykurgischen Verfassung wieder zurückzukehren, wütete von da ab der Bürgerkrieg in Sparta bis zum Einzug der Römerherrschaft.

Auch die nur vorbeugende Politik Lykurgs konnte dem Entwicklungsbedürfnis der Menschheit und ihrer Kultur nicht gerecht werden. Trotz sorgfältigster Abschliessung gegen den Kapitalismus blieb in den Bündnissen des Staates und in dem Reichtum des Staates an Edelmetall

eine bedenkliche Lücke für das Eindringen dieser gefährlichsten Krankheit. Und als man den krank gewordenen Volkskörper später heilen wollte, zeigten sich seine Machtmittel als zu klein für ein selbständiges gesundes Gemeinwesen inmitten einer kapitalistisch durchseuchten Welt. (Band I., S. 305—309.)

---

c) Die Gesetzgebung des Mohammed.

Mohammed konnte als ehemaliger Kaufmann nicht auf den Gedanken kommen, in seinen Gesetzen für den Nationalstaat der Araber die geldwirtschaftliche Entwicklung zu Gunsten der Naturalwirtschaft ausschliessen zu wollen, wie es etwa Lykurg getan hat. Die Geldwirtschaft, mit welcher der Prophet des Islam rechnete, hatte sogar schon eine hohe Entwicklung erreicht. Sie kannte unsere modernen Lieferungsgeschäfte mit „Kostgeschäften", den Markenschutz, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften und Genossenschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftpflicht u. s. w. (Siehe Band II, Seite 9—17.) Mohammed suchte als ehemaliger Kaufmann das schwierige Problem zu lösen: seinem Zukunftsstaate die grossen Vorteile der Geldwirtschaft zu erhalten und dennoch die unheilbaren Schäden des Kapitalismus auszuschliessen. Zu diesem Zwecke zwang er das Geld aus einer herrschenden in eine dienende Stellung. Das Geld „an sich" war nach Mohammed nicht produktiv. Jede Form des Zinses für ein Gelddarlehen war deshalb verboten. Auch das Moment der Zeit konnte nach seinen Bestimmungen Zinsen selbst dann nicht rechtfertigen, wenn das Darlehensgeschäft in die Form der „Kostgeschäfte" eingekleidet wurde. Auch „Gründergewinne" waren als Wucher zu behandeln. Alle baren Einlagen eines Kapitalisten in ein Geschäft blieben in ihrer Wertsumme unverändert. Alle unbaren Einlagen konnten nur zu dem genau nachweisbaren Selbstkostenpreise eingesetzt und in Rechnung geführt werden. Zwischen Kauf- und Verkaufspreis gab es nach

Mohammed nur unberechtigte Gewinne für den Geldgeber. Jede Forderung und jede Einnahme über die Grenze des Buchwertes hinaus war nach Mohammed Wucher. Trotzdem sollte das Geld nicht dazu verurteilt sein, im Kasten zu rosten. Wer Geld hatte und es nicht verwenden konnte, oder wollte, beteiligte sich damit an der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Anderen, der über keine oder nicht genügend Mittel verfügte. Hier boten sich die verschiedensten Gesellschaftsformen, von denen die der Kommanditgesellschaft am beliebtesten war. Die Rechte und Pflichten beider Teilhaber waren nach strenger Billigkeit geordnet. Das Geld beteiligte sich an dem Gewinn und Risiko des Unternehmens, dessen Leitung in der Hand des Unternehmers und nicht in der des Geldgebers lag. Der erzielte Gewinn wurde nach Abzug der Selbstkosten in der Regel zu gleichen Teilen geteilt. Damit aber auch die Unternehmer im freien Wettbewerbe sich keine rechtswidrigen Gewinne aneigneten, gab es Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb, ein ausdrückliches Verbot, Waren aufzukaufen und einzusperren, um die Preise zu treiben u. s. w.

Aber Mohammed blieb bei dieser rechtlichen Ordnung des wirtschaftlichen Verkehrs nicht stehen. Sein politisches Ziel, die Herrschaft seiner Getreuen über die ganze Welt auszudehnen, fasste er in dem Auftrage zusammen: „Bekämpfet die Ungläubigen, bis sie euch demütig die Steuer zahlen!" Deshalb wurde die Moschee zum Exerzierplatz der Muslime und der Raub- und Eroberungskrieg zur wichtigsten Erwerbsart der Gläubigen. Trotz des Idealismus, der unzweifelhaft in den Gesetzen des Mohammed enthalten ist, und die in konsequenter Weise den Kapitalismus zu verhüten bemüht waren, führte die Politik Mohammeds das islamische Reich sofort auf die Bahn der rein kapitalistischen Entwicklung, die in einem Meere von Blute ihren naturgemässen Abschluss fand.

---

d) Die wirtschaftliche Gesetzgebung Karls des Grossen.

Eine ganze Reihe von Faktoren haben zusammen gewirkt, um das fränkische Kaiserreich unter Karl dem Grossen in seiner glänzenden Gestalt erstehen zu lassen. Zu diesen Faktoren, und zwar wahrlich nicht an letzter Stelle, gehört die Tatsache, dass Karl der Grosse jene 22 Bücher über die Kirchengemeinde Gottes („De civitate Dei") zu seiner Lieblingslektüre erwählt hatte, welche der grosse Bischof von Hippo Regius in Nordafrika geschrieben hatte. Aurelius Augustinus hatte selbst den Zusammenbruch der antiken Welt erlebt. Was seine Zeit an Wissen und Bildung besass, war ihm eigen. Mit all dem hat er die Segnungen der christlichen Lehre verschmolzen. Wer so mit reichster Begabung am Ausgang des einen und an der Schwelle des anderen Zeitalters stand, musste zu ganz aussergewöhnlichen Leistungen berufen sein. Und diese Bücher in der Hand eines Karls des Grossen mussten zu gewaltigen Schöpfungen mithelfen.

Gewiss hat auch Karl der Grosse sein Leben lang Kriege geführt und Schlachten geschlagen. Aber seine Kriege standen nicht im Dienste der Habgier, sondern im Dienste einer besseren Rechtsordnung. Die Eroberungen Karls des Grossen waren nicht Erwerbungen einer sesshaft gewordenen Räuberbande, sondern Erwerbungen eines sittlichen Gemeinwesens, das ernstlich bemüht war, innerhalb seines Machtbereichs das Unrecht zu kränken und das Recht zu schützen. Karl der Grosse gab deshalb ein-

gehend motivierte Verordnungen gegen den Wucher und gegen die Habgier. Danach war alles das Wucher und Uebermass, was mehr empfangen als gegeben wurde. Wer 1 Scheffel Getreide gab, um später dafür $1^1/_2$ Scheffel Getreide zu empfangen, war ein Wucherer und als solcher zu bestrafen. Berechtigt waren nur solche Abmachungen, bei welchen Leistung und Gegenleistung einander ungefähr gleich waren. Jedem Vertrage mit ungleicher Leistung und Gegenleistung blieb der Rechtsschutz versagt. So waren Zinsen als Wucher verboten, Habsucht, Gier nach Reichtum und Ungerechtigkeiten als schwere Sünden zu behandeln. Dieser prinzipiellen Auffassung ordneten sich die praktischen Einzelbestimmungen unter.

Es kann gar nicht bestritten werden, dass der Geist dieser Gesetze und Verordnungen das Eindringen der die Völker vernichtenden Krankheit des Kapitalismus verhütet hat. Wesentlich deshalb ist es Karl dem Grossen so unvergleichlich geglückt, den Sachsenstamm mit den Franken durch Kolonisation zu verschmelzen. Es gehörte zu den grossen Entwicklungsbedürfnissen der nachfolgenden Zeit, dass sich der arbeitsteilige Lehensstaat ausgestaltete, mit all seinen weiteren Konsequenzen für das Völkerleben. Und solch nachkommenden Fragen ist keine nur vorbeugende Gesetzgebung auf die Dauer gewachsen. (Vergl. Band II, Seite 351—357.)

---

e) Die Grundsätze der Stadtwirtschaft im Mittelalter.

(Vergl. Band II, S. 351—357.)

Während die Verfassung des Karolingerreiches sich wesentlich veränderte, und auf dem Lande vielfach neues Recht entstand, kam in den Städten im XIII. und XIV. Jahrhundert eine Wirtschaftsordnung zur Blüte, welche, wie die Gesetzgebung Karls des Grossen, mit den Lehren der christlichen Kirche in engster Verbindung stand.

Auch in dieser wirtschaftlichen Ordnung war die Habsucht und Geldgier verpönt, um die Gerechtigkeit und Billigkeit walten zu lassen. Jede Stadt mit ihrer Bannmeile versuchte im wesentlichen, sich selbst genug zu sein Das Land erzeugte die Rohprodukte, die Stadt veredelte dieselben. Die Güterproduktion war als Arbeitsgelegenheit für eine tunlichst grosse Zahl selbständiger Arbeiter gedacht, deren Nahrungsspielraum gesichert bleiben sollte. Deshalb blieb die Zahl der Hilfsarbeiter und der Umfang der Produktion „kontingentiert". Die Herstellung der Güter wurde im Interesse einer guten Qualität fortlaufend überwacht. Die Preise sollten die Produktionskosten plus anständigen Gewinn decken. Deshalb wurde den Preistreibereien wie den Preisdrückereien gleich energisch entgegengetreten. Verboten war auch, Heringe zu verkaufen, die noch nicht gefangen, Getreide zu verkaufen, das noch nicht geerntet war. Das Moment der Zeit begründete keinen Gewinn. Sogenannte „Kostgeschäfte" blieben Wuchergeschäfte. Soweit es anging, waren die

Produktion und der Verkehr den freien Vereinigungen der Produzenten übertragen. Nur, wo diese Kräfte nicht ausreichten, trat die Obrigkeit ergänzend hinzu. Von der Wiege bis zur Bahre geleiteten diese gesellschaftlichen Organisationen, Zünfte genannt, den Mitbruder und behandelten den Armen wie den Reichen gleich. Wer genug verdient hatte, zog sich vom Geschäft zurück und machte so einem Anderen Platz. Um die Mitte des XV. Jahrhunderts kam es zur Errichtung städtischer und privater Pfandleihanstalten, welche zur Deckung ihrer Unkosten einen billigen Zins berechneten und die Höhe des Einzeldarlehens nach der Grösse der meist gestifteten Geldmittel und der Zahl der Darlehenssucher zu bemessen pflegten. Glück und Zufriedenheit wohnten in diesem Gemeinwesen. Unter dem Schutze dieser Rechtsgrundsätze hat sich das deutsche Gewerbe zur Kunst veredelt. Die grossen Dome und stattlichen Rathäuser des Mittelalters sind von Handwerksmeistern erbaut.

Aber der zunehmende Reichtum hat die Habgier und Geldsucht der Menschen wachgerufen und den Kapitalismus zur Einführung gebracht. Mit dem damit zunehmenden Verkehr häuften sich die politischen und auch religiösen Wirren aller Art. Das wieder zur Geltung kommende Kapitalistenrecht der untergegangenen Römerwelt begünstigte mit den kulturellen Einwirkungen des islamischen Reiches das Aufkommen einer „neuen“ kapitalistischen Zeit ausserordentlich, die dann Deutschland in einen 30jährigen Bruderkrieg hineingerissen hat. Solchen Mächten gegenüber zeigte sich die nur stadtwirtschaftliche Rechtsordnung zu schwach, um fortbestehen zu können.

---

4. Unvollständige Heilung mit vorbeugender Politik.

Die Reform der Republik Venedig im XIV. und XV. Jahrhundert.

Die rücksichtslose Art und Weise, in welcher Venedig die Kreuzzugsbewegung des christlichen Abendlandes zu kolonialen Erwerbungen wie zum Abschluss günstiger Handelsverträge ausnutzte, hatten zu Anfang des XIII. Jahrhunderts für diesen Staat die Möglichkeit nahegerückt, das Monopol über den ganzen Levantehandel zu erringen. So sehr lagen damals die Interessen dieser staatlichen Gemeinschaft ausserhalb der Lagunenstadt, dass ein Doge allen Ernstes den Antrag stellen konnte, die Venetianer möchten nach Konstantinopel als der Hauptstadt ihres Reiches übersiedeln. Aber dieser Reichtum und diese Erfolge weckten auch die Feinde. Und bei dem bald beginnenden mehr als hundertjährigen Rivalitätskriege zwischen Venedig und Genua zeigte es sich nur zu deutlich, wie überaus bedenklich es für eine Verteidigungsposition ist, die Interessen des Staates über die ganze Welt verzettelt zu haben. Dicht am Abgrunde des Verderbens konnte Venedig nur mit äusserster Anstrengung seiner Kräfte noch einmal sich retten. Das hat den klugen massgebenden Politikern dieses Staates doch die Augen über das Bedenkliche ihrer politischen Lage geöffnet. Die im Levantehandel gewonnenen Privilegien und Kolonien

mussten in absehbarer Zeit ihnen sicher verloren gehen. Was sollte dann aus Venedig werden? Sie mochten sich in diesem Zusammenhange erinnern, wie rasch die italienischen Handelsstaaten ohne Bauern, Amalfi und Pisa, ihren Untergang gefunden haben. Genua gab jetzt freiwillig seine Selbständigkeit auf. Die griechischen Handelsstaaten Teos und Phokaea z. B. sind in einer ähnlichen Lage mit Kind und Kegel ausgewandert, um sich in einer mehr agrarischen Gegend eine neue Heimat zu gründen. Die Venetianer schlugen einen anderen Weg ein. Sie eroberten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft vom Festlande („terra firma“) so viel als irgend möglich war. Hier behandelten sie die Bauern mit kluger Schonung, um sie möglichst bald mit Venedig zu verschmelzen. Hier schufen sie sich eine tüchtige heimische Industrie, gaben ihren Industriearbeitern gute reichliche Löhne und Alterspensionen. Eine Verstaatlichung des Getreidehandels mit berufsgenossenschaftlicher Organisation der Müller und Bäcker unter staatlicher Aufsicht sorgte für mittlere Getreide- und Brotpreise, bei denen Bürger und Bauern bestehen konnten. Und die unheimliche Polizei des heiligen Markus liess jeden Neuerer, Umstürzler und etwa für den Staat Verdächtigen unter den Bleidächern Venedigs für immer verschwinden. So haben es die klugen venetianischen Staatsmänner verstanden, bei einer Friedenspolitik „um jeden Preis“ nach aussen ihre politische Selbständigkeit bis zu den napoleonischen Kriegen über Wasser zu halten.

Man wird kaum sagen können, dass dieser Heilungsprozess im XIV. und XV. Jahrhundert ein vollständiger war, trotz des gewaltigen operativen Eingriffes, der den Schwerpunkt der weiteren Entwicklung vom Wasser und den internationalen Handelsbeziehungen mit ausgedehnten Kolonien wieder zurück in die Heimat verlegte und auf die eigene produktive Arbeit stützte. Denn die Zeit war

vorbei, in welcher diese neue Heimat für ein selbständiges Staatswesen hätte gross genug werden können. Trotzdem ist es so den Venetianern in Verbindung mit einer nach aussen klug nachgiebigen, nach innen ganz rücksichtslosen vorbeugenden Politik gelungen, den Untergang ihres Staates um 3 bis 4 Jahrhunderte hinauszuschieben. (Vergl. Band II, S. 388—397).

---

5. Vollständige Heilung mit vorbeugender Politik.

a) Die Beseitigung des Kapitalismus aus der Kirche.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem islamischen Weltreiche und dem christlichen Abendlande haben die Ausbreitung der Geldwirtschaft und des Kapitalismus über Amalfi, Pisa, Genua, Venedig nach Norden und Westen Europas ausserordentlich gefördert. Jene kirchliche Reformbewegung, welche man mit dem Namen Cluny zu verknüpfen gewohnt ist, hat das Ansehen der christlichen Kirche wesentlich erhöht und die Macht der christlichen Lehren auf das Gemüt ihrer Anhänger wesentlich gestärkt. Die Notwendigkeit, die einmal begonnene Kreuzzugsbewegung energisch weiterzuführen, musste auch dem lehensstaatlichen Aufgebot eine Soldzahlung gewähren. Diese Soldsummen als „Kreuzzugssteuern" in der ganzen Christenheit zu erheben und dann über ihre Verwendung zu disponieren, das konnte naturgemäss nur Sache der Kirche, bezw. des Papstes in Rom sein. So ist im XIII. Jahrhundert der römische Papst zum geldreichsten Herrn der Christenheit geworden. Mit dem Reichtume kam die politische Macht. Fast alle Fürsten Europas bemühten sich um die Gunst des Papstes, um einen möglichst grossen Teil seiner Schätze für ihre Zwecke zu erlangen. Es kann gar nicht überraschen, dass unter solchen Verhältnissen die Idee der Universalmonarchie der Päpste sich mehr und mehr aus-

breitete. Die naturgemässe Folge dieser Erscheinungen war aber eine rasche Zunahme dessen, was wir „politische Intriguen" nennen. Die sich bald mehrenden Konflikte zwischen Kirche und Staaten stellten noch grössere Anforderungen an den Geldsäckel der Kirche. Das erwachende Nationalbewusstsein der Völker führte in Konfliktszeiten zu einer verschärften Kritik des Geldreichtums und der weltlichen Politik der Kirchenleitung, zum Abfall von der römischen Kirche, zu Kirchenspaltungen, zur Konfiskation der Kirchengüter durch den Staat. Die Fortführung dieser päpstlichen Politik wurde immer schwieriger, der Ruf nach Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern immer allgemeiner. Eine Reihe grosser Kirchenkonzilien beschäftigte sich mit der Lösung dieses Problemes, bis endlich das Konzil zu Trient (1545—1563) in folgerichtiger Weise alle kirchlichen Geldeinnahmen des Papstes bis auf die freiwilligen Geschenke der Gläubigen (den Peterspfennig) für alle Zeiten abschaffte. Mit dem Geldreichtume ist auch der Kapitalismus aus der Kirche verschwunden. Haupt und Glieder haben sich seitdem in echt christlicher Weise verjüngt. (Vergl. Band II, 178—215).

---

b) Beseitigung des Kapitalismus auf dem Fürstenthrone.

Die sogenannte „neue Zeit", welche dem Mittelalter folgte, war durch die Einführung des „Humanismus", durch die Rezeption des römischen Rechtes, durch Erfindungen verschiedenster Art, namentlich auch der Buchdruckerkunst, durch Entdeckung neuer Erdteile, insbesondere aber durch Ausbreitung der Geldwirtschaft und des Kapitalismus aus dem islamischen Orient eingeleitet worden. Wie viel Förderung auch im Einzelnen diese Umwandlungen durch die römische Kirche erfahren haben, im Grunde blieben all diese Neuerungen der Kirche feindlich gesinnt. Wohl aber begünstigten sie das Aufkommen eines neuen Staatsbegriffes und einer neuen Staatsgewalt, welche an Machtmitteln und an Reichtum gewinnen sollte, was durch die Reformation der Kirche an beiden verloren ging. Es vollzog sich damit eine Verschiebung in der Weise, dass der Kapitalismus, welcher aus der Kirche durch die Reformation und das Konzil von Trient beseitigt wurde, sofort vom Fürstenthrone Besitz nahm. Die neue Zeit charakterisiert sich deshalb allgemeiner als die Epoche des Kapitalismus auf dem Fürstenthrone.

Der absolute Fürst war ein Kapitalist, welcher über sein Land und seine Leute mit ihrem Vermögen das volle Recht des Gebrauchs und des Missbrauchs besass. Um diese Herrschaft auszuüben, hielt er sich Söldner und Beamte aller Art, welche bei regelmässiger und pünktlicher Bezahlung mit ihrem Herrn durch dick und dünn gingen.

Die Reformation hat diesen Fürsten sogar das Recht zugesprochen, selbst über den Glauben ihrer Untertanen nach Laune zu verfügen. Die Seele und das Endziel aller Politik war die tunlichste Vermehrung des fürstlichen Geldreichtums, die sowohl als Vermehrung in bar, wie als Vermehrung des Einkommens und der Steuerquellen verschiedenster Art in Betracht kam.

Wo diese Machtfülle in der Hand eines klugen weitblickenden, pflichterfüllten Fürsten lag, wie Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. von Preussen, Königin Elisabeth von England, Heinrich IV. von Frankreich, da erwies sie sich als die beste Verfassungsform, um die mittelalterlichen stadtwirtschaftlichen Kreise zu einer volkswirtschaftlichen Einheit zu verschmelzen, die nur zu häufig einer Verteidigung wie auch einer erobernden Abrundung bedurfte, um die Wohlhabenheit des Volkes sowie dessen Erziehung und Bildung so weit zu fördern, dass das Volk selbst ein mitbestimmender Faktor in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung werden konnte. Wo dagegen herrschsüchtige, verschwenderische, unkluge Regenten das Szepter führten, wie Ludwig XIV., XV. und XVI. von Frankreich, Philipp II. und III. von Spanien, Karl I. und II. von England, da führte die falsche Anwendung dieser Machtbefugnisse zu den schwersten Schädigungen des Volkes und selbst zur völligen Verarmung und Verelendung des Landes.

Die Möglichkeit und häufigere Wiederkehr solch furchtbarer Schädigungen durch den Kapitalismus auf dem Fürstenthrone hat die kleineren Staaten zu grösseren Gemeinwesen zusammengeführt und in den grösseren Staaten zumeist auf dem Wege der politischen Revolution durch das sogenannte „Verfassungsgesetz“ den Kapitalismus vom Fürstenthrone für alle Zeiten beseitigt. Das Wesen dieser Verfassungsgesetze besteht deshalb darin, die Grenze

zwischen dem Privateigentume des Fürsten und dem Staatseigentum streng zu ziehen, in der Zivilliste den Geldlohn des Fürsten genau zu bestimmen und die Rechtswirksamkeit aller Handlungen und Unterlassungen des Königs an die Mitwirkung eines, der Volksvertretung verantwortlichen Beamten zu knüpfen. Wo der fürstliche Absolutismus seine so grossen entwickelungsgeschichtlichen Aufgaben erfüllte, um dann erst eine Staatsverfassung zu gewähren, war dieselbe geeignet, die Entwicklung des Ganzen auf guten Bahnen weiterzuführen. Wo aber böse Misswirtschaft des Absolutismus dem Fürsten auf dem Wege der politischen Revolution die parlamentarische Verfassung entwunden hat, bevor das Volk und seine Verhältnisse reif dazu waren, scheinen die Länder für das eine Uebel nur ein anderes eingetauscht zu haben. (Vergl. Band II, Seite 215—368.)

---

6. Zusammenfassung.

Die blos symptomatische Behandlung des Kapitalismus kann zweierlei Art sein: man kann in den Symptomen die positiven Fingerzeige für die rechte Politik erblicken, wie das perikleische Zeitalter, ohne den tiefgehenden Unterschied zwischen gesunden und kranken Erscheinungen zu ahnen, oder man kann in den Symptomen zwar krankhafte Erscheinungen erblicken, aber, ohne die tieferliegende Krankheitsursache aufzusuchen, sich damit begnügen, die äusseren Erscheinungen als selbständige Krankheiten zu betrachten und zu behandeln, wie es der republikanische Senat in Rom getan hat. Die erstere politische Methode kann den Untergang des Staates nur beschleunigen, die letztere nur wenig aufhalten.

Die unvollständigen praktischen Heilungsversuche ohne Prophylaxis haben nur den Erfolg des Tages und der unmittelbaren Gegenwart im Auge, ohne sich dabei um die Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse in der Zukunft oder um den konsequenten Abschluss der Reform auch für Gebiete, auf denen zunächst keine Missstände empfunden werden, viel zu kümmern. So ist die Reform des Nehemia mit seiner Person wieder in Vergessenheit geraten. So hat die Makkabäer-Reform nur gedauert bis zur nächsten Einmischung des Auslandes. So hatte Solon sich zu wenig gekümmert um die Entstehung neuer Schulden und Abhängigkeitsverhältnisse. So schenkte Kleomenes IV, zu Beginn seiner Reform der

Frage zu wenig Beachtung, ob er die Macht besitzen werde, den Kapitalismus auf einem, für ein selbständiges Volksleben genügend grossen Gebiete konsequent zu beseitigen. Die römischen Bauern hatten vergessen, den eigenen Egoismus auf dem Gebiete der Dispositionsfreiheit über ihre eigenen Grundstücke zu beschränken. Die Gracchen scheiterten, weil sie den herrschend gewordenen Kapitalismus nur auf dem einen Teil der kapitalistischen Latifundien beseitigen wollten, statt die Beseitigung des Kapitalismus im ganzen Volksleben in Angriff zu nehmen. Und selbst Cäsar und Augustus haben einen zunächst ganz unscheinbaren Rest des Kapitalismus: eine grössere Zahl von Almosenempfängern neben ihrer persönlichen Alleinherrschaft beibehalten, an dem das Ganze zugrunde gehen sollte.

Die Fälle *der nur vorbeugenden Politik* zeigen sich mit Ausnahme der Politik des Mohammed, zwar konsequent zu Ende gedacht, aber nicht immer mit geeigneten Machtmitteln zur guten Ausführung ausgestattet und neuen Entwicklungsbedürfnissen nicht genügend gewachsen.

Der einzige sehr interessante Fall einer *unvollständigen praktischen Heilung mit vorbeugender Politik*, den Venedig seit dem XIV. Jahrhundert bietet, bestätigt die theoretische Vermutung, die Auflösung des Staates nicht unbeträchtlich hinausschieben zu können.

Dauernd günstige Resultate sind nur dort zu verzeichnen, wo eine *rechtzeitige* — nicht verfrühte und nicht verspätete — *vollständige Heilung auf einem genügend grossen Gebiete mit ausreichenden Garantien für die Durchführung sich mit der vorbeugenden Politik verbindet*, wie das bei der Beseitigung des Kapitalismus aus der Kirche und vielfach bei der Beseitigung des Kapitalismus vom Fürstenthrone der Fall war.

C.

Zur Symptomenlehre und Diagnose.

Was uns als Krankheitssymptome und diagnostische Auffassung aus dem Leben der vorbehandelten Völker in der Geschichte überliefert wurde, lässt sich, wie folgt, zusammenfassen:

1. Die jüdische Geschichte.

Symptome:

a) Allgemeineres Streben nach Geldreichtum bei zunehmender Einführung des Goldgeldes.
b) Ueberwiegen der Handelstätigkeit, alles ist eine beliebig verkäufliche Ware geworden.
c) Zunehmende Verschuldung des Volkes bei Wucherzinsen, Vernichtung des selbständigen Mittelstandes, Ausbreitung der Sklaverei.
d) Latifundienbildung und wachsender Reichtum Weniger, immer schärferer Gegensatz zwischen der Armut der Massen und dem Reichtume Weniger.
e) Der Staat führt Kriege im Interesse des Reichtums des Königs und der Grosskapitalisten.
f) Wachsende Ausbreitung der internationalen Handelsbeziehungen.
g) Zunehmender Luxus.

h) Hungersnöte in wachsender Zahl.

i) Die guten Sitten der Väter werden durch Uebernahme der Sittenlosigkeit der kapitalistischen Nachbarvölker verdrängt.

k) Zunehmende Steuerlast des Volkes.

l) Flucht der Bevölkerung vom Lande nach der Stadt und Abwanderung nach dem Auslande.

m) Wachsende handelspolitische Abhängigkeit vom Auslande.

n) Zunehmende Unzufriedenheit des Volkes. Ansammlung von arbeitslosen Proletariern in der Hauptstadt, ihre Unterstützung aus öffentlichen Fonds, Ausbreitung des Sozialismus und Anarchismus.

Besonders beachtenswerte diagnostische Bemerkungen der Quellen sprechen: vom „Tanz des Volkes um's goldene Kalb“, von der Unmöglichkeit, „Gott und dem Mammon dienen zu können“, von der Tatsache: „die Geldfürsten von Juda und Israel regierten das Land und der König hatte wenig mehr zu sagen.“

---

2. Die Geschichte der Griechen.

Symptome:

a) Zunehmende Verschuldung des Volkes bei Wucherzinsen, Vernichtung des selbständigen Mittelstandes auf dem Lande.

b) Stetig wachsende Zahl von Kriegen um neue Absatzwege für Handel und Industrie und um den Besitz von Kornkammern. Der Krieg wird eine Erwerbsart der verarmten Bürger.

c) Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes in der Stadt durch Sklaven, welche von Unternehmern in Fabriken beschäftigt werden, und in Mietskasernen wohnen. Ausbreitung des arbeitslosen Rentnertums.

d) Versorgung der verarmten Bürger in wachsender Zahl aus der Staatskasse.

e) Zunächst wird über Uebervölkerung geklagt, weshalb Abwanderung nach den Kolonien begünstigt wird, dann folgen allgemeine Klagen über Eheflucht, Kinderlosigkeit und Menschenmangel.

f) Bei allgemeiner Einführung der Goldmünze gewinnen die internationalen Banken immer grössere Macht, bei immer stärkerem Hervortreten der Spekulation.

g) Der agrarische Charakter des Volkes wird mehr und mehr durch die Ausbreitung des Gelderwerbs auf jede mögliche Art ersetzt, Latifundienbildung als Luxusbesitz der Reichen.

h) Bedenkliche Abnahme der Bürgertugenden und Ausbreitung des Weltbürgertums.

i) Ausserordentliche Zunahme des Luxus und der Verfeinerung in den Städten mit internationalem Handelsverkehr.

k) Stetig wachsende Zahl der internationalen Verwicklungen des Staates im Interesse der Geschäftsgewinne der Reichen, wie besonders im Interesse der Eintreibung von Schuldforderungen der heimischen Banken im Auslande, Bankiers und Grossindustrielle erhalten die politische Führung im Staate.

l) Uebermässige Anspannung der Steuerschraube, Staatsbankrott, Hungersnöten.

m) Wachsende Unzufriedenheit des Volkes, häufige Bürgerkriege mit Vermögenskonfiskationen bei den Reichsten, allgemeine Ausbreitung des Sozialismus und Kommunismus.

Diagnosen:

„Der ärgste Fluch der Menschen ist das Geld“ (Sophocles).

„Er (der das Geld erfand) gebar den Hass der Brüder und Verachtung gegen Eltern, er erregte Mord und Fehde und das Schlimmste — er versperrte zu den Herzen uns die Wege“ (Anakreon).

„Entstehen uns doch alle Kriege um des Geldes Besitz“ (Platon).

Kurz, alle politischen Denker der Griechen, wie Socrates, Demokritos, Xenophon, Plutarch, Antisthenes, und namentlich Platon und Aristoteles sind — als es schon zu spät war — darin einig gewesen, dass das Rennen und Jagen nach Gold und Reichtum die griechischen Völker vernichtet habe, Man hätte statt dessen nach Glück, Zufriedenheit und Sittlichkeit der Bürger streben sollen!

3. Die Geschichte der Römer.

Symptome:

a) Zunehmende Verschuldung des Volkes, Vernichtung des Bauernstandes, Entvölkerung des Landes, Latifundienbildung.

b) Vernichtung der selbständigen Gewerbetreibenden durch Gewerbesklaven, welche von Unternehmern in Fabriken beschäftigt werden.

c) Der Welteroberung folgt die rücksichtsloseste Erwerbssucht der Römer, welche in den Provinzen selbst den Menschenraub im Grossen organisieren. Statthalter, Steuerpächter, römische Kaufleute und Geldverleiher wetteiferten im Auswuchern der Provinzen.

d) Mit dem Verschwinden des heimischen Bauernstandes ist die Brotversorgung des Volkes auf Getreidezufuhren aus immer grösseren Entfernungen angewiesen.

e) Ungeheure Wahlbestechungen liefern Brot und Spiele für die proletarisierten Bürger.

f) Die Heeresmacht des Staates wird allgemein zur Eintreibung privater Wuchergewinne in den Provinzen und Nachbarstaaten verwendet.

g) Fabelhafte Zunahme des Reichtumes, des Luxus, der Genusssucht.

h) Fortschreitende Sittenverderbnis, Erbschleicherei, Wucher, Erpressung, Bestechlichkeit der Richter und Beamten. Die früher heilig gehaltene unauflösliche Ehe wird zu einem leicht lösbaren Vertrag. Starke Zunahme der Prostitution, Eheflucht, stetiger Rückgang der Bevölkerung.

i) Der alte Adel verschwindet mehr und mehr. Die politische Führung kommt in die Hände der Bankiers. Die Handelsleute der ganzen Welt versammeln sich in der Hauptstadt. Die Bürgerkriege beginnen. Sozialistische und anarchistische Strömungen machen sich geltend.

k) Die Versorgung der Proletarier auf Staatskosten führt rasch zur Ausbreitung des Staatssozialismus auf zwangsberufsgenossenschaftlicher Basis. Die Prätorianer (Anarchisten) folgen.

l) Der Staatsbankrott wird chronisch. Der Rückgang der Bevölkerung dauert an. Die Geldwirtschaft verschwindet nach und nach. An ihre Stelle tritt wieder die Naturalwirtschaft.

Diagnosen:

„Wozu zwingst Du nicht der Sterblichen Herzen, scheusslicher Hunger nach Gold.“ (Virgil).

„Bei dem weisen Manne spielt der Reichtum den Knecht, bei dem Toren den Herrn“ (Seneca).

„Habsucht birgt alle Laster in sich.“ (Cato).

„O Bürger! Geld muss man sich heute vor allem verschaffen! Tugend und Gerechtigkeit kommen erst nach dem Gelde! Auf dem Börsenplatze der Geldwechsler wird dies laut gepredigt und Alte und Junge zeigen sich als gelehrige Schüler.“ (Horaz).

„Habsucht und Genusssucht haben alle grossen Reiche zerstört!“ (Cato).

„Wollt ihr die Habsucht ausrotten, so müsst ihr ihre Mutter ausrotten, die Genusssucht!“ (Cicero).

„Der Reichtum muss natürlich herrschen und den höchsten Ehren darf nicht nachstehen Einer, der jüngst erst als Sklave in die Stadt gekommen, sobald er erst reich geworden ist. Denn bei uns herrscht des Reichtums heilige Majestät!“ (Juvenal).

„Gewisse Leute machen sich ein Vermögen, nicht um leben zu können, sondern leben wegen ihres Vermögens.“ (Juvenal).

„Kein Verbrechen, keine Schandtat ist unbekannt, seitdem die römische edle Einfachheit entschwunden ist.“ (Juvenal).

„Kein Laster des menschlichen Geistes hat mehr Giftbecher gemischt, oder öfter das Schwert gebraucht, als die verruchte Begierde nach unermesslichem Reichtum! denn wer reich werden will, will es bald werden! aber welche Ehrfurcht vor dem Gesetze, welche Furcht oder Scham kennt der vorwärts stürmende Geizhals?“ (Juvenal).

---

4. Das islamische Weltreich.

Das islamische Reich ist als das Reich einer sesshaft gewordenen Räuberbande entstanden. Hier waren in der Praxis des Lebens die Begriffe Diebstahl, Raub und Erwerb, Erpressung, Bestechung und staatliche Besoldung nicht auseinanderzuhalten. Die Entwicklungsgeschichte dieses Reiches zeigt deshalb nur den kapitalistischen Entwicklungsprozess der „Expropriation der Expropriateure"; der Stärkere nimmt immer dem Schwächeren alles ab, was er an Reichtum besitzt, bis schliesslich in den furchtbaren Mongolenstürmen alles zu grunde geht. Hier zeigt jedes Blatt der Geschichte nichts anderes als das Recht auf Gewalt und den scheusslichen Hunger nach Reichtum. Die ganz vereinzelten menschlich denkenden Herrscher waren viel zu schwach, um gegen eine ganze Welt voll Habgier ankämpfen zu können. Der masslose Egoismus hat das Reich geschaffen und wieder zu grunde gerichtet. Hier ist die Diagnose ausser Zweifel und die Unterscheidung von Symptomen überflüssig.

---

5. Der Kapitalismus in der Kirche.

Symptome:

a) Mit dem zunehmenden Reichtume wächst die Verweltlichung der Päpste und Kirchenfürsten. „Früher waren unsere Kirchengefässe von Holz und unsere Prälaten von Gold. Heute sind unsere Kirchengefässe von Gold und unsere Prälaten von Holz.“ (Savonarola.)
b) Die Kirche ist an einer wachsenden Zahl politischer Konflikte beteiligt, welche vielfach zu blutigen Kriegen führen, die wenig zutreffend als „Religionskriege“ bezeichnet werden.
c) Päpste und Kirchenfürsten sind so sehr mit nicht kirchlichen Aufgaben beschäftigt, dass kaum Zeit zur Erfüllung kirchlicher Pflichten übrig bleibt. Der Templerorden z. B. war zu einer Gesellschaft von Geldwechslern geworden.
d) Mit dem zunehmenden Reichtum wachsen die politischen Ziele immer mehr ins Ungemessene. Die Zahl der feindlichen Staatsgewalten mehrt sich.
e) Namentlich die immer rücksichtslosere Art des Gelderwerbs vermehrt die Zahl der von der Kirche sich trennenden Gläubigen.

Diagnose:

Alle neuen Sekten klagten den Reichtum und die Verweltlichung der Kirche als die Ursache aller kirchlichen Misstände an. Selbst die Gründung der Bettelorden bringt diese Idee zum Ausdruck, Nach den „Gesichter des Pflügers“ (1362) hat „das Geld, das schlimme Geld die Kirche vergiftet.“ Die Beseitigung des kapitalistischen Erwerbs führt eine unverkennbare Heilung der kirchlichen Misstände herbei.

---

6. Der Kapitalismus auf dem Fürstenthrone.

Symptome:

a) In Portugal:

aa) Mit dem Reichtume entfaltet sich ein massloser Luxus Weniger, neben der Armut der Massen, Bettlerunwesen.

bb) Die Zahl der Bauern mindert sich rasch, der Getreidebau geht zurück, die notwendige Getreidezufuhr vom Auslande steigt. Grosskapitalistische Latifundien mit Schafhaltung breiten sich aus.

cc) Die kolonialen Gewinne werden hauptsächlich durch Plünderung und Raub erzielt. Zunehmende Verbitterung der kolonialen Bevölkerung, wachsende Korruption der Beamten, Richter, Soldaten und Händler. Blutige Aufstände, welche immer grausamer unterdrückt werden.

dd) Die Zahl der kolonialen Kriege und Konflikte wächst bedenklich.

ee) Die Finanzlage des Staates wird immer ungünstiger. Die Kolonien trennen sich zumeist vom Mutterlande. Revolutionäre Aufstände zwingen den König zur Einführung der Verfassung. Der Reichtum des Königs ist verschwunden. Das Volk ist arm und ungebildet geblieben. Ausbreitung des Sozialismus.

b) In Spanien:

aa) Mit den kolonialen Erwerbungen wächst die Gier nach dem Golde. Die kolonialen Raubzüge werden mit unmenschlicher Grausamkeit ausgeführt.

bb) Ungeheure Reichtümer in der Hand von Wenigen bei Massenarmut im Volke und bald allgemeiner Bettlerplage.

cc) Mit dem Reichtume des Königs erwacht der Plan einer politischen Weltherrschaft, der langdauernde blutige Kriege verursacht.

dd) Der Bauernstand und die Brotversorgung im eigenen Lande gehen verloren. Latifundienbildung mit Schafhaltung an deren Stelle.

ee) Rücksichtslose Raubwirtschaft in den Kolonien, Weltherrschaftspläne in der Heimat bringen den Fürsten trotz seines anfänglichen Reichtumes bald in finanzielle Schwierigkeiten. Immer rücksichtsloseres Anziehen der Steuerschraube. Staatsbankrotte. Allgemeine ungeheure Korruption und Verarmung.

ff) Der Verarmung des Königs und der Ohnmacht des Staates folgt die Lostrennung der ausgeraubten Kolonien. Revolutionen zwingen die Krone zur Einführung der Verfassung. Die Masse des Volkes ist arm und ungebildet geblieben und hat sich vielfach dem Sozialismus und Anarchismus zugewandt.

---

c) **In England**:

aa) Das Geldbedürfnis des Königs für Luxus und Kriege bringt die Begünstigung ausländischer Händler und die Einführung der Wollindustrie. Steigende Wollpreise führen zur Vernichtung des englischen Bauern, zur Latifundienbildung, Anfang der sozialistischen Literatur.

bb) Wiederholte Zahlungseinstellungen des Königs lassen heimische Händler und Geldleiher aufkommen. Der sich ausbreitende gesellschaftliche Kapitalismus wird zum Träger der kolonialen Raubzüge, unter Beteiligung der Krone, und bereichert sich rasch.

cc) Die Konflikte zwischen dem Kapitalismus in der Gesellschaft und dem Kapitalismus der Krone führen auf dem Wege der politischen Revolution zur Verfassung, welche den Kapitalismus der Krone für immer beseitigt.

---

d) **In Frankreich:**

aa) Mit Gift, Dolch und Bestechungskünsten aller Art gewinnt die Krone die Alleinherrschaft, welche das Aufkommen der Geldbörsen begünstigt.

bb) Das Streben des Königs nach Macht und Reichtum führt zu endlosen Eroberungskriegen, zu den bedenklichsten Steuererpressungen, zu unzähligen Volksaufständen, zu Korruptionen aller Art, zur Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen.

cc) Als die bedenklichsten Börsenspekulationen den Staatsbankrott nicht mehr aufhalten können, kommt es zur grossen Revolution, welche den Kapitalismus vom Throne beseitigt.

---

7. Der Kapitalismus in der Gesellschaft. (Handelsstaaten.)

Symptome.

aa) Das Geldinteresse ist ganz überwiegend. Handel und Raub, Erwerb, Wucher und Erpressung fliessen in einander über.

bb) Der Staat ist dazu da, seine Bürger zu schützen und ihnen das Profitmachen zu erleichtern. Diesem Zwecke dienen Handelsverträge, Kolonisation, Kriege aller Art. Der Krieg ist eine Form des wirtschaftlichen Erwerbs der Reichen.

cc) Den kleineren schwächeren Staaten droht die Vernichtung. Die grösseren Staaten streben nach Weltherrschaft für ihren Handel und ihre Industrie.

dd) Mit dem Emporkommen des Bank- und Börsenkapitals breitet sich das internationale Schuldenmachen und das Rentnertum aus.

Diagnosen zu 6 und 7:

„Das erste Sterben der Menschen auf Erden, woher begann es? Als Gold sie schlugen, als Gold sie brannten in Odins Hall. Dreimal verbrannt, erstand dreimal die böse Gulvig und lebet noch! Wohin sie kommt, nennt sie sich „Geld“. Sie hat geschändet der Götter Kunst. Ist Zauberin worden und zaubert noch. Eine böse Göttin, die allen dient!“ (Edda.)

„Der Gott der Spanier ist das Gold!“ (XVI. Jahrhundert.)
„Gold machet den Markt!“ (XVI. Jahrhundert.)
„Der gelbe Kern der Erde, das Gold, hat alle Macht!“ (XVII. Jahrhundert.)
„Des Menschen Geist und Blut ist jetzund Geld und Gut!“ (XVII. Jahrhundert.)
„Geld behält das Feld, ist Meister in der Welt!“ (XVII. Jahrhundert.)
„Das Geld beherrscht als König die ganze Welt!“ (XVII. Jahrhundert.)
„O welch' ein Gott ist Gold, dass man ihm dient in schlechterem Tempel, als wo das Schwein haust!“
(Shakespeare.)
„Gold, des Herzens böser Strick!“ (Herder.)

„Nach Golde drängt,
am Golde hängt doch alles.
Ach wir Armen!“ (Goethe.)

„Geld und Gewalt, Gewalt und Geld,
Daran kann man sich freuen.
Gerecht- und Ungerechtigkeit
Das sind nur Lumpereien!“ (Goethe.)

„Gold mit dem Zauber Deiner Züge,
Du bist die Schuld, Du bist die Lüge!
Es warfen Dich des Himmels Mächte
Vorahnend in die tiefsten Schächte!“ (Karl Beck.)

„Es herrscht der Erde Gott das Geld!“ (Schiller.)
„Der beste Glaube ist bares Geld.“ (Holländisches Sprichwort.)

8. Zusammenfassungder charakteristischen Symptome bei Erkrankung des Volkskörpers am Kapitalismus.

a) Herrschender Zug der Zeit: möglichst viel Geld verdienen, gleichgültig wie und wo? Die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen und agrarischen Verhältnisse tritt mehr und mehr zurück. Die Interessen von Handel und Industrie, Banken und Börsen werden massgebend. Fast alles wird zur beliebig verkäuflichen Ware im Strudel des vom Geld allein beherrschten Marktes.

b) Allgemein zunehmende Verschuldung. Wucherfreiheit, Zunahme des Rentnertumes. Vernichtung des selbständigen Mittelstandes. Ausbreitung des Proletariats.

c) Bei wachsendem Reichtum rasche Zunahme des Luxus. Latifundienbildung auf dem Lande. Verschwinden des Bauernstandes. Abströmen der Bevölkerung vom Lande nach der Stadt und dem Auslande.

d) Die Menschen werden immer habgieriger, immer rücksichts- und skrupelloser im Erwerb, allgemeine Verschlechterung der Moral und der Bürgertugenden. Korruption. Wahlbestechungen. Fortgesetzte Fälschungen der öffentlichen Meinung im Erwerbsinteresse

e) Mit der wachsenden Abhängigkeit der Brotversorgung des Volkes von der ausländischen Zufuhr mehrt sich die Zahl der Notjahre und verschärfen sich die Preisschwankungen.

f) Der Staat dient nicht mehr in erster Linie der Gerechtigkeit, sondern vielmehr den Erwerbszwecken der Reichen. Die Kriege werden eine Form des wirtschaftlichen Erwerbs der Reichen.

g) Um die wachsende Zahl der Proletarier mit der herrschenden Politik im Interesse des Reichtums zu versöhnen, beginnt ihre Versorgung aus der Staatskasse bei Einführung zwangsberufsgenossenschaftlicher Organisationen. Die Anforderungen an die Staatskasse wachsen rasch.

h) Die staatliche Politik des Reichtums führt zu kapitalistischen Handelsverträgen, zur kapitalistischen Kolonialpolitik, zur Weltpolitik. Bedenkliche Zunahme der Kriegsjahre.

i) Wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Eheflucht. Abnahme der Bevölkerung. Menschenmangel. Bürgerkriege. Die Auflösung steht bevor.

D.

Pathologische Symptome im Völkerleben der Gegenwart.

a) Alles scheint verkäufliche Ware zu werden.

Am 31. Mai 1808 wurden zum ersten Male amtlich im Berliner Kurszettel 21 öffentliche Fonds notiert. Ultimo 1870 zählte der Berliner Börsenkurszettel 358, Ultimo 1899: 1273 Effekten, deren Zahl heute (Ende November 1907) auf 2670 gestiegen ist,

Alfred Neymark, welcher seit Jahren für das internationale statistische Institut die internationale Statistik der beweglichen Werte zu vervollkommnen bemüht ist, hat die Summe der Werte, welche an den Fondsbörsen von Europa zum Handel zugelassen waren,

bis 1896 auf 192 Milliarden Franken,
„ 1902 „ 342 „ „
„ 1905 „ 570 „ „ geschätzt.

Von diesen 570 Milliarden für 1905 sollen 345 Milliarden inländische, 255 Milliarden ausländische Werte gezählt worden sein. Neymark hat zwar für jedes Land besondere sachverständige Berichterstatter gewonnen, aber die mitgeteilten Ziffern umschliessen offenbar noch so grosse Irrtümer, dass sie für Kalkulationen der praktischen Politik nicht verwendbar erscheinen.

Richard Calwer gibt in seinem letzten „Jahrbuch der Weltwirtschaft“ (1906) die Gesamtziffer der internationalen Emissionsstatistik an:

auf 7,8 Milliarden Mark 1897,
„ 8,5 „ „ 1898,
„ 9,2 „ „ 1899,
„ 9,6 „ „ 1900,
„ 8,0 „ „ 1901,
„ 17,8 „ „ 1902,
„ 14,8 „ „ 1903,
„ 11,6 „ „ 1904,

Davon entfielen in Prozenten an den Geldbedarf von:

	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Staaten, Provinzen, Städte	22,58	19,38	22,10	40,44	52,19	26,84	16,05	39,97
Kreditanstalten	9,20	13,39	13,37	11,85	7,04	3,60	7,26	9,29
Eisenbahn und Industrie	61,08	51,67	58,97	47,71	40,77	30,89	28,94	38,05
Konvertierungen	7,14	15,56	5,56	—	—	38,67	47,75	12,69

Speziell in Deutschland waren nach Riesser's „Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken“ von 1883 bis Ende 1904 Börsenwerte im Effektivbetrage von 32 Milliarden Mark emittiert worden.

Der „Deutsche Oekonomist“ schätzte am 15. Juli 1905 den Gesamtbetrag der Börsenpapiere in Deutschland auf 45 Milliarden Mark, wovon etwa 15 Milliarden, also ein Drittel, als ausländische Werte bezeichnet werden.

Richard Calwer fand im August 1906 an der Berliner Börse allein Wertpapiere im Gesamtbetrage von über 80 Milliarden Mark. Riesser gibt in seiner „Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken“ (2. Auflage 1906) unter Benutzung der Denkschrift des Reichsmarineamts vom Dezember 1905 an, dass unsere deutsche ausländische Kapitalsanlage auf mindestens 24 bis 25 Milliarden zu schätzen sei, und dass Deutschland etwa 75 Milliarden Börsenwerte besitze. Der ausgezeichnete Statistiker G. Evert hat in seiner Spezialabhandlung über das „Volks-

vermögen in den wichtigsten Kulturländern" („Woche" vom 25. August 1906) das steuerbare Privatvermögen in Deutschland auf 150 bis 160 Milliarden Mark beziffert. Wenn die deutsche ausländische Kapitalsanlage 24 bis 25 Milliarden Mark beträgt, dann muss der Gesamtbetrag der Börsenpapiere in Deutschland nach dem „Deutschen Oekonomist", vom 15. Juli 1905 mit 45 Milliarden zu niedrig angegeben sein. Auch die Calwersche Ziffer von über 80 Milliarden Mark für Berlin allein spricht gegen diese Schätzung des „Deutschen Oekonomist." Wohl aber bestätigt die vorgenannte Annahme des Reichsmarineamts (von Halle) mit 75 Milliarden Börsenwerten in Deutschland die Regel des „Deutschen Oekonomisten", nach welcher sich der Gesamtbörsenbesitz zur Kapitalsanlage im Auslande wie 3:1 verhält. Heute sind also schon nach einer mässigen Schätzung etwa drei Sechstel des deutschen Volksvermögens von 150 bis 160 Milliarden Mark Börsenwerte, und etwa ein Sechstel ausländische Kapitalsanlage geworden. Und doch hat in Berlin die Einführung von Börsenwerten und das Aufsuchen ausländischer Kapitalanlagen erst vor etwa 50 bis 60 Jahren eigentlich begonnen!

Nach dem zuverlässigsten statistischen Material, das G. Evert verwendet hat, darf heute die Vermögenszunahme in Deutschland auf etwa 2 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt werden. Da von diesen 2 Milliarden für Meliorationen aller Art, verbesserte Lebenshaltung, Erhöhung des Betriebskapitals, Spareinlagen usw., mindestens die Hälfte Verwendung findet, kann die jährliche Sparkraft des deutschen Volkes heute kaum für mehr als 1 Milliarde Mark neue Börsenwerte aufnahmefähig sein. Der inzwischen verstorbene Frankfurter Bankier Caesar Straus, eine ganz hervorragende Autorität in allen praktischen Börsenfragen, hat in der „Kreuzzeitung" vom

26. und 28. Februar 1895 eingehend begründet, dass in den Jahren 1892/93 den deutschen Börsen nur 450 bis 470 Millionen Mark aus dem Einkommen des deutschen Volkes für neue Börsenwerte zur Verfügung stehen konnten. Nun betrug aber nach Riesser (Seite 162) das auf dem Wege der Emission durch die deutschen Börsen aufgebrachte Kapital:

1889 :	1741 Mill. Mk.,	1897 :	1944 Mill. Mk.,
1890 :	1520 „ „	1898 :	2407 „ „
1891 :	1217 „ „	1899 :	2612 „ „
1892 :	1016 „ „	1900 :	1777 „ „
1893 :	1266 „ „	1901 :	1631 „ „
1894 :	1420 „ „	1902 :	2110 „ „
1895 :	1375 „ „	1903 :	1665 „ „
1896 :	1896 „ „	1904 :	1995 „ „

also in diesen 16 Jahren die Gesamtsumme von 27,592 Millionen. Die aus dem Vermögenszuwachs des deutschen Volkes resultierende Nachfrage nach neuen Börsenwerten in dieser Zeit kann aber kaum die Hälfte dieses Betrages erreicht haben. Die andere Hälfte muss also wohl, mit Hülfe des Börsenkredits und der Börsenspekulation, durch Umwandlung eines entsprechend grossen Teiles des deutschen Volksvermögens in Börsenwerte untergebracht worden sein.

Nach den angeführten Mitteilungen von G. Evert wurde für 1896 das Volksvermögen in Grossbritannien und Irland auf 236 Milliarden Mark angegeben. Neymark schätzt für 1900 die englischen Börsenwerte auf 172 Milliarden Mark. Etwa $^7/_{10}$ des englischen Volksvermögens waren mithin um diese Zeit schon in den Strudel der Börsenspekulation hineingeraten. Die Entwicklung Deutschlands scheint auf dem besten Wege, diesem englischen Beispiele rasch zu folgen.

Diese Summen der Börsenwerte müssen noch ganz wesentlich erhöht werden, wenn man sich erinnert, in welchem Umfange die Preisbildung für die Arbeitsprodukte der Menschen dem Börsenspiele an den Warenbörsen ausgeliefert ist. So z. B. das Getreide mit Ausnahme der Gerste an den Börsen in Chicago, New-York, Liverpool, Berlin, Wien, Budapest, Rohspiritus, Rüböl in Berlin, Hamburg, London, New-York, Paris; Rohzucker in Magdeburg, Hamburg, Prag und Paris; Kaffee in Hamburg, Havre und New-York; Salpeter in Hamburg; Wolle in Havre; Baumwolle in Liverpool, New Orleans und New-York; Kohle in London; Eisenbarren in Glasgow, Brüssel, London, New-York; Schmalz, Schweinefleisch (gepökelt) und Rippen in Chicago und New-York etc.

---

b) Die Hauptwege der stetigen Ausbreitung des Kapitalismus.

Wie konnte der Kapitalismus in den letzten 50 Jahren etwa die Hälfte des heutigen deutschen Volksvermögens in Börsenwerte verwandeln?

Unsere Wirtschaftsgeschichte gibt auf diese Frage eine ganz bestimmte Auskunft: Zunächst hat sich diese Umwandlung durch die Aktie und inzwischen auch durch die Gesellschaft m. b. H. vollzogen. Dann kommt die Verschuldung der Staaten, der Provinzen und Städte in Betracht. Daran reiht sich die ungeheure Hypotheken-

verschuldung des Bodens. Und last but not least spielt hier das Wesen der Börse selbst eine ganz hervorragende Rolle. Es wird notwendig sein, diese Erklärung einzeln zu behandeln:

α) **Die Gründung von Aktiengesellschaften und G. m. b. H.** ist ein Prozess der Trennung des Geldwertes eines Unternehmens von der Arbeit und der weiteren Aufteilung dieses Geldwertes in Anteilscheine. Gewiss wird da und dort eine dieser Rechtsformen gewählt, um das Risiko eines Unternehmens zu begrenzen oder die Erbteilung innerhalb der Familie zu erleichtern, ohne die Anteile an die Börse zu bringen. Das sind jedoch Ausnahmen. Als Regel ist die Gründung einer Aktiengesellschaft oder einer G. m. b. H. bestrebt, ihre Werte an die Börse zu bringen. In diesem Sinne spricht man von Börsengründungen, Börsenzulassung, Gründergewinnen u. s. w. Nach der Reichsstatistik gab es in Deutschland am 31. Dezember 1906 Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften zusammen 5060 mit einem nominellen Aktienkapital von 13839 Millionen Mark. Von diesen Aktiengesellschaften wurden neu gegründet vor 1851 1,6%, von 1852 bis 1870 7,5%, von 1871 bis 1890 36,5%, von 1891 bis 1900 35,4%, von 1901 bis 1906 18,1%. Dazu kamen bis 1905 mindestens 8000 neue Gesellschaften m. b. H. mit einem Kapital von 2 Milliarden Mark. Weit grösser war die Zahl der neu gegründeten Aktiengesellschaften in England, nämlich:

1895 : 3820,
1896 : 4668,
1897 : 5157,
1898 : 5071,

um 1904 immer noch die Zahl von 3769 zu erreichen. Dem Kapitalbedarf zur Zeit der Gründung dieser

Gesellschaften folgt erfahrungsgemäss sehr bald die Ausgabe neuer Aktien, die Aufnahme von Schulden in der üblichen Form der Ausgabe von Obligationen, die Aufnahme von Schulden bei den Banken als Konto-Korrent und Akzeptschulden. Unter Einrechnung dieser Summen mit den angesammelten Reserven darf die „Umwandlung des deutschen Volksvermögens in „Börsenwerte“ durch die Aktiengesellschaften und die Gesellschaften m. b. H. von 1871 bis 1905 gewiss auf 20 Milliarden Mark veranschlagt werden.

β) **Zunehmende Verschuldung der Staaten.** Gerade bei der Schuldaufnahme zeigt sich der Kapitalismus in seiner einschmeichelnden servilen Art. Wo die Verhältnisse eines Staates für eine grössere Anleihe reif geworden sind, finden sich auch die Scharen der Kreditvermittler ein, um ihre guten Dienste anzubieten. Wo exotische Staaten sich vielleicht weniger rasch zum Schuldenmachen entschliessen können, pflegen Bestechungskünste der verschiedensten Form diese Hindernisse bald zu beseitigen. Der unselige Zug der Zeit, über die ganze Erde die höchst entwickelten Staaten nachzuahmen und das Kulturniveau zwischen den mitteleuropäischen Staaten einerseits und China, Sibirien, Venezuela, ja Abessinien, andererseits international, tunlichst rasch, ohne alle Rücksicht auf historische Kontinuität, auszugleichen, hat die Zunahme der Staatsschulden zweifelsohne sehr begünstigt. Mit dieser hiermit in Wechselbeziehung stehenden ausserordentlichen Steigerung des internationalen Verkehrs hat unverkennbar die Möglichkeit kriegerischer Konflikte zugenommen, was noch mehr Staatsschulden bedeutete. Das Resultat war fast allgemein ein von Jahr zu Jahr fortschreitendes Anwachsen der Schuldziffern der Staaten:

Die Staatsschulden waren in Millionen Mark

Länder	1874	1890	1905
Deutsches Reich u. Bundesstaaten	3150	8214	15205
Frankreich	18126	25633	24672
England	15690	14110	16277
Russland	6700	14386	15263
Oesterreich-Ungarn	7290	7754	8001
Nordamerikanische Union	7303	6533	3745

Man pflegt zwar hier darauf hinzuweisen, dass speziell die deutschen Staaten immer noch beträchtlich höhere Einnahmen aus den Erträgen ihrer Domänen, Forsten, Eisenbahnen, Lotterien, Bankbetrieben u. s. w. ziehen, als die Bruttobeträge der Verzinsung ihrer Schulden fordern. Bei der sichtlich herrschenden fortschreitenden Verschuldung aber kann dieser Vorzug der deutschen Staaten wahrscheinlich nur noch eine bestimmte Zeit dauern. Jedenfalls haben die Anleihen der deutschen Staaten allein bis Ende 1907 etwa $15^{1}/_{4}$ Milliarden Mark neue Börsenwerte geschaffen.

γ) **Verschuldung der Provinzen und Städte.** Dem Beispiele der Staaten folgen die Provinzen und Städte. Leider fehlt auch hier wieder jede zusammenfassende zuverlässigere Statistik. Rudolph Eberstadt hat in seiner Monographie über den „deutschen Kapitalmarkt“ (1901) sein Material hauptsächlich durch direkte Anfragen bei den städtischen Verwaltungen beschafft. Darnach waren 1899 von 41 deutschen Städten 159,5 Millionen Mark Schuldscheine an der Börse veräussert worden. Das „Statistische Jahrbuch der deutschen Städte“, herausgegeben von Dr. Neef, hat sich erst in seinem letzten Jahrgange wieder eingehender mit den Anleihen der Städte beschäftigt. Die Zusammenstellung ergibt, dass 54 deutsche Städte mit

über 50000 Einwohnern bis zum 1. April 1906 bei einer Gesamteinwohnerzahl von 11,7 Millionen 2770,2 Millionen Mark Schulden aufgenommen hatten. Diese Aufwendungen sind namentlich auf Rechnung der Kanalisation, der Gas- und Wasserleitung, der Strassenbahnen, Schlachthäuser, Friedhöfe, für Schulen, Armenpflege und Polizei erfolgt. Schon R. Eberstadt wies darauf hin, dass die Schuldaufnahmen der Provinzverbände vielfach zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Provinzialbanken, zur Gewährung von Darlehen an kleinere Gemeinden, zur Unterstützung von Kleinbahnen, zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Genossenschaften zum Bau von Arbeiterwohnungen u. s. w, dienten. Hier handelt es sich also vielfach um die Vermittelung von Schulden für andere kleinere Verbände.

Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen statistischen Amtes über die bei den deutschen Börsen zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere waren Anleihen von Provinzen, Städten u. s. w.:

	deutsche:	ausländische:
1897	242 Mill. Mark	91 Mill. Mark
1898	154 „ „	102 „ „
1899	259 „ „	2 „ „
1900	257 „ „	11 „ „
1901	431 „ „	72 „ „
1902	339 „ „	289 „ „
1903	366 „ „	49 „ „
1904	548 „ „	— „ „
1905	333 „ „	111 „ „
1906	356 „ „	50 „ „
In Summa:	3285 Mill. Mark	777 Mill. Mark.

Nach der gleichen statistischen Quelle war der Stand der Kommunaldarlehen und Kommunalobligationen der deutschen Hypothekenbanken:

am Ende d. Jahres:	Darlehen:			Obligationen:		
1870	1,8	Mill.	Mark	—	Mill.	Mark
1875	5,2	"	"	—	"	"
1880	12,6	"	"	7,7	"	"
1885	17.5	"	"	14,7	"	"
1890	37,4	"	"	34,4	"	"
1895	68,5	"	"	61,8	"	"
1900	87.6	"	"	74,0	"	"
1904	177,7	"	"	158,2	"	"
1905	197,7	"	"	177.7	"	"
1906	222,7	"	"	199,2	"	"

Zusammenstellungen, welche neuerdings im kgl. bayerischen statistischen Bureau gemacht wurden, bekunden, dass die Gesamtschulden der Gemeinden in Bayern seit Ende 1895 bis Ende 1905 von 265½ Millionen auf 614 Millionen Mark — also in 10 Jahren um 232%! — zugenommen haben.

Jedenfalls geht aus diesem lückenhaften Material hervor, dass auch die Verschuldung der Provinzen und Städte in den letzten Jahrzehnten rascher gewachsen ist und heute mit 3¼ Milliarden Mark gewiss nicht zu hoch angesetzt wird.

δ) Die hypothekarische Verschuldung des Grundbesitzes. Der preussische Finanzminister hat den Gesamtbetrag der Hypotheken und Pfandbriefe in Preussen für das Jahr 1892 auf 16,5 Milliarden Mark angegeben. Eberstadt bezeichnet diese Summe als eine Mindestziffer und berechnet auf grund amtlicher Ermittelungen die Zunahme der Hypotheken in Preussen für 1893 bis 1900 auf 8,356 Milliarden, also für 1900 auf die Gesamtsumme von 25 Milliarden Mark. Da indes für 1886 bis 1900 in Preussen nach amtlicher Ermittelung sich eine Hypothekenzunahme von 14,8 Milliarden annehmen lässt, wird die Eberstadt'sche Ziffer wahrscheinlich zu niedrig sein.

An dieser Gesamtschuldenlast ist der städtische Grundbesitz weit überwiegend beteiligt. Nach amtlichen Erhebungen war der Ueberschuss der Eintragungen von Hypotheken über die Löschungen 1886—1897 in den Städten 8,544 Milliarden Mark, auf dem Lande 2,417 Milliarden Mark. Hieran war Berlin 1888 annähernd so stark beteiligt, wie alle übrigen Städte von Preussen zusammen. Von da ab steigt die Verschuldung der preussischen Provinzstädte rasch an, um 1895 die 2½fache Ziffer der Berliner Verschuldung zu erreichen.

Nach dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin waren die eingetragenen Hypotheken, Grund- und Rentenschulden des Berliner Grundbesitzes 1905 = 5,755 Milliarden Mark. Von sachverständiger Seite wurden die Hypotheken von Berlin mit seinen Vororten für 1906 auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nach den vorgenannten amtlichen Erhebungen lassen sich darnach für 1906 die Hypotheken der preussischen Provinzstädte auf 18 Milliarden, die Hypotheken des gesamten städtischen Grundbesitzes in Preussen auf 27 Milliarden Mark einstellen — gegen nur 16,5 Milliarden als Gesamtbetrag der hypothekarischen Belastung des preussischen Grundbesitzes im Jahre 1892.

Für die ländlichen Bezirke fehlt in Preussen eine neuere Ziffer der Gesamtverschuldung. Die preussische ländliche Verschuldungsstatistik von 1902 informiert nur über die Verschuldung der Grundbesitzer. Legt man aber das Verhältnis der Verschuldungszunahme des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zum städtischen Besitz in den Jahren 1888 bis 1897 zu Grunde, so würden wir für 1906 mindestens die Ziffer von 8 Milliarden für den ländlichen Grundbesitz und von 35 Milliarden als hypothekarische Gesamtbelastung der privaten Liegenschaften in Preussen erhalten.

Für Bayern gibt Eberstadt als mässige Schätzung für 1900 die Summe der Bodenschulden auf 4 1/2 Milliarden an. Württemberg soll in der Gesamtverschuldung nach Eberstadt 1900 = 1 1/4 Milliarde nicht überschritten haben, während Sachsen auf 4,750, Baden auf 1,250, das übrige Deutschland auf 5,000 Milliarden Bodenschulden veranschlagt wurde. Das ergibt für ganz Deutschland ohne Preussen und für 1900 : 16,750 Milliarden Mark, oder — nach dem Verhältnis der Zunahme der preussischen Grundbelastung erhöht — für 1906: rund 23 Milliarden.

Der gesamte deutsche Grundbesitz wäre also

1900 mit 42 Milliarden Mark,
1906 „ 58 „ „

hypothekarisch verpfändet gewesen.

Felix Hecht, Direktor der Rheinischen Hypothekenbank in Manheim, hat 1900 eine Zusammenstellung des Pfandbriefumlaufs der europäischen Bodenkreditanstalten im Jahre 1898 veröffentlicht, der wir zum Vergleiche die nachfolgenden Ziffern entnehmen: Es war der Pfandbriefumlauf in:

Belgien	=	87,147,000	Franken
Bulgarien	=	18,708,000	„
Dänemark	=	901,764,000	„
Frankreich	=	2,136,519,000	„
Holland	=	357,809,000	„
Italien	=	318,034,000	„
Oesterreich-Ungarn	=	2,808,448,000	„
Portugal	=	69,552,000	„
Rumänien	=	270,267,000	„
Russland	=	5,795,870,000	„
Schweden u. Norwegen	=	722,042,000	„
Schweiz	=	605,855,000	„
Serbien	=	10,013,000	„
Spanien	=	95,395,000	„
Gesamtsumme:		14,257,423,000	Franken.

In dem gleichen Jahre 1898 war nach Hecht der Pfandbriefumlauf in Deutschland 11,464,132,000 Franken, also beinahe ebensoviel, als in allen übrigen Staaten von Europa zusammen! Nun erreicht aber in Preussen nach einer Spezialuntersuchung des Generalsekretärs Dr. *von Altrock* im Jahre 1902 der von Landschaften und provinziellen Grundkreditinstituten gewährte Kredit = 21,4 %, der von öffentlichen Sparkassen = 12,4 %, der von Hypothekenbanken = 1,8 %, der von ländlichen Kreditgenossenschaften = 3,7 %, der unorganisierte Kredit = 39,3 %, der Gesamtverschuldung des *landwirtschaftlichen* Grundbesitzes. *Deutschland darf mithin sicher die Ehre für sich in Anspruch nehmen, seinen Grund und Boden weitaus mit den höchsten Summen verschuldet zu haben.*

Dabei hat die Verschuldung des Grundbesitzes nach allgemeiner Erfahrung nicht den Zweck, durch Meliorationen den Bodenwert zu erhöhen. Diese starke Kreditbelastung ist vielmehr in ganz hervorragendem Masse bestimmt, dem immobilen Besitz die Qualität einer tunlichst leicht beweglichen „Ware" im Verkehre zu verleihen. Ein mit „Bankgeldern" und Hypotheken hoch besetztes Grundstück kann schon mit einer viel kleineren Geldsumme erworben werden. So wird die Zahl der kauffähigen Bewerber ganz wesentlich vermehrt. Es ist unter dieser Voraussetzung einem Manne von mittlerem Vermögen schon möglich, *mehrere* städtische Grundstücke oder einen grösseren landwirtschaftlichen Besitz zu erwerben. Auch die Unbemittelten können auf diese Weise „Grund- und Hausbesitzer" werden. All diese Möglichkeiten erhöhen erfahrungsgemäss den sogenannten „Verkehrswert" der Grundstücke. Dieser ganze, durch das geltende Recht und die herrschende Kreditorganisation erst geschaffene „Handel" mit deutschen Grundstücken sieht im Grund und Boden nicht das unent-

behrliche Produktionswerkzeug oder die Basis der Konsumbedürfnisse des Volkes, sondern ausschliesslich das Spekulationsobjekt, das man möglichst billig einzukaufen und möglichst teuer zu verkaufen bemüht ist. Deshalb ist die Bewegung der Grundstückspreise auf dem Markte so sehr von der allgemeinen „Konjunktur" abhängig. Zeiten mit billigem Geldstand und leichter Kreditgewährung erhöhen die Preise der Grundstücke. Allgemeine Kredit- und Bankkrisen mit teurem Gelde und mehr vorsichtiger Kreditgewährung lassen dann auf dem Grundstücksmarkte unter den weniger Bemittelten die Subhastionen rasch anschwellen. Und wo die Grundstücksspekulation sich mit dem Häuserbau beschäftigt, da muss heute die Bauausführung im Interesse der Hypothekenforderungen den Hausbesitz wie einen Pfandbrief mit Rentenkoupons konstruieren. So wird die städtische Mietskaserne mit dem modernen Wohnungselend durch unser herrschendes System der Grundverschuldung erzeugt und geboren. im Jahre 1890 wohnten von 1000 Einwohnern in Berlin 447,2, in Hamburg 245,9, in Leipzig 304,2, in München 265,5, in Breslau 484,6 in Wohnungen mit nicht mehr als einem heizbaren Zimmer, darunter bezw. 5,4 — 4,6 — 0,2 — und 0,7 in solchen ohne heizbares Zimmer! Nach A. Lasson in der „Medizinischen Reform" wurden in Berlin 1906 hundert Häuser gezählt, von denen jedes bis 120 Menschen beherbergte, 309 Gebäude hatten 225 Bewohner, 34 Grundstücke je mehr als 500 und ein Haus in der Ackerstrasse sogar 1300 Einwohner. 50% aller Berliner hausen in Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer und manche von diesen Räumen beherbergen bis zu 14 Personen. 4068 Wohnungen bestanden überhaupt nur aus einem Küchenraum und in vielen solchen Gelassen wohnten 10 bis 20 Menschen.

Alle grösseren Städte sind heute von einem Ring grosskapitalistischer Terraingesellschaften umschlossen, in

den sich die Stadterweiterungen mit entsprechend hohen Grundpreisen einkaufen müssen. So haben sich in der Umgegend von Berlin in den Jahren 1881—1906 insgesamt 77 Terraingesellschaften mit einem Aktienkapitale von 269 Millionen Mark gebildet, deren Führer die Berliner Grossbanken, wie die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, die Dresdener Bank, der Schaaffhausen'sche Bankverein, sind.

Bis zu welchem Maasse der städtische Hausbesitz heute Spekulationsobjekt der Unbemittelten geworden ist, haben namentlich die „Mitteilungen des städtischen statistischen Amtes der Stadt Dresden" überzeugend nachgewiesen. Im Jahre 1901 waren von sämtlichen Grundbesitzern in Dresden nur 36% Leute mit einem Jahreseinkommen von über 6000 Mark, 22% hatten nur ein Einkommen von 3500—6000 Mark, 30% ein solches von 1600—3500 Mark und 12% gar nur ein Einkommen von weniger als 1600 Mark. Und als 1904 und 1905 die städtischen Zwangsversteigerungen in Dresden sich bedenklich mehrten, wurde festgestellt, dass die verganteten Hausbesitzer nur zu 7% zu den Wohlhabenderen, 31% aber direkt zu den Unbemittelten gehörten. Unter 427 verganteten Häusern waren 275 mit 100 bis 150% und mehr ihres Wertes mit Schulden belastet.

Die Degradierung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zur Ware — was Rodbertus bekanntlich die gewaltsame Umwandlung eines Pferdes in einen Vogel genannt hat — wird durch das Fideikommissgesetz und durch andere beschränkende erbrechtliche Bestimmungen noch etwas aufgehalten. Es kommt hinzu, dass die höchst ungünstige Preisbewegung der landwirtschaftlichen Produkte, namentlich in den Jahren 1892 bis 1897 nur zu häufig die Produktionskosten nicht gedeckt hat und deshalb Betriebsdefizite die Verschuldung der Landwirte weiter anwachsen

liessen. Das alles ist zu berücksichtigen, wenn nach der vom preussischen statistischen Landesamt für 1902 vorgenommenen Aufnahme der Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes in Preussen von 100 Eigentümern

29,5 unverschuldet,
29,6 unter 25%,
23,4 mit 25—50%,
12,4 mit 50—75%,
4,3 mit 75—100%

und 0,9 mit 100% und mehr ihres Gesamtvermögens verschuldet waren, wozu jedoch neuerdings durch Spezialerhebungen der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz nachgewiesen wurde, dass die bäuerlichen Besitzer bei der amtlichen Erhebung einen wesentlichen Teil ihrer Schulden verschwiegen haben. Aber auch bei all diesen Einschränkungen lässt sich heute aus der Verschuldung der landwirtschaftlichen Grundbesitzer der unheilvolle Einfluss der gesetzlichen Umwandlung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens in eine „Handelsware" nachweisen, was zuerst namentlich wieder von Dr. von Altrock betont worden ist (Volkswirtschaftliche Blätter, 18. Juli 1906) und wodurch sich die bekannten früheren Ausführungen von Rodbertus, Buchenberger, Meitzen u. a. bestätigen.

Die landwirtschaftliche Verschuldung wächst in Preussen ganz allgemein mit dem kleineren Einkommen. Grundbesitzer mit einem Einkommen

von nicht mehr als 900 Mk. waren mit 33,8%
von 900 bis 3000 „ „ „ 26,5%
mit über 3000 „ „ „ 24,6%

ihres Vermögens verschuldet.

Natürlich! Wer mit einem verhältnismässig kleineren Vermögen Grundbesitzer wird, muss sich mit einer entsprechend höheren Schuldenlast abfinden. Wo in der

Rheinprovinz die Realteilung im Erbfalle Sitte ist, erreicht die durchschnittliche Verschuldung 8,5 % des Gesamtvermögens. Im Gebiete mit geschlossener Vererbung, bei mässigen Taxen und Ausschluss der Grundpreise im freien Markte, wie im Bezirke Münster, beträgt die Verschuldung des Gesamtvermögens 11,6 %. Wo, wie im Bezirk Düsseldorf, die Uebergabspreise im Erbgange sich mehr an die Grundpreise im freien Markte anlehnen, ist die Verschuldung der Grundbesitzer auf 19,7 % gestiegen. Je mehr der landwirtschaftliche Grundbesitz Ware geworden ist, desto höher ist seine Schuldenlast.

Der gleisnerische einschmeichelnde Gedanke aber, welcher unserem herrschenden Kapitalistenrecht für Grund und Boden eigen ist, lautet: „Du brauchst nicht zu arbeiten, auch wenn Du unbemittelt bist. Kaufe vielmehr mit Schulden Grundbesitz. Ueberbiete Deine Konkurrenten durch höhere Preise. Und kaufe möglichst viel. Wenn Du dann Glück hast, in eine gute allgemeine Konjunktur hineinzukommen, und wenn Du Deinen Besitz zur rechten Zeit wieder verkaufst, dann wirst Du ein reicher Mann, ohne gearbeitet zu haben!"

An die Stelle der ehrlichen, redlichen stetigen Arbeit treten die Lockungen des Spekulationsgewinnes, der fast immer zweifelhaft ist. Sicher ist zunächst nur eine rasch fortschreitende Belastung des Grundbesitzes mit Schulden aller Art, bei bald steigenden, bald fallenden Grundpreisen je nach dem Wechsel der Konjunktur. All diesen Erscheinungen entspricht die wachsende Herrschaft des Kapitalismus.

ε) Die Börse als zentrales Organ des Kapitalismus.

Wie oft schon hat man das Wort gehört: „die Börse sei das Herz des volkswirtschaftlichen Körpers. Hier

strömt das Geld des Volkes zusammen. Von hier aus wird es durch tausend Kanäle hinausgetrieben, um auf abermals tausend verschiedenen Wegen zurückzuströmen und den Kreislauf von Neuem zu beginnen!" Jedenfalls ist die Börse ein zentrales Organ in unserem herrschenden kapitalistischen Zeitalter. Es ist deshalb ungemein wichtig, das volkswirtschaftliche Wesen der Börse richtig zu erkennen.

Zunächst die Frage: Wer ist an der Börse? Die Antwort lautet:

1. die Vertreter der Grossbanken,
2. andere Bankiers,
3. die offiziellen Kursmakler,
4. die Spekulationsmakler,
5. die Kassamakler, auch „Pfuschmakler" genannt, und
6. die Vertreter der Presse und des Nachrichtendienstes.

Ein so guter Kenner der Börse wie Georg Bernhard (Herausgeber des „Plutus") hat die „Börse" als den „Markt für fungible Werte" bezeichnet (Handel, Industrie und Verkehr in Einzeldarstellungen, Band 7: die Börse, 1907). Jedenfalls sind die Börseneinrichtungen offensichtlich bemüht, die Kauf- und Verkaufsverträge und durch die Maklerbanken sogar die Personen möglichst gleichartig, tauschfähig, „fungibel" zu machen, so dass hier die Ausnutzung jeder Gewinnchance durch Kauf und Verkauf, wie die schliessliche gegenseitige Verrechnung einen höchst möglichen Grad von Erleichterung gefunden haben. Um die Beteiligung auch der „Aussenseite" an den Börsengeschäften tunlichst zu erleichtern und die Börse selbst recht aufnahmefähig zu machen, hat die Kreditgewährung an der Börse eine ganz ausserordentliche Ausdehnung gewonnen. Die höchst raffinierte,

juristische Konstruktion des Börsenkredits ist von dem kapitalistischen Erwerbssinn der Jahrtausende ausgearbeitet worden. Und diese allgemeinen Geschäftsgrundsätze, „Börsenusancen" genannt, bestimmen, dass in Berlin z. B. jeder Mindestkauf oder Mindestverkauf, über welchen ein „Schlusschein" ausgestellt wird, bei Wertpapieren sich auf 15000 Mk. oder 1000 Dollars oder 1000 Pfd. Sterling oder 50 Stück, bei Getreide auf 50 Tonnen (bis 1. Januar 1897) bezieht. Die „Anzahlung" oder die „Sicherstellung", welche dabei gefordert wird, richtet sich im allgemeinen nach der Verlustgefahr, mithin nach der Grösse der möglichen Preisschwankung im ungünstigen Sinne. Sie ist deshalb in ruhigen Zeiten recht gering und erreicht im Durchschnitt etwa 2 bis 5 % Prozent des Nominalwertes des respektiven Geschäftsabschlusses. Die Börsensprache unterscheidet deshalb sehr wohl zwischen Papieren, welche in „festen Händen" sind, und Papieren, welche mit Hülfe des Kredits im Markte „schwimmen". Wo der Kredit in solchem Maasse eine dominierende Rolle spielt, wird die eigentliche Macht in den Händen derjenigen Institute ruhen, welche den Kredit gewähren. Das sind die Grossbanken in weitaus erster Linie.

Die Kreditbanken an den deutschen Börsen haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr zusammengeschlossen. Riesser, der ehemalige Direktor der Darmstädter Bank, welcher darüber ein sehr interessantes Buch geschrieben, führt darin u. A. folgendes aus:

In den Jahren 1848 bis 1856 sind die fünf ältesten grossen Aktienbanken, nämlich die Darmstädter Bank (1853), Diskontogesellschaft (1851), der Schaaffhausensche Bankverein (1848), die Mitteldeutsche Kreditbank (1856) und die Berliner Handelsgesellschaft (1856) mit zusammen 157,35 Millionen Mark gegründet worden. Ihr Aktienkapital war dann im Ganzen

1870 120,4, Ende 1905 auf 603 Millionen Mark erhöht. Die neuere Entwicklung der Grossbanken datiert seit 1870. Das Kapital der Deutschen Bank (1870) und der Dresdener Bank (1872) ist seit ihrer Gründung bis 1905 von zusammen 24,6 auf 360 Millionen Mark 1906, der Kommerz- und Diskontobank (1870) und der Nationalbank für Deutschland (1881) von 35 auf 165 Millionen 1906 angewachsen.

Diese Berliner Grossbanken hatten Niederlassungen, Depositenkassen, Wechselstuben, Kommanditen, ständige Beteiligungen an anderen deutschen Aktienbanken von in Summa

1865 = 59,
1896 = 63,
1900 = 99,
1902 = 147,
1905 = 241.

Neuerdings haben diese Berliner Grossbanken vier Gruppen gebildet, nämlich:

I. die Gruppe der Deutschen Bank,
II. „ „ „ Diskontogesellschaft,
III. „ „ „ Interessengemeinschaft Dresdener Bank. — Schaffhausen,
IV. „ „ „ Darmstädter Bank,

mit einem Aktienkapital und Reserven von zusammen rund 2 Milliarden Mark. „Diesen vier Interessengemeinschaften sind bis Ultimo Dezember 1905: 45 Provinzbanken mit 151 Filialen, 273 Agenturen, 16 Kommanditen, 44 Depositenkassen, 83 kleinere Banken und 16 Interessengemeinschaften innerhalb Deutschland angeschlossen. Dazu gehörten im Auslande bis Anfang 1906: 13 deutsche Ueberseebanken mit etwa 100 Millionen Kapital und etwa 70 Niederlassungen."

In diesen Ziffern ist jedoch das ökonomische Machtbereich der Grossbanken noch lange nicht ausreichend zum Ausdruck gekommen. Eine im Jahre 1898 ausgeführte Zusammenstellung aller Aktiengesellschaften, welche mit der Deutschen Bank in näherer Geschäftsverbindung standen, ergab als Summe des Aktienkapitals, der Obligationen und Reserven 2,200 Millionen Mark. Anfang Mai 1907 wurde von hervorragend sachverständiger Seite diese Syndikatsherrschaft der Deutschen Bank über deutsches Volksvermögen auf 5 bis 6 Milliarden Mark geschätzt. Der Vermögenseinfluss der vereinigten Dresdener Bank und des Schaffhausen'schen Bankverein soll noch grösser sein. Rechnen wir bei diesen vier Grossbankgruppen durchschnittlich nur 5 Milliarden, so verfügt dieses organisierte Bankkapital heute über rund 20 Milliarden des deutschen Volksvermögens. Zu Anfang der 70er Jahre konnte die Vermögensherrschaft dieser Berliner Grossbanken, welche den Kern unserer Bankkonzentration ausmachen, kaum auf 200 Millionen veranschlagt werden. Das bedeutet von 1873 bis 1907 einen Zuwachs des Machtbereichs der Berliner Grossbanken um das Hundertfache!

Riesser selbst erklärt, dass damit die Konzentrationsbewegung unserer Grossbanken noch nicht zum Abschluss gekommen ist. Wir haben also mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, dass diese rapid wachsende Riesenkapitalmacht in nicht zu ferner Zeit schon in der Hand nur eines Banksyndikates ruht. Dieser so bedenkliche Zusammenschluss der Grossbanken ist indes, wie auch Riesser (S. 192 ff.) ausführt, nicht nur in Deutschland, sondern auch für Amerika, England und Oesterreich heute schon nachweisbar.

In dem Maasse als die Konzentration der Grossbanken fortgeschritten ist, musste die Rolle der privaten Bankiers eine andere werden. Ein wesentlicher Teil der besseren Privatfirmen hat sich als Filialen mit den

Grossbanken verschmolzen. Andere grössere Privatfirmen haben — nach Georg Bernhard („Die Börse, S. 45") — „der Herrschaft der Grossbanken über den Börsenhandel in der Weise Rechnung getragen, dass sie, wenn auch nicht formell, so doch faktisch direkt im Auftrage der Banken handeln und von diesen als „Einpeitscher" für Papiere benutzt werden, die die Banken gern unter ein anderes Publikum gebracht haben möchten, als das ist, welches sie selbst dirigieren können." Andere Privatbankiers sind in grösserer Zahl in die Reihen der Makler eingetreten.

Sache der offiziellen Kursmakler ist es bekanntlich, Käufe und Verkäufe zu vermitteln und auf Grund der von ihnen vermittelten Geschäfte zu einer genau fixierten Tageszeit einmal an jedem Börsentage die Kassakurse festzusetzen.

Das Gros der Spekulationsmakler bildet den sogenannten „Markt". An den für die einzelnen Papiere im Börsenraume bestimmten Plätze stehen diese Makler während der ganzen Börsenzeit und übernehmen auf eigenes Risiko, ohne sich erst nach einer Gegenpartei umzusehen, das Angebot oder die Nachfrage. Hier finden die Aufträge verschiedenster Art rascheste Erledigung. Um auch die Sicherheit der Ausführung zu garantieren, sind Maklerbanken errichtet worden, von denen heute an der Berliner Börse nur noch der „Berliner Maklerverein" besteht. Die Agenten einer solchen Maklerbank haben meist bei der Bank als Sicherheit ein entsprechendes Kapital zu hinterlegen, welches der Bank gegenüber für den ökonomischen Erfolg ihrer eingegangenen Geschäfte haftet, während die Bank nach aussen den Auftraggebern gegenüber die volle Haftung übernimmt.

Die Kassamakler sind Konkurrenten der offiziellen Makler. Sie vermitteln zu möglichst billigen Sätzen Aufträge in den sogenannten Kassawerten. Sie beanspruchen keinen Börsenkredit.

Endlich haben wir noch die Vertreter des Nachrichtendienstes an der Börse zu erwähnen. Unter ihnen finden sich die tüchtigsten Repräsentanten angesehener Fachblätter und Tageszeitungen bis herunter zu der nicht kleinen Zahl der Revolverjournalisten, welche mit ihrem Blättchen bei kleiner Postauflage das „Recht auf Annonce" ausüben und auf günstige Gelegenheit passen, um im Trüben zu fischen. Hier ist ferner eine sehr umfassende Organisation des telegraphischen Nachrichtendienstes. Die Börse hat nicht nur selbst ein recht hohes Interesse an Nachrichten aller Art, sie wünscht auch nicht minder lebhaft, dass die Ereignisse innerhalb der Börse als Regel der breitesten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, und zwar beides in tunlichster Beschleunigung. Die Spekulanten innerhalb der Börse können nur dann gute Geschäfte machen, wenn eine möglichst grosse Zahl von Personen ausserhalb der Börse sich an ihren Spekulationen beteiligen. Diese „Aussenseite" anzuregen und ihr Interesse möglichst lebhaft zu erhalten, ist im wesentlichen Sache des Börsennachrichtendienstes.

Was tut die Börse?

Die **Staaten** und öffentlichen Körperschaften wünschen **neue Anleihen** aufzunehmen. Diese Anleihen sind früher auf dem Wege der Submission vergeben worden, wobei die günstigste Offerte den Zuschlag erhielt. Heute hat die moderne Bankorganisation hier die freie Konkurrenz ganz beseitigt. Es wurden für bestimmte Werte grosse nationale und internationale Syndikate gebildet, wie das Preussenkonsortium, das Russenkonsortium, die internationalen Bankabmachungen für den Bau der Bagdadbahn usw. Die Banken setzen in vertraulichen Sitzungen ihre Uebernahmebedingungen fest, welche für den Kredit suchenden Staat bindend sind. In exotischen Ländern war es vor kurzem noch notwendig, durch besondere Agenten

das Anleihebedürfnis der Staaten anzuregen. Hierbei wurde mit Bestechungen nicht gespart, deren Betrag auf die Unkosten der Geldvermittlung übernommen wurde, also doch zuletzt von dem Schuldner zu tragen waren. Diese exotischen Anleihen sind deshalb besonders beliebt, weil sie höhere Provisionen bringen, weil gleichzeitig für die heimische Industrie grosse Bestellungen mit vereinbart wurden, die wieder in erster Linie denjenigen Unternehmungen zugeführt werden konnten, welche bei den betreffenden Banken angegliedert waren. Das erhöhte wieder deren Dividenden und Tantièmen. Ferner war hier die Möglichkeit, zur Bauausführung (von Eisenbahnen, Kanälen, Wasserleitungen) besondere Baugesellschaften zu gründen, deren Anteile in Freundeskreisen untergebracht wurden und bei einem minimalen Risiko überreiche Gewinne lieferten, (bis 280 Prozent pro Jahr!) Heute hat sich auch hier mehr und mehr die nationale und internationale Konsortialbeteiligung eingeführt, welche unter Beseitigung der Konkurrenz der Banken die Gewinne teilt, oder — wie die Bankpresse es lieber zu nennen pflegt — „das Risiko verteilt!"

Oder ein bestehendes **Privatunternehmen soll in eine Aktiengesellschaft** verwandelt oder grosse neue Unternehmungen im In- und Auslande sollen durch vorhandene Industriesyndikate gegründet werden, oder es handelt sich um die Ausgabe neuer Aktien, neuer Obligationen für bestehende Unternehmungen. In all diesen Fällen wird heute durch Spezialagenten oder Spezialbüros die Sache vorbereitet, dann von den Banken beschlossen und die Papiere endlich an die Börse gebracht. Oder **im Warenmarkte** bestehen **Aussichten auf starke Preissteigerungen oder Preissenkungen,** welche an der Börse durch eine geschickt verdeckte Ein- oder Verkaufspolitik von langer Hand vorbereitet und dann nach Börsenusancen geschickt durchgeführt sein wollen. Wie werden all diese Geschäfte möglich?

Infolge der fortschreitenden direkten Angliederung des Volkes an die Grossbanken — die Deutsche Bank z. B. hatte Ende 1906: 164494 Konten gegen 139451 Ende 1905 — wird ein stetig wachsender Teil der Emissions- und Spekulationsgeschäfte im direkten Verkehre der Banken mit ihrem Kundenkreise erledigt. In diesem Sinne pflegt man zu sagen, dass jede Grossbank heute eine „Börse für sich“ sei. Um auch auf die ausserhalb der angegliederten Bankkundschaft stehenden Volkskreise einwirken zu können, bleibt bis auf weiteres der Apparat der Börse mit seinem weitverzweigten Nachrichtendienst für die Grossbanken unentbehrlich. Die Börse aber braucht für die geplante Uebernahme von Geschäften vor allem Kredit und Stimmungsmache in der Presse. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so kann das Börsenspiel beginnen. Die Kurse steigen. Die Beteiligung des Publikums nimmt rasch zu. Die leicht verdienten Gewinne werden realisiert. Der Konsum der Börsenbesucher wächst mit der Kursbewegung. In günstigen Börsenzeiten ist zum Frühstücken im Börsenrestaurant kaum ein Platz zu bekommen, in schlechten Zeiten sind fast alle Stühle leer. Nun kommt auf einmal aus irgend einem Wetterwinkel der Erde eine ungünstige Nachricht, die in den Börsenkursen natürlich sofort Ausdruck findet. Glauben jetzt viele Spekulanten, durch Uebertragung ihrer Spekulation auf einen späteren Monat ihren erhofften Gewinn doch noch einstreichen zu können, oder hat man Aktien und Wertpapiere übernommen, auf welche jetzt bestimmte Einzahlungen gefordert werden, die man nicht aus Eigenem leisten kann, oder die neuen und alten Industrieunternehmungen haben ungenügende Betriebsmittel, oder Geld für Erweiterungsbauten nötig, um noch mehr Aufträge übernehmen zu können, oder es sollen die aus den Büchern ermittelten Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet

werden, um die günstigen Börsenkurse zu halten, trotzdem in den Kassen des Unternehmens von diesen Gewinnen nichts zu sehen ist, oder die sicheren Staatsrenten die bereits im Kurse wesentlich zurückgegangen, sollen ohne Verkäufe mit entsprechendem Kursverlust dazu dienen, noch mehr Geldmittel flüssig zu machen, um mit noch grösseren Nominalbeträgen sich an dem noch günstigen Verlaufe der Börsenspekulation beteiligen zu können u. s. w. In all diesen und ähnlichen Fällen braucht die Spekulation Geld, viel Geld.

Und damit helfen die Grossbanken aus. Zur Uebertragung der spekulativen Engagements dient der Reportkredit. Um trotz des gesetzlichen Terminhandelsverbotes ihren Kunden diese Art von Spekulation zu ermöglichen, kaufen die Banken für ihre Auftraggeber Kassa-Effekten, für welche nur ganz geringe Anzahlung zu leisten ist, um so mehr die Banken diese Effekten als Sicherheit in ihren Tresors behalten. Deshalb ist nach Georg Bernhard das Debitorenkonto der Grossbanken in den letzten Jahren so enorm angeschwollen. Nach Caesar Straus und dem deutschen Oekonomist fällt auch dem Akzeptkredit im heutigen Börsenspiele eine grössere Rolle zu. Caesar Strauss gebraucht für Akzeptkredit häufiger den Ausdruck „Gefälligkeitswechsel". Was versteht man unter diesen Bezeichnungen? Den Kunden wird nach Riesser gestattet, in der Regel einen drei-Monat-Sichtwechsel auf die Bank zu ziehen. Mit dem Akzept einer Grossbank versehen, kann dieser Wechsel als Primawechsel zum Privatdiskont im Markte verwertet werden, und auch von der Reichsbank werden diese Wechsel anstandslos angenommen. Ebenso ist seine Verwertung auf einer vielleicht noch billigeren grossen Auslandsbörse möglich. Den Erlös dieses Wechsels zahlt der Kunde bei der Bank dann behufs Schaffung eines sofortigen Guthabens ein, während er für deren Akzept erst per

Verfalltag des Wechsels belastet wird. So erhält der Spekulant zum billigsten Zinsfusse das benötigte Geld, während die redliche Arbeit im Lande ihren soliden Produktivkredit um einige Prozente teurer bezahlen muss.

So ist viel billiges Geld die Seele der Börsenspekulation und der Kurstreibereien. Russland und Oesterreich z. B. haben nach Caesar Straus wiederholt der deutschen Börse vorübergehend billiges Geld zur Verfügung gestellt, um im Interesse der beabsichtigten Konversion oder Neuemission die Börsenkurse für sich günstig zu beeinflussen. Für das deutsche Anlage suchende Publikum waren damit die Kurse entsprechend ungünstig beeinflusst. Nach einer Untersuchung von Eberstadt ist durch Spekulation der Kurs der deutschen Industriepapiere vom 1. Januar 1895 bis zum 1. April 1900 um 75 bis 100 % ihres Ausgabekurses erhöht worden. Das bedeutet natürlich entsprechende Börsenspielgewinne. Diese Gewinne verbreiten ihre Lockungen überall im Lande. Ueberall erwacht damit das Streben, auch möglichst rasch und möglichst mühelos reich zu werden. Das Interesse der Bevölkerung an dem täglichen Studium des Börsenkurszettels wächst, das Interesse an der redlichen, stetigen, produktiven Arbeit geht entsprechend zurück. Die Beteiligung der „Aussenseite“ nimmt lawinenartig zu. Die Ansprüche der entfesselten Spielwut an den Bankkredit nehmen solchen Umfang an, dass es selbst den Banken bedenklich wird. So klagt der Geschäftsbericht der Dresdener Bank von 1899: „Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, im Hinblick auf die Anspannung des Geldmarktes, einem hie und da (?) in Erscheinung tretenden Uebereifer des Publikums in Effektenkäufen, namentlich solchen unter Kreditinanspruchnahme, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, was uns freilich nur in beschränktem Maasse gelungen ist!“ Das alles

treibt natürlich mit vollen Segeln zur „Krisis“, deren Anzeichen nach Riesser vor allem in Folgendem zu suchen sind: „Sprunghafte Vergrösserung des Kreditbedürfnisses, starke, bald völlige Zurückziehung der Bankguthaben, Verdrängung des kurzfristigen durch langfristigen Kredit, überhandnehmende Prolongation fälliger Wechsel, starke Zunahme weniger guter Sicherheiten, Inanspruchnahme des Bankakzeptkredits seitens der Industrie für Dividendenzahlungen, oder zur erheblichen Vermehrung der stehenden Kapitalien, fortgesetzte Entnahme von Vorschüssen ohne Angabe oder mit Verschleierung des Verwendungszweckes, immer stärkere Verzögerung des rechtzeitigen Einganges fälliger Zahlungen, Hinaufschnellen der Rohstoff- und Warenpreise, Uebermass von Gründungen und Emissionen und massenhafte Einrichtungen von blossen Hilfsgesellschaften, von Tochter- und Trustgesellschaften. Dazu gehören noch die allgemein bekannten Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkte.“ Während der aufsteigenden Konjunktur werden überall Bauten und Vergrösserungen ausgeführt. Die Fabriken können nicht genug Arbeiter heranziehen, um in Tag- und Nacht-Schichten die immer mehr sich häufenden Bestellungen auszuführen. Die hohen Gewinne gestatten der Industrie steigende Löhne zu bezahlen. Immer mehr Arbeiter werden aus der Landwirtschaft zur Industrie hinübergelockt. Die Arbeiterstreiks haben zumeist Erfolg und mehren sich deshalb. Da kommt über Nacht die Krisis. Der Absatz der Waren stockt. Viele Fabriken werden geschlossen, die Arbeiter entlassen. Die Löhne und die Zahl der Streiks gehen zurück. Die Landwirtschaft kann wieder leichter ihre Arbeiter finden, während in den Grossstädten das Heer der „Arbeitslosen“ die Armenversorgungskassen stürmt und den Organen der Sicherheitspolizei zur Last fällt.

So hat der fast unbeschränkte Kredit, den die Leipziger Bank namentlich gewährte, der Kasseler Treber-

gesellschaft gestattet, innerhalb 12 Jahren ihr Kapital von 350 000 Mark auf 20 Millionen Mark zu erhöhen, Dividenden zwischen 10 und 50% zu verteilen, über 21 Millionen Mark zu Unrecht als Dividenden und Tantièmen auszuschütten und 32 Tochtergesellschaften zu gründen. Als 1901 der Zusammenbruch erfolgte, waren bei 177 Millionen Mark Schulden nur 1 bis 2 Millionen Mark greifbares Vermögen vorhanden, und die Leipziger Bank an dem Konkurs mit 93 Millionen Kontokorrentkredit beteiligt. Der Börsenkurs dieser Treberaktien ist im Herbst 1896 auf 895% hinaufgetrieben und längere Zeit gehalten worden. So hat die Pommersche Hypothekenbank im Dezember 1900 ihren Gläubigern einen Verlust von 29½ Millionen Mark, die Preussische Hypothekenaktienbank noch grössere Verluste gebracht. So werden bei rückläufigen Kursbewegungen viele, viele Millionen im Börsendifferenzspiel verloren, die Unterschlagungen und Fälschungen aller Art nach sich ziehen, wie neuerdings wieder der Zusammenbruch der Marienburger Bank (Westpreussen) gezeigt hat. Kein geringerer als Rudolf von Jhering hat in seinem „Zweck im Recht" (Band I, S. 223) seine Eindrücke und Beobachtungen aus der Börsenkrisis von 1873 in die Worte zusammengefasst: „Die Verheerungen, welche die Aktiengesellschaften im Privatbesitz angestiftet haben, sind ärger, als wenn Feuers- und Wassersnot, Misswachs, Erdbeben, Krieg und feindliche Okkupation sich verschworen hätten, den nationalen Wohlstand zu ruinieren."

Unsere Grossbanken sind an der Erhaltung der Börse, wie sie heute ist, wesentlich interessiert. Die Börse mit ihrem Nachrichtendienste versteht es weitaus am besten, die „ahnungslose" Aussenseite für die Teilnahme an der Spekulation in Waren und Wertpapieren mobil zu machen. Und trotzdem diese Aussenseite in jeder Krisis am meisten bluten muss, sind die trüben Erfahrungen bei der nächsten

Hausse vom Publikum meist wieder vollständig vergessen. Gerade die allgemeinere Beteiligung des Publikums, wesentlich erweitert und gefördert durch Gewährung eines masslosen Kredits, erleichtert den Grossbanken die Unterbringung ihrer viel zu grossen Neu-Emissionen und damit die fortschreitende Umwandlung des Volksvermögens in Börsenwerte ganz wesentlich. Die fortschreitende Konzentration der Bankgeschäfte hat den Berliner Grossbanken etwa eine halbe Million der reichsten Leute als Kunden angegliedert. Dazu beherrschen diese Institute den Börsenkredit fast monopolartig. Georg Bernhard konnte deshalb in seinem kleinen Buche über die Börse (S. 45) mit gutem Recht behaupten: „Die Abhängigkeit des gesamten Börsenhandels von der grossen Bankwelt ist überhaupt ein ganz besonderes typisches Charakteristikum des neuesten Entwicklungsstadiums der Börse". Hierher gehört auch die Abhängigkeit des „Berliner Maklervereins" von den Grossbanken. Nach Saling's Börsenhandbuch 1906 sind die Berliner Grossbanken im Aufsichtsrat des „Berliner Maklerverein", der letzten noch übrig gebliebenen Berliner Maklerbank. Hier laufen die spekulativen Engagements, wie sie sich bei den Spekulationsmaklern im Markte einfinden, zusammen. Die täglichen Eintragungen in den Büchern des Maklervereins bieten deshalb jeweils die beste Uebersicht über die herrschende Lage im freien Markte. Nun gehört es zu den Pflichten der Grossbanken, als Aufsichtsräte des Maklervereins, den Inhalt dieser Bücher und damit den jeweiligen Stand der Marktlage fortlaufend zu kontrollieren. Auf Grund dieser Kenntnisse treffen dann die Banken ihre Spekulationsdispositionen für den nächsten Tag. Es kann deshalb wenig überraschen, dass es heute den Spekulanten an der Börse gar nicht möglich ist, gegen die Banken, namentlich mit einer Baisseoperation im Markte durchzudringen. Auch in bedenklichen Zeiten bleiben deshalb

heute die Börsenkurse ziemlich fest, wie z. B. in den Wintermonaten 1906/7. Die Kleinen, welche gegen die Oberherrschaft der Grossen anzugehen versuchten, sind stets hineingefallen.

Bei all dem gehört die Gewährung von Börsenkredit zu den einträglichsten Bankgeschäften. Ist der Börsenkredit billig, so blühen die Spekulationsgewinne aus Kurssteigerungen und Emissionen. Und hat sich die Börsenspekulation erst genügend übernommen und kommt es zu den unausbleiblichen Stockungen, dann ist der Zins für kurzfristige Gelder schon auf 1 % pro Tag gestiegen! Deshalb haben die Grossbanken für beliebig grosse Geldsummen stets Verwendung. Neben der fortwährenden Erhöhung des eigenen Aktienkapitals wird namentlich der Aufnahme neuer Depositengelder wachsende Aufmerksamkeit geschenkt. Besondere Aquisiteure ermitteln die besten Einleger bei den Sparkassen und veranlassen diese, zu den Banken als Depositenkunden über zu gehen. Diese reinen Depositengelder sind nach den Zusammenstellungen des „Deutschen Oekonomist“ bei den dort angeführten deutschen Banken in den letzten vier Jahren um eine weitere Milliarde gewachsen! Von den Banken werden diese Gelder mit 3 bis 3½ %, selten höher vergütet. Die Banken selbst vereinnahmen von ihren Schuldnern bis 7, 8, 9 % und mehr. Gerade die Zeiten der Krisis bieten für genügend kapitalkräftige Banken häufig die reichsten Gewinne. So haben die Deutsche Bank und die Bergisch-Märkische Bank ihren grössten Aufschwung in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges nach 1900 erlebt.

Wie gross sind nun die Summen, welche in Deutschland von den deutschen Banken der Börsenspekulation auf dem Wege des Kredits zur Verfügung gestellt werden?

Nach den bekannten statistischen Uebersichten des „Deutschen Oekonomist“ waren im Jahre 1906 von 143 deutschen Banken, die unter sich in mehr oder minder enger Geschäftsverbindung stehen, nach ihren eigenen Geschäftsberichten gewährt worden:

an Wechselkredit	2 447 096 000	Mark
an Lombardkredit	1 099 366 000	„
an Debitoren und Diverse	6 073 380 000	„
an Akzeptkredit	1 848 112 000	„

Rechnen wir hiervon, nach Schätzungen hervorragender Sachverständiger, aus dem Wechselkredit etwa $^1/_{10}$, aus dem Lombardkredit etwa $^1/_4$, aus dem Debitorenkonto die Hälfte und aus dem Akzeptkredit $^3/_8$ auf reinen Spekulationskredit und lassen wir die Beträge der Reichsbank, um Doppelzählungen zu vermeiden, ganz ausser Rechnung, so erhalten wir eine Gesamtsumme von

rund vier Millionen Mark,

welche im letzten Jahre 1906 im Spekulationskredit für Börsenwerte von den deutschen Banken umgesetzt wurden. Um einen Anhalt zu geben, wie rasch sich diese Konten, welche im Wesentlichen den Spekulationskredit enthalten, in den letzten Jahren entwickelt haben, entnehmen wir dem wiederholt angeführten Buche von Jeidels folgende Angaben, welche für 1906 nach dem „Deutschen Oekonomist“ ergänzt sind:

(Alle Beträge in 1000 Mark)

	Wechselkonto			
	1882	1892	1902	1906
1. Deutsche Bank	28 564	83 972	333 717	540 410
2. Diskonto-Gesellschaft	36 186	68 181	135 485	175 833
3. Darmstädter Bank	12 364	20 638	41 959	108 089
4. Dresdener Bank	13 928	40 225	115 452	242 626
5. Schaaffhausenscher Verein	—	—	—	66 412
6. Berliner Handelsgesellschaft	2 820	31 764	58 372	74 501
7. Nationalbank f. Deutschland	7 464	26 679	32 937	65 219
Sa:	101 326	271 459	717 922	1272 990

	Akzeptkonto			
	1882	1892	1902	1906
1. Deutsche Bank	17 095	17 343	145 302	226 110
2. Diskonto-Gesellschaft	9 848	31 393	103 104	226 986
3. Darmstädter Bank	18 816	24 131	53 936	78 498
4. Dresdener Bank	12 155	47 826	115 364	205 892
5. Schaaffhausenscher Verein	13 300	18 773	46 101	116 831
6. Berliner Handelsgesellsehaft	1 901	19 778	56 882	65 703
7. Nationalbank f. Deutschland	13 892	14 067	22 868	43 603
Sa:	87 007	172 811	543 557	958 233

	Debitorenkonto			
	1882	1892	1902	1906
1. Deutsche Bank	66 627	114 079	304 901	796 801
2. Diskonto-Gesellschaft	62 089	113 724	193 702	480 350
3. Darmstädter Bank	47 136	55 487	128 565	327 232
4. Dresdener Bank	38 144	86 662	223 925	488 614
5. Schaaffhausenscher Verein	29 414	53 083	132 058	379 579
6. Berliner Handelsgesellschaft	12 837	54 126	130 854	192 626
7. Nationalbank f. Deutschland	22 688	37 575	57 563	147 804
Sa:	278 935	514 738	1171 601	2813 008

Das ist durchweg eine Zunahme um mehr als das Zehnfache innerhalb 24 Jahren. Nehmen wir zu Gunsten der Börse an, dass sich der prozentuale Anteil des Kredits für Börsenspekulationen in diesen Konten nicht erhöht habe, wie von sachverständiger Seite übereinstimmend behauptet wird, so verbleibt immer noch eine Erhöhung der Ansprüche des Börsenspekulationskredits an den Geldmarkt um mehr als das Doppelte innerhalb 5 Jahren.

Dieses ungemein rasche Anwachsen des Börsenkredits bei den deutschen Banken muss um so bedenklicher erscheinen, als nach den gleichen Zusammenstellungen des „Deutschen Oekonomist“ die Deckung der Verbindlichkeiten der deutschen Kreditbanken von 72 % im Jahre 1898 auf nur 61 % im Jahre 1906 und speziell bei den Berliner Grossbanken von 76% im Jahre 1898 auf 63% im Jahre 1906 zurückgegangen ist. Auch die Banken arbeiten eben heute in immer grösserem Umfange mit fremden Geldern.

Schon aus diesem Zusammenhange wird ersichtlich, dass die Börse mit den Banken heute nicht nur die Ueberspekulation mit ihrem periodischen Zusammenbrechen in der Krisis direkt herbei führen, sondern auch den Zinsfuss in ein Spekulationsobjekt verwandelt haben, was zunächst wohl der Pariser Börsenstatistiker Jaques Siegfried mit Benutzung des französischen Materials 1899 öffentlich bewiesen hat. Der zunehmenden Ueberspekulation und steigenden Ausgabe von neuen Börsenwerten steht die wachsende Inanspruchnahme des Kredits, namentlich als Wechsel-, Debitoren- und Akzeptkredit, zur Seite, bis diese Bewegung ihren Kulminationspunkt in der Krisis findet. Dann steigt der Zinsfuss in der Regel noch etwas weiter. Die Neuemissionen gehen wesentlich zurück. Das Kapital rückt von allen unsicheren Anlagen ab und findet zunächst in den Kellern der Banken als tägliches Geld eine um so rentablere Anlage, als gerade jetzt der Kurs der Staatspapiere zu steigen pflegt, weil sie jetzt, nach der Krisis, stärker gekauft werden. Mit den grösseren Barbeständen der Banken wird der Zinsfuss wieder billiger. Die wirtschaftliche Lage erholt sich allmählich, bis von neuem das Börsenspiel mit neuen grösseren Emissionen, steigendem Zinsfusse, wachsender Spekulation usw. einsetzt und der Krisis mit steigenden Zinssätzen zueilt. Der deutschen Börsenkrisis von 1890/1893 geht eine Zinsfussteigerung der Reichsbank bis 5 und 5½% zur Seite, Dann verbilligt sich 1894 und 1895 der Wechseldiskont der Reichsbank wieder auf 3%, der Privatdiskont sinkt im Februar 1895 sogar auf 1,26%! Die Barmittel der deutschen Banken steigen, die Emissionstätigkeit setzt von neuem ein, um im Dezember 1899 abermals zu einer Krisis zu führen mit einem Wechselzinsfuss der Reichsbank von 7% im Januar 1900, Dann kam 1902 und 1903 wieder eine Zeit der „Er-

holung" mit einem Reichsbankzinsfuss bis 3% und einem Privatdiskontsatz an der Berliner Börse von nur 1,59%! (Juli 1902), bis wieder der Zinssatz mit der Börsenspekulation anzog, um gegen Schluss des Jahres 1906 mit der Krisis 6 bis 7% und infolge einer international hinhaltenden Politik der führenden Banken bis Oktober 1907 sogar $7^1/_2$ und $8^1/_2$% im Reichsbankzinsfuss zu erreichen. So spielt das Auf und Nieder der Börsenspekulation seit Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Die Börse ist also nicht nur das Institut, welches Marktkurse und Marktpreise festsetzt und den nationalen und internationalen Zahlungsausgleich erleichtert. An der Börse vollzieht sich auch der Prozess der fortschreitenden Umwandlung des Volksvermögens in Börsenwerte. Von der Börse aus finden die Spekulationsinteressen ihre immer allgemeinere Ausbreitung bis in die entferntesten Winkel des Landes. Gleichzeitig knüpfen Banken und Börsen immer neue und immer mehr kapitalistische Beziehungen zum Auslande. Die Börse in erster Linie ist der verantwortliche Träger des ewigen Auf und Nieder, des fortwährenden Wechsels zwischen Ueberspekulation und Krisis mit nachfolgender Erholung. Und in diese Schwankungen reisst die Börse auch die Zinsfussbewegung mit hinein. Aus all diesen Erwägungen werden wir die Börse volkswirtschaftlich definieren: als Zentralorgan der stetig sich ausbreitenden Herrschaft des Kapitalismus.

---

c. Es herrscht die rücksichtsloseste Erwerbssucht.

α. **Citate.** Immer zahlreicher werden die Personen, welche nicht erwerben, um zu leben, sondern leben, um zu erwerben, oder um mit Jakob Fugger zu reden:

„gewinnen wollen, dieweil sie können“. Diese „Sucht“, zu erwerben, ist in jedem Falle relativ unbegrenzt. Denn „Die Begehrlichkeit kennt keine Schranken, nur Steigerung“, wie schon Seneca gesagt hat. Auch die private Wirtschaftspolitik jedes Habsüchtigen hat eine Tendenz zur Weltherrschaft. Grenzen, welche durch das geltende Recht und die gute Sitte gezogen sind, werden wenig beachtet, wie durch eine Reihe von einwandfreien Zeugen bestätigt wird. So hat schon 1638 der Amsterdamer Kaufherr Beylandt, als er bei einer Proviantlieferung an die belagerte feindliche Stadt Antwerpen abgefasst wurde, erklärt: „Wenn ich, um im Handel zu gewinnen, durch die Hölle fahren müsste, so würde ich den Brand meiner Segel dran setzen! Der Handel muss frei sein und darf durch keine Kriegstaten unterbrochen werden!“

Von einem ungarischen Finanzminister zu Anfang der 70er Jahre stammt das Wort: „Wer sich schämt, wird nicht reich!“ Schaeffle hat den Ausspruch eines Rothschild uns erhalten; „Es ist nicht möglich, Millionär zu werden, ohne mit dem Aermel das Zuchthaus zu streifen.“ Nach einem amerikanischen Witzblatt gibt der alte Yankee auf dem Sterbebette seinem Sohne eine Lebensregel, welche lautet: „Mache Geld, mein Sohn! wenn Du kannst — auf ehrliche Weise! Aber wenn nicht — — unter allen Umständen mache Geld!“ Der „Kladderadatsch“ brachte vor einigen Jahren die Mitteilung, dass das — bei unseren Grossbanken so beliebte — „sanieren“ ein ausserordentlich unregelmässiges Zeitwort sei, welches wie folgt abgewandelt werde:

„Ich saniere“,
„Du stiehlst“,
„Er schwindelt“,
„Wir begaunern“,
„Ihr stibitzt“,
„Sie machen Pleite.“

Nach Moritz Jokai ist heute „die Tasche das empfindlichste Organ der Menschen.“ Andrew Carnegie behauptet in seinem Evangelium des Reichtums: „Wie ich sie kenne, gibt es wenige Millionäre, sogar sehr wenige, die frei sind von der Sünde, Bettler geschaffen zu haben.“ Und wer wollte bestreiten, dass Carnegie die Millionäre kennt?

β) **Die Umprägung des Wucherbegriffes.** In unserer Zeit, in der nur zu Viele möglichst rasch reich werden wollen, ist man auch allgemeiner geneigt, die schweren Sünden des rücksichtslosen Erwerbs, der über „Leichen“ zum materiellen Erfolg schreitet, leichter zu verzeihen, als das früher üblich war. Selbst die nationalökonomische Wissenschaft ist offensichtlich bestrebt, dieser modernen Entwicklungstendenz tunlichst Rechnung zu tragen. Und unser Recht, mit seiner besonderen Vorliebe für die formale Durchbildung bei sichtlicher Vernachlässigung des materiellen Inhalts der Verträge, begünstigt diese Umprägung der sittlichen Begriffe in hohem Masse. Ein Beispiel:

Aus dem grauen Altertume wird berichtet, dass es einen phönizischen Zauberer Namens Dardanus gegeben habe, welcher die schwarze Kunst verstand, die Früchte auf den Feldern seiner Nachbarn zu verderben (entwerten) oder in seine Scheune zu zaubern. Seit dieser Zeit sollen die Getreidewucherer Dardanarii, ihre Handlungen als das Verbrechen des „Dardanariat“ bezeichnet und bestraft worden sein. Die Benutzung falscher Maasse und Gewichte im Lebensmittelhandel und das Einsperren von Ware zum Zwecke der Preistreiberei, werden speziell von den Quellen als übliche Verbrechen der Dardanarii bezeichnet, die mit sehr hohen Geldstrafen oder auch mit Vermögenskonfiskation, Landesverweisung oder lebenslänglicher Zwangs-

arbeit geahndet wurden. Aus dem römischen Recht sind diese Begriffe und Strafen durch Vermittlung der Kirche auch in die Strafbestimmungen des christlichen Abendlandes übergegangen. Namentlich die Reichstagsabschiede und die Reichspolizeiverordnungen des XVI. Jahrhunderts beschäftigen sich noch wiederholt mit diesem Dardanariat. Und selbst in dem österreichischen Strafgesetzbuch von 1803, im preussischen Landrecht, im code pénal, wie im bayerischen Strafgesetzbuch von 1813 finden sich Anklänge an diese uralte Rechtsauffassung. Erst die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts hat mit der Anerkennung der Wucherfreiheit und des Egoismus als herrschendes Motiv aller wirtschaftlichen Handlungen auch die Dardanarii über Bord geworfen. Was bis dahin durch Jahrtausende ein Kapitalverbrechen war, war von jetzt ab eine legale Erwerbsform geworden. Niemand hinderte mehr die Börsenspieler, heute die Getreidepreise künstlich ins Masslose zu drücken, übermorgen dasselbe Getreide durch Einsperren und „Schwänzen“ ebenso masslos in seinem Verkehrswerte zu steigern. Mit einer gewissen begeisterten Liebe folgt die Wissenschaft diesem „Wellenspiel“ der Preise an den Terminbörsen und erblickt in den neueren gesetzlichen Einschränkungen der Börse nur das Resultat „irregeleiteter Masseninstinkte.“

Als man aber den Negern in unseren Kolonien die Baumwollpflanzung gelernt hatte und ihnen dann in dem einen Jahre sehr hohe, in dem anderen Jahre sehr niedrige Preise für ihre Baumwolle bot, entsprechend den Preisnotierungen der grossen internationalen Baumwollbörsen, da betrachtete der durch keinerlei Theorie verdorbene gesunde Sinn der Neger diese Art von Preisbildung als einen ungeheuren Schwindel. Sie gaben deshalb lieber ihre Baumwollpflanzungen auf. Um diese wichtige Kultur unseren Kolonien zu erhalten, hat der börsenerfahrene neue

Kolonialdirektor Dernburg eine Einrichtung getroffen, welche den Negern einen ganz bestimmten, festen, mittleren Baumwollpreis Jahr für Jahr sichert. Damit ist die freie Marktpreisbildung für die Baumwollpflanzungen unserer Togoneger glücklich ausgeschaltet. Es gehört heute schon die reiche Erfahrung eines ehemaligen Bankdirektors dazu, um sich von der herrschenden wissenschaftlichen Verherrlichung der Terminbörsen zu emanzipieren. Oder die ganze frische Unbefangenheit des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt wie des nordamerikanischen Professors Brooks Adams ist nötig, um seine „innere Empörung gegen die herrschende Deifikation der Börse, des Kontors und der Fabrik“ uneingeschränkt zum Ausdruck zu bringen. Oder man muss die gewaltigen geschäftlichen Erfolge eines Andrew Carnegie hinter sich haben, um — ohne Verhöhnung in allen nationalökonomischen Zeitschriften — sagen zu können: „Es ist gut für das Land, dass die Börsenspieler zu Schaden kommen. Ich wünschte, ich könnte ein Verfahren erfinden, das diese Spieler auf beiden Seiten zu Schaden kommen lässt. Geldspekulation ist ein parasitisches Leben von Werten, ohne letztere zu schaffen. Es ist an der Zeit, dass wir Geschäftsleute, die etwas schaffen und Geld auf berechtigte Weise verdienen, diesen Leuten, welche Geld verdienen und keine Werte dafür liefern, die Anerkennung versagen.“

Dennoch würden wir der fortschreitenden öffentlichen Meinung unrecht tun mit der Behauptung, sie hätte die Erinnerung an das alte Verbrechen des rücksichtslosen Erwerbs ganz vergessen. Man beurteilt vielmehr heute die gleiche verwerfliche Handlung nach einer ganz bestimmten Voraussetzung ganz verschieden, wie hier an einigen Beispielen illustriert werden möge.

Ogden Armour, der Chef der grossen nordamerikanischen Firmen Armour Grain Co. und Armour & Co., der

auf dem Getreidemarkte sich eine lange Reihe höchst bedenklicher „Manipulationen" hat zu Schulden kommen lassen, der in skrupelloser Weise dem Volke der Nordamerikaner die Zwangsjacke des Grosschlächterringes hat anlegen helfen, der über ein Vermögen von ungezählten Millionen verfügt, scheint es als eine Art Sport zu betrachten, zur Weihnachtszeit, die dem Frieden unter den Menschen geweiht ist, seine nordamerikanischen Mitbürger durch eine Spezialspekulation noch extra auszuräubern. So hat Ogden Armour zu Weihnachten einmal die Aepfelvorräte aufgekauft, um dann die Aepfelpreise zu diktieren. Zu einer anderen Weihnachtszeit beherrschte er den Markt des nordamerikanischen Weihnachtsvogels, des Truthahnes, um dessen Preise um 100 % zu erhöhen usw. Aber — Armour wird immer reicher und die kapitalistische Presse diesseits wie jenseits des Ozeans behandelt ihn durchweg mit dem Ausdruck jener Hochachtung, wie das einer „prima zahlungsfähigen" Firma gegenüber Sitte ist. Im Erntejahre 1897/98 hat der nordamerikanische Spekulant Josef Leiter den Weizenmarkt per Herbst, per Dezember und per Frühjahr international „gekornert". Das war nur möglich, weil vorher viele Jahre hindurch der Weizenmarkt der Welt durch gewissenlose Blankoverkäufe in ganz ungerechtfertigter Weise zu niedrige Weizenpreise ertragen musste, die international eine zu starke Einschränkung des Weizenbaues bewirkten. Dem beispiellosen Erfolge Leiters im Herbst und Dezember 1897 folgte im Mai 1898 sein Zusammenbruch. Seine Gegner, unter denen Ogden Armour der Führer war, hatten in der nordamerikanischen Statistik der sichtbaren Weizenvorräte ungeheure Fälschungen fertiggebracht. Es wurden auch bedenkliche Bestechungen des Leiterschen Personals bekannt. Leiter ist der Sohn eines sehr reichen Vaters. Alle seine Schulden aus dem Mai - Weizenspiel wurden

nach und nach bezahlt. Sein Name blieb ohne Tadel. Ueber die furchtbaren Schäden, welche die bald zu niedrigen, bald zu hohen Börsenpreise für Weizen dem Wohlstande aller Völker zugefügt hatten, und die im Grunde doch mit so verwerflichen Mitteln bewerkstelligt wurden, fand man in der kapitalistischen Presse aller Länder kein Wort der Rüge. Im Sommer 1901 führte Phillips einen erfolgreichen Maiscorner an der Börse in Chicago durch. Sofort verlieh ihm die Presse den Ehrentitel „Kornkönig". Im Oktober 1901 versuchte derselbe Phillips eine Haussebewegung auf dem Weizenmarkte, die im Januar 1902 zusammengebrochen ist. Seine Gegner hatten auch hier wieder mit Bestechungen unter seinem Büropersonal gearbeitet, und die Fallstricke der Chicagoer Börsenusance geschickt benutzt. Phillips verlor alles. Er hatte keinen reichen Vater. Seine Schulden aus dem Börsenspiele wurden nicht voll gedeckt. Und nun hiess es in der kapitalistischen Presse: „So ein Lump! So ein elender Spekulant! So ein verworfenes Subjekt!" usw. Vor einigen Jahrzehnten begann ein junger Mann seine kaufmännische Laufbahn in einer grossen Handelsstadt Mitteleuropas damit, dass er mit der Portokasse eines grösseren Geschäfts, in dem er in der Lehre war, plötzlich verschwunden ist. Inzwischen wurde das ein sehr reicher Mann, der längst geadelt ist und die Ehre geniesst, finanzieller Berater eines mächtigen regierenden Königs in Europa zu sein.

Der doppelte Boden dieses modernen Wucherbegriffes ist leicht erkennbar. Nur jene Wuchergeschäfte, welche mit einem ökonomischen Misserfolg enden, sind ein Verbrechen. Jedes erfolgreiche „Geschäft" aber verdient keinen Tadel. Die Ehre eines Mannes ist nicht mehr mit seinen Handlungen und seinem Charakter, sondern mit seiner wohlgefüllten Geldbörse, mit seiner „Zahlungs-

fähigkeit" identisch. „Arm sein" ist ein Verbrechen, weit schlimmer als alle Rechtsverletzungen der Habgier. Der Reichtum aber deckt alle Sünden zu. Gewiss ist diese rein materialistische Moral noch nicht zur allgemeinen Herrschaft gekommen. Ueberall sind noch weite Kreise davon frei. Aber es ist betrübend, zu sehen, mit welcher Raschheit die alten Begriffe von Recht und Unrecht durch den „Goldkrebs" zerfressen werden.

γ) Der Kapitalismus und seine systematischen Bestechungskünste. Das Aufkommen bedenklicher sittlicher Anschauungen „jenseits von gut und bös", aber „diesseits von reich und arm" hat natürlich seine ganz bestimmten materiellen Gründe. Seitdem die „Aktie" als schneidigste Waffe im Dienste der sich ausbreitenden Herrschaft des Kapitalismus in der Geschichte der modernen Kulturvölker Eingang gefunden, datiert auch die Geschichte der Bestechungskünste aller Art. Man hat in Frankreich Schulden der Krone gezahlt und dem König an jedem Morgen zum Frühstück 1000 Livres überreicht. In Deutschland, dessen Beamtenstand als Muster von Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit gelten kann, haben bald nach Beginn der Erteilung von Eisenbahnkonzessionen demoralisierende Bestechungen stattgefunden. Die bayerische Ostbahn z. B. hat dem damals berühmtesten bayerischen Nationalökonomen und Universitätsprofessor eine „Beteiligung von einigen hunderttausend Gulden „„geschenkt."" Vor der Gründung der österreichischen Kreditanstalt erhielt jede grössere Zeitungsredaktion eine Beteiligung von 500 Aktien, wobei es den Herren Redakteuren vielfach freigestellt wurde, die Aktie oder bis zu einem bestimmten Termin 15 % Prämie davon zu nehmen. Als im Herbst 1888 die Emission der Aktien der „Assurance Financière"

vorbereitet wurde, hat man für Publikationsspesen in den Zeitungen Frankreichs 2 850 000 Frcs. zur Verfügung gestellt. Der „Credit-Foncier" hat 2 Millionen Franken verteilt, um das Schweigen oder das Lob der Zeitungen zu erwerben. Der L'Economiste Français schätzte, dass während des Panamaschwindels mehrere Dutzend Millionen an die Presse verteilt worden sind. Die Enthüllungen der deutschen Börsen-Enquête-Kommission über bedenkliche Erscheinungen innnerhalb der deutschen Presse haben inzwischen durch den Pommernbankprozess (Juli 1903) weitere Ergänzungen erfahren.

Die Direktoren der Pommernbank hatten dem „Berliner Presse-Klub" 25 000 Mark als „unverzinsliches Darlehn auf unbestimmte Zeit" gegeben, um „mit den Vertretern der Presse eine gewisse Fühlung zu erhalten." Weiter wurden aus den „sekreten Ausgaben" dieser Bank gerichtlich festgestellt, dass an Redakteur S. 1000 Mark, Quartalssummen für Dr. W. = 3000 Mark; Dr. O. 3000 Mark, Prof. M. = 2000 Mark; Dr. Oc. = 4000 Mark usw. bezahlt wurden. Das sollen Honorare für „Privatarbeiten" gewesen sein. Aber warum gehören denn diese Summen zu den „geheimen" Ausgaben? — Gewiss trifft dieses grobe Verderbnis nur einen Bruchteil der Berliner Zeitungsschreiber. Aber sie bleibt trotzdem ein höchst bedenkliches Zeichen der Zeit.

Heute scheint die kapitalistische Welt es vorteilhafter zu finden, neben grossen Annoncenaufträgen an die Presse die angesehensten Zeitungen aufzukaufen oder doch finanziell zu beherrschen. Dazu kommen grosse kapitalistische Monopolgesellschaften der Verlagsanstalten, Monopole im Zeitungsnachrichtendienst, in der Herstellung von Unterhaltungsbeilagen für kleinere Provinzblätter usw. In Nordamerika haben einzelne Grosskapitalisten Universitäten gegründet, an denen die Theorien des kapitalistischen

Erwerbs als Nationalökonomie vorgetragen werden. In Europa ist die Vorliebe der Universitätsprofessoren für die Börse und für die Grossbanken in der Mehrheit ganz unverkennbar. Und das schon vor Jahrzehnten literarisch behandelte Thema: „Der Kapitalismus in der Gelehrtenwelt“ würde einer neuerlichen Behandlung ungleich reicheren Stoff bieten.

In England war es nach der „Kreuzzeitung“ vom 28. Dezember 1900 bis vor kurzem Sitte, dass der reich gewordene Spekulant den Damen der Gesellschaft Geld beim Hazardspiel borgte und dann die Anleihe vergass, oder dass er für diese Damen auf Rennpferde wettete, bis ein hoher Gewinn herauskam, oder man „arrangierte“ die Schulden eines verkrachten Verwandten oder Liebhabers usw. Durch Baron Hirsch aber sei in England die „Mode“ aufgekommen, einer jeden Dame, je nach ihrem Einfluss und ihrer sozialen Stellung, von der Herzogin bis zur einfachen „Miss“ 20000 bis 1000 Mark in neuen englischen Banknoten in die Serviette an der Festtafel zu legen. So verschafft das Geld sich Eintritt in die höheren Gesellschaftskreise und Einfluss auf die öffentliche Meinung. Wie selten fragt man dabei, auf welche Weise es erworben wurde?

Vor einiger Zeit hat die Presse als ein ausserordentliches Ereignis die Nachricht verbreitet: ein amtlicher nordamerikanischer Statistiker habe infolge von Bestechungen durch Spekulanten unrichtige Ziffern der Erntestatistik veröffentlicht. Wer schon längere Zeit sich mit dieser Spezialstatistik praktisch beschäftigt hat, weiss, dass solche Fälle keineswegs selten vorkommen. Viele dieser Beamten der Marktstatistik sind verhältnismässig so schlecht besoldet, dass die Nordamerikaner schon darin die Notwendigkeit erblicken, für Bestechungen zugänglich zu bleiben. Es betrifft nur eine andere Seite dieser, für

unsere Zeit so charakteristischen Erscheinungen, wenn die „New-Yorker Handelszeitung“ vom 23. Februar 1907 berichtet, dass im Jahre 1906 die Beamten der grösseren Organisationen sich Unterschlagungen in Höhe von 79,31 Millionen Mark gegen nur 53,02 Millionen Mark im Jahre 1905 haben zu schulden kommen lassen. Der weitaus grösste Teil davon entfällt auf Beamtenveruntreuungen bei den Banken und Trustgesellschaften. Natürlich können diese Ziffern noch in keiner Weise den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Welche Rolle heute das Geld bei den politischen Wahlen spielt, darüber gibt ein englisches Blaubuch für die letzten Wahlen in England folgende Auskunft: „Die Gesamtausgaben der Kandidaten betrugen 23 377 160 Mark. Im einzelnen kosteten die Drucksachen 8 365 920 Mark, die öffentlichen Versammluugen 603 140 Mark, die persönlichen Ausgaben erreichten 1 281 080 Mark, Angestellte und Boten kosteten 2 583 040 Mark, Wahlbeamte 4 126 480 Mark usw. Die Ausgaben für jede abgegebene Stimme betrugen ungefähr 4 Mark für Irland, 4,25 Mark für England, 4,50 Mark für Schottland. Noch gewaltigere Summen werden bei den Wahlen in Nordamerika umgesetzt. Aber auch aus den deutschen Wahlen sind Fälle bekannt geworden, in denen der Baraufwand eines Kandidaten zum Reichstage 100 000 Mark wesentlich überschritten hat.

δ) Moderne Grossunternehmungen als gross angelegte Raubzüge. Je mehr der allmächtige Dollar zur Herrschaft kommt, desto unverhüllter entfalten sich moderne Riesenunternehmungen als gross angelegte, täglich sich erneuernde Raubzüge auf die Taschen der Mitmenschen. Als typisches Unternehmen dieser Art soll hier die Entwicklung des nordamerikanischen Grossschlächterringes nach einer Reichstagsrede des Dr. G. Roesicke skizziert werden.

Zu Anfang des Jahres 1876 gab es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch 30 bis 40 000 selbständige Schlächtermeister. Die Technik hatte bereits die Konstruktion von künstlichen Gefrieranlagen und von Kühlwagen für Eisenbahnen erfunden, wodurch die Versendung von frischem Fleisch über Land auf beliebige Entfernungen möglich wurde. Aber die ökonomische Vernichtung der selbständigen Schlächtermeister hat erst begonnen, als eine sehr kapitalkräftige Firma, auf Grund ihres Besitzes von nordamerikanischen Eisenbahnaktien, einen bestimmenden Einfluss auf die Eisenbahntarife auszuüben wusste. Von dieser Zeit ab wurde frisches Fleisch in Eisenbahnwagen mit Kühlvorrichtungen ganz wesentlich billiger verfrachtet, als lebendes Vieh. Auf Grund dieser Bevorzugung waren die Grosschlächter den selbständigen Schlächtermeistern entsprechend überlegen und die Mitglieder des Schlächtergewerbes standen jetzt vor der Alternative: entweder den Fleischverkauf für die grossen Schlachthäuser kommissionsweise zu übernehmen, oder durch deren Halsabschneiderkonkurrenz sich ruinieren zu lassen. Die kurzsichtigen Konsumenten liefen in einem jeden solchen Konkurrenzfalle dem billigeren Fleische nach und halfen so kräftig mit, das Mittelstandsgewerbe zu beseitigen und die Alleinherrschaft der 7 Grosschlächtereien zu begründen. Binnen wenigen Jahren war dieser Umwandlungsprozess zum Abschluss gekommen. Nun ging die Politik des Grossschlächterringes daran, die nordamerikanischen Farmer zu zwingen, die Mastwirtschaft ganz überwiegend aus dem Osten nach dem Westen der Union zu verlegen, damit das Fleisch zumeist als geschlachtete Ware in den Kühlwagen des Schlächterringes und nicht als lebendes Vieh vom Westen nach dem Osten sich bewege. Das bereits vorher erworbene Monopol der Viehmärkte hat dem Schlächterring in der Tat gestattet, diese gewaltige Ver-

schiebung in den landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen etwa bis Ende der 80er Jahre durchzuführen. Von nun an aber wurde den landwirtschaftlichen Farmern kein höherer Mastviehpreis bewilligt, als zur Erlangung der gewünschten Mengen von Masttieren nötig war, den Konsumenten aber wurden so hohe Fleischpreise aufgebürdet, als sie tragen konnten. Die Differenz zwischen dem Einkaufspreis der Masttiere und dem Verkaufspreis des ausgeschlachteten Fleisches wurde dadurch geschickt verdeckt, dass für den Konsum acht verschiedene Fleischqualitäten unterschieden wurden, welche um das Fünffache im Preise differierten. Der Grosschlächterring hatte indessen auf diesem Wege nicht nur das Ankaufsmonopol der schlachtreifen Tiere der nordamerikanischen Farmer und das Monopol der Fleischversorgung für die Bevölkerung der Union erworben. Er wusste gleichzeitig durch eine raffinierte Ausnutzung aller Nebenprodukte noch eine ganze Reihe von Monopolen in der Erzeugung von Massenprodukten für das Volk zu gewinnen. Die Klauen wurden zu Leim, die Hörner zu Kämmen und Knöpfen, die Felle zu Leder, die Knochen zu Dünger, die Haare zu Kissen verarbeitet. Dazu kommt noch die Herstellung von Schweineschmalz, Margarine und Seife. Welche Fülle von Gelegenheiten, das nordamerikanische Volk unter Ausschluss jeglicher Konkurrenz tributpflichtig zu machen! Endlich ist erst dieser so organisierte Grosschlächterring mit Erfolg bemüht gewesen, einen Teil des wachsenden Fleischbedarfs auch der europäischen Völkern aus Nordamerika zu decken und das kurzsichtige Konsumenteninteresse in Europa ist auch bei diesem Eindringen der grosskapitalistischen Interessen wieder zur Unterstützung stets bereit gewesen.

Die Vereinigung einer solchen Machtfülle in einer Hand liess natürlich nicht lange auf grobe Missbräuche

warten. Verdorbenes und unverkäufliches Büchsenfleisch wurde von diesen Riesenschlachthäusern im spanisch-amerikanischen Kriege an die amerikanische Armee- und Marineverwaltung verkauft und diesem Fleische fielen mehr nordamerikanische Soldaten zum Opfer als den Geschossen der Feinde. Durch die Enthüllungen Sinklairs, deren Richtigkeit amtliche Erhebungen bestätigt haben, wurde in breiterer Oeffentlichkeit bekannt, welch' bedenkliche Praktiken diese Schlachthäuser bis dahin durch hohe Schweigegelder zu verheimlichen wussten. Neu geborene Kälber, unterwegs erkrankte und verendete Tiere fanden als Büchsenfleisch oder Wurst Verwendung. Zur Konservierung des Fleisches kamen solch' scharfe Chemikalien zur Anwendung, dass die Stiefeln der Arbeiter davon zerfressen wurden. Dem Magen der Konsumenten aber soll das nichts schaden. Aus sumpfigen Resten und Abfällen in den Schlächtereien wurde Schmalz gewonnen. Selbst bei Unfällen abgehackte Glieder der Arbeiter, vergiftete Ratten u. dergl. wanderten ins Büchsenfleisch oder in die Wurstmaschine. Der angelsächsische Arbeiter ist längst aus diesen Schlachthäusern verschwunden. Auch der Deutsche und selbst der Irländer sind hier nicht mehr zu finden. Neu eingewanderte Polen und Littauer sind für solche Arbeit noch zu haben. Das Amt eines Fleischbeschauers kommt in Nordamerika hauptsächlich als Entschädigung für politische Handlangerdienste zur Verleihung und kann deshalb unmöglich gegen die Interessen von Parteifreunden richtig funktionieren.

Solch schamlose Geschäftspraktiken gehören in der Union keineswegs zu den Seltenheiten. Henry Demarest Lloyd hat in seinem Buche „Wealth against Commonwealth" (1894) eine lange Reihe ähnlicher Fälle aus den nordamerikanischen Trustgesellschaften aktenmässig nachgewiesen. Hier sollen davon nur drei Beispiele dieser Art angeführt werden.

Im Februar 1888 waren alle grösseren Brennereien der Nordstaaten dem Whisky-Trust beigetreten. Nur zwei grössere Unternehmungen hatten ihre Unabhängigkeit bewahrt. Auf einer Versammlung der Trustees Ende Februar 1888 wurde erwogen, wie diesen unbequemen Konkurrenten beizukommen wäre. Im April hat man in einer dieser Fabriken den Versuch gemacht, durch ausserordentliche Belastung eines Ventils eine Explosion herbeizuführen. Im Mai gab der betreffende Fabrikbesitzer bekannt, dass ihm der Whisky-Ring einen Kaufpreis von 1 Million Dollars geboten habe, den er nicht akzeptierte. Im Dezember des gleichen Jahres flog die gleiche Fabrik in die Luft. Eine gerichtliche Untersuchung wurde nicht eingeleitet.

Am 11. Februar 1891 wurde ein Sekretär des Whisky-Trusts verhaftet, weil er einen staatlichen Aichmeister bestochen hatte, um eine unabhängige Spiritusfabrik mit einer Höllenmaschine in die Luft zu sprengen. Die polizeiliche Untersuchung ergab, dass der Aichmeister nach einem Anzünden der Lunte die Zeit nicht gefunden haben würde, sich zu retten. Am 15. Februar wurde von einer Versammlung der Trustmitglieder einstimmig beschlossen, für den verhafteten Sekretär Partei zu nehmen. Am 8. Juni hob der Staatsgerichtshof die Anklage des Lokalgerichts auf. Am 24. Juni wurde der Sekretär freigelassen, weil der Staatsanwalt nicht genügendes Beweismaterial beibringen konnte, und der Aichmeister als Zeuge nicht zu finden war.

In Nordamerika ist das staatliche Petroleuminspektorat eingeführt, das über den Grad der Reinigung des Petroleums zu wachen hat. Kontrollierte Petroleumfässer werden mit einer Brandmarke versehen. Ungeprüftes und deshalb vielleicht für den Konsum gefährliches Petroleum soll nicht in den Handel kommen. Im Jahre 1890

erstattete der Petroleumoberinspektor von Jowa amtliche Anzeige, dass verschiedene Inspektoren dem Petroleumring ihre staatlichen Stempel zur freien Benutzung überlassen hätten. Seitens des Gouveneurs fand keine Untersuchung statt, wohl aber wurde der betreffende Oberinspektor seines Amtes enthoben. 1891 kam dieselbe Anklage vor den Senat und zwar in Minnesota. In dem darüber erstatteten Kommissionsbericht heisst es wörtlich: „Nachdem die Petroleuminspektoren mit dem Petroleumring ein Abkommen über die ihnen zu zahlende Belohnung getroffen hatten, schienen sie ihre Pflichten in die Worte zusammenzufassen: „„Wir haben keine Verpflichtung gegen den Staat Minnesota, die Standart-Oil-Company hat uns bezahlt"". Der staatliche Petroleuminspektor erhielt nämlich sein Gehalt nicht vom Staate, sondern als eine Art Gebühr vom Petroleumring bezahlt.

ε) **Das Einkommen des Einzelnen stuft sich heute ab nach seiner Teilnahme am kapitalistischen Erwerb.** Es ist oben festgestellt worden, dass in dem kurzen Zeitraume von etwa 50 Jahren rund die Hälfte des deutschen Volksvermögens in Börsenwerte verwandelt wurde und die Vermögensherrschaft der acht Berliner Grossbanken seit 1870/73 bis heute etwa um das Hundertfache gewachsen ist. In anderen Ländern mag der fortschreitende Sieg des Kapitalismus noch grössere Erfolge verzeichnen. Klar und bestimmt strebt der Kapitalismus der Weltherrschaft zu. Es ist deshalb ganz natürlich, dass jene Personen, welche in der kapitalistischen Entwicklung an leitender Stelle stehen, das weitaus grösste Einkommen beziehen. Das Einkommen der Beamten zeitgemäss weiter zu entwickeln, ist fast vergessen worden. Das Einkommen der unter der

kapitalistischen Entwicklung leidenden Bevölkerungskreise, wie der Landwirte, der Gewerbetreibenden, ist in den letzten Jahrzehnten sogar zurückgegangen.

Der Vater und Erfinder der modernen grosskapitalistischen Produktionsmonopole, John D. Rockefeller, welcher vor etwa 50 Jahren als Farmarbeiter seine geschäftliche Laufbahn begonnen hat, erzielte nach amtlichen Ermittlungen aus seinen Petroleumquellen von 1899 bis 1906 im Durchschnitt pro Jahr ein Einkommen von 42½ Millionen Mark. Das Einkommen Rockefellers aus anderen Erwerbsquellen, wie insbesondere aus seiner Beteiligung an dem Stahltrust, an nordamerikanischen Eisenbahnen, Grundstücksspekulationen u. s. w. ist weniger bekannt, darf aber nach dem Urteil von Sachverständigen nicht viel niedriger geschätzt werden. Das Jahreseinkommen dieses typischen modernen Grosskapitalisten, der mit nichts angefangen hat, wird mithin heute auf rund 70 bis 80 Millionen Mark veranschlagt werden können. Nach einer Enquete über den Standard Oil Trust im Jahre 1906 verdiente Rockefeller seit Gründung dieses Trusts 610 Millionen Mark. Das ursprüngliche Kapital dieser Gesellschaft war 319 Millionen Mark. Der darauf erzielte Gewinn betrug von 1882 bis 1894 nur etwa 15%. Im Jahre 1903 stieg er auf 83% und von 1903 bis 1905 hielt er sich auf der durchschnittlichen Höhe von 69%. Bei den Angestellten der grosskapitalistischen Organisationen geht das Gehalt entsprechend zurück. So erhält — nach dem „Petit Parisien“ (Januar 1905) — der Direktor der Nordamerikanischen Bank Morgan & Co. jährlich ein Gehalt von 1 Million Mark. Damit konnte sich nur noch der verstorbene Cecil Rhodes vergleichen, welcher als Direktor der consolidated Goldfields jährlich 1400000 Mark bezogen haben soll. Der Sekretär des Petroleumringes erhält jährlich 800000 Mark. Der

Präsident der bedeutendsten amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaft vereinnahmt als Vergütung jährlich 600000 Mark. Nach einer jüngst (1907) bekannt gewordenen Petition des Berliner Magistrats an den preussischen Minister des Innern hatten drei Direktoren der Deutschen Bank und ein Direktor der Diskontogesellschaft ein staatssteuerpflichtiges Einkommen von je 450000 Mark, während auf 19 Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, der Dresdener Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Nationalbank für Deutschland, der Mitteldeutschen Kreditbank und des Schaaffhausenschen Bankvereins zusammen, ein staatssteuerpflichtiges Einkommen von rund 3500000 Mark, also auf je einen dieser Herren rund 185000 Mark entfielen. Der erste Chemiker des nordamerikanischen Zuckersyndikats bezieht 200000 Mark. Das übliche Direktorialgehalt der grossen deutschen Syndikate beträgt bekanntlich 100000 Mark. Nur ebenso gross ist das Gehalt des deutschen Reichskanzlers. Das Ministergehalt in Preussen beträgt heute 36000 bis 50000 Mark und sinkt in Süddeutschland auf 12000 Mark. Landgerichtsräte und Amtsrichter erhalten in Preussen 3000 bis 6600 Mark und müssen sich in Süddeutschland mit einem Anfangsgehalt von 2280 bis 4080 Mark begnügen. Der Unterleutnant hat 1290 bis 1578 Mark. Der Lehrer am Gymnasium in Preussen 2700 bis 5100 Mark, der Elementarlehrer in Berlin 1800 bis 3600 Mark. Die Erhebung des preussischen statistischen Landesamtes von 1902 ermittelte für die preussischen landwirtschaftlichen Grundbesitzer, dass noch nicht

$^1/_{15}$ ein Jahreseinkommen von über 3000 Mark,
$^9/_{15}$ ($^3/_5$) „ „ „ 900 bis 3000 Mark,
$^5/_{15}$ ($^1/_3$) „ „ „ 900 Mark und weniger

haben, wobei der Grossgrundbesitz mit rund $^{8}/_{10}$ in der Einkommengruppe von 900 bis 3000 Mark vertreten ist. Die Einkommenziffern der Gewerbetreibenden dürften sich kaum günstiger gestalten.

Im Gegensatze hierzu sind in der Industrie Löhne für erwachsene männliche Arbeiter bei 9 bis 10 stündigem Arbeitstage pro Jahr in der Höhe von 900 Mark, heute als Minimallöhne zu bezeichnen. In den Kruppschen Werken betrug der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter:

1880 : 3,19 Mark pro Tag
1890 : 3,95 „ „ „
1900 : 4,78 „ „ „
1906 : 5,35 „ „ „

also bei 300 Arbeitstagen ein Jahresgehalt von 1605 Mark. Dabei erhöhte sich die Zahl der ständig beschäftigten Arbeiter in den Kruppschen Werken von rund 30000 auf über 60000 Mann. Das Jahreseinkommen der Roll- und Müllkutscher in Berlin ist von 1896 bis 1906 von 936 auf 1560 bezw. 2054 Mark gestiegen. Der durchschnittliche Jahreslohn sämtlicher preussischer Bergarbeiter war nach Calwer (Wirtschaftsjahr 1906, erster Teil): 1895 848 Mark, 1900 1138 Mark, 1906 1211 Mark. Vorarbeiter erhalten Jahresgehälter von 3000 bis 5000 Mark und mehr. Kunstschlosser erhalten bei achtstündigem Arbeitstage bis 6000 Mark pro Jahr. Beim Stahlkönig Carnegie steigt das Jahreseinkommen der Arbeiter, welche Erfindungen oder Verbesserungen gemacht haben, wie z. B. bei A. J. Dey, dem jetzigen Chef der Montagewerkstätten des Stahltrusts, bis auf 80000 Mark.

d) Der Kapitalismus beherrscht die Bevölkerungsbewegung in Raum und Zeit.

Nach einem detaillierten Nachweis der „Kreuzzeitung“ vom 10. Juli 1904, wird der unbemittelte Leutnant, auch wenn er die „Königszulage“ von 20 Mark monatlich erhält, trotz denkbar sparsamster Wirtschaft, schon nach Ablauf des ersten Monats seiner Dienstzeit vor die Alternative gestellt: entweder seinen Abschied zu nehmen oder Schulden zu machen. Nach einer Bemerkung des Kammerherrn von Oldenburg im Reichstage (24. April 1907) fehlen heute in der preussischen Armee 700 Offiziere. Rechnen wir die unbesetzten Offizierstellen in den süddeutschen Kontingenten hinzu, so ergibt das heute für das deutsche Heer ein Unbesetztsein von 1070 Offiziersstellen. In den Beamtenkreisen macht sich deutlich das Streben bemerkbar, aus dem Staatsdienst in den weit höher besoldeten grosskapitalistischen Privatdienst überzutreten. Nach einer nicht einmal vollständigen Zählung der „Deutschen Tageszeitung“ vom 14. August 1905 sind in den letzten Jahren fünfzehn höhere Reichs- und Preussische Staatsbeamte in den Dienst der Syndikate und Banken übernommen worden. Nicht minder gross ist die Flucht aus dem Staatsdienst in den süddeutschen Ländern. Die Beamten und Offiziere, welche im Staatsdienste bleiben, sind vor allem auf eine reiche Heirat angewiesen. Selbst in unserer Diplomatie nehmen die reichen ausländischen Frauen zu. Wo dann die so reich gewordenen Offiziere und Beamten mit ihren ärmeren Kollegen und Kameraden zusammentreffen, wird, namentlich draussen auf dem Lande, das rechte Zusammenarbeiten ungemein erschwert. Wer aber keinen höheren Treffer in der Heiratslotterie gezogen hat, fällt bei den ungeheuer gewachsenen gesellschaftlichen Ansprüchen entweder als Opfer des Mammonismus oder stirbt, selbst bei

einer äusserlich glänzenden Laufbahn, in bescheidenen ökonomischen Verhältnissen, welche die Kinder gegen Not nicht sichert.

Immerhin ist durch die moderne kapitalistische Entwicklung der Geldbetrag des Einkommens der Beamten und Offiziere wenigstens nicht direkt herabgesetzt worden, wie das für das Einkommen der Landwirte und Gewerbetreibenden im allgemeinen der Fall ist. So erscheint diesen Kreisen bei der wachsenden Unsicherheit ihrer materiellen Lage das Aufrücken in die zwar schlecht bezahlte aber doch gesicherte Position des Beamten als ein höchst erstrebenswertes Ziel. Das klassische Land dieser allgemeineren Bewegung nach der Beamtenposition scheint das Land der kleinen Rentner „Frankreich" zu sein. Nach Jules Méline „Rückkehr zur Scholle" (1906) haben sich bei der Seine-Präfektur für 400 offene Stellen als Chausseeaufseher, Büroschreiber, Schuldiener etc. 50 000 Bewerber eingefunden. Der häufige Wechsel im französischen Ministerium und das parlamentarische System begünstigen die Belohnung politischer Wahldienste durch Staatsanstellung. So ist die Zahl der Staatsbeamten Frankreichs von 283 000 im Jahre 1876 auf 603 566 im Jahre 1907 gestiegen. Auf 100 französische Gewerbesteuerzahler kamen 1868 : 18, 1907 : 33 Staatsbeamte. Die von der französischen Staatskasse gezahlten Beamtengehälter sind von 279 Millionen Franken 1876 auf 800 Millionen 1907 angewachsen. In Deutschland nimmt bekanntlich die allgemeinere Bewegung nach der Beamtenposition und den liberalen Berufen die Form der Ueberfüllung der Mittel- und Hochschulen an. Statistisch ist nachgewiesen, dass die Studierenden aus Subaltern- und Handwerkerkreisen in Halle a. S. in hundert Jahren von 31 auf 42 % der Gesamtzahl der Universitätsbesucher angewachsen ist.

Die besonders charakteristische Bevölkerungsbewegung im Zeitalter des Kapitalismus ist:

Die Flucht der Bevölkerung nach der Stadt und aus der Landwirtschaft nach der Industrie.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ (1907) gehörten, nach den letzten Berufszählungen, von 100 Erwerbstätigen zur

Länder:	Land- u. Forst-wirt-schaft.	In-dustrie u. Berg-bau.	Hand. u. Verk.	Armee u. Marin.	Oefftl. Dienst. u. freie Ber.	Häusl. Dienst-boten.	Sonst. Er-werbs-tätige.
Deutschland	37,5	37,4	10,6	2,8	3,6	6.1	2,0
Oesterreich	58,2	22,3	7,3	12,2	—	—	—
Ungarn	68,6	13.4	4,1	1,5	2,4	4,4	5,6
Russland	58,3	17,9	7,1	3,6	3,8	5,2	4,1
Italien	59,4	24,5	7,4	1,2	3,9	3,0	0.6
Schweiz	30,9	44,9	13,0	0,2	4,5	5,5	1,0
Frankreich	41,8	35,5	9,5	3,0	5,2	4,9	0,1
Belgien	21,1	41,6	11,7	1,0	24,6	—	—
Niederlande	30,7	33,7	17,2	1,0	5.4	10,3	1,7
Dänemark	48,0	24,9	11,8	—	4,9	8,4	2,0
Schweden	49 8	20,9	7,5	2,0	2,9	10,8	6,1
Norwegen	41,0	27,7	14,0	0,7	3,4	11,2	2,0
Engl. u. Wales	8,0	58,3	13,0	1,2	5,6	13,9	—
Schottland	12,0	60,4	12,4	0,4	4,7	10,1	—
Irland	44,6	32,6	5.0	1,6	5,0	11,2	—
Großbritannien	12,4	5,7	12,1	1,1	5,5	13,2	—
Verein. Staat. v. Nordamerika	35,9	24,1	16,3	0.4	4,3	19,0	—

Die Zeitschrift des preussischen statistischen Landesamtes brachte eine Veröffentlichung von Dr. Broesicke über die Binnenwanderung in Preussen auf Grund der letzten Erhebungen, der wir folgende Angaben entnehmen: Preussen hat vom 1. Dezember 1900 bis 1905 = 96 645

Einwohner durch Zuwanderung über die Abwanderung gewonnen. Dem entspricht eine Zunahme der Ausländer in Preussen, welche gezählt wurden auf:

87,304 : 1871,
205,818 : 1895,
368,003 : 1900,
524,874 : 1905.

Die grösste Bevölkerungszunahme hatte die Provinz Brandenburg infolge des rapiden Anwachsens der Berliner Vorstädte. Weiter haben merkliche Zuwanderungen zu verzeichnen die industriellen westlichen Provinzen: Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau. Verloren durch Abwanderung haben am meisten die östlichen, vornehmlich landwirtschaftlichen Provinzen: Posen, Ostpreussen, Westpreussen, Pommern und Schlesien. Von 88 Stadtkreisen der Monarchie haben 72 einen Wandergewinn zu verzeichnen. Von den 489 ländlichen Kreisen gewannen nur 73 durch Zuwanderung. Es sind das vornehmlich solche im westlichen Industriegebiet und vor den Toren von Grosstädten, die übrigen ländlichen Kreise verloren durch Abwanderung und zwar:

1895/1900 = 1 093 789,
1900/1905 = 809 138, also
von 1895/1905 = 1 902 927 oder fast 2 Millionen

Menschen binnen 10 Jahren. Noch ungünstiger stellen sich die Zahlen, wenn wir diejenigen ländlichen Kreise herausgreifen, deren Bevölkerung zu mehr als 50 % im Hauptberuf in der Landwirtschaft tätig sind. Das sind 268 Kreise, in denen die Abwanderung betrug

1895/1900 : 791 599 Köpfe
1900/1905 : 555 460 „ , zusammen mithin
1 347 059 Köpfe, wobei in einzelnen

Kreisen diese Abwanderung 11,5 und 16,9 % der Gesamtbevölkerung erreichte.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs beträgt zurzeit in Preussen auf dem platten Lande durchschnittlich 345 000 Köpfe pro Jahr. Nun wurden nach der letzten Volkszählung 1905 in der Landwirtschaft und den verwandten Berufsgruppen rund 95 000 Ausländer ermittelt. Die Hauptmasse dieser Personen darf als Ersatz der mangelnden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gelten. Man darf daraus den Schluss ziehen, dass das platte Land heute durchschnittlich jährlich 200 000 Personen an Stadt und Industrie abgibt, dass es aber zur Bewältigung der landwirtschaftlichen Arbeit nur 125 000 Köpfe abgeben könnte. Was die Landwirtschaft über ihren Bedarf hinaus abgibt, wird durch Ausländer ersetzt.

Von 100 Einwohnern lebten in Preussen:

	In den Städten:	Speziell in Grossstädten:	Auf dem Lande:
1849	28,07	—	71,93
1871	32,34	5,18	67,57
1900	43,07	16,92	56,93
1905	45,23	20,00	54,77

Demnach ist seit der Gründung des Reichs, seit 1871, in Preussen die Zahl der Bevölkerung

gestiegen in den Städten um 39,9%,
„ „ „ Grossstädten um 286,1%,
gefallen auf dem Lande um 18,9%.

Wenn Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern als Grossstädte gelten, so war:

1850	unter	38	Deutschen	1	Grossstädter
1870	„	20	„	1	„
1880	„	13	„	1	„
1890	„	8	„	1	„
1900	„	6	„	1	„

In England lebten schon 1891 32% der Bevölkerung in Grossstädten, 21,7% in Städten mit 20 bis 100000 Einwohnern und nur 28% in ländlichen Distrikten.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat vor Kurzem eine Erhebung darüber angestellt: wo die aus den Landschulen entlassene Jugend der Provinz verbleibt. Die Umfrage bezog sich auf die Jahrgänge 1895 und 1900. Von den jetzt 25 jährigen Personen, die 1895 aus der Schule kamen, waren $^{3}/_{5}$ der ostpreussischen Landwirtschaft als Arbeitskräfte verloren gegangen. Auch von dem Jahrgang 1900 hatten schon $^{3}/_{5}$ eine andere Tätigkeit erwählt. Die Abwanderung vom Lande erstreckt sich mithin auf die besten Altersklassen. Die Kinder, die alten Leute und die Gebrechlichen bleiben auf dem Lande zurück.

Im Osten der Monarchie wird diese Landflucht zur „Polenfrage", wie namentlich der praktische Arzt Dr. G. W. Schiele in seinen „Briefen über die Landflucht und Polenfrage" auf Grund persönlicher Beobachtung an Ort und Stelle so überzeugend nachgewiesen hat. Der deutsche Arbeiter im Osten wandert der besser rentierenden und höhere Löhne zahlenden Industrie nach. Die deutsche Industrie des Westens gewährt heute selbst für ausländische Arbeiter bei 9- bis 10 stündiger Arbeitszeit $3^{1}/_{2}$ bis 4 Mark und mehr pro Tag, während die Landwirte nur $1^{1}/_{2}$ bis 2, höchstens 3 Mark pro Tag zahlen können, wenn sie nicht ein sicheres Defizit übernehmen wollen. Die abwandernden landwirtschaftlichen Arbeiter werden dann durch Ausländer aus Polen, Russland, Galizien, Ungarn ersetzt. Es ist aber unmöglich, dass der Sohn eines deutschen Kleinbauern mit solchen Einwanderern am gleichen Tische sitzt. Dazu sind die Sitten und Lebensgewohnheiten beider zu verschieden. Der deutsche Kleinbauer kann sich deshalb nach dem Einrücken der ausländischen Arbeiter nicht mehr halten. Die eindringende polnische Nachfrage

nach Grundbesitz bietet und zahlt höchste Preise. Das und die nur zu häufig vorhandenen Hypothekenschulden erleichtern dem deutschen Bauern den Entschluss zum Verkaufen. So kommt es zum Abwandern der deutschen Landwirte. Ihnen folgt der deutsche Gewerbetreibende, der kleine deutsche Kaufmann, dann die Vertreter der liberalen Berufe und schliesslich muss auch der deutsche Grossgrundbesitzer weichen. Die Abwanderung vom platten Lande wirkt dann weiter in den Städten. So ist die polnische Bevölkerung in Posen von 1890 bis 1900 um 10½%, die deutsche nur um 3¾% gewachsen. Das Baugewerbe der Stadt Posen, das 1890 noch überwiegend deutsch war, zählte 1900:

	Meister:	Gesellen:	Lehrlinge:
Deutsche	133	508	131
Polen	137	1212	309

Trotz der 350 Millionen Mark, welche der Ansiedlungskommission zur Einführung deutscher Ansiedler zur Verfügung standen, hat der deutsche Grundbesitz von 1896 bis 1903 in Posen und Westpreussen 50 000 Hektar = 10 Quadratmeilen oder 1 % der Gesamtfläche an die polnische Hand verloren. Diese nationalfeindliche Bewegung hat sogar schon auf Ostpreussen, Pommern, Schlesien und selbst auf Brandenburg übergegriffen. Nach einer Rede des Oberpräsidenten für Schlesien, Graf von Zedlitz-Trützschler vom 19. Januar 1906 sind in dieser Provinz in den letzten Jahren über 2 Quadratmeilen deutschen Bodens (10540 Hektar) aus deutschen Händen in polnische übergegangen. Der überwiegende Teil der deutschen Verkäufer waren bäuerliche Besitzer. Aber der verkauften Gesamtfläche nach war doch der schlesische Grossgrundbesitz mit zwei Drittel beteiligt. Mit der Abwanderung der deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter wird so die Abwanderung der Deutschen in den östlichen Pro-

vinzen von Preussen eingeleitet und die leer gewordenen Stellen besetzen dann die Polen. Auf dem Wege friedlicher Bevölkerungsbewegung wird heute ein immer wachsender Teil des deutschen Bodens innerhalb der Reichsgrenzen einem fremden Volke eingeräumt. Weil aber die zu starke Wanderbewegung der Arbeiter vom Lande nach der Stadt und nach der Industrie eine allgemeine ist, zwingt der Arbeitermangel die Landwirte in fast allen Teilen Deutschlands ausländische Arbeiter zu importieren. Hier macht sich dann die Arbeiternachfrage der deutschen Industrie und nicht minder die des Auslandes bemerkbar. So ist der ungarische Arbeitermarkt 1907 z. B. wesentlich beeinflusst durch Arbeitsnachfrage aus Nordamerika, welche einen Tagelohn von 5 bis 6 Mark geboten hat. Die naheliegende Folge dieser Erscheinungen musste zunächst sein eine bedenkliche Zunahme der ausländischen Wanderarbeiter in Deutschland. Eine reichsstatistische Aufzeichnung dieser Wanderarbeiterbewegung gibt es nicht. Nur das preussische Ministerium des Inneren macht darüber Aufzeichnungen seit 1905, die mir geneigtest zugänglich gemacht wurden. Nach Schätzungen von Sachverständigen nimmt man an, dass die Zahl der ausländischen Saisonarbeiter in Preussen war:

1902 = 130 000.
1903 = 170 000. Ihre Summe erreichte
1905 = 454 348,
1906 = 605 339.

Sie verteilen sich auf

	Landwirtschaft:	Industrie u. Bergbau:
1905 :	206 983	228 700
1906 :	236 068	369 271

Sachverständige nehmen an, dass die in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter 1907 die erste Million

erreichen dürften. Nach dem offiziellen „Leitfaden zur Arbeiterversicherung des deutschen Reiches“ (1906) war 1904 die Zahl der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft mit einem Jahresverdienst bis 3000 Mark: 15 076 000. — Die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft sind mithin heute schon zu einem wesentlichen Teile in ihrer Produktion auf die Mitwirkung ausländischer Lohnarbeiter angewiesen. Wohin soll das führen?

Schon diese Tatsachen lassen vermuten, dass die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aus dem bisherigen Bevölkerungsüberschuss in den Zustand des Bevölkerungsmangels einzutreten beginnt. Auf dem Grunde auch dieser Erscheinungen begegnet uns der heute herrschende Kapitalismus.

Der Kapitalismus zersetzt fortschreitend den Zusammenhalt der Familie und zwar nicht nur bei den Proletariern. Die früher unauflösliche Ehe ist bereits zu einem nicht allzu schwer lösbaren Vertrag geworden. Die Zahl der Ehescheidungen in Berlin ist gestiegen von 836 im Jahre 1892 auf 1608 im Jahre 1899 (vor Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches), um von 1900 bis 1905 von 936 auf 1421 anzuwachsen. Im ganzen preussischen Staate zählte man 1905 : 5325 Ehescheidungen. die ganz überwiegend, nämlich zu 77,7% auf die Städte entfielen, während das Land nur mit 22,3% beteiligt war. Wie früher die eheliche Gütergemeinschaft, so ist heute die eheliche Gütertrennung herrschende Sitte geworden. Auch die Kinder beginnen schon früh ökonomisch unabhängig zu werden. Dem selbständigen Mittelstand wird seine Existenz mehr und mehr erschwert. Erfolgreiche Neugründungen von selbständigen mittleren Existenzen werden seltener. Die Mittelstandsangehörigen kommen deshalb immer später zum Heiraten, was in der

allgemeinen Statistik durch das heute frühere Heiraten der Proletarier verdeckt wird. Eine stetig wachsende Zahl von Töchtern des Mittelstandes wird nicht geheiratet. Sie sind deshalb in ihrer Versorgung auf ihren eigenen Erwerb angewiesen. Aus diesem Grunde haben wir die wachsende Bewegung der Frauenemanzipation mit ihrem Bildungsbedürfnis, Mädchengymnasium, Frauenstudium an der Universität u. s. w. Damit scheint aber eine Degeneration des weiblichen Körpers verbunden zu sein. P. J. Möbius sagt etwas unhöflich zwar, aber sachlich zutreffend in seiner schon 1905 in 7. Auflage erschienenen Schrift über den „physiologischen Schwachsinn des Weibes“: „Die modernen Närrinnen sind schlechte Gebärerinnen und schlechte Mütter. In dem Maasse, als die Zivilisation wächst, sinkt die Fruchtbarkeit der Frauen. Je besser die Mädchenschulen werden, um so schlechter werden die Wochenbetten, um so geringer die Milchabsonderung, die für das Aufziehen einer tüchtigen Generation unentbehrlich ist. Das moderne Weib kann nicht viele Kinder gebären und will es auch nicht. Die Früchte der Gehirndamen zeichnen sich nicht durch Kraft aus, denn es fehlt an Muttermilch.“ Tatsächlich haben Adele Gerhard und Helene Simon 1901 in Berlin aus 420 Fällen bei Damen mit geistiger Arbeit 156 Unverheiratete, 57 kinderlose Ehen und bei 207 Müttern nur 147 mit mehr als einem lebensfähigem Kinde gefunden. In Nordamerika soll der Prozentsatz der kinderlosen Ehen bei Damen mit Universitätsbildung weit höher sein.

Aber nicht nur die Ehen des gebildeten Mittelstandes, auch die modernen Arbeiterehen zeigen einen höchst bedenklichen Rückgang der Geburten, oder, wie es Eugen Dühring ausgedrückt hat: „Die Proletarier verlieren ihre proles.“ Auch die Arbeiterfamilien sind heute fortwährend mobil. Bei Reisen wie bei Wohnungen

in den Mietskasernen sind viele Kinder ein Hindernis, das teuer zu stehen kommt. Die auch in Arbeiterkreisen rasch zugenommenen Festlichkeiten lassen wenig Zeit für Kinderaufzucht. So haben die Schmutzannoncen in den meisten Zeitungen und die moderne „Aufklärung“ den Eingang neomalthusianischer Praktiken in die Arbeitermassen sehr gefördert. Die Zahl der Geburten in der Proletarierstadt Berlin ist seit 1870 wie folgt zurückgegangen:

Auf 1000 Ehefrauen kamen eheliche Geburten:

1870 : 222,2,
1875 : 237,9,
1880 : 205,6,
1885 : 179,4,
1890 : 163,7,
1895 : 138,5,
1900 : 127,0,
1905 : 109,7.

Von Berlin aus scheint sich die Tendenz der Minderung von Geburten auf die benachbarten Städte Schöneberg, Charlottenburg, Potsdam übertragen zu haben. Nach dem statistischen Jahrbuch der deutschen Städte 1904 schwankte hier die Zahl der Geburten zwischen 2 und 2½% der mittleren Bevölkerung, während in den katholischen Industriestädten der Rheingegend, wie Dortmund, Bochum, Duisburg, Essen und in den süddeutschen Städten Nürnberg und Mannheim gleichzeitig die Geburten 4 bis 4½% der mittleren Bevölkerung erreichten.

Es kommt ferner in Betracht, dass die Grosstädte ihre Bevölkerung verzehren. Darauf haben Hansen, Ammon, Steinmetz usw. schon früher mit Erfolg hingewiesen, aber erst der Bevölkerungsstatistiker Carl Ballod hat den unbestreitbaren Beweis erbracht in seinen ausgezeichneten Untersuchungen über das mittlere Lebens-

alter in Stadt und Land (1899) und über die Sterblichkeit der Grosstädte (1903). Es gab 1891 in Paris ca. 2 424 705 Personen. Würde keine Zuwanderung erfolgen, so würden nach den Geburts- und Sterbeverhältnissen schon in der dritten Generation nur noch 938 170 Personen in Paris sein. Die Eigenvermehrung der Berliner Bevölkerung bleibt $^1/_{10}$ bis $^1/_{12}$ hinter dem Mass einer stationär gedachten Bevölkerung zurück. Das gleiche Verhältnis gilt auch für die meisten anderen Grosstädte. Nun schiebt aber die moderne Entwicklung immer grössere Bevölkerungsmengen nach den Städten zusammen. In Preussen wohnten am 2. Dezember 1867: 7 452 722 in der Stadt und 16 568 593 auf dem Lande. Am 1. Dezember 1905 zählte die Statistik 16 669 963 in den Städten und 20 426 361 auf dem Lande. Weil aber dem Lande die kräftigsten Jahrgänge der Bevölkerung durch Abwanderung entzogen werden, so dass eine chronische Arbeiternot sich einstellte, ging die Zahl der Geburten auch auf dem Lande zurück. Und es ist unerfindlich, woher unter der Fortdauer solcher Verhältnisse die Grosstädte im eigenen Lande den notwendigen Ersatz für ihren Menschenverbrauch dauernd nehmen sollen.

Für Preussen haben sich Geburten, Heiraten und Sterbefälle, getrennt nach Stadt und Land, von 1870 bis 1905 wie folgt bewegt:

Städte			pro 1000 Einwohner	Land		
Geburten	Heiraten	Sterbefälle	Jahr	Geburten	Heiraten	Sterbefälle
39,8	16,2	29,8	1870	40,5	14,2	27,2
40,3	19,9	29,3	1875	43,0	16,9	27,5
38,6	16,9	28,5	1880	40,4	14,6	26,6
37,5	18,2	27,4	1885	40,5	15,3	26,9
36,0	18,7	25,3	1890	39,5	15,1	25,5
35,1	17,9	23,1	1895	40,5	15,0	23,2
31,8	19,3	23,1	1900	39,5	15,7	23,1
31,8	18,0	20,2	1905	37,3	15,0	21,3.

Trotz aller örtlichen Verschiedenheit zeigt auch die Reichsstatistik die gleiche Entwicklungstendenz. Auf 1000 Einwohner kamen Geborene

1870 : 40,1
1875 : 42,3
1880 : 39,1
1890 : 37,0
1900 : 36,8
1905 : 34,0

Für diesen Rückgang der Geburten ist die Zahl der Eheschliessungen nicht verantwortlich zu machen; denn es fielen in der gleichen Zeit auf je 1000 Einwohner Eheschliessungen:

1870 : 7,7
1875 : 9,1
1880 : 7,5
1890 : 8,0
1900 : 8,5
1905 : 8,1

Wenn trotzdem die Eigenbevölkerung des Deutschen Reiches in dieser Zeit nicht zurückgegangen ist, so hängt das damit zusammen, dass die Sterbefälle unter 1000 Einwohnern gewesen sind:

1870 : 29,0
1875 : 29,3
1880 : 27,5
1890 : 25,6
1900 : 23,2
1905 : 20,8

Der Abnahme der Geburten um 8,3 pro 1000 Einwohner seit 1875 steht eine gleichzeitige Abnahme der Sterbefälle um 8,5 pro 1000 Einwohner gegenüber und bewirkte neben der Einflussnahme der internationalen Wanderung, dass die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 42 729 360 im Jahre 1875 auf 60 641 278 im Jahre 1905 angewachsen ist.

Welcher Art ist die Abnahme der Sterblichkeit? Erstreckt sie sich auf alle Altersklassen des Volkes oder nur auf einen Teil derselben? Auf diese Frage hat namentlich der Geheime Medizinalrat Biedert in seiner klassischen Abhandlung über „Die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahre", enthalten in seinem „Handbuch der Kinderernährung im Säuglingsalter", 5. Auflage 1905, folgende Auskunft gegeben: Unsere Abnahme der Sterblichkeit ist im wesentlichen eine Abnahme der Säuglingssterblichkeit. Man kann hinzufügen, dass nur die Frauen ihre Lebensdauer etwas verlängert haben. Keinerlei Verbesserung ist in dem Absterben der Männer eingetreten. Die Abnahme der Kindersterblichkeit aber ist in erster Linie eine Wirkung der Abnahme der Geburten. — Bei einer kleineren Kinderzahl pflegen die Eltern mehr Sorgfalt auf Pflege und Ernährung der Kinder zu verwenden als bei einem grossen Kinderhaufen. Dann kommt eine wesentliche Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung in Betracht. Diesen beiden Faktoren gegenüber tritt die Kunst der Aerzte mit den bisherigen Fortschritten in der Säuglingsernährung entschieden in den Hintergrund. Die Möglichkeit einer weiteren Minderung der Sterbefälle hat also ganz bestimmte Grenzen. Sterben müssen die Menschen! Wenn aber bei den Frauen die Sitte weiter um sich greift, keine Kinder zu haben, dann steht nichts im Wege, dass die Geburtenziffer auch für ganz Deutschland von heute noch 34,0 bald auf den heutigen französischen Tiefstand von 22,1 pro 1000 Einwohner zurückgeht, nachdem sie seit 1875 von 42,3 auf 34,0 bereits gesunken ist! Der bekannte führende Statistiker Georg von Mayr hat deshalb sehr richtig bemerkt: „Bis vor Kurzem hatte man nur in Frankreich Angst vor dem Bevölkerungsrückgang. Seit zwei Dezennien aber zeigen fast alle Kulturstaaten eine

beträchtliche Verminderung der Geburten. In Australien, England und den Vereinigten Staaten ist die sehr starke Bevölkerungszunahme ins Stocken geraten. Für Deutschland ist diese Frage entscheidend für seine künftige Weltstellung." Es scheint wichtig, aus dem hierher gehörenden Zahlenmaterial Einiges anzuführen:

Frankreichs Bevölkerung ist im letzten Menschenalter fast stabil geblieben. Im Jahre 1851 bezifferte sich seine Einwohnerzahl (ohne Elsass-Lothringen) schon auf 34,2 Millionen; 1905 auf 39 Millionen. Dabei ist die Sterbeziffer in Frankreich günstiger als bei uns in Deutschland. Auf 1000 Einwohner starben im Jahresdurchschnitt (1891/1900) in Frankreich 21,5, in Deutschland 22,2. Aber es wird in Frankreich weniger geheiratet und es werden weniger Kinder geboren. Im letzten Jahrzehnt heirateten im Jahresdurchschnitt auf je 1000 in Deutschland 8,2, in Frankreich nur 7,5. In der geringen Ehefrequenz liegt indes nicht die Hauptschuld an dem Stagnieren der Bevölkerung. Es gibt Länder, in denen noch erheblich weniger geheiratet wird und doch die Bevölkerung anwächst, wie in Rumänien, Italien, Schweden. In der Geburtenfrequenz liegt die hier entscheidende Ziffer. Diese betrug in Frankreich im Jahresdurchschnitt 1841/50 auf 1000 Einwohner 27,2 und ist jetzt bis 22,1 gesunken.

In der Schweiz ist die Zahl der Geburten auf 1000 Frauen im Alter von 20 bis 50 Jahren zurückgegangen

von 148 im Jahre 1880
auf 139 „ „ 1900.

Die Entwicklungstendenz tritt schärfer hervor bei einer Unterscheidung der Geburten nach Eingeborenen und Zugewanderten. Auf je 1000 Personen kamen z. B. in Basel von 1880 bis 1888

bei den Stadtbürgern	19,7
bei den Bürgern anderer Kantone	31,1
bei den Ausländern	35,8

Geburten vor.

Den Amerikanern hat ihr Präsident Roosevelt den Vorwurf des „Rassenselbstmords“ (race suicide) gemacht und hinzugefügt, dass, wenn solche Worte mit Recht einer Nation vorgeworfen werden, dann muss dieselbe bis auf den innersten Kern faul sein! Auf 1000 Frauen zwischen 15 und 49 Jahren kamen in der ganzen Union Kinder unter 5 Jahren:

1860 : 634,
1870 : 572,
1880 : 559,
1890 : 485,
1900 : 474.

Nach den Staatengruppen kamen auf 1000 Frauen von 15 bis 49 Jahren Kinder unter 5 Jahren:

	1850	1860	1870	1880	1890	1900
Nordatlant. Staaten	507	518	459	423	373	390
Nördl. Zentralstaaten	717	717	636	566	495	457
Weststaaten	621	767	667	575	473	439
Südatlant. Staaten	675	662	599	657	557	560
Südl. Zentralstaaten	725	706	645	710	612	596

Die Kinderzahl ist gegenwärtig noch sehr hoch in beiden Dakotas mit ausschliesslich landwirtschaftlicher Bevölkerung, in Utah, Idaho und Neu-Mexiko. Diesen Ziffern am nächsten stehen die Ackerbaustaaten Montana, Nebraska, Minnesota und Wisconsin.

Beständige Abnahme des Kinderreichtums seit 1850 erfolgt dort, wo die schnellste Ausbreitung der Industrie am bemerkenswertesten war, so in Michigan (— 227), Ohio (— 227), Illinois (— 309), Indiana — 340). Ebenso haben die Neu-Englandstaaten

New-Hampshire, Maine und Vermont wenig Kinder gleich den benachbarten Staaten New-York und Massachusetts, trotzdem in der ersteren Gruppe die Landwirtschaft überwiegt. Aber diese Staaten sind zuerst besiedelt worden. Der Luxus hat hier allgemein Eingang gefunden und ebenso die höhere Mädchenbildung mit dem Feminismus!

Ueber die Bevölkerungsbewegung in Australien entnehmen wir der Wolf'schen Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1902, einem Aufsatze von Emil Jung folgende Angaben: Der anormale Stillstand des Wachstums der australischen Bevölkerung ist einer der bedenklichsten und für die Zukunft Australiens bedrohlichsten Punkte. Noch vor gar nicht langer Zeit war der Bevölkerungszuwachs ein auffallend starker. Inzwischen ist auf 1000 verheiratete Frauen von 1861 bis 1898 die Geburtsziffer gesunken in:

Neusüdwales	von	306,1	auf	201,2
Viktoria	„	285,4	„	193,0
Queensland (seit 1881)	„	288,0	„	208,0
Neuseeland „	„	281,5	„	214,2.

Nichts berechtigt zu der Annahme, dass dieser Rückgang zum Stillstehen kommen werde. Es ist zweifelhaft, ob Australien nach 50 Jahren noch seine 8 Millionen Einwohner zählen wird. So sind die von der Gier nach dem Golde beherrschten Kulturvölker diesseits wie jenseits des Ozeans zum Aussterben verurteilt, wie einst die Bevölkerung von Rom und Griechenland für die gleiche Sünde verurteilt war.

---

e) Die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen wachsen rasch.

Die modernen internationalen Beziehungen sind vor allem von der Industrie und dem Geldverkehr getragen. Das tägliche Brot der Industrie ist die Kohle. Die

Kohlengewinnung ist nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich (1907) gestiegen in 1000 metrischen Tonnen (à 1000 Kilo)

	Deutschland:	Grossbritannien:	V. St. v. Amerika:	Japan:
1886	73,683	160,046	103,129	1,374
1900	149,788	228,795	244,653	7,489
1906	193,533	255,097	369,004 (1904)	10,772

Die Roheisengewinnung war in 1000 metrischen Tonnen in

	Deutschland: mit Luxemburg:	Grossbritannien:	Vereinigte Staaten von Nordamerika:	Japan
1886	3,529	7,122	5,775	14
1900	8,521	9,103	14,011	25
1906	12,294	10,312	25,931 (1904)	38.

Dem Nachrichtenverkehr dienten (1903) 2006 Unterseekabel mit einer Gesamtlänge von 434,546 Kilometer. Bis Mitte April 1907 waren 103 Funkentelegraphenstationen in Betrieb. Die Länge der Eisenbahnen, welche die Erde umspannen, war

1890 : 617 285,
1905 : 905 695 Kilometer.

Nach dem Sonderheft zur Marinerundschau für 1905 über die „Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt" (von Halle) befinden sich im Auslande 3 Millionen geborene Deutsche und 750 000 Reichsangehörige. Der deutsche Aussenhandel ist in dem Jahrzehnt 1894 bfs 1904 von 7,3 Milliarden Mark auf 12,2 Milliarden Mark gestiegen, dem Gewichte nach um 60 %, dem Werte nach um 66 %. Im gleichen Zeitraum hat der Spezialhandel Englands um 38 %, der der Vereinigten Staaten um 59 %, der Frankreichs um 28 % und der Russlands um 23 % zugenommen. In den letzten 25 Jahren hat der deutsche Spezialhandel sich genau verdoppelt. Im letzten Jahrzehnt hat die Einfuhr von in-

dustriellen Rohstoffen um mehr als 1,5 Milliarden Mark, die Ausfuhr an Fabrikaten fast um 1,6 Milliarden sich gehoben, während die Einfuhr von Fabrikaten nur um etwa 400 Millionen Mark, die Ausfuhr von industriellen Rohstoffen um 600 Millionen Mark stieg. Während die Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln 1894 : 36,5 % der Gesamteinfuhr ausmachte, betrug sie 1904 nur noch 30,7 %. Dagegen hat sich die Einfuhr von industriellen Rohstoffen von 42,3 auf 50,1 % der Einfuhr, die Fabrikatausfuhr von 63,4 auf 65,8 % und die Ausfuhr von Rohstoffen von 22,6 auf 24,1 % gehoben. Der auswärtige Seeverkehr machte in den deutschen Häfen 1893/1903 rund 50 % aus, betrug aber in Grossbritannien, Vereinigten Staaten und Russland nur 30 bis 46 %. Japan allein übertraf mit einer Verfünffachung des Seeverkehrs alle übrigen Seemächte.

Dem Gesamtumfang des auswärtigen Seeverkehrs nach stand Deutschland 1903 anscheinend an vierter Stelle. Weil jedoch fast ein Drittel des ganzen deutschen Seehandels sich über belgische und holländische Häfen vollzieht, geben diese Zahlen nicht das richtige Bild. Im deutschen Verkehr hob sich die Beteiligungsziffer der deutschen Flagge zwischen 1893 und 1903 von 52 auf 59 %, im überseeischen Verkehr von 69 auf 79 %. im Verkehr der wichtigsten fremden Schiffahrtsstaaten stieg der Anteil der deutschen Flagge besonders im letzten Jahrfünft überall. Der Bestand der deutschen Kauffahrteiflotte hat sich in den 7 Jahren 1898 bis 1905 um die Hälfte vermehrt. Die Dampfertonnage hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Der Wert der Handelsflotte hat sich seit 1895 verzweieinhalbfacht. Der Wert der Neubeschaffungen der deutschen Handelsflotte darf heute (1905) auf sehr viel mehr als 1 Milliarde veranschlagt werden. Der Anteil am Weltschiffbau sank 1894/1904 bei Grossbritannien von 79 auf 61 % und stieg bei Deutschland von 9 auf 10 %.

Die 13 deutschen Auslandaktienbanken hatten 1905 etwa 70 überseeische Niederlassungen, zur gleichen Zeit hatte England allein 32 englische Kolonialbanken mit Sitz in London und 2,104 Niederlassungen in den Kolonien, sowie 18 sonstige englische Ueberseebanken mit 175 Niederlassungen. Frankreich hatte 17 Kolonial- und Auslandsbanken mit 104 Filialen. Ferner zählten 2 grössere französische Bankinstitute 27 Niederlassungen in den Kolonien und überseeischen Ländern. Die Niederlande verfügte über 16 Auslandsbanken mit 68 Niederlassungen. Russland hat 1905 für seine asiatischen Nachbarreiche 2 grosse ausländische Banken geschaffen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben 1905 eine grosse Auslandsbank mit 17 Niederlassungen in Ostasien, Indien, Mexiko und England ins Leben gerufen.

Auch im Versicherungsbetrieb macht sich das Streben zur Internationalität bemerkbar. Die deutschen Versicherungsgesellschaften legen grosses Gewicht auf ungestörten und gesicherten Auslandsbetrieb. Um seinetwillen nehmen sie gern die Konkurrenz ausländischer Anstalten im Gebiete des deutschen Reiches in Kauf. Man strebt nach gleichen internationalen Rechtsvorschriften für alle Staaten, in welchem das Versicherungswesen eine Rolle spielt (Sonderheft zur Reichsmarine-Rundschau 1905).

Das deutsche Vermögen im Auslande schätzt von Halle für 1905 auf 24 bis 25 Milliarden Mark. Frankreich besass nach der gleichen Quelle zur gleichen Zeit etwa 30 Milliarden Franken Auslandswerte. Für England ist der Besitz an ausländischen Werten für 1900 auf 50 Milliarden Mark geschätzt, aber als zu niedrig bezeichnet worden, nachdem schon in der Zeit von 1840 bis 1890 ungefähr 40 Milliarden englisches Kapital im Auslande angelegt worden seien.

Deutschland unterhielt zur Wahrung seiner Handelsinteressen im Auslande:

1872 : 574,
1897 : 735,
1905 ; 815 konsularische Vertreter.

Die modernen Grossbetriebe mit ihren Kartellen und Syndikaten haben längst internationale Organisationsformen angenommen. So versuchte der internationale Schiffahrtstrust die Transporttarife, der nordamerikanische Steel-Trust die Fabrikation und den Absatz von Stahl international zu ordnen. Bekannt sind auch die Versuche, ein Weltmonopol der Mineralölproduzenten zu stande zu bringen. Rudolf Kobatsch erwähnt ferner in seinem interessanten Buche „Internationale Wirtschaftspolitik" (1907) das internationale Spiegelglaskartell, das internationale Sodakartell u. a. mehr. Hierher gehören auch die auswärtigen Fabrikationsniederlagen, Verkaufsbüros, die namentlich von der Maschinenindustrie und der elektrotechnischen Industrie Deutschlands ausgebaut wurden. Es kommen ebenso jene Beteiligungen von ausländischen Kapitalisten in Betracht, die in den verschiedenen Ländern internationale Interessengemeinschaften entstehen lassen. Der internationale „Zwirntrust" umfasst heute die Industrien von Amerika, England, Belgien und Russland. Dem Boraxkartell gehören nach Kobatsch die einschlägigen Unternehmungen von Deutschland, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Oesterreich-Ungarn an. Das internationale Knochenkartell ist durch Deutschland, Dänemark, Italien, Schweden und Oesterreich-Ungarn organisiert. Die Nobel-Dynamit Co. stellt eine Vereinigung der Aktien dieser Fabriken in England, Deutschland, Oesterreich-Ungarn dar, die neuerdings Verträge mit den Sprengstofffabriken in Frankreich und Amerika abgeschlossen haben. Das Glühlampenkartell umfasst die

wichtigsten Betriebe in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Holland und der Schweiz mit einer zentralen Verkaufsstation in Berlin. Das sogen. Holländische Zementsyndikat, welches von der süddeutschen Zementverkaufsstelle, dem rheinisch-westfälischen Zementsyndikat und den belgischen Werken gegründet wurde, hat mit dem englischen Zementtrust und der massgebenden französischen Konkurrenz engere Verabredungen getroffen. Das Leimkartell umschliesst die österreichischen, ungarischen und deutschen Fabriken. Für Rohgummi und Gummiwaren sind internationale Vereinbarungen im Gange u. s. w. Richard Calwer weist in seinem Buche über das Wirtschaftsjahr 1902 darauf hin, dass schon längt (1892) 53 angesehene deutsche Industriefirmen, insgesamt 86 Auslandsbetriebe errichtet haben, wovon 24 auf Russland, 22 auf Oesterreich, 12 auf Frankreich, 8 auf Ungarn, 7 auf die Vereinigten Staaten von Amerika, je 5 auf Italien und Schweden und Norwegen, 4 auf Belgien entfielen. Ueber die inzwischen sehr wesentliche Fortbildung dieser ausländischen Entwicklung der deutschen Montan- und Eisen-Industrie bietet namentlich O. Jeidels: „Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie“ (1905), Seite 185 ff, viel Material.

Calwer bemerkt mit Recht, dass dadurch internationale Wirtschaftsgebilde herangewachsen sind, die darauf abzielen, die Zollschranken bis zu einem gewissen Grade unwirksam zu machen.

Durch andere internationale Beziehungen der Industrie werden neue Konkurrenzländer geschaffen. So die indischen Baumwollspinnereien durch die englische Maschinenindustrie. Zuerst hat England die Maschinen zur Einrichtung von Spinnereien nach Indien exportiert. Dann sind die Einrichtungen zur Fabrikation von Spinnereimaschinen in Indien gefolgt. Dann hat die

indische Industrie der englischen Baumwollspinnerei ernste Konkurrenz gemacht, die heute durch die verschiedensten Schikanen der englischen Regierung in Indien niedergehalten wird, weshalb jetzt die revolutionäre Bewegung unter den Eingeborenen in Indien gegen die Herrschaft der Engländer im Wachsen ist. So hat die deutsche Maschinenindustrie mit deutschem Bankkapital die Rübenzuckerindustrie in Italien gross gezogen und dadurch dem deutschen Rübenzuckerabsatz einen bisher nicht unwichtigen Markt verschlossen. Die Rübenzuckerproduktion aber in Italien ist gestiegen von 2 300 Tonnen im Jahre 1896/7 auf 130 861 Tonnen im Jahre 1903/4.

Nach Rudolf Kobatsch berechnet sich für 1905 der Gesamtwarenumsatz der Welt auf rund hundert Milliarden Mark. Diese statistischen Anschreibungen sind einigermassen zuverlässig. Aber die daraus gefolgerten Schlüsse auf die nationale Handelsbilanz der einzelnen Staaten kann namentlich deshalb wenig Zuverlässiges bieten, weil der internationale Handel in Wertpapieren einschliesslich der internationalen Zahlungen von der amtlichen Statistik bis heute nur in ganz ungenügender Weise erfasst werden. Wenn auch die Angaben von Alfred Neymark auf der letzten Sitzung des internationalen statistischen Institutes (London): die europäischen Länder hätten im Jahre 1905 für 255 Milliarden Franken ausländische Börsenwerte übernommen, ganz gewiss die Wirklichkeit um ein Vielfaches überragen, so bleiben diese internationalen Uebertragungen doch gross genug, um die bis heute vorhandenen Totalsummen der internationalen Handelsstatistik zu einem wesentlichen Betrage unrichtig erscheinen zu lassen.

Die Staaten haben internationale Institute in den Dienst der modernen weltwirtschaftlichen Verkehrsbedürfnisse gestellt. So den internationalen Tele-

graphenverein (seit 1865), die internationale Meterkonvention (seit 1875), den Weltpostverein (seit 1875), die internationale Union zum Schutze des litterarischen Eigentums (seit 1890), die Union zur Veröffentlichung der Zolltarife (seit 1890), die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mit einem internationalen Arbeitsamt (seit 1901), die internationale Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums (1902), denen neuestens (1906) die Welt-Agrar-Kammer in Rom mit einem zunächst international-agrarstatistischen Programm sich anreiht.

Hierher gehören auch internationale private Interessenvereinigungen zum Zwecke der gegenseitigen Aufklärung in praktischen Fragen. So die „Internationale Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise“ (seit 1900), die „Internationalen landwirtschaftlichen Kongresse“ (Méline-Kongresse), der Internationale Baumwollenkongress, die internationale Vereinigung der Seidenindustriellen, der internationale Verlegerkongress, internationale Arbeiterkongresse, internationale Fischereikongresse, Fleischerkongresse, Handelskammerkongresse, die internationale Mittelstandsvereinigung, die internationalen Kongresse für Wohlfahrtspflege, für Volksbildung, gegen Arbeitslosigkeit, die Versicherungskongresse usw., neben welchen schliesslich noch die grosse Reihe der internationalen wissenschaftlichen Kongresse mit einem mehr theoretischen Programm zu nennen wären.

Die Zeit der rein nationalen Existenz ist heute für alle Staaten und Volkskörper verschwunden. Das Leben jedes Einzelmenschen wird in stetig höherem Masse von den weltwirtschaftlichen Strömungen erfasst.

---

f) Der Krieg eine Form des wirtschaftlichen Erwerbs.

Was ist der Krieg? Die militärischen Schriftsteller sind zumeist geneigt, im Krieg „ein Duell“ zu sehen. Diese Auffassung ist offenbar zu eng. Sie sieht nur das Spiel der Waffen. Sie sieht nicht, was dem Krieg im engeren Sinne vorausgegangen ist und was ihm folgt. Der Krieg ist für eine solche Betrachtung nur das akute Stadium einer Erscheinungsreihe, deren Teilereignisse mit einander im engsten kausalen Zusammenhange stehen und im Ganzen sich stets auf einen längeren Zeitraum erstrecken. Clausewitz nannte den Krieg „Politik mit veränderten Mitteln“. Aber das Wort „Politik“ bezeichnet keinen einheitlichen Begriff. Dynastische Politik und nationale Wirtschaftspolitik waren in der Geschichte sehr häufig wesentlich verschiedene Dinge. Nur in den Handelsstaaten fällt durchweg die Politik der Kriege mit der Handelspolitik zusammen. Das Wort Politik verlangt hier eine weitere begriffliche Klärung. Offenbar ist das Wesen der Kriege so verschieden wie das Wesen der Politik. Was hätte man z. B. den Kriegern der germanischen Völkerwanderung durch Schiedsgerichte bieten können? In ihrer Heimat drohte der Hungertod. Sie wanderten mit ihren Familien und mit Hab und Gut aus, um sich neues fruchtbares Land zu erobern. Dieses Land aber war bereits im Besitz von dritten Personen. Da blieb nichts anderes als Blut und Eisen übrig. Die schwächlicheren Völker wurden niedergemacht, besiegt und unterjocht. In den Kriegen Karls des Grossen handelt es sich darum, möglichst vielen germanischen Völkergruppen die Segnungen eines christlichen Staatswesens zugänglich zu machen und sie zu einem grossen Staatsganzen zusammenzufassen. Solche „Entwicklungskriege“ kann die

Geschichte der Menschheit gar nicht entbehren. Ganz anderer Art waren die Kabinettskriege, welche die Laune des absoluten Fürsten, durch Zufälligkeiten aller Art beeinflusst, mit Söldnern geführt hat. Nachdem heute fast überall schon der Verfassungsstaat eingeführt ist, darf diese Art von Kriegen füglich ausscheiden. Abermals anderer Art waren die unzähligen Kriege der Handelsvölker. Hier gehörte es zur Aufgabe der Kriege der Gewinn- und Beutesucht der Reichen die Wege zu ebnen. Und da jedes Handelsvolk, von der Unersättlichkeit getrieben, schliesslich der Weltherrschaft zustrebt, haben solche Zeiten stets ihre sogenannten Weltkriege gehabt. So der Krieg zwischen Athen und Korinth mit Sparta. So der Krieg zwischen Rom und Karthago. So der Krieg zwischen Venedig und Genua usw. Solche Kriege können zuletzt allerdings auch eine unabweisbare Notwendigkeit für die Fortexistenz des Staates werden und damit den Entwicklungskriegen bis zu einem gewissen Grade ähnlich werden. Von diesen Ausnahmen abgesehen, werden wir die Kriege der Handelsvölker bezeichnen müssen als „eine Erwerbsart der Reichen“.

Zu unserer Zeit der ausgesprochenen Hinneigung zum Industrie- und Handelsstaat sind die Kriege längst wieder „eine Erwerbsart der Reichen“ geworden. Das wird in dem neuesten Buche von A. Sartorius von Waltershausen „das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande (1907)“ mit wissenschaftlicher Gründlichkeit dargelegt. Die Industriestaaten werden immer reicher. Der Reichtum sucht nach Veranlagung in der ganzen Welt. Das Rentnertum im Inlande mit seiner ausgesprochenen Arbeitsunlust strebt möglichst schnell hohe Gewinne zu erzielen. So kommt es bald da, bald dort mit den Interessen der Eingeborenen oder auch mit den kapitalistischen Interessen anderer Staaten zum Streite, der bei

einer genügend hohen Summe als Streitobjekt zum Kriege zu führen pflegt. Rudolf Kobatsch, welcher in seiner „internationalen Wirtschaftspolitik" das Wesen unserer modernen Kriege als eine Form des wirtschaftlichen Erwerbs klar vor Augen behält, erzählt unter anderem: dass es im Jahre 1906 zu einem förmlichen Zollkrieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien gekommen ist, weil Serbien sich weigerte, Oesterreich-Ungarn bei Geschützlieferungen paritätisch mit anderen Staaten zu behandeln. Serbien aber war zu dieser ablehnenden Stellung gegen Oesterreich-Ungarn gewissermassen gezwungen worden, weil es vorher eine neue Anleihe in Frankreich aufgenommen hatte mit der Bedingung, auch einen ganz bestimmten Teil seiner Geschütze aus der französischen Waffenindustrie zu beziehen. Der ehemalige Grossbankdirektor Dr. Riesser ruft in seinem öfter zitierten Buche: „Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken" aus: „Die politischen Vorpostengefechte werden auf finanziellem Boden geschlagen!" und fügt dann hinzu: „Mit Recht weist Dehn darauf hin, wie z. B. das französische Kapital der französischen Politik in Tunis und Marokko, in der Türkei und Griechenland, vor allem aber in Russland geradezu Pionierdienste geleistet habe. Werner Sombart sagt nicht unzutreffend: „Die alliance franco-russe ist ein reines Bankiergebilde." Der Betrag der in Frankreich untergebrachten russischen Staatswerte einschliesslich der vom Staate garantierten russischen Eisenbahnwerte wird auf mehr als neun Milliarden Franken geschätzt. In gleichem Sinne machte Georg von Siemens auf die grossen politischen Vorteile aufmerksam, die wir Italien gegenüber dadurch errungen haben, dass wir, nachdem zwischen Italien und Frankreich politische Zwistigkeiten entstanden waren, sofort unsere Kapitalien und unsere Fondsbörsen Italien zur Verfügung gestellt haben. Ebenso wird der Kampf um Persien

zwischen Russland und England in erster Linie auf finanziellem Gebiete geführt. In neuerer Zeit sahen wir den Beginn besserer politischer Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sich zuerst wieder durch finanzielle Annäherung vorbereiten, so beispielsweise durch die vor einigen Jahren erfolgte Uebernahme grösserer Aktienbeträge der zunächst unter Ausschluss französischen Kapitals begründeten „Banca comerciale Italiana" seitens einer französischen Bankgruppe. Wir sahen in Portugal und Spanien englisches und französisches Kapital an der Arbeit, um politischen Zwecken den Boden zu ebnen. Wir sahen in der allerletzten Zeit, dass Frankreich der Türkei die Entziehung der Notierung für türkische Papiere androhte, wenn nicht der französischen Industrie gewisse Lieferungen übertragen würden" u. s. f. So Riesser. Man kann es nur als natürliche Konsequenz dieser heute herrschenden Zustände bezeichnen, wenn in Frankreich ein Wechselagent der Pariser Börse zum Kriegsminister ernannt wurde.

Am Klarsten hat auch hier der Generalfeldmarschall Graf von Moltke gesehen. In der Vorrede der Volksausgabe des „deutsch-französischen Krieges" ist er der Meinung, dass der deutsch-französische Krieg wahrscheinlich der letzte dynastische Krieg war. Im Sinne der vorausgeschickten Ausführungen würden wir hier von einem „notwendigen Entwicklungskriege" sprechen, um die deutschen Stämme zu einer Einheit zu verschmelzen. Selbst in der freien Schweiz ist eine Vereinigung der Kantone ohne „Blut und Eisen" nicht möglich gewesen. Moltke fährt dann wörtlich fort: „Die grossen Kämpfe der neueren Zeit sind gegen Wunsch und Willen der Regierenden entbrannt. Die Börse hat in unseren Tagen einen Einfluss gewonnen, welcher die bewaffnete Macht für ihre Interessen ins Feld

zu rufen vermag. Mexiko und Egypten sind von europäischen Heeren heimgesucht worden, um die Forderungen der hohen Finanz zu liquidieren."

Moltke hatte sein Leben lang seinem Könige gedient. Er konnte es nicht begreifen, dass „Volksheere" für den Geldsack bluten und kämpfen sollten.

Die Geschichte der Kriege seit 1870/71 hat Moltke Recht gegeben. Von den 24 Kriegen oder Gruppen von Kriegen, welche seit 1870/71 gezählt werden können, dürfen höchstens der russisch-türkische Krieg (1877/78) der serbisch-bulgarische Krieg (1886), der griechisch-türkische Krieg (1897) und vielleicht noch die Sansibar-Blokade mit dem Araberaufstand nicht als reine „Geldkriege" bezeichnet werden. Bei allen kriegerischen Konflikten liegen die Interessen des Geldsackes nur zu offen zu Tage. Die spanisch-kubanischen Kämpfe, welche etwa 1868 begonnen haben und ihren Abschluss 1898 im spanisch-amerikanischen Kriege fanden, wurden von den kubanischen Spekulanten und von dem nordamerikanischen Zuckersyndikat geführt. Angesehene nordamerikanische Blätter haben inzwischen verkündet, dass kubanische Revolutionäre einen Teil des Senats in Washington mit 157 Millionen baar für den Krieg gegen Spanien geneigt gemacht hatten. Das nordamerikanische Zuckersyndikat soll sich diesen Krieg weit über hundert Millionen Mark haben kosten lassen. Die ungestörte Beherrschung der kubanischen Zuckerproduktion war dieser Interessengruppe so viel Wert. Der Salpeterkrieg zwischen Chile und Peru (1877/78) wurde um die reichen Salpeterfelder geführt. Europäische Bankiers hatten Garantien für die chilenischen Anleihen übernommen, welche diese Kriegsführung gestatteten. Und diese Bankiers hatten wieder besondere Vorrechte in der Ausbeutung der chilenischen Salpeterfelder erhalten. Der

Krieg Englands gegen die Buren (1899/1902), welcher England 4 300 Millionen Mark kostete, soll ein Entwicklungskrieg für die englischen Besitzungen in Südafrika gewesen sein. Jedenfalls hat seinerzeit die „Kölnische Zeitung" den Einfluss des baren Geldes jenes Goldminensyndikates unter Cecil Rhodes bei Ausbruch und Fortführung dieses Krieges genügend klar gelegt. Es war ferner auffallend, dass die Partei der „Geldmänner" damals in Paris wie in Petersburg, in Berlin wie in London gleich energisch und gleich wirksam für die Fortführung des Krieges gegen die Buren eingetreten ist. Aus den Entwicklungsbedürfnissen der englischen Besitzungen in Südafrika lässt sich diese Tatsache kaum erklären. Der Volkswitz wird deshalb wohl das Richtige getroffen haben, wenn er den Krieg der Engländer gegen die Buren als einen Krieg der „Börsen gegen die Buren" bezeichnete. Die sogenannten Wirren in China mit dem Boxeraufstande (1900/1901) war hervorgerufen worden durch die Reaktion des chinesischen Volkes auf das Eindringen des beutegierigen Kapitals von Europa und Nordamerika. Es drohte die allgemeinere Einführung von Eisenbahnen und Dampfschiffen durch fremde Kapitalisten, denen ausserdem die Schätze der chinesischen Bergwerke ausgeliefert wurden. Die chinesischen Lastenträger und Barkenführer sahen sich in ihrem primitiveren Erwerbe bedroht. Und da gleichzeitig die neuen europäischen Erwerbsgesellschaften das religiöse Gefühl der Volksmassen in China aufs Schwerste verletzten, kam es zum Aufstand gegen die Europäer. Zu dem Kriege Deutschlands gegen Venezuela (1903) schreibt ein deutscher Kaufmann aus Mexiko in der „Deutschen Tageszeitung" vom 18. Februar 1903, dass es sich hier um wilde Kapitalsanlagen, um ein paar Gründermillionen der Berliner Diskontogesellschaft gehandelt habe. Der

blutige russisch-japanische Krieg (1904/05) ist hervorgerufen worden durch die Beutezüge des russischen Kapitals in der Mandschurei und Korea. Diese Gebiete aber braucht der aufstrebende Industriestaat Japan als nächstliegenden und deshalb wichtigsten Absatz für seine industriellen Produkte. Dazu kommen seit 1870/71 die fast unzähligen Kolonialkriege der Italiener in Abessinien, der Engländer in Egypten, in Zentral- und Südafrika, in Nordindien und in Australien, der Franzosen in Madagaskar, in Indochina und Nordafrika, der Holländer gegen die Atschinesen, der Deutschen auf ihren verschiedenen kolonialen Gebieten. Das Schema der Entstehung all dieser Kolonialkriege lässt sich — wie schon Tolstoi in seiner Abhandlung über das Geld richtig erkannt hat — in folgende Form zusammenfassen: Zunächst werden durch einen kühnen Forschungsreisenden bei solenner Festlichkeit sogenannte Freundschaftsverträge geschlossen, deren Inhalt und Bedeutung den Häuptlingen der Eingeborenen kaum bekannt ist. Dann erscheinen europäische Händler und Handelsgesellschaften, welche mit den Eingeborenen Tauschgeschäfte machen, neue Bedürfnisse bei ihnen wachrufen. Die verkauften Waren, wie Waffen, Munition, Spirituosen, werden auf Kredit angeschrieben. Diese Händler und Handelsgesellschaften sind gewohnt, mit ihrem Kapital pro Jahr 100, 200 % und mehr Gewinn zu erzielen. So wachsen die Schulden der Eingeborenen ungeheuer rasch an. In kurzer Zeit gehört den Gläubigern alles, was die Eingeborenen besitzen. Nun greift die Staatsgewalt ein und hilft den Gläubigern, ihre Gewinne zu realisieren. Das ist dann für die Eingeborenen das Signal zum blutigen Aufstand mit furchtbaren Grausamkeiten. Jetzt bleibt der Kolonialkrieg unvermeidlich, der Land und Leute den Europäern zur Ausbeutung ausliefert, den europäischen Staaten aber eine

Reihe von Milliarden als Kriegskosten aufbürdet. Nach einem neuesten Zeitungstelegramm vom 17. Juli 1907 über Beilegung des Konflikts zwischen Japan und Nordamerika scheint es Sitte zu werden, auch bei Ausgleichsverhandlungen der Staaten einen Vertreter von Rothschild zuzuziehen.

---

g) Die Zahl der Reichen wird immer kleiner — die der Besitzlosen immer grösser.

Die weitaus best verarbeitete Statistik über Vermögensbewegung verdanken wir dem wiederholt zitierten Statistiker Georg Evert. Siehe dessen „Sozialstatistische Streifzüge durch die Materialien der Ergänzungssteuerveranlagung in Preussen“ (Zeitschrift des preuss. statistischen Büros 1901, S. 217 ff.)

Die ergänzungssteuerpflichtige, also vermögenssteuerpflichtige Bevölkerung in Preussen macht von Jahr zu Jahr einen geringeren Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus. Sie war im Jahre 1895 noch 14,14 vom Hundert der Gesamtbevölkerung und ist inzwischen mit unheimlicher Stetigkeit zurückgegangen auf

13,97 im Jahre 1896,
13,93 „ „ 1897,
13,92 „ „ 1899,
13,81 „ „ 1902,
13,78 „ „ 1905.

Die vermögende Schicht ist auf dem Lande ausgedehnter und in mässiger Ausbreitung begriffen. In den Städten war sie von Anfang an enger und hat sich seitdem noch weiter zusammengezogen. Es waren die Ergänzungssteuerpflichtigen in Hundertteilen der Gesamtbevölkerung:

	Auf dem Lande:	In den Städten:	In den grösseren Städten:	In Berlin:
1895	14,33	12,85	11,91	8,91
1896	14,30	13,19	11,81	8,92
1897	14,38	13,29	11,58	8,62
1899	14,55	13,08	11,25	7,80
1902	14,45	12,98	11,21	7,69
1905	14,66	12,69	10,96	7,62

Der fortschreitende Prozess der Vereinigung des Vermögens in immer weniger Händen spielt sich am raschesten in den grösseren und grössten Städten ab und muss notwendigerweise um so schneller fortschreiten, je mehr sich das städtische Leben ausbreitet und die Wohlhabenheit des Landes zurückgeht.

Das Nettovermögen der ergänzungssteuerpflichtigen Bevölkerung in Preussen mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen betrug:

im Jahre 1895 : 42,45 Milliarden Mark
„ „ 1896 : 42,66 „ „
„ „ 1897 : 44,29 „ „
„ „ 1899 : 48,36 „ „
„ „ 1902 : 53,22 „ „
„ „ 1905 : 58,79 „ „

Diese Vermögenszunahme erreichte mithin in den 11 Jahren 1895 bis 1905 = 16,25 Milliarden Mark oder 1,47 Milliarden Mark pro Jahresdurchschnitt.

Dieser Vermögenszunahme geht auch bei der vermögenden Schicht ein beträchtliches Anwachsen der Schulden parallel. Es war der Kapitalwert der Schulden der Zensiten mit über 3000 Mark Jahreseinkommen in Preussen in Milliarden Mark:

1895 : 9,73,
1896 : 10,32,
1897 : 10,78,

1899 : 12,23,
1902 : 14,42,
1905 : 16,76.

Das wäre für diese Zensiten eine Schuldenzunahme von 7,03 Milliarden Mark innerhalb 11 Jahren, oder von 0,64 Milliarden Mark im Jahresdurchschnitt. Wir haben weiter oben Ziffern kennen gelernt, aus welchen hervorgegangen ist, dass die Schulden zu ihrem überwiegenden Teile von den weniger Bemittelten getragen werden.

Die Form der Vermögenspyramide der preussischen Steuerzahler kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck. Von den reichsten Zensiten besassen:

	1896	1899	1902	1905
Die 1. Milliarde	26	17	17	13
„ 2. „	75	58	50	41
„ 3. „	123	93	78	65
„ 4. „	171	135	113	91
„ 5. „	223	174	147	122
„ 6. „	286	222	189	150
„ 7. „	384	276	231	192
„ 8. „	400	346	286	223
„ 9. „	602	400	342	286
„ 10. „	667	498	400	317
Die ersten 10 Milliarden	2957	2129	1853	1500

Die Zahl der Beteiligten an den ersten 10 Milliarden Vermögen ist mithin in 10 Jahren (1896 bis 1905) auf etwa die Hälfte herabgesunken. Das Heer des bäuerlichen Mittelstandes setzte in dieser Milliardenreihe

1896 bei der 44. Milliarde
1899 „ „ 51. „
1902 „ „ 57. „
1905 „ „ 63. „

ein und überwiegt dann allerdings den parallelen Vermögensbesitz in der Stadt. Der eigentliche Stamm der mittleren

Vermögen ist auf dem Lande zu suchen. In den Städten verschwindet der selbständige Mittelstand. Aber dieser ländliche Mittelstand wird in raschem Tempo nach abwärts gedrängt von dem rasch wachsenden Reichtume der Reichsten in den Städten. Die Landwirtschaft hat nach diesen Ziffern keinen Anteil an der zunehmenden Wohlhabenheit im Lande.

In dem Maasse aber, als das Vermögen sich in immer wenigeren Händen zusammenfindet, in gleichem Maasse muss die Zahl der Vermögenslosen wachsen. Dieses betrübende Entwicklungsbild kann und darf durch die Resultate der Einkommensteuerstatistik nicht verdeckt werden. Dem wachsenden Einkommen stehen die wachsenden Kosten der Lebenshaltung und der gesellschaftlichen Ansprüche gegenüber. Und wer, ohne Vermögen, nur auf sein Einkommen angewiesen ist, steht mit jedem Wechsel der Ereignisse der Verarmung und dem Elend gegenüber, denen nicht immer durch Versicherungen vorgebeugt ist oder auch nur vorgebeugt werden kann.

Die rasche Konzentration des Vermögens in immer wenigeren Händen, welche in den vorstehenden Ziffern zum Ausdruck kommt, verschärft sich noch sehr wesentlich, wenn wir fragen: wie viele Personen über die ökonomische Verwaltung des Vermögens verfügen? Dann werden die ersten 10 Milliarden Mark, welche 1905 noch 1500 Personen gehörten, vielleicht von nur 30 Personen verwaltet! Wir haben oben von der Konzentrationsbewegung der Grossbanken erfahren, dass die vier Berliner Grossbankgruppen, welche zu Anfang der 70er Jahre etwa über ein Volksvermögen von 200 Millionen verfügten, heute mindestens auf eine Kapitalsherrschaft von 20 Milliarden Mark herabschauen. Mit diesen Grossbanken hatten sich 1905 385 deutsche

industrielle Syndikate mit 12000 beteiligten Betrieben verbunden. Schon im Jahre 1903/04 waren nach Dr. O. Jeidels sechs Berliner Grossbanken für 1350 industrielle Gesellschaften und Kreditbanken die Zahlstellen für Zinsen, Dividenden, ausgeloste Schuldverschreibungen usw. Das Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1904/5 zeigt, dass einzelne Personen bis 35 Aufsichtsratsstellen in sich vereinigen. Zwischen den leitenden Personen der Grossbanken und der grossindustriellen Syndikate ist in den letzten Jahren ein umfassender Austausch von Aufsichtsratsstellen durchgeführt worden, so dass in der Bankwelt wie in der industriellen Welt zuletzt immer die gleichen Personen das Heft in Händen haben. Schon 1903 verfügten nach Franz Eulenburg die damals noch sechs Berliner Grossbanken durch ihre Direktoren und eigenen Aufsichtsräte über 750 Aufsichtsratsstellen anderer grosser Aktiengesellschaften. Nach dem „Deutschen Oekonomist" vom 17. August 1907 ist im Jahre 1906 diese Zahl der Verwaltungsämter bei 67 Berliner Bankgewaltigen schon auf 1231 gestiegen. Die eigentliche Verwaltungsherrschaft für gewiss die Hälfte des deutschen Volksvermögens liegt so heute tatsächlich in den Händen von vielleicht 150 Personen. Die ganz überwiegende Masse der Reichen begnügt sich mit der Position eines arbeitslosen Rentners, der höchstens sich darauf beschränkt, fortlaufend den Börsenkurszettel bei seinem Morgenkaffee zu studieren. Die ungleich grössere Masse der fast Vermögenslosen (in Preussen heute wohl $86\frac{1}{2}$ % der Gesamtbevölkerung!) ist mit ihrem Lebensunterhalt auf Dienstleistungen bei diesen 150 führenden Kapitalisten angewiesen, soweit sie nicht im Staats- oder Kommunaldienst Unterkunft gefunden haben.

---

h) Der herrschende Luxus.

Zu allen Zeiten der Geschichte hat die Ansammlung eines masslosen Reichtums mit „heidenmässig viel Geld“ einen nicht minder masslosen Luxus hervorgerufen. So auch heute.

Nach einer englischen Zeitschrift haben die Schönheitsspezialisten des Londoner Westends unter ihren Kundinnen solche, die für die Vorbereitungen zu einem Gesellschaftsabende 200, 300, ja 400 Mark für ihren Schönheitsdoktor ausgeben. Die betreffende Dame wird mit Dampf behandelt und massiert, ihr Haar wird gebürstet und parfümiert, gegebenenfalls neu gefärbt. Hände, Arme und Nacken werden mit grösster Sorgfalt behandelt, mit allerlei geheimnisvollen Salben gebleicht; dann schreitet man zum Aufbau der Frisur, Locken und Löckchen werden kunstvoll arrangiert. Besonders schwierig ist ein geschicktes Schnüren. Bei all diesen Manipulationen darf die „Schöne“ nur leichte Nahrung geniessen. Besondere Droguen verleihen den Augen Glanz und Helligkeit. Eine reiche Dame der Londoner Gesellschaft hat es sich zur Gewohnheit gemacht, bei all ihren Reisen sich von einem ganzen Stabe von Schönheitsspezialisten begleiten zu lassen. Ein anderer englischer Fachmann berechnete die Toilettenkosten der reichen Amerikanerinnen in England in folgender Weise: Die Ausstattung an Kleidern, Wäsche usw. kostet bis 200 000 Mark, Dazu kommt ein „anständiger“ Schmuck für etwa 300 000 Mark. Die teuerste aller Toiletten ist die Kurrobe zur Vorstellung bei Hofe. Billiger wie für 100 000 Mark lässt sie sich, wenn sie Aufsehen erregen soll, kaum herstellen. Hat doch die Kurrobe der Herzogin von Marlborough, geborene Vanderbilt, rund eine halbe Million Mark gekostet. Sehr teuer ist auch die Winterausrüstung mit Pelzwerk. Seine An-

fertigung in Paris bei sorgfältiger Auswahl der einzelnen Pelzteile wird immerhin 30 000 Mark beanspruchen. Für ein Ballkleid rechnet dieser Statistiker durchschnittlich 1600 Mark. Davon muss die reiche Amerikanerin dreissig parat haben. Ueber dem Ballkleid trägt sie wohl einen Abendmantel mit Hermelin bis zu 20 000 Mark. Für Hüte müssen jährlich etwa 4000 Mark ausgesetzt werden. Für Spitzenwäsche jährlich 14 000 Mark. Dagegen sollen für Schuhe und Strümpfe 5000 Mark, für Handschuhe und Taschentücher höchstens 6000 Mark genügen. Alles in allem muss darnach eine reiche Amerikanerin jährlich 120 000 Mark haben, um sich ihrem Range entsprechend kleiden zu können.

Von oben herab sickert dann das Gift des übermässigen Luxus in das Volk. Englische Zeitschriften brachten jüngst zwei Schneiderrechnungen für junge Damen des englischen Mittelstandes, die eine vom Jahre 1875, die andere vom Jahre 1905.

Die Rechnung von 1875 führte an:

ein im Hause genähtes Kleid . . .	Mk.	50
für eine Abendtoilette	„	84
für einen mit Pelz besetzten Wintermantel	„	63
für 2 Winterhüte	„	30
für einen Flanellunterrock . . , . .	„	17
für einen seidenen Unterrock	„	21
für Schuhe und Handschuhe	„	21
für Wäsche und Korsets	„	70
für 1 Pelzmuff	„	10
Im Ganzen:	Mk.	366

Die Rechnung für 1905 lautete:

2 Schneiderkleider	Mk.	217
2 Besuchskostüme	„	252
2 Abendtoiletten	„	275
Zu übertragen:	Mk.	744

Uebertrag:	Mk.	744
seidene Unterröcke	„	110
1 Abendmantel	„	70
6 Hüte	„	166
Wäsche und Korsets	„	158
für Pelzkragen und Pelzmuff . . .	„	210
für Handschuhe, Schuhe, Gürtel, Bänder	„	105
Im Ganzen:	Mk.	1563

Wie passen diese so rasch gewachsenen Ansprüche zu dem Rückgang des städtischen und ländlichen Mittelstandes im Vermögen wie im Einkommen?

Was eine Wohnung in Berlin-Westend heute enthalten muss, erfährt man aus einer Ankündigung im Mai 1907: „Hochherrschaftliche 8 bis 9-Zimmerwohnungen mit grosser Diele, Bad, 3 Klosetts, geschmackvoll ausgebaut, Warmwasserheizung, Warmwasserversorgung, Fahrstuhl, elektrische und Gasbeleuchtung, Vacuum-Reinigung, Müllschacht, Stahlpanzer-Safes, Mottenkammer, in jeder Wohnung eine Normaluhr, Roll- und Plättstube und Teppichklopfmaschine." Eine solche Wohnung kostet Jahresmiete 10000 bis 12000 Mark und mehr!

Die reichen Leute wollen indes nicht nur eine Wohnung in der Stadt, sie streben auch nach einem Luxusbesitz auf dem Lande und kaufen zu diesem Zwecke Rittergüter und Bauernhöfe im Lande zusammen. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Hahn und Engelbrecht im preussischen Abgeordnetenhause gegen die Aufsaugung des bäuerlichen Grundbesitzes durch das Grosskapital (Session 1906/07) führte folgende Zitate aus den Jahresberichten der landwirtschaftlichen Vereine und Landwirtschaftskammern an: Jahresbericht des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreussen 1893, Seite 5: „Das Grosskapital, welches sich durch die Industrie in einzelnen Händen angesammelt hat, bemächtigt sich allmählich eines Bauern-

hofes nach dem anderen und verpachtet diese wieder meistens an auswärtige Leute." — 1897, Seite 10: „Auch im Kreise Lennep macht sich die Erscheinung geltend, dass Grosskapitalisten Grund und Boden, wie auch ganze Landgüter, aufkaufen, um einen Teil ihres Reichtums anzulegen und ihre Macht und ihr Ansehen zu erweitern und zu befestigen. Vielfach wird auch Ackerland aufgeforstet. Die Ausübung der Jagd scheint hierbei eine gewisse Rolle zu spielen." — „Aus dem Kreise Bergheim wird berichtet, dass in geradezu erschreckender Weise die Latifundienbildung durch Landankauf seitens hier ansässiger Kapitalisten zunimmt. In einzelnen Gemeinden sind die genannten Kapitalisten bereits völlig Herr der Lage geworden. Nicht nur kleine, auch mittlere und grössere Landwirte werden nach und nach ausgekauft und sinken grösstenteils zu Arbeitern herab, die dann in den sich stets mehrenden Fabriken ihr Brot suchen müssen." 1899, Seite 9: „Der Aufkauf bäuerlichen Eigentums durch Industrielle und Grossgrundbesitzer nimmt weiteren Fortgang." Seite 104: „Die Gründe der steigenden Bodenpreise sind darin zu suchen, dass Grosskapitalisten ihre in industriellen Unternehmungen verdienten Kapitalien in Grund und Boden anzulegen streben." Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz 1905 S. 119: Einmal legen manche Industrielle ihr Geld in Grundbesitz an, Da ihnen weniger an der Rentabilität des Betriebes gelegen ist, zahlen sie höhere Preise, die nun auch auf die Grundpreise der nächsten Umgebung einwirken." Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen 1905, Seite 79: „Die Zahl der Eigenbetriebe geht bei den grossen Ankäufen der Industrie immer mehr zurück und die Pachtungen nehmen zu, weil die Industrie die angekauften Besitzungen zunächst noch verpachtet." S. 99 Sauerland: „Die Ankäufer sind bei ganzen Gütern

meist Grossgrundbesitzer und Kapitalisten, die letzteren namentlich dann, wenn dadurch eigene Jagdberechtigung erworben wird."

All die Vorkommnisse wirken natürlich auf die Preisbewegung der landwirtschaftlichen Grundstücke ein, welches Thema in den Jahren 1906 und 1907 häufig in besonderen Artikeln der „Deutschen Tageszeitung" und der „Deutschen Agrarkorrespondenz" von Edmund Klapper erörtert worden. Von diesen Angaben interessieren hier etwa die folgenden:

Der Marktpreis des landwirtschaftlichen Besitzes war mit den Caprivi'schen Handelsverträgen so ausserordentlich gesunken, dass nach den Erhebungen der Buchführungsstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (Dr. Stieger) für 100 Güter in Ostpreussen, Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien, nach Abzug des Versicherungswertes der Gebäude, des lebenden und toten Inventars wie der Erntehagelversicherung vom Kaufpreise für den Kulturwert des Bodens rund 120 Mark pro Hektar von den Kaufpreisen aus 1894 bis 1898 entfielen. Diesem Tiefstande der Grundpreise ist in den letzten Jahren in bestimmten Gegenden von Deutschland ein erhebliches Anziehen der Preise gefolgt. Die von der Königlichen Ansiedelungskommission in Westpreussen und Posen gekauften Grundbesitzungen haben in dem bezahlten Preise das Vielfache des Grundsteuerreinertrages vergütet:

	bei Gütern	bei Bauernwirtschaften
1886	69,7	71,0
1887	75.7	58,3
1888	74,7	67,8
1889	73,9	57,2
1890	71,5	80,7
1891	73,3	—

	bei Gütern	bei Bauernwirtschaften
1892	75,4	52,4
1893	66,7	53,8
1894	59,0	—
1895	64,0	46,0
1896	70,5	—
1897	72,6	84,5
1898	76,1	123,8
1899	78,4	130,8
1900	80,0	102,2
1901	77,9	104,0
1902	99,7	97,7
1903	99,0	102,0
1904	112,0	114,0
1905	125,0	124,0

Diese Güterpreissteigerung führt sich in Westpreussen und Posen zurück auf die Konkurrenz der Ansiedlungskommission, des Domänenfiskus, der polnischen Parzellierungsbanken und anderer Grundstücksspekulanten im Ankauf von landwirtschaftlichen Besitzungen.

Wie bedeutend diese prozentuale Steigerung ist, zeigt ein Vergleich mit den Grundpreissteigerungen in der Stadt Charlottenburg. Nach einer neuesten Untersuchung des städtischen statistischen Amtes ist der Preis pro Quadratmeter bebauten Grundes in der ganzen Stadt gestiegen von 113,52 Mark 1898 auf 161,56 Mark 1906. Das ist eine Preissteigerung um etwa 50 % in 8 Jahren. Ungefähr ebenso gross ist die Preissteigerung für unbebauten Grund und Boden, nämlich von 13,87 Mark 1898, auf 19,86 1906. In den einzelnen Bezirken der Stadt ist die Preisbewegung natürlich eine recht verschiedene. So hat allein in den letzten drei Jahren 1903 bis 1906 das Schlossviertel 3 eine Preissteigerung um 94,6 %, das Schlossviertel 1 um 79,4 %, am Litzensee

61,7 %, am Spandauerberg 61,4%, im Hochschulviertel 7 volle 57,2 % erreicht. Die Preisbewegung hat damit in zwei Stadtbezirken 400 Mark pro Quadratmeter überschritten.

Eine andere Art von Preissteigerung der landwirtschaftlichen Besitzungen ist in der Umgegend von Berlin und namentlich auch an der Strecke Dresden—Görlitz—Breslau eingetreten. Reich gewordene Industrielle, Grosskaufleute und Bankiers lieben es, bei der zunehmenden Reiselust im Volke, ihren Sommeraufenthalt auf eigenem Besitze zu verbringen. Eine wesentliche Rolle spielen bei diesen Luxuskäufen die Jagd und das Wohnhaus mit Park. Das Automobil hat die Vorliebe für einen solchen Luxusbesitz wesentlich gefördert. Auf eine Ueberzahlung der Besitzung um 100 000 Mark und mehr kommt es diesen neuen Erwerbern nicht an. So werden die alteingesessenen Landwirte durch hohe Preise von ihren Besitzungen weggelockt. Wo keine entsprechenden Rittergüter zu haben sind, werden Bauernhöfe in entsprechender Zahl für diese Luxuszwecke zusammengekauft.

Der Aufkauf der Bauernhöfe als Luxusbesitz für das Grosskapital tritt seit Jahrzehnten besonders scharf in den landschaftlich so schönen österreichischen Ländern hervor. Nach dem statistischen Jahrbuch des kk. Ackerbauministeriums umfassten in Oesterreich die herrschaftlichen Eigenjagden:

1885 eine Fläche von 6 Millionen ha
1905 „ „ „ 8,2 „ „

Nach dem bei Walter Schiff (Oesterreichische Agrarpolitik seit der Grundentlastung 1898) zusammengestellten Material (Band I, S. 649 ff.) ist dieser Flächenzuwachs der Eigenjagd um 2,2 Millionen ha zum wesentlichen Teile auf den Ankauf von Bauernhöfen und Almen zurückzuführen. In Salzburg umfasst das Jagdgebiet von

sechs Mitgliedern fürstlicher Häuser, sechs Grafen, sieben Freiherren, acht adligen Jagdgesellschaften und sechs Bürgerlichen 52% der ganzen Landesfläche. In Oberösterreich umspannen die vierzehn grössten Jagdreviere 30% der Landesfläche. Aehnliche Verhältnisse finden sich in Kärnten, Tirol, Voralberg, Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Schlesien, aber auch in den Sudeten- und Karpatenländern. Die bäuerliche Besitzfläche und mit ihr die Viehhaltung geht zurück, um dem Jagdsport der reichen Leute Raum zu geben.

In Grossbritannien kaufen die reichen Amerikaner berühmte englische Familiensitze auf. So hat Carnegie „Skribo Castle" erworben, das durch Lord Lytton bekannt geworden ist. Ein anderer Amerikaner hat vom Herzog von Westminster „Clivenden" abgekauft u. s. w.

Diese Handänderungen scheinen jedoch sozial weniger bedenklich, weil schliesslich hier nur ein Personen- und Familienwechsel im Luxusbesitz in Frage kommt, keine Umwandlung sozial produktiver Ländereien in einen reinen Luxusbesitz des Grosskapitals.

---

i) Die Arbeiterversicherung und die Armenlasten.

Nach dem ausgezeichneten „Leitfaden zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches" von Dr. Zacher (1906) stellten sich die Beitragslasten der gesamten deutschen Arbeiterversicherungen im Jahresdurchschnitt wie folgt:

	Arbeitgeber:	Arbeitnehmer:	Reich:	Zusammen:
Krankenversicherung	5,15 Mk.	10,30 Mk.	—	15,45 Mk.
Unfallversicherung	6,08 „	— „	—	6,08 „
Invalidenversicherung	4,65 „	4,65 „	2,88 Mk.	12,18 „
Zusammen:	15,88 Mk.	14,95 Mk.	2,88 Mk.	33,71 Mk.

Demgemäss haben die Arbeiter noch nicht die Hälfte des Gesamterfordernisses aufzubringen (von 33,71 Mk. nur 14,95 Mk.) und erhalten an Entschädigung regelmässig mehr ausgezahlt, als sie an Beiträgen einzahlen.

Auf Grund dieser Gesetzgebung sind in den Jahren 1885 bis 1905 bereits folgende Entschädigungen gewährt worden:

Krankenversicherung:
(seit 1885)

Krankengeld	1114629489	Mk.
Arzt	514803920	„
Heilmittel	402757651	„
Anstaltspflege	303061148	„
Sterbegeld	83763839	„
Wochenbett	36543672	„
Sonstige Leistungen	38414074	„
1885 bis 1904:	2493973793	Mk.
Dazu 1905:	205000000	„
Summa:	2744000000	Mk.

Unfallversicherung:
(seit 1885)

Unfallrente	759172928	Mk.
Hinterbliebenen-Rente	191777559	„
Heilverfahren	34275716	„
Anstaltspflege	55010333	„
Sterbegeld	6927990	„
Witwen-Abfindungen	7747570	„
Ausländer-Abfindungen	2846489	„
1885 bis 1904:	1057758585	Mk.
Dazu 1905:	136000000	„
Summa:	1194000000	Mk.

Invalidenversicherung:
(seit 1891)

Invaliden-Rente	560486961	Mk.
Altersrente	336472378	„
Heilverfahren	55371747	„
Beitragserstattungen:		
a) bei Heirat	38025117	„
b) bei Tod	13422508	„
c) bei Unfall	171201	„
1891 bis 1904:	1003949912	Mk.
Dazu 1905:	162000000	„
Summa:	1166000000	Mk.

so dass bis Ende 1905 im ganzen rund 70 Millionen Personen (Erkrankte, Unfallverletzte, Invalide und deren Angehörige) 5 Milliarden Mark an Entschädigung erhielten. Dabei haben die Arbeiter nur die kleinere Hälfte an Beiträgen aufgebracht und bereits 2 Milliarden Mark mehr an Entschädigung erhalten, als an Beiträgen gezahlt. Gegenwärtig werden für diesen Zweig der Arbeiterfürsorge in Deutschland schon täglich 1,5 Millionen Mark aufgewendet, wäkrend die angesammelten Vermögensbestände bereits 1,7 Milliarden erreichen. Davon sind 500 Millionen Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen, Kranken- und Genesungshäusern, Volksheilstätten, Volksbädern und ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen verwendet worden.

Durch die Wohltaten dieser Versicherungsgesetze ist zweifelsohne jener Teil der Armenlasten, welcher früher für die verarmten Arbeiter aufgebracht wurde, wesentlich gemindert worden. Trotzdem sind die Armenlasten seit 1885 weiter gewachsen, wie namentlich das „statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ bestätigt. Die mittlere Zahl der Almosenempfänger, Pflegekinder und Extraunterstützten war in Berlin:

					Der Gesamtbetrag der gewährten Unterstützungen war pro Kopf:
1885 :	25365	Personen oder	1,97 %	der Bevölkerung	118,12 Mark
1890 :	29117	„ „	1,86 „	„	128,33 „
1895 :	39077	„ „	2,38 „	„	140 77 „
1900 :	44564	„ „	2,41 „	„	155,66 „
1905 :	50489	„ „	2,25 „	„	168,24 „

Von diesen Almosenempfängern standen 1906 im Alter von über sechzig Jahren 72,50 % aller erwachsenen Unterstützten, im Alter von über siebzig Jahren noch 37,65 %, im Alter von über 80 Jahren 7,92 %, mehr als 80 Jahre zählten 93 oder 0,28 %!

Pro Kopf der Bevölkerung war der Zuschuss zu den Kosten der Armenpflege der Stadt Berlin

1895/6 = 7,3 Mark,
1899/0 = 7,71 „
1904/5 = 9,69 „

Die Gesamtkosten der städtischen Armenpflege erreichten 1905/6 - 23 988 119 Mk.

In städtischer Fürsorgeerziehung waren Minderjährige untergebracht:

1903/4 : 1948.
1904/5 : 2502,
1905/6 : 2835.

Die städtischen Ausgaben für diese Fürsorgeerziehung sind gestiegen:

von 44 624 Mark 1900
auf 188 027 „ 1902
und 400 000 „ 1905

Neben den vielen gut ausgestatteten städtischen Anstalten, welche der Armenpflege dienen, gab es in Berlin 1905 noch 107 Wohltätigkeitsvereine der verschiedensten Art mit zum Teil ansehnlichen Einkommen und Vermögen.

Die städtische Kasse hat den weniger bemittelten Wohltätigkeitsvereinen 1905 Geldunterstützungen im Betrage von 1 179 264 Mark gewährt.

Also: trotz des Milliardenaufwandes der staatlichen Arbeiterversicherungsanstalten ein rasches Anwachsen der Armenlasten! Der Oberbürgermeister Dr. Adickes hat vor kurzem im Frankfurter Stadtparlament diese Entwicklung in folgende Worte zusammengefasst: „Hier (in Deutschland) will man darauf hinaus, sukzessive alles dem Einzelnen abzunehmen und der Allgemeinheit aufzubürden. Dadurch geht das Verantwortlichkeitsgefühl verloren, wie sich das in den vielen Simulationen bei den Krankenkassen zeigt. Bei den Schulen heisst es zuerst: „Schafft unentgeltliche Lehrmittel!“ dann fordert man Frühstück und Mittagessen für die Schulkinder, Kleider und Schuhe und schliesslich vielleicht noch Petroleum und Heizung, denn die Kinder sind schlecht genährt und zu Hause fehlt es ihnen an Licht und Wärme. Wo bleibt da die Pflicht des Einzelnen, für sich und die Seinen zu sorgen? Ich muss deshalb davor warnen, aus prinzipiellen Gründen, Wohltaten auszustreuen.“

---

k) Weitere Degenerationserscheinungen und wachsender Unfriede im Volke.

Die Familie, der Hort der Erhaltung unserer bisherigen Gesellschaft, zeigt fast allerwärts bedenkliche Auflösungserscheinungen. Für die Proletarierfamilie hat uns Werner Sombart das in seinem „Proletariat“ anschaulich geschildert. Die Ehestatistik in der modernen Romanwelt bestätigt dieselbe Erscheinung auf jeder Seite. Die an-

ständig verheiratete Frau erfreut sich bei den Romanschreibern der Gegenwart keiner grossen Beliebtheit mehr. Ein englischer Kritiker hat kürzlich eine Statistik aufgestellt, aus der sich ergibt, dass aus achtzig englischen Romanen siebzehn die Ehe als eine überlebte Institution lächerlich machen, elf von der Nützlichkeit der Ehescheidung handeln, zweiundzwanzig die freie Liebe verteidigen, sieben sich über die eheliche Treue lustig machen und dreiundzwanzig sogar von der Ehe in geradezu skandalöser Weise sprechen. Was aber das Sonderbarste ist, alle diese Romane sind von — Frauen geschrieben worden.

Auf den bedenklichen Rückgang der Geburten und die wachsende Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder selbst zu stillen, ist oben bereits verwiesen worden.

Fast unsere ganze moderne Geistesrichtung zeigt einen decadenten Charakter. Schriftsteller, die kaum der Schule entwachsen sind, vertreten den nackten Materialismus als Weltanschauung. Der Ichkultus des Adelsmenschen Ibsen's und des Uebermenschen Nietzsche's wird noch übertrumpft. Dieses Leben geht mit dem Tode zu Ende. Deshalb muss man dieses Leben möglichst zu geniessen trachten. Friedrich Paulsen beginnt seine jüngst („Woche“ vom 30. November 1907) erschienenen Betrachtungen „Zum Kapitel der geschlechtlichen Sittlichkeit“ mit folgendem Satze: „Es ist, als ob alle Dämonen losgelassen wären, den Boden des deutschen Volkslebens zu verwüsten. Im geschäftlichen Grossbetrieb wird unter dem Titel des Problems der „„Homosexualität““ die Sache eines abscheulichen Lasters geführt, als ob es sich um eine gleichberechtigte Spielart des Geschlechtslebens handle. Rasende Weiber verkünden in Traktaten und Romanen das „„Recht auf Mutterschaft““, auch wenn ein Vater für das Kind nicht zu haben sein sollte. Irrende Poeten predigen reiferen jungen Mädchen die Notwendigkeit und

das Recht, sich am „„Heckenweg"" einstweilen die Freuden zu suchen, die ihnen sonst vorenthalten bleiben möchten. Fanatische Gläubige der Aufklärung beiderlei Geschlechts fordern mit Ungestüm die Einführung der Jugend in die Geheimnisse des Geschlechtslebens durch naturhistorischen Anschauungsunterricht. Und dass die „„freie Liebe"" bestimmt sei, das System der alten unerträglich gewordenen „„Zwangsehe"" zu ersetzen, ist in den Kreisen freier Literaten und unverantwortlicher Politiker längst ausgemachtes Dogma."

Neben dem Recht „sich auszuleben", steht das andere Recht, „sich die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen." In rücksichtsloser Erwerbssucht wird jede Konkurrenz nieder zu treten versucht. Unsere laxen gesetzlichen Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb und der noch laxere Schutz der Privatehre des Einzelnen erleichtern diese raubtierartige Erwerbspolitik ganz wesentlich. Das alles muss die Gesundheit des Volkes ungünstig beeinflussen.

Nach den Veröffentlichungen des preussisch-statistischen Landesamtes waren die Fichtennadelbäder und Kaltwasserheilanstalten in Preussen besucht worden im

Jahre	1870	1880	1890	1900
von	383	6336	17513	36963 Personen.

Die in den Anstalten für Geisteskranke verpflegten Personen waren nach der gleichen Quelle in Preussen:

1881/90	1891/1900	1904
34781	57191	92720

Die Summe der behandelten Krankheitsfälle in den allgemeinen Heilanstalten des preussischen Staates war:

1877	1890	1900	1904
216016	455605	748686	960815

Trotzdem in der gleichen Zeit die Zahl der privaten Heilanstalten ganz wesentlich zugenommen hat. Denn es gab in Preussen auf 10000 Einwohner Aerzte und Wundärzte:

1825	1898	1905
4,6	4,7	5,5

in dem gleichen Jahre in Berlin 14,0, Schleswig-Holstein 5,8, Rheinpreussen 5,2, Westpreusssen 3,5.

Der moderne „Ich-Mensch“ kennt natürlich nichts von einer Aufopferung für andere. Vergleiche die Berichte über das Verhalten der Pariser Bonvivants während des berühmten Bazarbrandes im Mai 1897! Jedenfalls hat unter dem Einfluss unserer allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse die Prostitution stark zugenommen. Nach von Boltenstern gibt es heute in Berlin z. B. 20000 Prostituierte, wovon jedoch — nach dem ausgezeichneten „Handbuch der medizinischen Statistik“ von Prinzing (1906) — nur der kleinste Teil auf „abnorme Veranlagung“ zurückzuführen ist. Die Masse der Prostituierten geht meist im Elend zu Grunde. Aber Einzelnen gelingt es allerdings, durch „Verhältnisse“ mit der „jeunesse dorée“, sich und ihre Kinder reichlich zu versorgen. Daneben zeigt sich eine bedenkliche Zunahme der Geschlechtskrankheiten. Nach Prinzing wurden am 30. April 1900 in Preussen über 40000 syphilitische Erkrankte in Behandlung gezählt. Diese Seuche muss mit dem Alkoholismus und dem „Nachtleben“ auch nach Prinzing zur Entartung der Bevölkerung in den Grossstädten führen. Die allgemeine Zunahme der Kurzsichtigkeit kann nicht mehr bestritten werden. Wo, wie in Paris, raffinierteste Genusssucht sich materiell sicher gestellt fühlt, paart sich der hervorstechende Zug der Sinnlichkeit mit dem Mystizismus und erzeugt

die Buddhisten- und Brahminen-Gemeinden, die Jünger des Zoroaster, die Gnostiker, Satanisten, die Isisgemeinde u. s. w.

Weil es nach der modernen Auffassung kein Jenseits gibt, erfährt das Diesseits eine übertriebene Wertschätzung. Und wo dem materialistischen Streben keine genügenden Erfolge zufallen, findet sich die Unzufriedenheit mit dem Pessimismus und einer falschen Sentimentalität ein. Aus Nordamerika wurde jüngst von „Selbstmordepidemien“ berichtet. Junge Damen, welche gemeinsam das Gymnasium absolvierten, schlossen sich zu einem „Selbstmordklub“ zusammen, um sich gemeinsam zu vergiften.

Unsere deutsche Litteratur feiert heute in Kellnerinnen- und Dirnenromanen wahre Orgien. Professor Eulenburg hat kürzlich einen Vortrag über Schülerselbstmorde in Preussen gehalten, dessen Daten dem amtlichen Material der preussischen Schulbehörden entnommen wurden. Danach sind in den Jahren 1880 bis 1903 1152 Schülerselbstmorde in Preussen vorgekommen. Hiervon entfielen 956 auf männliche Schüler, 196 auf Schülerinnen.

Bei Abwägung der Schuldfrage senkt sich nach dem Referenten die Wagschale tief zu Ungunsten des Hauses. In viel zu zahlreichen Fällen zeigte sich die Familie der ihr gestellten erzieherischen Aufgabe nicht im mindesten gewachsen. Als besondere Motive werden angeführt: erbliche Belastung, verkehrte Lebenshaltung und Erziehung, unverdaute Lektüre, religiöse Zweifel, Frühreife, geschlechtliche und alkoholische Ausschweifungen.

Diese decadente Richtung unserer Zeit ist unzertrennbar verbunden mit unserer Presse, unserer Litteratur

und unserer Kunst. Martin Luther sagt einmal, rein referierend auf Grund eigner Beobachtung seiner Zeitverhältnisse: „Wenn Du etwas schreibst in der Meinung: „„warte Publikum, ich will Dir zeigen, was Du lesen sollst, um Dich zu bessern und fortzubilden,““, so wirst Du kaum ökonomischen Erfolg haben. Willst Du aber Erfolg haben, so gehe hinaus auf den Hof und schaue den Mägden auf das Maul und so wie die reden, so schreibe, dann wird Dein Buch sicher gekauft werden!“ Ein wesentlicher Teil unserer modernen Literatur und ein gut Teil unserer Zeitungen scheinen heute auf dem Hofe den Mägden auf das Maul zu schauen, um zu schreiben, so wie die reden.“ Eine Reihe von Witzblättern erfreuen sich aus diesem Grunde international eines recht bedenklichen Rufes. In immer weiteren Kreisen erkennt man, dass es sich hier um Machwerke einer gewöhnlichen Geldspekulation handelt. Der materielle Erfolg dieser Witzblätter lässt die modernen Dichter und Schriftsteller nicht ruhen. Den gleichen Spuren folgt die moderne Zeitungsberichterstattung. Nicht genug, dass wir täglich von scheusslichen Verbrechen der verschiedensten Art lesen, die Aburteilung dieser Verbrecher muss mit einer hingebenden Sorgfalt verfolgt werden, als handle es sich um ein welterschütterndes Ereignis. Daneben spielen ungeheuerliche Versuche. die Richter zu beinflussen. Inzwischen ist der Verbrecher, der seiner wohlverdienten Strafe zugeführt werden soll, ein international berühmter Mann geworden. Die herrschende Profitwut unserer Zeit prägte den Wucherbegriff um, führte die Wucherfreiheit ein und hat nur für den missglückten, nicht aber für den erfolgreichen Raubzug Worte der Verurteilung. Die gleiche Profitwut widmet sich in der Presseberichterstattung der „Bestie im Menschen“ und versteht es fast regelmässig, für diese Bestie eine durchaus perverse Art

von Sympathie in der Bevölkerung wachzurufen. Dieser Verbrecherruhm muss bei unserem so systematisch verbildeten Volksempfinden notwendigerweise zu neuen Verbrechen führen. Ganz gleichgültig! Die Erwerbssucht der Zeitungen flüchtet sich hinter das Schlagwort „Pressfreiheit" und darf darin nicht gestört werden. Den gleichen Weg im Dienste der Menschenbestie beschreitet die Reproduktion und Verbreitung gewisser Kunstwerke. Das Reichsgericht scheint vergessen zu haben, dass Eines sich nicht für Alle schickt und dass das gleiche Kunstwerk, verschiedenen Personen in verschiedenen Entwicklungsaltern zugänglich gemacht, ungemein verschiedene Wirkungen hervorrufen muss. Die Sittlichkeitsverbrechen, speziell begangen an Mädchen unter 14 Jahren, nehmen in Deutschland rasch zu. Von den im Jahre 1904 wegen Sittlichkeitsverbrechen 5385 Verurteilten waren 1064 Jugendliche im Alter von 12 bis 14 Jahren. Man sollte denken, dass unter solchen Umständen alles verhütet wird, was die Sinnlichkeit in öffentlichen Lokalen und an den Strassen und Plätzen zu erregen geeignet wäre. Aber — dadurch würden ja alle jene „Geschäfte" leiden, welche aus der Spekulation auf die Sinnlichkeitserregung ein Gewerbe gemacht haben. Und da Presse und Litteratur nur zu vielfach auch vom „Bestiendienst" Vorteile ziehen, ist flugs das Schlagwort zur Hand: „Ein vom künstlerischen Standpunkt nicht unzüchtiges Bild kann durch die subjektive Willensrichtung des Verbreitenden nicht zu einem Unzüchtigen werden". Und „die Kunst muss frei sein"! Im gleichen Sinne haben sich die Römer noch für ihr Recht begeistert, als schon ihre Welt zu Grunde ging

Bei allen Völkern hat das kapitalistische Zeitalter eine stark ausgeprägte Vorliebe für die Form, statt für die Sache, für das Formale, statt für das Materielle, für die

Paragraphen, statt für die Prinzipien der Gesetze gehabt. „Kein Verbrechen ohne Gesetz, keine Strafe ohne Gesetz!“ Wenn aber der Verbrecher es versteht, mit Hülfe eines raffinierten, teuer bezahlten Rechtsanwalts nachzuweisen, dass seine Handlung unter keinen der geltenden Paragraphen fällt, dann geht das Verbrechen straffrei aus und der Verbrecher erntet heute noch Ruhm und Ehre. Ein gewerbsmässiger internationaler Hoteldieb lernt bei einer Dirne in Paris, die vorher ein reicher Lord in einem Institut hat erziehen lassen, die sogenannten besseren Umgangsformen und heiratet dann die Tochter aus einer deutschen standesherrlichen Familie. Solange dieser Mann mit gestohlenem Gelde seine Börse gut füllen konnte, verkehrte er in den Grossstädten von Mitteleuropa in den ersten gesellschaftlichen Kreisen, wobei ein selbst zugelegter Prinzen- oder Grafentitel die vorausgegangenen Verurteilungen als gemeiner Verbrecher verdecken half. Und als diese Verbrecherlaufbahn ihren Abschluss gefunden zu haben schien, hat eine hochangesehene Verlagsanstalt es rentabel genug gefunden, die Selbstbiographie dieses Mannes, die aus den unglaublichsten Uebertreibungen sich zusammensetzt, gegen reiches Honorar zu übernehmen. Fast alle Zeitungen brachten lange Besprechungen. Inzwischen ist eine ganze Literatur diesem Manne gewidmet. Und der Verbrecher zieht daraus in seinen alten Tagen ein reiches Einkommen. In den Lokalblättern der Grossstädte liest man heute immer wieder, dass ein Hochstapler oder ein Revolverjournalist Töchter aus hochachtbaren reichen Familien geheiratet haben. In Spaa, Monte Carlo, an der Riviera, in Ostende u. s. w. findet sich die Aristokratie der Geburt und des Geldes mit der internationalen Verbrecherwelt zu einer echt modernen Gesellschaft zusammen. Wer über eine gefüllte Börse und gute Manieren verfügt, hat Zutritt.

Der innere Inhalt des einzelnen Menschen und die Herkunft des Geldes, das aufgewendet wird, bleiben gleichgiltig — bis zur nächsten Verhaftung durch die Polizei. Die tüchtigsten, ehrlichsten Leute, die über geringere Barmittel verfügen und womöglich gar noch mit dem Messer essen oder die Serviette an ihrem Halskragen befestigen, werden in solchen Kreisen selbstverständlich nicht geduldet.

Bei der Jahrhundertfeier des Leipziger Korps „Lusatia" (1907) hielt Hofrat Dr. Klemm-Dresden eine Festrede, der folgende treffende Sätze zu entnehmen sind: „Wie oft bei rasch aufsteigenden Völkern droht auch bei uns der Moloch eines goldsatten und doch goldgierigen Protzentums banausischer Emporkömmlinge die edlen Regungen der Volksseele zu ersticken. Gleichzeitig verschärft sich der Kampf ums Dasein auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens. Nicht zum geringsten unter dem verderblichen Einfluss jener Banausen und ihres zur Schau getragenen Wohllebens zeitigt dieser Kampf ein wüstes Strebertum. Durch Vetternschaft und Cliquenwesen sucht er sich der Futterkrippen zu bemächtigen und vertritt der ehrlichen Pflichterfüllung, die nur auf sich selbst gestellt ist, und auf die Gediegenheit ihrer Leistungen, dreist und gewissenlos den Weg." Dr. Klemm berührt hier das uralte Problem aller demokratischen Verfassungen, die Tüchtigkeit sachlicher Leistungen durch persönliche Beziehungen zum Schaden der Gesamtheit zu unterdrücken. Kleisthenes hat in seiner Verfassungsreform für Athen diese Gefahr für so gross gehalten, dass er lieber dem blinden Zufall der Auslosung die Ernennung zu den Staatsämtern anvertraute, als der Vetternschaft und dem Cliquenwesen. In welchem Masse heute unsere ganze öffentliche Meinungsfabrik durch solche persönlichen Beziehungen gefälscht wird, hat der Streit zwischen Ferdinand Bonn und dem

„Berliner Tageblatt“ recht gut beleuchtet. Bonn schrieb damals: „Man muss nämlich wissen, dass, wenn man irgend einem Schmock eine Ohrfeige gibt, so ist das „die“ Presse. Wenn man lachend in einen Revolver schaut, und sagt: „Ich führe Deine Stücke nicht auf“, dann wiederholen sämtliche Zeitungen das Modegeschrei: „Bonn hat die Presse beleidigt.“ Bei den bevorstehenden Gerichtsverhandlungen wird man erkennen, dass die Behörde sich manchmal übel von den Zeitungen treiben lässt (!) und so furchtbaren Schaden anrichtet an dem Besitz des deutschen Volkes. Französische Dirnenstücke, Unzucht und Anarchie jederart können sich jederzeit sehen lassen. Am sogenannten Deutschen Theater wird ein Stück gegeben, das direkt im Bordell spielt. Es gibt viele, die der literarischen Schreckensherrschaft des Gemeinen und Hässlichen müde sind. Nicht alle Menschen sind pervers und verfault. Und wenn die Gesunden und Guten wüssten, dass es nur ein winziger Konvent von Schreckensmännern ist, die fortwährend das öffentliche Gefühl verfälschen, dann wären nicht gute ideale Künstler und Dichter zertreten worden, während die Geilen, Zersetzenden, Verneinenden zu Modegötzen hinauf geschwindelt wurden.“ Die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ bemerkt zu diesen Sätzen: „Was Bonn hier sagt, sind durchweg unantastbare Wahrheiten.“

Dieses Vettern- und Cliquenwesen in seinem Kampfe gegen tüchtigere Leistungen reicht bis in die Kreise der „reinen“ Wissenschaft. Schon der Philosoph Locke hat in dem Ansehen der älteren Universitätsprofessoren eines der bedenklichsten Hemmnisse im Fortschritt der menschlichen Erkenntnis erblickt. Denn, wenn ein solcher Professor zugeben müsste, dass er so viele Jahre von seinem Katheder herab einen Irrtum vertreten habe, so müsste ja „sogar sein roter Talar erröten.“ Also bleibt der Professor

im Zweifel ein Gegner neuer Wahrheiten. Als der englische Arzt William Harvey (1578—1658) mit seiner Entdeckung des Blutkreislaufs bei Menschen und Tieren vor die Oeffentlichkeit trat, wurde er von den Fachprofessoren seiner Zeit mit Spott und Hohn überschüttet. Man nannte Harvey den „Zirkulator". Erst die Philosophen Bacon und Descartes, welche der neuen Entdeckung unbefangener gegenüberstanden, sind für die Anerkennung der Harveyschen Lehre eingetreten und heute wird dessen Name neben dem eines Galilei, Kepler und Newton genannt. Als Friedrich List in den zwanziger, dreissiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Freihandelslehre des Adam Smith bekämpfte, den deutschen Zollverein gründete, die Hauptlinien unseres deutschen Eisenbahnsystems schuf, und eine deutsche Handelsflotte, eine deutsche Kriegsflotte, deutsche Kolonien und eine deutsche Industrie forderte, um den Engländern nicht dauernd die ökonomische Welt zur alleinigen Ausbeutung zu überlassen, da wurde er von den damaligen deutschen Professoren für Nationalökonomie als „ungenügend gebildeter Dilettant", als „Mann mit einer überhitzten Phantasie, dem die ordentliche Ausbildung fehle", verhöhnt und auf das heftigste angefeindet. Die Presse der damaligen Zeit hat ihn noch mit persönlichen Verdächtigungen als Spekulant verfolgt. Bald wollte niemand mehr mit einem politisch so unruhigen Geiste etwas zu tun haben. Ueberarbeitet und verärgert griff List am 30. November 1846 zur Pistole. Dann hat die damalige Professorenliteratur die List'schen Lehren „verhüttet", bis sie von Eugen Dühring wieder ausgegraben wurden. Heute setzte man diesem selben List schon das fünfte oder sechste Denkmal als dem „grössten deutschen Nationnlökonomen." Deutschland aber ist mit einer Verspätung um

eine Reihe von Jahrzehnten in die industrielle und koloniale Entwicklung eingetreten. Etwa um die Zeit, als der vielgequälte List mit der Pistole seinem Leben ein Ende machte, hat Dr. Semmelweis in Wien das Wesen des Kindbettfiebers, dem früher so viele Wöchnerinnen zum Opfer gefallen sind, richtig erkannt und darauf seine korrekte antiseptische Behandlung aufgebaut. Aber die medizinischen Professoren in Wien liessen die Neuerung nicht zu. Das Wiener Kultusministerium hat sich auf seiten der Professoren gegen den jungen Forscher Semmelweis gestellt. Seine epochemachende Entdeckung wurde totgeschwiegen. Und als dann Semmelweis von Budapest aus sein fundamentales Werk über das Kindbettfieber 1861 veröffentlichte, begegnete es bei seinen wissenschaftlichen Fachkollegen einer so abfälligen, persönlich gehässigen Kritik, dass dieser Bahnbrecher wenige Jahre später aus Gram und Aerger darüber im Irrenhause gestorben ist. Ein Vierteljahrhundert später, nachdem inzwischen noch Tausende und Abertausende von Wöchnerinnen sterben mussten, deren Erkrankung nach der neuen Lehre sicher verhütet worden wäre, hat die neue Erkenntnis durch Vermittluug eines Lister, Pasteuer, Helmholtz, Koch und Bruns sich endlich Bahn gebrochen. Inzwischen hat man ja auch Semmelweis ein Denkmal in Budapest errichtet.

Robert Mayer, der Galilei des 19. Jahrhunderts und Philipp Reis, der Erfinder des Telephons, fanden bei dem Berliner Professor und Herausgeber der „Annalen für Physik und Chemie“ Poggendorf mit der Bitte um Veröffentlichung ihrer epochemachenden Arbeiten, nur einen abweisenden Bescheid. Das Telephon musste deshalb im Auslande noch einmal entdeckt werden, um dann erst seinen Weg nach Deutschland zu finden und die Robert Mayersche Lehre musste erst im Auslande anerkannt werden, bevor die deutsche Wissenschaft sie als gültig akzeptieren konnte.

Und noch in den letzten Jahren hat Professor August Bier, jetzt in Berlin, nachdem er die „Stauungsbehandlung als Heilmittel" erkannt hatte, und ein grosses Gebiet der Chirurgie an die Gummibinde, den trockenen Schröpfkopf und den Heissluftkasten verwiesen hat, anderthalb Jahrzehnte gebraucht, bis seine Entdeckung endlich allgemeine Anerkennung gefunden. Die hierbei gemachten Beobachtungen haben den ersten Assistenten von Bier, Professor Klapp, veranlasst, in einer Veröffentlichung für die Lebensgeschichte neuer Ideen drei charakteristische Epochen zu unterscheiden: erste Epoche: die neue Idee wird von den Fachleuten todgeschwiegen; zweite Epoche: die neue Idee wird von den Fachleuten scharf ablehnend kritisiert; dritte Epoche: verschiedene Fachleute führen den Prioritätsstreit und wollen die neue Idee schon früher entdeckt haben. Jedenfalls birgt diese Herrschaft der persönlichen Beziehungen über den Fortschritt in der Erkenntnis eine eminente soziale Gefahr in einer Zeit, in welcher sich die Degenerationserscheinungen im Volke so häufen, wie das heute der Fall ist und die verzögerte Anerkennung neuer wichtiger Ideen um mehrere Jahrzehnte unter Umständen über Sein oder Nichtsein des ganzen Volkes entscheidet.

Eine weitere Gruppe von Degenerationserscheinungen, die gleichzeitig den wachsenden Unfrieden in der Gesellschaft erkennen lässt, bieten uns die Ziffern der Kriminalstatistik.

Kein geringerer als Professor von Liszt vertritt die Anschauung: wie das Fieber oder bösartige Neubildungen auf tieferliegende, das Leben selbst bedrohende Erkrankungen hinweisen, so sei auch die Kriminalität unserer Zeit als eine pathologische Erscheinung zu betrachten und zu behandeln. Leider bietet auch hier nur die deutsche Statistik ein gutes Material. Und nach

diesem hat die Zahl der Verurteilten seit 1882 beträchtlich zugenommen. Auf 100000 strafmündige Angehörige der Zivilbevölkerung wurden wegen Verbrechen und Vergehen verurteilt:

1882 = 1040,
1885 = 1062,
1890 = 1105,
1895 = 1249,
1900 = 1198,
1904 = 1214.

Die Gesamtzahl der Verurteilten ist von 1882 bis 1904 von 315849 auf 505158 gestiegen.

Wer wurde hier verurteilt? Darauf gibt die Reichsstatistik folgende Auskunft:

	Auf 100000 verurteilte strafmündige Personen:		Auf 100000 jugendl. Personen (Alter von 12 bis 18 Jahren:		
	männliche:	weibliche:	Verurteilte:	männl.:	weibl.:
1882	1667	379	568	901	235
1885	1708	364	560	897	221
1890	1787	373	663	1082	243
1895	2067	406	702	1158	244
1900	2039	357	745	1248	239
1904	2118	378	708	1181	233

Ueberwiegend waren also die Männer an den Verurteilungen beteiligt und zwar zu einem stetig wachsenden Prozentsatz als jugendliche Verbrecher, wobei zu beachten ist, dass die scheinbare Verbesserung der Ziffern seit 1900 auf die Einführung der Fürsorge-Erziehung seit dieser Zeit zurückgeführt werden muss. Die Zunahme der Verurteilten überhaupt hat von 1882 bis 1904: 59,9% erreicht. In der gleichen Zeit war die Zunahme der verurteilten Erwachsenen 59,6%, der verurteilten Jugendlichen 62,8%, während die strafmündige Bevölkerung überhaupt nur um 31,2%, die Zahl der Erwachsenen um 31,4%, die der

Jugendlichen um 30,6 % zugenommen hat. Im Jahre 1901 kamen auf 100 000 strafmündige Personen der Zivilbevölkerung derselben Altersklasse und desselben Geschlechts Verurteilte:

	männliche:	weibliche:
12 bis unter 15 Jahre alt	770,4	144,8
15 „ „ 18 „ „	1733,7	345,7
18 „ „ 21 „ „	4845,2	437,2
21 „ „ 25 „ „	4022,5	431,5
25 „ „ 30 „ „	3263,7	461,5
30 „ „ 40 „ „	2492,4	517,3
40 „ „ 50 „ „	1806,4	485,0
50 „ „ 60 „ „	1129,6	312,4
60 „ „ 70 „ „	596,9	152,9
70 und mehr Jahre alt	222,0	53,9

Die Verbrechen der männlichen Bevölkerung sind mithin im wesentlichen eine Erscheinung des jugendlichen Alters, während die weibliche Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 50 Jahren die grössere Energie zum Verbrechen zeigt.

Was die Art der Verbrechen betrifft, so hat Liszt schon betont, dass die Verbrechen der rohen Gewalt, wie Bandenraub, Raubmord in den Hintergrund treten, feinere Vermögensdelikte, wie Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung häufiger werden. Speziell die Diebstahlskurve schliesst sich an die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter an. Wenn die Bauhandwerker streiken, nehmen die Einbruchsdiebstähle rasch zu. Die harten Interessenkämpfe lassen ferner die Zunahme der Beleidigungen, Körperverletzungen, Hausfriedensbrüche, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung rasch zunehmen. Die Reichstatistik bietet hierzu folgende Ziffern:

Verurteilt wurden wegen Verbrechen und Vergehen:

I. gegen den Staat, öffentliche Ordnung und Religion:

	Personen:	Handlungen:
1882/1891	58892	63293
1892/1901	78405	85902

II. gegen Personen und zwar Beleidigung und Körperverletzung:

	Personen:		Beleidigung:		Körperverletzung:	
	Pers.:	Handlg.:	Pers.:	Handlg.:	Pers.:	Handlg.:
1882/1891	131672	104053	42575	53487	74129	63501
1892/1901	191743	210453	53104	73413	114997	101991

III. gegen das Vermögen und zwar Diebstahl überhaupt, Betrug und Untreue:

	Vermögen:		Diebstahl:		Betrug, Untreue:	
	Pers.:	Handlg.:	Pers.:	Handlg.:	Pers.:	Handlg.:
1882/1891	162999	240895	108405	158951	16516	36636
1892/1901	188101	258544	115740	154834	24993	48365

	Urkundenfälschung, Strafbarer Eigennutz:		Verletzung fremder Geheimnisse:	
	Personen:	Handlungen:	Personen:	Handlungen:
1882/1891	3287	7585	9926	8869
1892/1901	5010	9300	10453	9278.

Speziell die Verhältniszahl der Verurteilung Jugendlicher hat im Durchschnitt von 1882/91 bis 1892/1901 zugenommen bei:

Gewalt und Drohungen gegen Beamte	+ 43,6 %
Hausfriedensbruch	+ 72,8 %
Meineid	+ 44,9 %
Fahrlässiger Falscheid	+ 44,4 %
Falsche Anschuldigung	+ 40,9 %
Religionsvergehen	+ 28,6 %
Widernatürliche Unzucht	+ 18,8 %
Beleidigung	+ 58,3 %
Fahrlässige Tötung	+ 20,9 %

Leichte Körperverletzung	+ 35,7 %
Gefährliche Körperverletzung	+ 60,3 %
Fahrlässige Körperverletzung	+ 74,2 %
Einfacher Diebstahl	+ 6,8 %
„ „ in wiederholt. Rückfalle	+ 9,1 %
Schwerer Diebstahl	+ 29,3 %
„ „ im Rückfalle	+ 22,9 %
Unterschlagung	+ 26,9 %
Raub usw.	+ 27,3 %
Erpressung	+ 70,6 %
Einfache Hehlereien	+ 28,6 %
Betrug im Rückfalle	+ 38,8 %
Urkundenfälschung	+ 46,9 %
Sachbeschädigung	+ 37,5 %
Vorsätzliche Brandstiftung	+ 4,0 %
Fahrlässige Brandstiftung	+ 34,5 %

Die Kriminalität unserer Jugend ist mithin stetig ungünstiger geworden.

Den Störungen des gesellschaftlichen Friedens durch die Verbrecher stehen zur Seite die Lohnkämpfe der Arbeiter mit ihren „Angriffstreiks", „Abwehrstreiks", Aussperrungen, Streikposten, Kämpfen gegen die Arbeitswilligen usw. Nach dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" forderte die Streikbewegung in Deutschland innerhalb der letzten sechs Jahre:

	Verlust an Arbeitszeit:	Verlust an Arbeitsverd.:	Zahl der Ausständig.:	Aus-gesp.:	Zu-sammen:
1900	1223702 Tage	4412850 Mk.	121803	9385	131888
1901	1194553 „	3997082 „	55262	5414	60676
1902	965317 „	3759350 „	53912	10305	56217
1903	2622232 „	7675937 „	85603	35273	120876
1904	2120145 „	7825369 „	113480	23760	137240
1905	7362902 „	28869200 „	408145	118665	526810

Die Baraufwendungen der Arbeiterorganisationen für diese Kriegsführung waren nach der gleichen Quelle:

1895 = 424231 Mark
1900 = 2936030 „
1905 = 10933724 „

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ bemerkt hierzu wörtlich: „Dennoch waren die Kämpfe des Jahres 1905 nur ein Vorpostengefecht eines seiner Entwicklung entgegengehenden grossen schweren Kampfes. Das Proletariat muss noch gewaltige Opfer bringen, um bereit zu sein. Wir müssen die strategischen Bewegungen unserer Gegner, der Unternehmerorganisationen, genau beobachten und unsere Massnahmen danach einrichten. Wir stehen dauernd im Kampfe“. Inzwischen haben sich die persönlichen Beziehungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern wesentlich verschlechtert und die Unternehmerorganisationen machen solche Fortschritte, dass sie binnen wenigen Jahren jeder Streikbewegung der Arbeiter unbedingt gewachsen zu sein hoffen. Das alles spielt sich täglich vor den Augen der Staatsgewalt ab, welche zumeist die Rolle des ganz unbeteiligten Zuschauers übernimmt. Aber es handelt sich hier in Wahrheit doch um nichts anderes, als um einen fortwährend sich verschärfenden Bürgerkrieg, wie das neuerdings auch von so hervorragenden Fachleuten, wie Geheimrat Dr. Zacher und Nicholas P. Gilman ausgesprochen wurde.

Damit in diesem Bilde der wachsenden Friedensstörungen auch die Unruhen auf dem Lande nicht fehlen, sei aus neuester Zeit an die Bauernaufstände in Rumänien, Bessarabien, Russland und Frankreich erinnert. Dazu kommen die fast ständigen Agrarrevolten in Ungarn, Italien und Spanien, die allerdings mehr den Charakter von Lohnbewegungen der ländlichen Arbeiter tragen.

Den wachsenden gährenden Friedensstörungen entspricht eine stetige Ausbreitung der politischen Partei der Unzufriedenen, der Sozialdemokratie. Bei den deutschen Reichstagswahlen wurden sozialdemokratische Stimmen gezählt:

1871 : 101927,
1874 : 351670,
1877 : 493447,
1878 : 437158,
1881 : 311961,
1884 : 549990,
1887 : 763128,
1890 : 1427298,
1893 : 1786738,
1898 : 2107076,
1903 : 3010771,
1907 : 3259020.

Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im deutschen Reichstage war:

1871 : 1,
1881 : 12,
1890 : 35,
1898 : 56,
1903 : 81,
1907 : 43.

Die „rote Internationale" fasst in ihrem vorbereitenden Bericht für den Stuttgarter Sozialistenkongress 1905 durch den belgischen Sozialisten Vandervelde ihre Fortschritte während der letzten Jahre in folgende Ziffern: In Frankreich gehören dem Parlamente 52 Sozialisten an. In England sitzen im Unterhause 50 Handarbeiter, von denen 29 sich der Arbeiterpartei zuzählen. In Belgien stieg die Zahl der Abgeordneten der Arbeiterpartei von 28 auf 30 unter 166 Mitgliedern, in

Dänemark von 16 auf 28 unter 114 Mitgliedern, in Schweden von 4 auf 15, in Norwegen von 3 auf 10. Endlich hat in jenen Ländern, wo die Arbeiterklasse zum ersten Male Gelegenheit hatte, zum Parlament zu wählen, nämlich in Finnland, Russland und Oesterreich, der Sozialismus sofort einen stärkeren Anteil an der Volksvertretung errungen, als in jedem anderen Lande. In Italien, der Schweiz und Deutschland ist zwar auch die Zahl der sozialistischen Stimmen weiter gewachsen, aber die Zahl der Gewählten ist gesunken. Wer will angesichts der fast allgemeinen Verschlimmerung der Krankheitssymptome am Volkskörper ernstlich behaupten, dass durch diese wenigen „besseren" Wahlen aus letzter Zeit ein innerer Gesundungsprozess schon eingeleitet worden wäre?

E.

Die Diagnose.

Vorbemerkung: Es gibt offenbar zwei prinzipiell verschiedene Arten politisch zu denken, von denen die eine als politisch-juristische, die andere als politisch-naturwissenschaftliche Methode bezeichnet werden kann.

Die politisch-juristische Denkweise liegt namentlich den Staatsmännern und Politikern in den modernen Verfassungsstaaten recht nahe Dem Wortlaut der Verfassung gemäss hat ein bestimmter Teil der Bevölkerung das politische Wahlrecht. Die Aktionen im politischen Leben werden in vielfacher Hinsicht beurteilt nach der Wahlbetätigung dieser berechtigten Bevölkerung. In den meisten wichtigeren Fragen ist die Regierung an die Zustimmung einer parlamentarischen Majorität gebunden. Verfassungsmässig haben wir in den verschiedenen Parteien eine durchaus gleichberechtigte Volksvertretung zu erblicken. Um daraus Majoritäten zn bilden, empfiehlt es sich, auch die Forderungen der verschiedenen Parteien als prinzipiell gleichberechtigt zu betrachten, um dann durch all diese Verschiedenheiten eine „mittlere Linie" in der Weise zu legen, dass sich darauf eine parlamentarische Mehrheit vereinen lässt. Das alles ist so einfach und naheliegend, dass es fast als selbstverständlich erscheinen möchte. Und doch ist diese heute auch in fast der ganzen nationalökonomischen Literatur vertretene Methode eine in hohem Maasse bedenkliche. Der z. B. immer noch andauernde und sonst geradezu unverständliche Streit der Wissenschaft über Schutzzoll und Freihandel kann nur durch die allgemeinere Anwendung dieser politisch-juristischen Denkweise eine verzeihliche Erklärung finden.

Die politisch-naturwissenschaftliche Methode geht nicht von den Parteien und Wahlen, sondern vom Volksganzen aus und sie erblickt in diesem Ganzen des Volkskörpers einen Organismus. Das bedeutet, dass die verschiedenen Teile bezw. Gruppen des Volkes nicht etwa nur wie ein, auf der gleichen Welle aufgereihtes Räderwerk zu betrachten sind, welches ein beliebiges Auswechseln der einzelnen Nummern leicht gestattet, sondern, dass sie unter normalen Verhältnissen eine Lebenseinheit darstellen, welche durch die Abtrennung auch nur eines Teiles rettungslos der Auflösung verfällt. Die bekannte agitatorische Frage, welche auch in mehr als einer wissenschaftlichen Abhandlung über „Schutzzoll oder Freihandel?“ wiederkehrt: „Was kosten uns die Agrarier?“ ist etwa ebenso berechtigt, wie die Frage der Glieder des menschlichen Körpers: „Was kostet uns der Magen?“ Der leider heute so dominierende Grundsatz: „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen!“ ist im Sinne einer organischen oder politisch-naturwissenschaftlichen Auffassung prinzipiell verwerflich. An seine Stelle ist der Grundsatz: „Leben und Lebenlassen!“ zu rücken. Das alles gilt unter normalen Verhältnissen.

Es gibt aber auch im Völkerleben Abweichungen von der Norm. Diesen Zustand bezeichnet die politisch-naturwissenschaftliche Auffassung als „krank“, im Gegensatz zu „gesund“. Eine ernstere Erkrankung des Volkskörpers ist sicher dort eingetreten, wo sich wesentliche Teile des Volkes ernst bekämpfen. Der Zustand des Klassenkampfes, den die heute herrschende Nationalökonomie als etwas selbstverständlich Gegebenes betrachtet, muss nach politisch-naturwissenschaftlicher Auffassung als ein in hohem Maasse bedenklicher krankhafter Zustand bezeichnet werden, der mit allen verfügbaren Mitteln tunlichst bald zu beseitigen ist. Unter diesem Gesichtswinkel sind die Forderungen der ver schiedenen Parteien keineswegs immer gleichberechtigt. Nur die Forderungen der noch gesunden Volksteile können gleichwertig erscheinen. Wo die Krankheit einzelne Volksglieder schon stark erfasst hat, sind in der Regel auch die Forderungen derselben durch und durch krank. So z. B. der Antrag der Homosexuellen auf Aufhebung des § 175 des R. St. G. B. Und wie der gute Arzt die Krankheit bekämpft, um den Körper zu heilen, so muss unter ähnlicher Voraussetzung auch der gute Staatsmann krankhafte Parteiforderungen nicht nur abweisen, sondern das Ziel seiner aktuellen Politik darin erblicken, diese krankhaften Erscheinungen verschwinden zu machen. Eine politische „mittlere Linie“ zwischen gesunden und

kranken Parteiforderungen gibt natürlich wieder eine Krankheit, welche auf die Dauer nur mit dem Untergang des Staates und seiner Kultur enden kann. Diese politisch-naturwissenschaftliche Auffassung ist natürlich nichts Neues. Sie ist seit Jahrtausenden bekannt. Schon die politisch besonders begabten griechischen Völker haben, unter der Führung eines Aristoteles, die Begriffe Organ, organisch und Organismus als politische Begriffe sehr gut formuliert. Jedes Organ hat den Grund seines Daseins nur im Ganzen, dem es angehört. Daher besitzt es auch nur im Zusammenhang mit dem Ganzen Leben. Die bestehende Vereinigung einer bestimmten Anzahl von verschiedenen Organen zu einem lebensfähigen Ganzen heißt Organismus und gestaltet sich immer komplizierter, je höher derselbe in der Reihenfolge der Lebewesen steht. Die einzelnen unter sich verschiedenen Organe erhalten sich gegenseitig. Aristoteles legt besonderes Gewicht darauf, dass die Selbständigkeit eines Staates auch in der möglichst unabhängigen Deckung seiner wichtigsten Lebensbedürfnisse Ausdruck finde. Materielle Abhängigkeit vom Auslande in der Versorgung mit den wichtigen Gütern des täglichen Bedarfes führt leicht zu ernsten Verwicklungen bei internationalen Krisen. Pythagoras auf Samos hat dem gleichen Gedanken nur einen anderen Ausdruck gegeben, wenn er in der volkswirtschaftlichen Entwicklung eine harmonische Proportion zwischen Ackerbau, Handel und Industrie forderte. Die älteste römische Ueberlieferung hat uns die altklassische Fabel des Menenius Agrippa von dem Magen und den Gliedern erhalten, welche nach Livius also lautet: „Zu der Zeit, als noch im Körper alle Kräfte harmonisch zusammen wirkten und doch jedem Gliede sein besonderer Zweck und sein eigenes Wort unbenommen blieb, da gerieten einmal die übrigen Körperteile in Unmut, dass durch ihre unermüdliche Dienstleistung dem Magen alles zugeführt werde, der Magen aber da mitten drin sich in behaglicher Ruhe an den dargebotenen Genüssen gütlich tue. Da verschworen sie sich, die Hände sollten keine Speise mehr zum Munde führen, der Mund, falls sie es doch täten, keine mehr aufnehmen und die Zähne das Kauen einstellen. Wie sie so in ihrem Grimme den Magen durch Hunger bezwingen wollten, bekamen Leib und Glieder miteinander die Auszehrung. Da zeigte sich klar, daß auch des Magens Dienstleistung eine keineswegs passive sei, daß er ebenso wohl Nahrung spende, als empfange, indem er in sämtliche Körperteile das Blut zurück sende als Element des Lebens und der Kraft und

es gleichmäßig in die Adern verteile, so wie es durch die Verdauung der Speisen gewonnen." Livius fügt noch hinzu: „So zeigte er (Menenius Agrippa) vergleichsweise, wie der innere leibliche Aufruhr ein Bild des Grolles der Plebejer gegen die Patrizier sei, und es gelang ihm, das Volk zur Vernunft zu bringen. Die Auswanderung der Plebejer auf den heiligen Berg blieb eine Drohung. Die Plebejer kehrten nach Rom zurück." Dieser klassischen Fabel spricht die Geschichte ein Alter von 2400 Jahren zu.

Aus dem griechischen und römischen Altertum hat die Kirche die organische Auffassung des Staates und der Volkswirtschaft übernommen. Der Lehensstaat wie auch der Ständestaat waren ein vortrefflich organisiertes organisches Gebilde. Hier schließt heute jene Spezialliteratur an, welche in der Vorbemerkung zum Abschnitt A. Seite 5 und 6 dieses Bandes genannt wurde.

Die aus der Entwickelungsgeschichte der Völker vorausgeschickten Tatsachen zwingen uns weiter zu folgenden wichtigen Schlussfolgerungen:

1. Die in Raum und Zeit verschiedensten Völker zeigen in ihrem Niedergang wesentlich gleichartige Krankheitssymptome. Schon daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, dass die verschiedensten Völker der Geschichte volkswirtschaftlich an derselben Krankheit zu Grunde gegangen sind.

2. Die zahlreichen Versuche hervorragender Politiker und Staatsmänner, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse ihres Landes zu heilen, lassen klar erkennen, dass diese Heilung dauernd nur dann gelingt, wenn sie in logisch konsequenter Weise durchgeführt wird und mit ihr eine zweckdienliche Vorbeugung gegen Rückfälle (Prophylaxis) sich verbindet. Wo ein noch so energisch eingeleiteter Heilungsprozess unscheinbare Eiterreste übergeht, zeigen sich alle Hoffnungen auf ein Gesunden trügerisch. Das Gleiche gilt für jede erfolgreiche Heilung ohne eine anschliessende kraftvoll vorbeugende Politik. Bei keinem Organismus sind andere Beobachtungen zu erwarten.

3. Wo die Krankheitssymptome die gleichen sind und die gleichen therapeutischen Maßnahmen sich bewähren, da muß auch die Diagnose gleich lauten.

Und wie nennen wir diese völkermordende Krankheit? Die heutige Nationalökonomie lässt diese Frage unbeantwortet. Wie schon im I. Band, S. 34 und 35 und S. 158 ff. betont wurde, gefällt sich das moderne nationalökonomische Spezialistentum darin, in seinen Monographien jedes Symptom als eine selbständige Krank-

heit zu betrachten und ohne Kenntnis des Ganzen reformatorisch zu behandeln. Eine solche Methode muss natürlich an der Oberfläche haften bleiben. Sie ist auch ganz unvereinbar mit dem Begriff der Volkswirtschaft als Organismus. Und speziell in diesem, der Diagnose gewidmeten Abschnitt werden wir die Unhaltbarkeit der herrschenden nationalökonomischen Auffassung zu beweisen haben, indem wir zunächst zeigen, wie die verschiedensten wirtschaftspolitischen Spezialfragen der Gegenwart sich zuletzt alle auf die gleiche Krankheitsursache zurückführen und dann den Zusammenhang aller wesentlichen Missstände mit dieser eigentlichen Krankheitsursache aufdecken. So wird an Stelle der Spezialforschung die Erkenntnis der Erkrankung des Ganzen, an Stelle der Vielheit die Einheit der Diagnose treten müssen, was offenbar wesentliche Voraussetzungen für eine wirklich erfolgreiche therapeutische Behandlung des sozialen Körpers sind.

* * *

1. Die landwirtschaftliche Krisis.

a) Die landwirtschaftliche Krisis als Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte.

Als mit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Getreidepreise in Mitteleuropa sich zu senken begannen, lag zum Mindesten für den preishistorisch geübten Blick die Vermutung nahe, dass es sich um einen so häufig beobachteten Wechsel der sieben fetten und sieben mageren Jahre handle.

Die alttestamentarische Geschichte von Josef in Egypten weist zwar schon darauf hin, dass dieser natürliche Wechsel der Jahre durch Vorratsansammlungen ausgeglichen wird. Und weitblickende Fürsten, wie Friedrich der Grosse, haben auch erfolgreich mit Hülfe staatlicher Getreidevorräte eine Politik der mittleren Getreidepreise in den natürlichen Wechsel der Jahre aus-

gleichend hineingelegt. Aber die siebziger und achtziger Jahre vergingen, ohne dass die fetten Jahre gekommen wären. 1890/1 brachten zwar ausreichende Getreidepreise. Aber dem folgte von 1893 ab die noch schärfere Senkung der argentinischen Konkurrenz. Hier war offenbar von „natürlichen Verhältnissen“ nur in dem Sinne die Rede, in welchem bei jeder Krankheit von einer natürlichen Entwicklung gesprochen werden kann. Krankhaft, zersetzend für den Wohlstand des Landes und namentlich der landwirtschaftlichen Bevölkerung war diese Preisbewegung offensichtlich. Es fragte sich nur: was war hier die Krankheitsursache, um diese Misstände wirklich beseitigen zu können.

In Presse, Literatur und Parlament hatte sich zunächst die sogenannte „Ueberproduktionstheorie“ eingenistet. „Wir werden überschwemmt mit Getreide.“ In allen sogenannten Konkurrenzländern, wie Nordamerika, Russland, Indien, war eine fast unheimliche Zunahme der Getreideproduktion oder doch des Getreideexports zu beobachten. Tatsächlich zeigten sich auch da und dort lokale Stauungen der Getreidebewegung, welche den herrschenden Glauben an die Ueberproduktion in Getreide zu stützen schienen. Trotzdem konnte von einer Ueberproduktion in Getreide ernstlich nicht gesprochen werden.

Was versteht man überhaupt unter Ueberproduktion? Offenbar: einen Zustand, in welchem die Produktion dem Bedarf mehr oder minder wesentlich vorausgeeilt ist. Aus diesem Grunde musste die ungarische Mühlenvereinigung vom 1. Oktober 1897 ab ihre Produktion um 50 % einschränken. So war die deutsche Spiritusindustrie vor ihrer Produktionseinschränkung im Syndikat mit einem unverkäuflichen Spiritusvorrat gleich 25 % der Jahresproduktion belastet. So erzeugte die deutsche Zementindustrie 1901 etwa die doppelte Zementmenge des wahrscheinlichen

Jahresbedarfs. So könnten die heute vorhandenen alten Kaliwerke leicht das Dreifache jener Kalimenge produzieren, welche tatsächlich verbraucht wird. In all diesen Fällen spricht man mit Recht von einer vorhandenen oder drohenden Ueberproduktion. Wie aber lagen statt dessen die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt z. B. zur Zeit der sogenannten argentinischen Konkurrenz?

Die Weizenausfuhr aus Argentinien stieg:

von 22806 To. im Jahre 1889
auf 395900 „ „ „ 1891
auf über 1 Million To. „ „ 1893

Damit war Weizen in Mitteleuropa fast unverkäuflich geworden. Im Oktober 1894 fiel der Weizenpreis für die Tonne an der Berliner Börse auf den unerhörten Tiefstand von 120 Mark — trotz des deutschen Weizenzolles von 35 Mark. — 1891 hatte Berlin einen Jahresdurchschnittspreis von 224 Mark pro Tonne Weizenlieferware. Den mitteleuropäischen Landwirten hat man damals allen Ernstes den Rat gegeben, an Stelle des Weizenbaues Viehzucht und Handelsgewächsbau zu treiben.

Welche Weizenmenge hatte das Gefühl der Ueberproduktion im Markte hervorgerufen? Die argentinische Weizenausfuhr war von rund 400000 To. im Jahre 1891 auf rund 1 Million To. im Jahre 1893 gestiegen. Das ergibt für den Weltweizenmarkt eine Exportzunahme um 600000 To. Die Weltweizenernte von 1893 wird auf 66 Millionen To. geschätzt. Der argentinische Weizenexport hatte mithin die Weizenmenge auf dem Weltmarkt von 1891 bis 1893 um nicht ganz 1 % vermehrt. Offenbar kann in einem solchen Falle von einer Ueberproduktion gar nicht gesprochen werden.

Eine andere Vorstellung von der Ueberproduktion in Getreide knüpft an die vorhanden gewesenen oder noch vorhandenen Flächen „jungfräulichen Bodens“ an. Aber

diese Betrachtung vergisst, dass der „jungfräuliche" Boden in den Konkurrenzländern bekanntlich in seinen Erträgen mehr oder minder bald zurückgeht und dass schon deshalb neue Ländereien bestellt werden müssen, um die Gesamterträge des Landes annähernd auf der Höhe der Konsumentwicklung zu halten. Der intensive Getreidebau mit Düngung führt sich hier erst recht langsam ein. Dieser Zuwachs an Neuland ist in Ländern mit junger Kultur etwas ebenso Normales wie das Wachsen der Erträge auf der gleichen Fläche in alten Kulturländern. So ist z. B. in Deutschland der Weizenertrag pro Hektar von 11,3 Dz. im Jahre 1881 auf 20,3 Dz. im Jahre 1906 gestiegen. Das alles begründet nicht die Tatsache einer Ueberproduktion in Getreide. Auf dem internationalen Agrarkongress in Budapest 1896 wurde unter allgemeiner Zustimmung die Parole ausgegeben: „Agrarier aller Länder vereinigt Euch!" In Paris kam dann im Sommer 1900 die „Internationale landwirtschaftliche Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise" zu stande. 1906 wurde die Welt-Agrar-Kammer in Rom gegründet. In all diesen Fällen hat die Ueberzeugung geherrscht, dass unter normalen Verhältnissen die Landwirte der verschiedenen Länder sich keine ungesunde Konkurrenz bereiten. Die Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte aber ist etwas durchaus krankhaftes, etwas abnormales. Es gilt die eigentliche Ursache dieses Krankheitszustandes zu erkennen. Und deshalb führt uns hier die Betrachtung auf ganz andere Gebiete, als sie in den üblichen Monographien über die auswärtige landwirtschaftliche Konkurrenz behandelt sind, nämlich:

α) zur Ausbildung des modernen internationalen Spekulationsmarktes in Getreide;

β) zur Geschichte der internationalen Transportkosten für Getreide und

γ) zur kapitalistischen Erschliessung der landwirtschaftlichen Konkurrenzländer.

b) Zur Ausbildung des modernen internationalen Spekulationsmarktes in Getreide.

In früheren Zeiten haben im Süden und Westen Deutschlands „gute Männer“ um Martini (10. November) den „Martinischlag gesetzt“ und darin den wahrscheinlichen Durchschnittspreis für Getreide im laufenden Erntejahr zu schätzen versucht. Dies erfolgte auf Grund einer persönlichen Augenscheinnahme des Ernteausfalls der Umgegend, soweit dieselbe zur Versorgung des betreffenden Marktes in Frage kam. Der Marktpreis an den einzelnen Markttagen bestimmte sich nach dem Verhältnis der zugefahrenen Getreidemengen zu dem bekannten Bedarf. Die durch solche Verhältnisse bedingten stärkeren Preisschwankungen wurden etwas gemildert durch staatliche, städtische und private Getreideläger, welche bei billigen Preisen angesammelt wurden, um bei hohen Preisen abgesetzt zu werden. Die Wasserläufe im Lande änderten wenig an diesem Zustande der Verkehrsverhältnisse für Getreide. Flussregulierungen kannte man noch nicht. Man liess „Gottes Wasser über Gottes Land laufen.“ Und auf den Meeren, welche die europäische Küste bespülen, entwickelte sich verhältnismässig früh schon, von dem Bedarf der Handelsstaaten ausgehend, ein europäisch-internationaler Getreidehandel, welcher aus Russland, Polen, Livland und den östlichen Provinzen von Preussen, in Danzig hauptsächlich sein Getreide sammelte, um es seit Ausgang des XVI. und Anfang des XVII. Jahrhunderts unter vielen Zu- und Abflüssen, um den europäischen Kontinent herum bis an die norditalienischen Handelsstädte zu verfrachten. Kamen auf dem Kontinent ungünstige Erntejahre, so versuchte man die Deckung des Fehlbetrages beim Nachbarn, der dann wieder bei seinem Nachbar die Nachfrage erhöhte. So kaufte während der Revolutionsjahre der Franzose von

dem Schweizer, der Schweizer von dem Schwaben, der Schwabe vom Bayern. So holte 1811 Spanien einen grossen Teil seines Getreidebedarfs aus Italien, Italien deckte sich dann in Tirol und der Schweiz und diese schliesslich in Schwaben, Bayern und Oesterreich. Selbst in grösseren Einheitsstaaten, wie Frankreich, handelten die einzelnen Provinzen bis Ende des XVIII. Jahrhunderts in Fragen der Getreideversorgung fast als selbständige Staaten. Es kann deshalb kaum überraschen, dass noch um das Jahr 1800 für einen Getreidetransport von Magdeburg nach Hamburg z. B. 14 mal Zoll gezahlt werden musste. *Die Beteiligung des spekulativen Kapitals am Getreidemarkt war in dieser Zeit in der Regel bei Todesstrafe verboten.*

In diese Verhältnisse des alten Getreidemarktes hat der Ausbau der modernen Verkehrswege mit der fortschreitenden Verbilligung der Transportkosten, mit der immer grösseren Raschheit und Sicherheit des Güter-, Personen-, Zahlungs- und Nachrichtenverkehrs gewaltige Veränderungen gebracht. An die Hauptmärkte Mitteleuropas wurden alle übrigen Teile der Erde zu einem Weltmarkt für Getreide angegliedert. Jetzt war es unmöglich geworden, durch eigene Augenscheinnahme an der Ware selbst die Lage des Marktes zu beurteilen. Die Mengen, wie auch die räumliche Verteilung des fraglichen Getreides mussten diese Prozedur ausschliessen. So ist denn jetzt an die Stelle der Besichtigung der Ware selbst die *Nachricht über die Ware* getreten. Die Gesamtheit der im Markte vorhandenen Nachrichten nennt man die *Marktmeinung*. Und die *Marktmeinung bestimmt den Preis.*

All diese Umwandlungen liegen erst wenige Jahrzehnte hinter der Gegenwart zurück. Die Haupteisenbahnlinien in Europa und Nordamerika wurden in den sechziger und

siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gebaut. Die für den Weltmarkt charakteristische Statistik der sichtbaren Getreidevorräte beginnt in Nordamerika mit dem Jahre 1873, in England mit 1877. Trotzdem der erste Kabeltelegraph zwischen Nordamerika und Europa schon 1866 fertiggestellt wurde, waren die englischen Fachzeitschriften für den Getreidehandel noch im Jahre 1880 für Nachrichten von aussereuropäischen Märkten in der Hauptsache auf briefliche Mitteilungen angewiesen.

Jetzt war die Beteiligung des spekulativen Privatkapitals an der Preisbildung für Getreide freigegeben. Die Freihandelstheorie hatte gesiegt. Und speziell für den Freihandel mit Getreide verkündete man die Lehre: Der Weltmarkt für Getreide habe in jedem Monat eine neue Ernte. Die Getreidefelder der ganzen Erde würden nie gleichmässig von einer Missernte heimgesucht. Deshalb käme für den Getreideweltmarkt die Gefahr einer Missernte nicht mehr in Betracht. Extreme Preisschwankungen, wie in früheren Zeiten, seien fortan ausgeschlossen. Die Bewegung der Getreidepreise werde eine stetigere sein. Das spekulative Privatkapital hat sich jetzt vor allem des internationalen Nachrichtendienstes für den Getreidemarkt bemächtigt. Dem ging zur Seite die moderne Organisation der Lieferungsgeschäfte, welche in den führenden modernen Getreideterminbörsen eine grossartige Organisation des Blankoangebots erhielten. Das alles war international zu Anfang der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts fertig geworden. Inzwischen hatte sich im mitteleuropäischen Mühlengewerbe der Prozess der Umwandlung der alten Kundenmühle in eine Handelsmühle ausgebreitet, wodurch der Nur-Müller der alten Zeit auch Getreide- und Mehlhändler geworden war mit einer früher ungekannten Ausdehnung der Lieferungsgeschäfte in Getreide und Mehl. Die führenden Getreidetermin-

börsen besassen mindestens ihre eigene Telegraphenleitung. Die Börse in Chikago beanspruchte bald mehrere Hundert Telegraphenapparate, welche täglich Tausende von Börsentelegrammen expedierten, Ein telegraphischer Nachrichtenaustausch z. B. zwischen Chikago und Liverpool benötigte bald nur einen Zeitaufwand von nicht ganz sechs Minuten. Wer mit der Börse in Verbindung stand, hatte Anteil an dieser Riesenproduktion von Marktnachrichten.

Inzwischen war bei den Landwirten wenig oder nichts zur Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse geschehen. Die „guten Männer" und der „Martinischlag" kamen nicht mehr in Betracht. Sie waren mit dem alten Lokalmarkt verschwunden. So wandte sich denn die Produktion vertrauensvoll an den Handel mit der Frage: „Was gilt mein Weizen?" Wenn es hoch kam, wussten die Landwirte den Marktpreis vom vorhergehenden Tage. In den unteren Donauländern und in Russland stellten die Bauern dem Getreideaufkäufer ihre Ware auf seine Wage mit der Bitte: „Sage mir Väterchen, wieviel das ist und was Du mir dafür geben kannst?" In Indien blieb es eine Aufgabe der Zauberer, den Rayot über die Menge seines geernteten Getreides aufzuklären. Kann es überraschen, dass die neue Preisbewegung auf dem Getreidemarkte wie eine dämonische Welle über die Landwirte aller Länder hereingebrochen ist? Bald da, bald dort zeigten sich lokale Stauungen im Verkehr. Das heimische Getreide war für den Moment unverkäuflich. Dazu das ganz allgemeine Gerede von der riesigen Ueberproduktion in Getreide. Wachsende Mutlosigkeit bemächtigte sich der Getreidebauern international. Der Börsenpreis herrschte fast unbeschränkt. Damit hatten die Baissespekulanten an den führenden Terminbörsen das Heft in Händen. Das Erntejahr 1890/91 brachte zwar wieder bessere Preise. Aber diesen folgte, 1893, 1894, 1895 der fast hoffnungslose Tiefstand der sogenannten argentinischen Konkurrenz.

Was ist nun das eigentlich Ungesunde, das Krankhafte an diesen Ereignissen? Offenbar die Preisbildung für Getreide unter der Herrschaft des spekulativen Privatkapitals. Die Theorie hat hier die Phrase bereit: „Diese Preisbildung sei eine durchaus natürliche, nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage oder von Vorrat und Bedarf.“ Man hat nur noch niemals einen Vertreter dieser Anschauung finden können, welcher anzugeben wusste: Wie gross denn an einem bestimmten Tage z. B. Angebot und Nachfrage in der Welt bei Weizen oder Roggen sei? In den letzten Herbstmonaten eines jeden Jahres veröffentlicht das ungarische Ackerbauministerium eine jetzt vortreffliche Welternteschätzung. Das wäre für das laufende Erntejahr eine Verhältniszahl für Vorrat und Bedarf. Aber das spekulative Kapital müsste darnach Jahrespreise festsetzen, wie die „guten Männer“ der alten Zeit ihren „Martinischlag“ bestimmten. Unsere Getreidebörsen haben es bekanntlich mit einer Preisbildung zu tun, welche nicht nur von Tag zu Tag, sondern während der Börsenzeit von Sekunde zu Sekunde wechselt. Wie könnten hier Jahresernten bestimmend sein? Die Nordamerikaner und Engländer haben hier eine plausiblere Antwort bereit. Sie sagen: ihre Statistik, der „sichtbaren Getreidevorräte in der Hand des Handels“ sei etwa dasjenige Quantum, das angeboten sei. Nehmen wir einmal an, dass dem so wäre. Jedenfalls zeigt diese Ziffer der sichtbaren Vorräte den weitgehendsten Einfluss auf die Preisbewegung. Und eine längere Reihe von Beobachtungen berechtigt zu der Regel: „Wenn diese sichtbaren Vorräte um 1% der Ernte abnehmen, steigen die Preise um 10%; wenn diese Vorräte um 1% der Ernte zunehmen, fallen die Preise um 10%.“ Aber — der moderne Verkehr rechnet doch mit den Verhältnissen der ganzen Erde. Wie gross sind nun die

„sichtbaren Vorräte“ in all den anderen Ländern ausserhalb Nordamerika und England? Wir wissen es nicht. Solche Ziffern gibt es gar nicht, trotzdem die übrige Welt vier mal mehr Weizen und 40 mal mehr Roggen erntet, als diese beiden vorgenannten Länder zusammen. Also ist es auch nicht möglich, dass sich diese heutige Getreidepreisbildung weltwirtschaftlich nach Angebot und Nachfrage richtet. Auf dem nordamerikanischen Maismarkt beherrschen die Preise für den Export den allgemeinen Markt. Nun wurden in den Jahren 1902 bis 1906 von der gesamten Maisernte in Nordamerika tatsächlich exportiert: 3,8%, 1,9%, 4,1%, 4,2%. Von der deutschen Kartoffelernte werden durchschnittlich verwendet:

zur Spiritusbrennerei	6%
„ Stärkefabrikation	4%
„ Speiseverwertung	18%
„ Saat	15%
„ Verfütterung	47%
Fäulnisverlust	10%
	100%

Der deutsche Kartoffelpreis aber wird im Wesentlichen bestimmt durch die 4%, welche im Markte für die Stärkefabrikation erworben werden! Es sind also geradezu lächerlich kleine Warenmengen, welche auf den Marktpreis einen bestimmenden Einfluss ausüben. Um so bedenklicher müssen jene Marktorganisationen wirken, welche das Angebot vervielfältigen. So ist es bei den mittleren und kleinen Getreidemühlen Sitte, auf je 5 bis 10 Tonnen Tagesvermahlung schon einen Mehlverkäufer zu halten, während bei den Grossmühlen auf je 90 bis 100 Tonnen Tagesvermahlung erst ein Mehlverkäufer kommt. Nürnberger Bäcker, welche ihr Mehl von auswärts beziehen, werden öfter an einem Tag von etwa sechs Agenten der umliegenden Mühlen besucht. Wenn so das Mehl

wie saueres Bier ausgeboten wird, kann es nicht überraschen, dess der Mehlmarkt fast dauernd unter einer Baissestimmung zu leiden hat. Ebenso ungünstig wirkt auf den Getreidemarkt die moderne Organisation des Blankoangebotes auf den Terminbörsen. Mat hat für einzelne Terminbörsen nachgewiesen, dass das 30 bis 60fache Quantum der wirklich umgesetzten effektiven Ware in Papiergetreide gehandelt wurde. Die bekannte Verteidigung dieser Blankoverkäufe: sie könnten den Markt nicht ungünstig beeinflussen, weil jedem Verkauf ein Kauf gegenüberstehe und dadurch ausgeglichen werde, ist auf Seiten der Wissenden eine Lüge, auf Seiten der Unwissenden ein Irrtum. Zunächst fragt es sich hier, ob die Hausse- oder die Baisseseite die Initiative hat, dementsprechend wird die Preisbewegung geführt. Sobald der Markt überrascht wurde, werden eine Menge Angebote der führenden Seite gar nicht aufgenommen, bis die Preisdifferenz gross genug ist, um einen Spekulanten wieder zur Teilnahme zu locken. Deshalb hat die Börse in Chikago schon Preisschwankungen um 10 Cents (etwa 15 Mark pro Tonne) und mehr innerhalb derselben Börsenstunde gehabt. In diesen Fällen ist dann der Preis reinste Spekulationsmache.

Weit richtiger als die unerwiesene und unerweisbare Phrase: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis! trifft auch heute noch ein altes Sprichwort aus dem XVI. Jahrhundert den Nagel auf den Kopf: „Geld macht den Markt!“ Das Geld beherrscht den nationalen wie internationalen Marktnachrichtendienst und bestimmt damit die Marktmeinung. Die Herrschaft des Geldes über die Marktnachrichten scheidet die Marktinteressenten in die kleine Zahl der „Wissenden“ und in die Masse der „Unwissenden“, auch „Hammelherde“ genannt. Die Höhe des Zinsfusses ist eine der wichtigsten Voraussetzungen

für den Umfang der Spekulationsbeteiligung im Markte. Das Alles gibt die Börsensprache auch offen zu. Man spricht von einem „manipulierten Markt“, wenn ihn ein Spekulant derart beherrscht, dass er die Preise nach Belieben steigen oder fallen lassen kann. Andere Börsenausdrücke dieser Art sind: „Eines Mannes Markt“ oder „Den Markt melken“ oder „Scalpingmarkt“. Man spricht von einer „Tafke-Börse“, wenn die Preisbewegung den gerade entgegengesetzten Weg einschlägt, als alle Welt angenommen hatte. Die führenden Spekulanten lieben es nicht, die Gewinne mit zu viel Gesellschaft zu teilen. Deshalb werden von Zeit zu Zeit durch überraschende Ereignisse die „Mitläufer abgekehrt“.

Um das geradezu Ungeheuerliche der heutigen Getreidepreisbildung durch das spekulative Kapital allgemeiner verständlich zu machen, ist es notwendig, einen nirgends existierenden Zustand zu konstruieren. Man denke sich ein sehr grosses Restaurant, in welchem der Wirt als Erzeuger der Speisen und als Eigentümer der Getränke darauf verzichtet hätte, auf seiner Speise- und Weinkarte die Preise der bei ihm käuflichen Waren bestimmt und klar festzusetzen. Diese Preisnormierung sei einer Rotte von Spekulanten überlassen, welche sich am Büffet in der Regel aufhalten. Es sei um die Mitte des Vormittags, Gäste sind nur wenige oder keine da. Aber der Wirt lässt zur leichteren Befriedigung einer grösseren Nachfrage um die Mittagszeit die Vorräte an Speisen und Getränken anwachsen. Sofort beginnen die Spekulanten die Preise für diese Speisen und Getränke herabzusetzen. Noch mehr! Eben diese Spekulanten haben nach Analogie der Terminbörsen-Usancen das unbeschränkte Recht, auf dem Papier beliebig grosse Mengen Speisen und Getränke anzubieten, die sie garnicht besitzen. Dadurch fallen natürlich die Preise noch tiefer. Das bringt den Baissespekulanten

gerade Gewinn. Denn jetzt kaufen sie ihre ersten Blankoverkäufe billiger zurück von anderen Blankoverkäufern und streichen die Preisdifferenz zwischen den ersten „Verkäufen" und den „Deckungskäufen" als Gewinn in die Tasche. Ausserdem wird das Spiel der Preisschwankungen noch belebt durch gefälschte Nachrichten über die Grösse der Vorräte am Büffet, über die Vorräte in Keller und Küche usw. Und was all diese Misstände noch verschärft: diese Spekulanten verleiten ein mehr oder minder grosses „Publikum" zum Mitspielen. Nun schlägt es 12 Uhr. Die hungrigen und durstigen Gäste kommen zu allen Türen in das Lokal geströmt. Die Kellner haben alle Hände voll zu tun, die rege Nachfrage zu befriedigen. Die Vorräte am Büffet gehen flott weg. Sofort werden durch die Spekulanten die Preise entsprechend erhöht und weil die Blankoverkäufer es jetzt mit der Angst zu tun kriegen, am Schluss des Lieferungstermins „eingeklemmt" zu werden, kaufen sie ihre Blankoverkäufe im Markte zurück, machen ausserdem noch neue Käufe auf dem Papier für sich und ihre überredeten Spielgenossen hinzu und verstärken so jetzt die Teuerung ebenso sehr, wie sie vorher die Entwertung der Speisen und der Getränke verschärft hatten. Eine solche ganz ungeheuerliche und ganz unvernünftige Preisbildung kann natürlich nur dort sich auswachsen, wo die Produzenten von ihrem Hausrecht keinen Gebrauch machen, weil sie sich über die „neuen Verhältnisse" noch ungenügend unterrichtet haben.

Die Freihandelslehre hat sich aber auch in ihrer speziellen Begründung des Freihandels in Getreide als ein Irrtum erwiesen. Es ist nicht wahr, dass durch den Welthandel mit Getreide ein so grosses Gebiet umschlossen sei, dass Missernten nicht mehr zu befürchten wären. Wir haben innerhalb zehn Jahren zweimal eine internationale Missernte in Weizen gehabt: 1897/98 und 1907/8, welche

gegen das unmittelbare Vorjahr Mindererträge von acht bis zehn Millionen Tonnen, bei einer Weltweizenernte von 75 bis 90 Millionen Tonnen, ergeben haben. Dazu ist die Herbstbestellung für Weizen und Roggen 1907 so ungünstig verlaufen, dass eine zweite unmittelbar folgende internationale Missernte nicht ausgeschlossen ist. Die Missernte von 1897/98 wie von 1907/8 konnte noch einigermassen ausgeglichen werden durch Aufzehrung der Vorräte von etwa 3 bis 4 % der Welternte. Folgt aber eine zweite Fehlernte bei aufgezehrten Reserven, dann sind allerdings Hungersnotpreise von 300 bis 500 Mark pro Tonne Brotgetreide in Mitteleuropa fast unausbleiblich. Das alles sind durchaus unhaltbare ungesunde Verhältnisse, die nur zur Auswucherung des Volkes durch das Freihandelssystem und durch die Freihändler führen. Man weist mit Recht darauf hin, dass bei der russischen, indischen und argentinischen Konkurrenz auch die schlecht geordneten Währungsverhältnisse dieser Länder eine Rolle gespielt haben. Aber all diese Währungsmissstände sind nur die Folgen der Tatsache, dass der internationale Zahlungsverkehr dem spekulativen Privatkapital ausgeliefert wurde.

Die Festsetzung der internationalen Wechselkurse, der Kurse für Papiergeld und Silber sind diesem überlassen. Dazu kommen die Schuldaufnahmen des Staates und der Kommunen bei den Privatbanken. Der Zusammenwirkung dieser Faktoren verdanken wir die bedenklichen Schwankungen der Währungswerte.

Die eigentliche Ursache der ungesunden Preisbildung für Getreide liegt also in der führenden Stellung, welche hierbei das spekulative Privatkapital einnimmt, oder, um es noch allgemeiner auszudrücken: in dem heute herrschenden Kapitalismus.

β) **Zur Geschichte der internationalen Transportkosten für Getreide.** Seit Anfang der 70er bis Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts löste im internationalen Getreideverkehr eine Verbilligung der Transportkosten die andere ab. Für die Verfrachtung von 1000 kg Weizen auf der 3000 km langen Strecke von Chicago nach New-York waren 1872: 38,70 Mark; im Juni 1895 nur 8 Mark zu zahlen — eine Verbilligung auf nicht ganz den fünften Teil. Die russischen Eisenbahntarifsätze für Getreide waren 1870 pro Pud und Werst $^1/_{24}$ Kopeken und 1893 für 980 Werst und mehr auf $^1/_{123}$ Kopeken gefallen — eine Verbilligung auf weniger als den fünften Teil. Die Transportkosten für Weizen auf dem Seewege New-York—Liverpool 1868 = 100 gesetzt, ergibt ein Zurückgehen derselben im Jahre 1898 auf die Verhältniszahl von 29 — eine Verbilligung auf weniger als den dritten Teil. Diese Verbilligung der Transportkosten kann zwar nicht einfach dem Rückgang der Getreidepreise gleichgesetzt werden, wie es schon versucht wurde. Das Jahr 1898 z. B. hatte sehr niedrige Seefrachten von Amerika nach England, aber die Getreidepreise waren hoch. Das Jahr 1899 brachte für diese Route um $^1/_8$ höhere Seefrachten, die Getreidepreise waren aber wesentlich niedriger. Ein Herabgehen der Eisenbahnfrachten führte ebenso häufig zu einer Preissteigerung in den Exportgebieten wie zu einer Preissenkung in den Importländern. Aber im Allgemeinen darf gesagt werden, dass eine Verbilligung der Transportkosten auch eine entsprechende Verbilligung der Warenpreise bewirkt.

Welcher Einfluss brachte nun eine so weitgehende Herabsetzung der Getreidetransporttarife zustande?

Die Eisenbahnen wurden zumeist als Privatbahnen gebaut. Die Grundsätze, welche in der Eisenbahntarif-

politik Eingang gefunden haben, waren rein privatwirtschaftliche. Auf jener Bahnstrecke, welche für die Umwohner eine Monopolstellung hatte, kamen Lokaltarife zur Anwendung, welche den Verfrachtern so hohe Sätze aufbürdeten, als „sie tragen konnten". Wo Konkurrenzlinien in Frage kamen, bestimmte der Konkurrenzkampf die Tarifsätze. Diese Konkurrenzerscheinungen wurden dadurch noch komplizierter gestaltet, dass die Handelsorganisationen am Exporthafen alles aufgeboten haben, um einen möglichst grossen Umsatz in Getreide zu erzielen. Hier wirkte nicht nur die Kunst der Ueberredung, hier kam auch der Einfluss der Kapitalbeteiligung an den Bahnen in Betracht. Immer aber war das rein privatwirtschaftliche Interesse, möglichst bald reich zu werden, die eigentliche Triebfeder. Nun erreichte irgend eine Handelskammer in einem Exporthafen eine Tarifermässigung für ihre Zufuhrbahnen. Für den Augenblick war das gewiss recht vorteilhaft. Aber die Sache blieb ja nicht geheim. Deshalb waren bald alle Konkurrenzhäfen bemüht, eine ähnliche Tarifverbilligung für ihre Zufuhrbahnen herauszuschlagen. Dann war der momentane Geschäftsvorteil wieder ganz entschwunden, und eine neue Zufuhrtarifermässigung musste durchgesetzt werden. Die Verbilligung der Seefrachten stand mit dem Uebergang vom Holzschiff zum Eisenschiff und vom Eisen- zum Stahlschiff in engem Zusammenhange, dem schwere internationale Krisen des Reedereigewerbes parallel liefen, bei fast völligem Mangel einer grösseren Organisation dieser individual-wirtschaftlichen Unternehmungen. So spielte die Konkurrenz der Handelskammern mit den Eisenbahntarifen und Seefrachten nicht nur zwischen den Golfhäfen und den atlantischen Häfen in Nordamerika, zwischen den nordrussischen, den südrussischen und Donauhäfen, in Indien zwischen Bombay, Kurrachee und Kalkutta, sie spielte

auch international zwischen diesen verschiedenen Ausfuhrländern, mit Beteiligung der Einfuhrländer, bis die Sache absolut nicht mehr so weiter gehen konnte.

Als die Getreidepreise in Mitteleuropa unter die Gestehungskosten der Landwirte gesunken waren, begann die Periode der Getreidefinanzzölle. Um diese Zölle auszugleichen, wurden neuerliche Transportkostenermässigungen durchgesetzt. Denen folgten höhere Zölle in Mitteleuropa und bald neuerliche Verbilligungen des Getreidetransportes. Die daraus naturgemäss entsprungene Kampfesstimmung der verschiedenen Nationen konnte nur mühsam durch den Abschluss von Handelsverträgen verdeckt werden. In Nordamerika, wo die Ferntarife zu den Lokaltarifen das Verhältnis von 1 zu 100 erreichten, und wo man das Getreide auf grössere Entfernungen zu so billigen Sätzen verfrachtete, dass kaum die Kohlen in der Lokomotive damit bezahlt wurden, blieben periodisch schwere finanzielle Krisen der Bahngesellschaften nicht aus. 1893/94 haben die Bahnen der Union mit einem Fehlbetrage von 46 Millionen Dollars abgeschlossen und am 1. Juli 1895 befanden sich 169 Gesellschaften mit einer Bahnlänge von 37 856 englischen Meilen und einem Anlagekapital von 2 432 Millionen Dollars in Konkurs. Die russischen Bahnen erforderten 1896 einen Staatszuschuss in der Höhe von 140 Millionen Rubel. Die indische Regierung hatte in dem gleichen Jahre den indischen Bahnen einen Staatsbeitrag von 28 Millionen Rupien zu leisten. Die finanziellen Gefahren für das eigene Land mussten es jetzt verbieten, die Getreideausfuhrtarife auch ferner wie bisher nach den Wünschen des spekulativen Privatkapitals zu gestalten.

γ) Die kapitalistische Erschliessung der landwirtschaftlichen Konkurrenzländer. Es ist eine oft gehörte

Behauptung: die Verschiebung der Verkehrswege, namentlich der Eisenbahnen, habe die moderne internationale landwirtschaftliche Konkurrenz verursacht! Aber — die Verkehrswege verschieben sich doch nicht aus eigener Kraft. Die Eisenbahnen wachsen nicht wie die Lilien auf dem Felde. In Nordamerika sagt jeder Fachmann: „Der Westen ist erschlossen worden durch die Finanzkräfte in Boston, Philadelphia und Newyork.“ Diese Auskunft muss nur dahin erweitert werden: „Zur Erschliessung der sogenannten landwirtschaftlichen Konkurrenzländer waren gewaltige internationale Vermögensverschiebungen nötig, welche unter der Oberleitung der grossen privaten Kreditbanken erfolgt sind.“

Das geschah etwa in folgender Weise:

In den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts machten sich bekanntlich radikale wirtschaftspolitische Strömungen auf dem europäischen Kontinent geltend. Die dadurch erschreckten reichen Leute verwandelten ihr Vermögen in Gold und Silber und schickten es der Bank von England. Hier wusste man nichts besseres damit anzufangen, als es nach Nordamerika zu senden, wo man bald weniger um Geld, als um eine Gelegenheit seiner Veranlagung in Verlegenheit war. Da kamen die Amerikaner auf die Idee, diesen Goldzufluss zu Bahnbauten zu verwenden. Die amerikanischen Gesetze von 1848 und 1849 erleichterten die Gründung von Eisenbahngesellschaften ausserordentlich und wiesen deutlich darauf hin, das fremde Geld in der Form von Obligationen zum Bahnbau zuzulassen. Eine Verschuldung des Aktienkapitals etwa um das fünfunddreissigfache schien dabei als normal betrachtet zu werden. Riesige Landschenkungen der Regierung an die Eisenbahngesellschaften trugen noch wesentlich zur Reklame und zur Kurstreiberei der Eisen-

bahnaktien bei. Die bis 1875 nach Nordamerika von Europa ausgewanderte Geldsumme schätzt Schaeffle auf 1700 Millionen Mark. Nach Poor's Manual sind in der Union von 1840 bis 1860 etwa 445000 km. neue Eisenbahnen mit einem durchschnittlichen Kostenaufwand von 22000 Dollars per Kilometer gebaut worden. Daraus berechnet sich ein Gesamtkostenaufwand von 4112 Millionen Mark. Die Reichtümer, welche auf den Goldfeldern von Kalifornien und Australien gewonnen wurden, scheinen sich mithin ebenfalls wesentlich an dem nordamerikanischen Bahnbau beteiligt zu haben.

Als der Zusammenbruch dieser Kreditwirtschaft im Jahre 1856/7 kam, war das gewaltige Mississippital durch Schienenwege bereits erschlossen. Nun folgte ein für die moderne Erschliessung der jungen Kulturländer höchst charakteristische Bevölkerungsverschiebung. Die Einwanderungsreklame hatte zur Zeit des Aufschwungs die europäischen Auswanderer bis auf 170000 Köpfe pro Jahr anschwellen lassen, die zunächst überwiegend in den Städten Aufnahme fanden. Zur Zeit der Krisis hörte diese Zuwanderung ganz auf, an ihre Stelle trat sogar eine Rückwanderung. Jetzt waren viele Hunderttausende in den Städten brotlos geworden, die im Interesse ihrer Selbsterhaltung die Offerte der Bahngesellschaften angenommen haben, im neuen Westen Landwirte zu werden. Die Zahl der Nichtlandwirte nimmt deshalb rasch wesentlich ab, die Zahl der Landwirte vermehrt sich entsprechend. Mit ihr steigt die landwirtschaftlich benützte Fläche, und wenige Jahre später, nachdem die neuen Landwirte sich in ihren neuen Beruf eingelebt haben, schnellt die Welle der Weizenausfuhr nach Europa rasch an. 1830 war der Weizenexport der Union noch 5 Millionen Bushels, 1856/7 kam die Krisis, 1860 stieg die Weizenausfuhr auf 15,9 Millionen Bushels, 1861 auf

50,6 Millionen Bushels. In der gleichen Zeit schreitet die für die nordamerikanische Entwicklung so charakteristische Wanderung der Kornkammer von Osten nach Westen sichtlich fort. Aus dieser ersten internationalen Spekulationskrisis hat namentlich das Grosskapital wichtige Lehren gezogen. In wachsender Zahl wurden internationale grosskapitalistische Beziehungen angeknüpft, um für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung die Oberleitung in zielbewussten Händen zu halten. Der nordamerikanische Bürgerkrieg mit seinen riesigen Schuldaufnahmen bei bald folgender Rückzahlung, der deutsch-französische Krieg mit seinem Milliardensegen und mit einer etwas seltsamen Art der Durchführung der deutschen Münzreform, gab der internationalen Bankwelt alle Hände voll zu tun. Schon 1870 wurde von Sachverständigen die Summe der im Westen Nordamerikas angelegten Gelder Europas auf 4,2 Milliarden Mark geschätzt. Jedenfalls wurden in den acht Jahren vor 1873 nach Henry V. Poor in den Vereinigten Staaten 35183 englische Meilen neue Bahnen gebaut, mit einem Kostenaufwand von 6 Milliarden Mark. Die Kühnheit der Schuldenaufnahme und die Vertrauensseligkeit der Geldgeber stiegen weit über alles hinaus, was vor der Krisis 1856/7 bekannt geworden. Dementsprechend gab es in der Krisis 1873 auch grössere Verluste. 250 Eisenbahngesellschaften kamen unter den Hammer mit einem Anlagekapital von 3868 Millionen Mark, das fast vollständig verloren ging. Die Erschliessung des ganzen Westens war eingeleitet. Schon im Mai 1869 hatte die erste Pacificbahn den stillen Ozean erreicht. Die Zahl der europäischen Einwanderer war in den Gründerjahren bis auf 295000 Köpfe jährlich gestiegen. Während der Krisis hörte die Einwanderung wieder auf, um so grösser wird diesmal die Binnenwanderung aus den Städten des Ostens nach dem neuen Westen.

Die mit Getreide bestellte Fläche der Union war:

1873	74112137 Acres
1879	102260950 „

Der Weizen- und Weizenmehlexport der Union betrug:

1873	50733000 Bushels
1879	147687000 „

Das Unheil der nordamerikanischen Konkurrenz war über die mitteleuropäische Landwirtschaft hereingebrochen.

Jetzt ist die europäische Auswanderung nach Nordamerika erst recht angeschwollen und erreichte 1882 das Maximum mit 730349 Personen. Der Bahnbau mit Hilfe des europäischen Kapitals nahm neuen Aufschwung. 1884 waren bereits 125152 Meilen in der Union in Betrieb. Jetzt wurde die heutige Kornkammer Nordamerikas, Minnesota und die beiden Dakotas, erschlossen. Heute ist das nordamerikanische Eisenbahnnetz etwa gerade so gross, wie die Bahnlinien der ganzen übrigen Welt zusammengenommen. Eine grosse nordamerikanische Eisenbahnkrisis fällt namentlich noch in die Jahre 1893/95. Aber auch zwischen diesen Jahren und dem Jahre 1873 gibt es häufige Bahnkonkurse. Die nordamerikanischen Eisenbahnkönige machten sich gegenseitig die Beute streitig, namentlich durch Bahntarifkämpfe und Börsenmanöver. So sind nach Poor von 1856 bis zur Gegenwart die nordamerikanischen Eisenbahnen etwa mit über 42 Milliarden Mark in Konkurs geraten. Daran war das europäische Kapital mindestens zur Hälfte beteiligt.

In Indien und Russland hat der Staat keine nordamerikanische Gründerfreiheit beim Bahnbau gestattet. Deshalb ist die landwirtschaftliche Konkurrenz aus diesen Ländern nie in gleichem Masse schwer auf dem Weltmarkt empfunden worden. Desto ungestörter konnten die gewohnten kapitalistischen Orgien in Argentinien gefeiert werden.

Argentinien hatte zwar immer die Papierwährung. Als es aber mit Hilfe der internationalen Grossbanken gelungen war, den Kurs des Papierpeso pari mit dem Goldpeso zu halten, hiess es in der europäischen Presse: „Argentinien ist zur Goldwährung übergegangen!" Da die Argentinier von jetzt ab versprachen, ihre neuen Anleihen in Gold zu verzinsen, gleichzeitig eine Politik des fallenden Zinsfusses von den Banken beliebt war, welche Konvertierungen der höher verzinslichen Anleihen und Herabsetzung des Zinsfusses der neuen Anleihen zur Folge hatten, verkaufte das europäische Publikum seine sicheren heimischen Rentenpaiere zu dem geltenden hohen Kurse und nahm die höher verzinslichen Argentinier für „Gold." Im Jahre 1892 stellte das argentinische Handelsministerium fest, dass für Eisenbahnen, Industrieunternehmungen und Banken, für Hypotheken, Staats- und Provinzanleihen im Ganzen 4427,2 Millionen Franken vom Auslande in Argentinien veranlagt seien. Eisenbahnen waren in Argentinien in Betrieb:

1883	3123 km
1893	13961 „

Die Einwanderung stieg während der Gründerperiode bis auf 220360 Personen 1889. 1890 begann die Krisis. 1891 erreichte die Rückwanderung 44124 Köpfe. Gleichzeitig setzte die so charakteristische Binnenwanderung ein, welche durch Abnahme der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung und Zunahme der Landwirte die Weizenausfuhr aus Argentinien von 22806 Tonnen im Jahre 1891 auf über 1 Million Tonnen im Jahre 1893 anschwellen liess. Der Papierpeso, welcher 1883 und 1884 pari mit dem Goldpeso gehalten wurde, ist im Oktober 1894 so tief im Kurse gesunken, dass hundert Goldpeso mit 464 Papierpeso bezahlt werden mussten. Weil aber in Argentinien der Papierpeso gesetzliches Zahlungsmittel war, wirkte die

Entwertung des argentinischen Geldes auf die Ausfuhr wie eine Exportprämie. Der Wertverlust der europäischen Forderungen durch die argentinische Krisis von 1890/93 darf auf 3½ Milliarden Franken geschätzt werden.

Aus all diesen Entwicklungstatsachen müssen folgende wichtige Schlüsse gezogen werden:

1. Die sogenannten landwirtschaftlichen Konkurrenzländer haben sich nicht selbst aus eigener Kraft erschlossen, ihre Erschliessung erfolgte vielmehr im wesentlichen mit Hilfe des goldenen Schlüssels, welcher sich in der Hand der mitteleuropäischen Kreditbanken befindet.
2. Diese Erschliessung erfolgte im wesentlichen nicht mit den eigenen Mitteln der Banken, sondern mit jenen Geldern, welche diese Banken aus den Taschen der mitteleuropäischen Sparer herauszulocken wussten.
3. Die Erschliessung selbst erfolgte nicht in solider, stetiger Weise, sondern in jener bedenklichen treibhausartigen Form, welche allen übereilten Börsengründungen eigen ist.
4. Die Kosten dieser Misswirtschaft hatten zu tragen: zunächst die europäischen Geldgeber und dann die ehrliche landwirtschaftliche Arbeit aller Länder, welche die Konkurrenz mit dieser Bankerottwirtschaft aushalten musste.
5. Nachdem die Oberleitung all dieser Ereignisse in der Hand der Grosskapitalisten ruhte, und diese auf der ganzen Linie die reichsten Gewinne einzuheimsen verstanden haben, wird man das darin enthaltene spezifisch Krankhafte nur als eine „kapitalistische Erscheinung“ bezeichnen können.

b) Die landwirtschaftliche Krisis als Kreditkrisis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes.

Als die Zeit reif geworden war, dem landwirtschaftlichen Grundbesitz in Deutschland die letzten lehensstaatlichen Fesseln zu lösen, brachte man sein Kreditproblem in die Formel: Möglichst viel und möglichst billigen Kredit! Es handelte sich damals darum, die weitvorausgerückte landwirtschaftliche Produktionstechnik der Engländer einzuholen. Der intensivere Betrieb erforderte eine wesentliche Erhöhung des investierten Kapitals. Auch die Einführung der technischen Gewerbe in der Landwirtschaft kostete Geld. Den strebsamen Lohnarbeitern sollte das Aufsteigen in die Reihe der Grundbesitzer tunlichst erleichtert werden. Zu alldem war viel und billiger Grundkredit nötig. Die hypothekenrechtlichen Bestimmungen wurden vereinfacht, das Subhastationsverfahren tunlichst abgekürzt, eine Reihe von Grundkreditinstituten neu errichtet und in der verschiedensten Art staatlich unterstützt. Kredit war Kapital und Schulden Reichtum geworden.

α) **Die Rodbertus'sche Kreditnot des Grundbesitzes.** Mitten in der Freude über diesen neuen Fortschritt veröffentlichte Rodbertus seine von ihm beobachtete neue Kreditnot des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. In den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts war der allgemeine Zinsfuss gefallen. Auf gute Hypotheken wurde gern zu billigem Zins Geld auf Grundbesitz geliehen. Dann stieg der Zinsfuss mit der industriellen Entwicklung. Die Kapitalisten kündigten deshalb den Landwirten ihre Hypotheken, um das Geld der höher rentierenden Industrie oder dem Staatskredit zuzuwenden. Wer dann als Grundbesitzer für die gekündigten Hypotheken keinen Ersatz

fand, war bankrott. Aber auch dort, wo sich ein neuer Geldgeber finden liess, musste für die neue Hypothek ein höherer Zinssatz zugebilligt werden. Und je nach der Höhe der Verschuldung stand dann dem Grundeigentümer bei gleicher Rentabilität seiner Wirtschaft der Konkurs in Aussicht. Rodbertus verlangt zur Beseitigung dieser Notlage: Verschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nur in der Form von unkündbaren Rentenbriefen.

Der intensivere Landwirtschaftsbetrieb hat inzwischen den landwirtschaftlichen Grundbesitz aus einem ewigen Rentenfonds in ein Arbeitsprodukt verwandelt. Damit ist tatsächlich den Rodbertus'schen ewigen Rentenbriefen die theoretische Begründung entzogen worden. Aber den Vorteil unkündbarer Hypotheken haben die deutschen Landwirte vielfach dem Auftreten Rodbertus' zu danken.

β) Die herrschende Kreditnot des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Inzwischen mehrten sich weiter die Wohlhabenheit und der Reichtum des Volkes. Um Geld für sichere Hypotheken kam niemand in Verlegenheit. Durch die grössere Leichtigkeit der Schuldaufnahme stiegen — wie bei der Börse die Kurse der Börsenwerte — die Preise auf dem Grundstücksmarkte. Dadurch wurden bald die zuerst unsicheren und gewagten Hypotheken so gut wie sichere Forderungen. Die Verschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mehrte sich. Die Schuldaufnahme diente ganz überwiegend als Restkaufschillinge und Erbschaftsgelder dem Zwecke der Besitzausgleichung. Es wurde mehr und mehr Sitte, bei der Besitzübernahme bezw. bei dem Grunderwerb allen verfügbaren Kredit aufzubrauchen. Folgten dann gute Jahre mit steigenden Preisen der landwirtschaftlichen Produkte,

so konnte sich der neue Besitzer mit Fleiss und Sparsamkeit aus seinen Schulden herausarbeiten. Kamen sofort ungünstige Jahre, so mussten alle Grundbesitzer ohne Reserve in einer schweren Notlage sich befinden. Das Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts brachte solch ungünstige Zeiten, nachdem zu Anfang der 70er Jahre eine Hochkonjunktur in den landwirtschaftlichen Grundstückspreisen vorausgegangen war. Die landwirtschaftliche Notlage war da und verschärfte sich immer mehr mit der wachsenden Zahl der ungünstigen Jahre und mit dem Sinken der Preise der landwirtschaftlichen Produkte unter die Produktionskosten. Die Landwirte wandten sich nun noch mehr dem intensiveren Betriebe zu. Ausgaben für eine weitere Erhöhung des Düngerkapitales, neue Be- und Entwässerungsanlagen, die Melioration der Moore, verbesserte und vermehrte Viehhaltung mit den Kosten für neue Gebäude, welche durch all das notwendig geworden waren, Einführung neuer industrieller Betriebe u. s. w. mussten gerade jetzt die Schuldenlast der Landwirte noch mehr anwachsen lassen. Das alles ist einfach und klar. Umstritten ist nur die Frage: „Wer für diese übermässige Belastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit Besitzkredit verantwortlich sei?“ Die Freihändler behaupten, die Schuldner selbst seien dafür verantwortlich, während die sozialpolitische Betrachtung dieser Dinge die eigentliche Verantwortung auf die Gesamtheit unseres geltenden Rechtes und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse abwälzen muss. Dies aus folgenden Gründen:

Unser geltendes Recht hat die landwirtschaftlichen Grundstücke zu einer beliebig veräusserlichen und beliebig verpfändbaren „Ware“ gemacht. Dadurch hat der spekulative Handel mit Grundstücken die Preisbildung für dieselben übernommen, so wie die Börse die Kursfestsetzung für Wertpapiere und die Preisfestsetzung für die zum

Börsenhandel zugelassenen Waren leitet. In Norddeutschland werden immer mehr „Landbanken“ gegründet, auch „Schlächterbanken“ genannt. In Bayern hat sich die Zahl der gewerbsmässigen Güterzertrümmerer von 1901 bis 1907 von 577 auf 1022 oder im Durchschnitt pro Jahr um 15% erhöht. Aber die Zahl der Spekulanten in landwirtschaftlichen Grundstücken ist weit grösser. Fast jeder spekulativ veranlagte Landwirt ist bereit, einen Grundbesitz zu höchsten Preisen zu erwerben, wenn er Aussichten hat, denselben in nicht zu ferner Zeit zu einem noch höheren Preise wieder veräussern zu können. Für all diese Spekulationskäufe hat der Grund und Boden aufgehört, Werkzeug und Produktionsort für die Gewinnung landwirtschaftlicher Produkte zu sein. Für diese Menschenklasse ist der Grund und Boden einfach „Ware“ geworden, die man mit Gewinn wieder zu veräussern trachtet. Dazu wird der Grundbesitz „frisiert“ wie die Ware in der Auslage des Kaufmanns. Das besonders Unsinnige in der, durch das geltende Recht, künstlich und gewaltsam geschaffenen Warenqualität des Grundbesitzes liegt nur darin, dass die Ware im engeren Sinne, wie Besen und Zündhölzer, beliebig vermehrbar und beliebig transportabel ist, während der landwirtschaftliche Grundbesitz im ganzen als unvermehrbar und nicht transportabel bezeichnet werden muss. Unsere Gesetze hätten, um mit Rodbertus zu reden, ebenso gut dekretieren können, dass das „Pferd“ ein „Vogel“ sei.

Dieser heute leider sich immer mehr ausbreitende Spekulationsmarkt für landwirtschaftliche Grundstücke bestimmt nun allgemein die Preise für den Verkehr mit Grund und Boden unter Lebenden wie im Erbgange. Wenn der reich gewordene Grossindustrielle für seine Luxusbedürfnisse ein Rittergut in schöner Gegend, mit See, altem Park, prächtigem Landhaus und angenehmer Jagd um 100000 bis 200000 Mark überzahlt, so mag

das zunächst für die Gesamtheit ganz gleichgültig sein. Wenn aber durch diese Ueberzahlung alle Grunderwerbungen durch Landwirte in der ganzen Umgegend zu ähnlich hohen Grundpreisen gezwungen werden, so ist das eine sozial im höchsten Maasse bedenkliche Erscheinung. Denn der echte Landwirt erwirbt sein Gut als Produktions- und Arbeitsgelegenheit. Jede Ueberzahlung bedeutet für ihn in der Regel eine entsprechende Erhöhung der Grundschulden, eine dauernde Zinsknechtschaft für spekulative Kapitalgewinne anderer Personen, einen entsprechenden Raub an seinem natürlichen Arbeitsertrag und eine bedenkliche Schwächung unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse gegen ungünstige äussere Verhältnisse. Dass aber in einem weiten Kreise der Nachbarschaft solche Spekulationspreise den Grundstücksmarkt so verderblich beeinflussen, ist die natürliche Folge der Unvermehrbarkeit und Unübertragbarkeit der landwirtschaftlichen Grundstücke. Der Uebernehmende oder der neue Käufer kann sich nicht aus einer Fabrik neue Grundstücke kommen lassen. Ihnen bleibt nur die Alternative: Entweder auf die Forderungen der Geschwister oder des bisherigen Eigentümers einzugehen, oder auszuwandern und anderwärts ihr Glück zu versuchen.

Vom Ganzen des Grundmarktes aus betrachtet, ermöglicht die heute zu Recht bestehende Freiheit der Verschuldung und Veräusserung der landwirtschaftlichen Grundstücke den Andrang der Besitzlosen als Bewerber um die kleinen und kleinsten Parzellen. Die Landwirte werden deshalb hier am Markte verdrängt und auf den Erwerb grösserer Grundflächen angewiesen. Und so fort in der ganzen Stufenleiter des Marktes. Die Besitzlosen können wenig oder nichts verlieren, während die Gewinnstchancen für sie offen bleiben. Diese Leute wagen deshalb am meisten. Sie bieten die höchsten Preise für die kleinsten Grundstücke, wie aus dem gleichen Grunde die

kleinsten Wohnungen in den Städten am höchsten im Preise stehen. Mit dem grösseren Besitz nimmt die Konkurrenz der Nachfrage als Regel ab. Deshalb gilt auf dem Grundstücksmarkt die Regel, dass die Ueberzahlung der Grundstücke im umgekehrten Verhältnis zur Kleinheit der Besitzfläche wächst. Ist dem aber so, dann ist der Landwirt bei seiner Verselbständigung im eigensten Interesse gezwungen, einen möglichst grossen Besitz mit möglichst viel Schulden zu erwerben, mit andern Worten, in der allgemeinen Freiheit der Verschuldung und Veräusserung der Grundstücke liegt für den einzelnen Landwirt der Verschuldungszwang. Die Zulassung des Besitzlosen als Käufer auf dem Grundstücksmarkte wirkt wie eine wesentliche Erweiterung der Aussenseite in den Börsenspekulationen und trägt sichtlich dazu bei, dass jährlich viele Millionen der natürlichen Arbeitserträge der Landwirte in spekulative Kapitalgewinne andrer Personen verwandelt werden. So kommt der landwirtschaftliche Arbeitsertrag des Grundbesitzes in Not, weil der kapitalistische Spekulationsgewinn von Nichtlandwirten blüht. Schon Rodbertus hat bekanntlich darauf hingewiesen: wenn in den Städten die reich gewordenen ehemaligen Gutsbesitzer erscheinen, welche zu höchsten Preisen ihren Besitz verkauft haben, so sind das die Schwalben, welche den nahenden Sturm einer agrarischen Krisis mit fallenden Grundpreisen ankündigen. Ein englisches landwirtschaftliches Sprichwort sagt klipp und klar: „Dear land eats up labour!", zu deutsch: „Teures Land frisst die Arbeit auf!" oder, wie man auch zu sagen pflegt: „Teurer Grund bringt auf den Hund!" Die herrschende Kreditnot des landwirtschaftlichen Grundbesitzes besteht also nicht darin, dass die Landwirte zu wenig, sondern vielmehr darin, dass sie zu viel Kredit zum Erwerb ihrer zu teuer bezahlten Grund-

stücke erhalten haben. Der periodischen Ueberzahlung der Grundstücke folgt als naturgemässe Reaktion die periodische Entwertung der Grundstücke. Der sogenannten guten Konjunktur reiht sich notwendigerweise die schlechte an. Zu dem aufsteigenden Ast reicher Spekulationsgewinne der Grundstücksverkäufer gehört unausbleiblich der absteigende Ast der Vermögensverluste der Landwirte während der Zeit der Krisen. Was anderes aber liegt all diesen charakteristischen Misständen zu Grunde als das System des herrschenden Kapitalismus?

γ) **Die drohende landwirtschaftliche Betriebskreditnot.** Auch in Deutschlaad herrscht — trotz aller Schutzzölle und der sozialen Gesetzgebung — das kapitalistische System der Volkswirtschaft. Die Verwaltung des mobilen Vermögens des deutschen Volkes ist im wesentlichen den Privatbanken überlassen. Diese Privatbanken entscheiden, wie viel Kredit Handel und Industrie im Lande, wie viel den ausländischen Staaten und Unternehmungen, oder der Spekulation in Börsenwerten zufallen soll. In ihrer Hand ruht im wesentlichen der internationale Zahlungsausgleich. Und sogar die deutschen Staaten und das Reich lassen sich von den Privatbanken die Bedingungen diktieren, zu denen ihr Kredit im Markte Aufnahme findet, und von den Börsen unter Leitung der Privatbanken die Kurse für ihre Staatsanleihen festsetzen. So ist naturgemäss auch der Zinsfuss in deutschen Landen durch die geschäftlichen Dispositionen unserer Privatbanken beherrscht. In den 80er Jahren war die Politik der Banken darauf gerichtet, die höher verzinslichen Staats- und Rentenpapiere in niedriger verzinsliche umzuwandeln, um dadurch das Geld der deutschen Sparer aus den alt gewohnten

sicheren Positionen herauszulocken und für die neu aufgelegten Emissionen ausländischer Werte zu gewinnen. Deshalb erfreute sich damals der Zinsfuss einer ziemlich andauernden fortschreitenden Verbilligung. Das ist heute anders geworden. Seit Ende 1905 setzte eine fortschreitende Verteuerung des Geldes ein, die Anfang November 1907 bis auf 7½ bezw. 8½% im Wechsel- und Lombardverkehr der Reichsbank gestiegen ist und vorläufig nur wenig gemildert wurde. Was verursachte diese ungeheuerliche Geldverteuerung?

Einige Stimmen waren der Meinung, Deutschland besitze nicht genügend Goldgeld. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich hat Deutschland im Rechnungsjahr 1906 einen Reichsmünzenbestand in Gold von 4,349 Millionen Mark besessen. Frankreich, das heute noch mit einem Zinsfuss von 4% auskommt, hat nach dem Schatzamt in Washington 1906 nur 3,890 Millionen Gold zur Verfügung. Also kann für Deutschland kaum der Mangel an Goldmünzen den teuren Geldstand erklären.

Anders liegt das Verhältnis im Bestand an Silbermünzen. Deutschland hat 1906 im Ganzen für 850 787 000 Mk.; Frankreich für 1 726 620 000 Mk. Silbergeld. Das ist mehr als die doppelte Menge und gleicht den Mehrvorrat an Goldmünzen in Deutschland von 459 Millionen Mark reichlich aus. Trotzdem wird es nicht möglich sein, die Höhe eines Zinsfusses von 8½ % aus diesen Zahlen zu rechtfertigen.

Näherliegend ist scheinbar eine Erklärung, welche sich den Metallbeständen der Hauptbanken zuwendet. Die Deckung der Noten und der fremden Gelder durch Metall erreichte seit 1890 in der Deutschen Reichsbank ihren höchsten Stand im Jahresdurchschnitt 1895 mit 63,4 % bei einem Vorrat von 704 Millionen Mark Gold und 306 Millionen Mark Silber — ihren tiefsten Stand im Jahresdurchschnitt 1906 mit

45,4 % Deckung bei einem Vorrat von 674,7 Millionen Mark Gold und 214 Millionen Mark Silber. In der Bank von Frankreich schwankte in der gleichen Zeit die Deckung der Noten und der fremden Gelder durch Barvorrat ziemlich gleichmässig zwischen 62,0 % (1899) und 78,1 % (1894) bei einem Vorrat von 1500 bis 1656 Millionen Mark in Gold und 800 bezw. 1000 Millionen Mark Silber in den Jahren 1899 und 1894. Von dem gesamten Metallgeld des Landes sammelt sich in Frankreich ein weit grösserer Teil in den Kellern der Zentralnotenbank als in Deutschland. Und mit der schwächeren metallischen Deckung der Noten wächst die Nervosität in der Zinsfussnormierung der Deutschen Reichsbank. Daraus wird gewiss ein Teil der heutigen Geldverteuerung in Deutschland erklärt werden müssen. Aber zureichend ist auch diese Erklärung noch nicht.

Sehen wir uns die Handelskammerberichte für das Geschäftsjahr 1906 an und zwar für Berlin (S. 25), Frankfurt a. Main (S. 47, 52 bis 56), Köln (S. 120), Münster (S. 128/29), Chemnitz (S. 82), so wird übereinstimmend in erster Linie die überspannte Börsenspekulation in New-York, welche tägliches Geld mit 100 % und höher zu bezahlen bereit sei und dadurch Geld aus Europa heranziehe, für den aussergewöhnlich teuren Geldstand verantwortlich gemacht. Daneben verlange England für die von der deutschen Spekulation eingegangenen Engagements in Minenaktien Zahlung. (Nach Schätzung von Sachverständigen für 1906 sollen etwa 45 000 deutsche Spekulanten mit ungefähr 450 Millionen Mark an den südafrikanischen Goldminen beteiligt sein. Von 40 000 Minengesellschaften, welche in den letzten 10 Jahren in England eingeführt wurden, mussten 15 000 liquidieren mit einem Verlust von etwa 5 Milliarden Mark.)

Aber auch diese Tatsachen können nicht die eigentliche Ursache dafür sein, dass die Deutsche Reichsbank

bei geringerem Goldabfluss seit November 1906 ihren Zinsfuss auf 8 1/2 % erhöhte, während die Bank von Frankreich bei stärkerer Goldabgabe gleichzeitig mit 4 % auskommt. Der bekannte Abgeordnete Dr. Otto Arendt hat hierzu mit Recht betont, dass die „Freizügigkeit des Goldes“ bezw. der „Freihandel in Gold“ verantwortlich wäre. Die Deutsche Reichsbank behandelt Goldforderungen des Auslandes genau ebenso wie inländische Goldforderungen. Befürchtet sie, dass an ihre Goldvorräte vom Auslande zu hohe Anforderungen gestellt werden, dann erhöht sie für das Inland wie für das Ausland den Zinsfuss gleichmässig. Weil die Anforderungen einer unmässig überspannten Börsenspekulation in Nordamerika ihre verhältnismässig kleinen Goldbestände bedrohen, wird von der Deutschen Reichsbank auch der Zinsfuss für die redliche produktive Arbeit des deutschen Volkes wesentlich erhöht. Die Bank von Frankreich kennt einen solchen Freihandel in Gold nicht. Ausländische Finanzwechsel oder Forderungen auf Gold werden von ihr für sich allein mit einer entsprechend hohen Goldprämie belastet oder überhaupt abgelehnt, ohne den billigen Zinsfuss für die inländischen Geschäfte zu berühren. Diese nationale Zinspolitik der Bank von Frankreich, welche gegen übermässige Goldansprüche der ausländischen Spekulation einen Schutzzoll eingeführt hat, der sich zu einem Prohibitivzoll und selbst zum Ausfuhrverbot erweitern kann, um die Ansprüche der einheimischen Arbeit auf billiges Geld wirksam zu schützen, datiert seit Anfang der 80er Jahre.

Neben diesem internationalen Freihandel in Gold, bei drohender Goldausfuhr nach Nordamerika, spielt eine nicht minder grosse Rolle das Uebermass an Spekulationen in Deutschland selbst. Wir haben im vorhergehenden Abschnitt die Gründe kennen gelernt, aus denen die jährliche Sparkraft des deutschen Volkes heute für kaum mehr

als 1 Milliarde Mark neue Börsenwerte aufnahmefähig ist. Die deutschen Banken aber haben, nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich nur an inländischen Werten, abzüglich der Umwandlungen neuer Werte, in den Börsenhandel gebracht:

1902	1903	1904	1905	1906	
2103	1892	2430	3150	2765	Mill. Mk.

Dazu kommen für eben diese Jahre neue ausländische Börsenwerte, abzüglich der Umwandlungen:

1461	604	1119	4937	888	Mill. Mk.

Lassen wir aber auch diese Emissionen in ausländischen Papieren ganz ausser Rechnung, weil es nicht möglich ist, zu erfahren, wie viel von diesen Werten zu einem bestimmten Zeitpunkte in Deutschland untergebracht waren, so bleiben für die letzten fünf Jahre immer noch 12340 Millionen Mark Börsenwerte übrig, welche neu auf den deutschen Markt geworfen wurden. Das deutsche Volksvermögen war aber in diesen Jahren nur für fünf Milliarden Mark neue Wertpapiere aufnahmefähig. Mithin hat in dieser Zeit eine Ueberemission von mindestens 7340 Milliarden Mark stattgefunden. Dieser Betrag kann als „Anlagewert“ vom deutschen Volke nicht aufgenommen worden sein. Er „schwimmt“ also im Markte, wo er mit Hülfe eines Spekulationskredites von Milliarden über Wasser gehalten wird. Auch auf diesem wichtigen Punkte weichen die deutschen Verhältnisse sehr wesentlich von jenen Frankreichs ab. Richard Calwer gibt im zweiten Teile seines „Wirtschaftsjahr 1905“ zum ersten Male die internationale Emissionsstatistik in tabellarischer Form. Darnach haben

	1904	1905
Deutschland	1718547000 Mark	2476977000 Mark
Frankreich	479732000 „	684400000 „

neue Börsenwerte ausgegeben. Das bekanntlich viel reichere Frankreich hat mithin fast nur den vierten Teil jener Summe emittiert, welche an den deutschen Börsen zur Ausgabe gelangt ist. Dazu kommen vor allem noch die masslosen Spekulationen in Grundstücken aller Art, die Kapitalanforderungen der spekulativen Gründungen in der Industrie wie im Verkehr. Kann da die herrschende Verteuerung des Geldes in Deutschland wirklich noch überraschen?

Endlich ist in diesem Zusammenhange noch eine veränderte Politik unserer Grossbanken seit den letzten Jahren zu erwähnen. Georg Bernhard hat in einem Artikel des „März" (2. Heft 1907) über die „Wurzel der Geldnot" nachgewiesen, dass die Parole unserer Grossbanken in der Krisis 1900 „sanieren" hiess. Man hat dadurch den drohenden Zusammenbruch vieler Unternehmungen abgewendet und die Zeitdauer der Krisis sichtlich verkürzt. Das alles erforderte aber eine entsprechend erhöhte Inanspruchnahme des Kredits, wie die Ziffern des Wechselbestandes der Reichsbank bezeugen. Deshalb konnten sich jetzt, in der Zeit der Erholung nach der Krisis, keine grösseren Barbestände in den Kellern der Banken ansammeln, wie das nach früheren Krisen die Regel war. Und als die Ueberspekulationen der Börsen und Banken wieder einsetzten, kamen unsere Geldverhältnisse um so rascher zu einem Kulminationspunkt. Die Zwischenzeit bis zur neuen Krisis musste sich verkürzen. Wir nähern uns damit einem Zustande der Krisis in Permanenz mit fast andauernd teuerem Geldstande. Für die Geldbesitzer mag dieser Zustand gar nicht unangenehm sein. — Wie aber steht es mit dem Einfluss solcher Ereignisse auf den Personalkredit der Landwirte?

In der preussischen Zentralgenossenschaftskasse ist ein kapitalkräftiges Institut geschaffen worden, das innerhalb

gewisser Grenzen mit Erfolg bemüht ist, die Konjunkturenschwankungen im Zinsfusse auszugleichen und denselben Zinssatz von 3½ % durchzuhalten. Aber diese Oase in der deutschen kapitalistischen Welt begrenzt sich heute etwa auf einen Jahresumsatz von rund 360 Millionen. Auch im Kreise der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist man bemüht, den Zinsfussschwankungen im Geldmarkte, so lange es irgend geht, nicht zu folgen. Diese Genossenschaften zählen etwa eine Million Mitglieder. Anders steht es mit jenen Bauern und jenen grösseren Grundbesitzern, welche an lokale Kreditgenossenschaften nicht angeschlossen sind und deshalb auf Privatbankiers oder auf ihre Händler angewiesen bleiben. Hier macht sich der erhöhte Zinsfuss natürlich sofort als eine schwere neue Last bemerkbar. Wie hoch werden sich die Kosten dieser heutigen Personalkreditverteuerung für die deutschen Landwirte berechnen?

Nach dem „Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1905" war der Gesamtumsatz der Spar- und Darlehnskassen in Einnahmen und Ausgaben 2½ % Milliarden Mark. Nach der Berufszählung von 1895 gab es über 2½ Millionen selbständig erwerbstätige Landwirte. In den Kreditgenossenschaften sind mithin nicht ganz die Hälfte und namentlich nicht die grösseren Besitzer zusammengeschlossen. Man wird also das Personalkreditbedürfnis der deutschen Landwirte in Einnahmen und Ausgaben pro Jahr auf weit über 5 Milliarden Mark veranschlagen können. Davon wird heute schon mindestens die Hälfte einen Zinsfuss statt von 4 bis 4½%, von 6 bis 9% und mehr zu tragen haben. Mit jedem weiteren Monat anhaltender Geldverteuerung mehrt sich der Kreis der Teilnehmer an dieser Personalkreditnot. Damit steigt in erhöhtem Masse die Kreditkostenlast auf den Schultern der deutschen Landwirte. Die schwächeren Existenzen werden daran zugrunde gehen,

der intensivere Landwirtschaftsbetrieb allgemeiner aufgehalten. Der derzeitige Präsident der „Preussenkasse“, Dr. Heiligenstadt, hat mit Recht erklärt, dass bei Zinssätzen von 6 bis 9 %, wie sie heute bezahlt werden, die deutsche Landwirtschaft ebenso wie die Industrie und der reguläre Handel auf die Dauer nicht arbeiten können.

Was aber ist der Grund dieses schweren Uebels? Nach dem Vorausgeschickten kann die Antwort kaum zweifelhaft sein. Die Herrschaft des spekulativen Privatkapitals über die Verwaltung des mobilen Vermögens, über die Zuteilung des Kredites, über die Deutsche Reichsbank, über die Ereignisse an den Börsen, über die Bewegung des Zinsfusses und also kurz gesagt: der herrschende Kapitalismus trägt die eigentliche Verantwortung an der heute bald allgemeiner drohenden landwirtschaftlichen Betriebskreditnot.

---

c) Die landwirtschaftliche Krisis als landwirtschaftlicher Arbeitermangel.

Seit fünf bis sechs Jahrzehnten predigt der herrschend gewordene Kapitalismus dem deutschen Volke das Evangelium des Materialismus, der Spekulation und der Genusssucht. Bald ist dieser, bald jener vom Lande den Lockungen zur Abwanderung nach der Stadt oder nach dem Auslande gefolgt. Der eine hat in Nordamerika grosse Reichtümer erworben; der andere ist als Bäckerbursche in die Stadt gezogen und hat sich hier zu einem mehrfachen Hausbesitzer emporgeschwungen. Der dritte hat als Schlossergeselle angefangen und als reicher Fabrikbesitzer geendet. Gewiss sind gleichzeitig Tausende zu Grunde gegangen

und Hunderttausende haben in den neuen Verhältnissen kaum eine vorteilhaftere Lage eingetauscht. Aber die Zahl der Gewinner ist in jeder Lotterie eine kleine gegen die übergrosse Zahl der Verlierenden. Und ein Volk, das erst von der Sucht nach Reichtum erfasst wurde, lässt sich auch allgemeiner von grossen Treffern blenden. Es war in Australien wie in Nordamerika längst wohl bekannt, dass im Durchschnitt auf den Goldfeldern nicht viel mehr als der einfache Tagelohn verdient wurde. Sobald aber wieder einmal Einer Goldklumpen (nuggets) im Werte von 100000 Mark und mehr auf seinem „Loose" gefunden hatte, erfasste auch wieder fast die ganze Bevölkerung das „Goldfieber" und Goldgräberstädte von 60000 Einwohnern und mehr wuchsen fast über Nacht mitten in der Wüste aus dem Boden. Heute bedeuten die Aufforderungen zur Beteiligung am Börsenspiel eine ständige Verführung dieser Art. Bis in die entlegensten Täler der bayerischen Alpen dringen die „finanziellen Wegweiser" und die „Ratgeber für Kapitalisten". Almhirten debattieren darüber, ob sie ihre ersten ersparten 500 Mark bei der Sparkasse oder in Pfandbriefen bezw. Staatspapieren oder in Aktien anlegen sollen und ob „Rente" oder „Dividende" für sie vorteilhafter ist. Der Abgeordnete Dr. Hahn hat im deutschen Reichstage (Sitzung vom 13. Dezember 1907) einen lebhaften Hausierhandel mit Wertpapieren und Bezugsscheinen für ländliche Gebiete im Norden Deutschlands nachgewiesen. Der erste Versuch dieser Art lehrt die Leute, dass es in solchen Fällen besser ist, in der Grosstadt selbst zu wohnen. Es scheint deshalb der Nachweis wenig zu bedeuten, dass der höhere Geldlohn in der Stadt nur in den Fällen einer Ueberschätzung des baren Geldes die Abwanderung vom Lande verursacht haben könnte. Die Flucht vom Lande nach der Stadt ist zu allen Zeiten und bei allen Völkern eines der charakteristischesten

Symptome für den herrschenden Kapitalismus selbst bei allgemeinerer Sklavenwirtschaft gewesen. Nur eine irrige Auffassung kann darin eine selbständige Krankheit erblicken. Für die energievolleren spekulativ veranlagten Charaktere spielt die grössere Leichtigkeit der Eröffnung eines Spekulationskredits eine grosse Rolle. Darin hat die grössere Stadt schon deshalb dauernd einen grossen Vorsprung, weil sich hier die auf- und absteigenden Linien der Konjunkturen viel deutlicher zeigen. Aber auch für diejenigen, welche dauernd mit einem Lohnverhältnis zufrieden sind, bietet die Stadt bessere kapitalistisch ausgebildete Formen in der Koalitionsfreiheit, in dem Recht auf Streiks, in der gekürzten Arbeitszeit. Dazu die grössere Leichtigkeit, sich Genüssen der verschiedensten Art zuzuwenden. Kann das Land ernstlich daran denken, hier mit den grösseren Städten konkurrieren zu wollen? Und wenn es nicht angeht, den allgemeinen Streik mit der Gewerkschaftsorganisation, der Achtstundenbewegung und den städtischen Genüssen und Vergnügungen auf das Land und die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu übertragen, dann muss vor allem die eigentliche Ursache auch dieser Uebelstände richtiger erkannt werden, um sie beseitigen zu können.

Inzwischen werden die sich hier anheftenden Erscheinungen immer komplizierter. In den Grossstädten geht die natürliche Bevölkerungszunahme mehr oder minder rasch zurück. Diese Bewegung überträgt sich nach und nach auf das Land. Das langsame Aussterben der kapitalistisch gewordenen Völker, wovon die Weltgeschichte erzählt, kündigt sich an. Der Abzug der besten Arbeitskräfte vom Lande lässt die Leistungen der Arbeiter zurückgehen und die Armenlasten anwachsen. Der Mangel an einheimischen landwirtschaftlichen Arbeitern ruft Arbeiter vom Auslande herbei. Sie kommen nicht nur über die

östliche Grenze von Preussen, sondern auch über die dänische, holländische, italienische und österreichische Grenze. Ihre Zahl mehrt sich rasch von Jahr zu Jahr und erreichte 1907 wahrscheinlich im Ganzen für Deutschland die Ziffer von 1 Million. Das ist etwa der fünfzehnte Teil der deutschen Lohnarbeiter. Die inländischen Sitten haben sich unter dem Einfluss dieser Ausländer entschieden verschlechtert. So hat z. B. die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft in Folge vieler Mordtaten in der letzten Zeit ihren sämtlichen kroatischen Arbeitern gekündigt. Der Kontraktbruch ist bei den ausländischen Saisonarbeitern an der Tagesordnung. Der bäuerliche Besitz leidet unter dieser Arbeiternot am meisten. Soll das so weiter gehen? Und was soll daraus werden, wenn diese ausländischen Arbeiter eines Tages nach ihrer Heimat zurückkehren und nicht wiederkommen? In den östlichen Provinzen von Preussen leitet die Abwanderung der ländlichen Arbeiter die Abwanderung der Deutschen überhaupt ein. Die so frei werdenden Stellen werden von Polen besetzt. Die Königliche Ansiedelungskommission hat vergeblich gegen diese Spezialerscheinung anzukämpfen versucht. Seit 1886 sind 350 Millionen Mark für diese Zwecke verbraucht worden, aber der polnische Landbesitz hat trotzdem in den östlichen Provinzen zugenommen. Jetzt sind die Mittel der Ansiedelungskommission um neue Millionen vermehrt und ihre Kompetenzen durch das Enteignungsrecht erweitert worden. Ob dadurch von jetzt ab bessere Resultate zu erzielen sein werden?

Offenbar hat die wirksame Beseitigung eines jeden Uebels die richtige Erkenntnis der wirkenden Ursache zur unerlässlichen Voraussetzung. Die Abwanderung der Bevölkerung vom Lande ist eine naturnotwendige Folge der sich ausbreitenden Herrschaft des Kapitalismus, welcher das Volk zur Spekulation und zur Genusssucht erzieht.

---

2. Die Staatskreditkalamität.

Das deutsche Reich hat 1877 mit 4%igen Anleihen begonnen, welche zu einem Kurse von 99,54 zur Ausgabe gelangten. Der Privatdiskont an der Berliner Börse war 1877 im Jahresdurchschnitt 3,17%. Als dann dieser Privatdiskont auf 2,85% (1885), 2,16% (1886) und sogar auf 2,11% (1888) fiel, weil die Politik der deutschen Grossbanken in der Richtung eines billigeren Zinsfusses eingestellt war, begann 1885/88 die Ausgabe der 3½%igen Reichsanleihen, welche am 27. August 1886 erstmalig zu einem Kurse von 103,75 freihändig verkauft wurden. Als dann 1890/93 der internationale argentinische Krach kam und unter dessen Einfluss der Berliner Privatdiskont auf 1,80% (1892) und 1,74% (1894) zurückging, kam es zur Ausgabe 3%iger deutscher Anleihen, welche zuerst (im Oktober 1890) zu einem Kurse von 87 begeben wurden, Ultimo 1895 aber mit 99,60 den Parikurs nahezu erreichten. Gegen Ende 1894 waren die Reichsanleihen zum Terminhandel an den Börsen von London, Amsterdam und Brüssel zugelassen worden. Die üblichen Stimulationen, welche die Grossbanken der Börsenspekulation verabreicht haben, konnten die Kurse noch einige Zeit halten, trotz der wieder beginnenden Verteuerung des Geldes. Der Berliner Privatdiskont ging 1896 auf 3,04%, 1897 auf 3,09%, 1898 auf 3,55%. Als aber 1899 und 1900 4,45% bezw. 4,41% folgten und der Wechselzinsfuss der Reichsbank 7%, der Lombardzinsfuss 8% erreichte, ging das Deutsche Reich wieder zu 4% eigene Anleihen zurück und verkaufte zunächst — unter Schonung des deutschen Marktes — 80 Millionen Mark in Nordamerika. Der Börsenkurs der 3%igen Reichsanleihen ist in diesem Jahre auf 84,90 gesunken. Dann kam 1902, 1903 und Anfangs 1904 eine kurze Erholung des Geldstandes. Die 3%ige Reichs-

anleihe konnte im Juli 1902: 93,50, im Februar 1903: 93,40, im Jahre 1904: 92,20 notieren, um von da ab, bei stetiger Verteuerung des Geldes bis 7 1/2 und 8 1/2 %, heute (Weihnachten 1907) auf einen Kurs von 82,25 zu sinken gegen 99,60 Ultimo 1895. Jetzt hat das Reich auch für inländische Anleihen wieder eine 4%ige Verzinsung zugestanden, von der man in den 70er Jahren ausgegangen war.

Der unermüdliche Statistiker Richard Calwer berechnete nach seiner „Wirtschaftlichen Korrespondenz" vom 25. Oktober 1907 den Nominalbetrag der an der Berliner Börse zugelassenen Anleihen deutscher Staaten für 1904 auf 14,319 Milliarden Mark, den Kurswert dieser Anleihen Ende Januar 1904 auf 14,241 Milliarden Mark, den Kurswert dieser Anleihen Ende August 1907 auf 12,709 Milliarden Mark. Daraus ergibt sich ein Kursverlust von 1,532 Milliarden Mark.

Für die Inhaber der deutschen Staatsschuldverschreibungen ist damit eine recht prekäre Situation entstanden. Sparkassen, Berufsgenossenschaften und andere Institute, welche grössere Beträge deutscher Staatsanleihen liegen haben, müssen auf diese Kursverluste entsprechend grosse Abschreibungen machen. Wo aber Verkäufe vorgenommen werden mussten, wie vor allem bei einem grossen Teil des Privatpublikums, blieben schwere Verluste um so weniger aus, je länger man in der Hoffnung, dass es wieder besser werden könne, mit dem Verkaufe gezögert hat. Die Belastung der Steuerzahler des deutschen Reiches hat sich für die neu aufzunehmenden Schulden von 3 auf 4% erhöht. Das Ansehen des deutschen Reiches soll nach dem Minister von Rheinbaben infolge dieser Kursbewegung der Reichsanleihen nicht gelitten haben, denn — so begründet der Minister diese Behauptung — während die deutsche 3%ige Anleihe von 97 im Jahre 1897

auf 85,25, also um 11,75 Punkte gefallen ist, gingen gleichzeitig die englischen Konsols von 112 auf 83, die französischen Renten von 103 auf 94,30, also um 29 bezw. 8,70 Punkte zurück. Der Kursrückgang der Staatsrenten ist in den letzten Jahren ein allgemeiner. Könnte deshalb die Schädigung des Ansehens der Staaten nicht auch eine allgemeine sein?

Man hat darauf hingewiesen, dass in Deutschland nicht in gleichem Maasse wie in Frankreich, England und Nordamerika die Depositen der Sparbanken, die Mündelgelder und ähnliche Fonds zur Anlage in Staatspapieren gesetzlich verpflichtet seien, und dass durch eine solche Massnahme der Kurs der deutschen Reichs- und Staatsanleihen wesentlich gehoben werden könnte. Aber, hiesse dies nicht, die Schwächen des Marktes der Staatsanleihen zum Teil auf die Schultern der Sparer und Mündel abwälzen?

Offenbar muss die Heilung auch der herrschenden Misstände im Staatskredit von der Beantwortung der Frage ausgehen: Was ist die Ursache dieser Kalamität? Da wird die Antwort an erster Stelle lauten müssen: Der Zinsfuss ist heute nicht mehr der direkte Ausdruck des zunehmenden Reichtums des Volkes. Die Vermögenszunahme in Deutschland darf heute nach C. Evert auf etwa 2 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt werden und der Reichsbankzinsfuss ist seit 1902 fast dauernd bis auf 7½ bezw. 8½% im Dezember 1907 gestiegen. Das ist die unmittelbare Folge der Tatsache, dass der Zinsfuss Spekulationsobjekt der privaten Grossbanken geworden ist. Also ist in erster Linie das herrschende System des Kapitalismus für die Kalamitäten des Staatskredits verantwortlich zu machen.

Es wurde ferner behauptet, viele Besitzer von Staatspapieren hätten diese verkauft, um industrielle Werte dafür

einzutauschen und von den höheren Dividenden zu profitieren. Dadurch seien die Staatspapiere so im Kurse gesunken. Aber die höhere Rentabilität der Industrie führt sich auf die Ausbreitung der industriellen Syndikate zurück, die im wesentlichen unter der Initiative der Privatbanken und Hand in Hand mit der fortschreitenden Konzentration der Banken erfolgt ist. Und die Umwandlung des bisherigen Besitzes an Staatspapieren in Dividendenpapiere muss überwiegend zurückgeführt werden auf Anregungen, welche aus den Büros der Banken und aus den Kreisen der Börseninteressenten in grossen Massen unter dem Volk verbreitet wurden. *So begegnet uns auch hier, auf dem Grunde der Erscheinungen der herrschende Kapitalismus.*

Andere sind der Meinung, dass die wesentlich gesteigerten Ansprüche der Industrie an den deutschen Geldmarkt den Zinsfuss so sehr verteuert hätten. Diese Auffassung wurde schon im obigen Abschnitte über die drohende landwirtschaftliche Betriebskreditnot als irrig erwiesen. Die Neuemissionen in Aktien und Obligationen der heimischen Industrie sind in den letzten vier Jahren um etwas mehr als das Doppelte gestiegen, während der von unseren Privatbanken für Spekulationszwecke gewährte Kredit sich in den letzten Jahren sicher verdoppelt hat. Dort handelt es sich 1906 um eine Gesamtemission von 708 Millionen Mark, hier im gleichen Jahre um einen Jahresumsatz von weit mehr als vier Milliarden Mark. Rechnet man hierzu, dass viele Neuemissionen der Industrie dazu dienten, gewährte Spekulationskredite der Banken zu begleichen, und dass die Ausgabe von 1180 Millionen landwirtschaftlicher Pfandbriefe (in 1905 und 1906) neben 3653 Millionen Pfandbriefen der Hypothekenbanken (1902 bis 1906) ganz überwiegend den Spekulationen im Grundstücksmarkte dienen, so kann es gar nicht zweifelhaft

sein, dass nicht die eigentliche Industrie, sondern die immer masslosere Spekulation die weitaus grössten Ansprüche an den deutschen Geldmarkt gestellt hat. Diese Spekulation aber wurde grossgezogen und wird getragen von dem herrschenden Kapitalismus.

Eine noch eindringendere Kritik der heutigen Kalamität des Staatskredites würde zu untersuchen haben: welche Gründe zu einer Verschuldung des Reiches und der deutschen Einzelstaaten in der Höhe von über 15 Milliarden geführt haben? und: warum die erforderlichen Mittel zur Schuldentilgung nicht auf dem Wege der Steuereinnahmen gedeckt werden konnten? Wir würden bei dieser Analyse mit jenen fortlaufend wachsenden Ausgaben uns zu beschäftigen haben für ein Programm, dessen Durchführung auf eine erfolgreiche Konkurrenz des deutschen Handels mit dem Welthandel der Engländer namentlich gerichtet ist. Hierher gehören auch jene Hunderte von Millionen, welche für den Bau von Wasserstrassen ausgegeben wurden, bevor unser geltendes Recht, das den Gewinn dieser Verkehrsverbesserungen ganz überwiegend den kapitalistischen Unternehmungen verschiedenster Art zuführt, abgeändert wurde. Die Steuerverfassung unserer Staaten zeigt uns wie ein historisches Museum eine Sammlung aller Steuern bis zurück in die Zeiten des Lehensstaates, aber nur keine einfachen klaren Steuerprinzipien, welche den neuzeitlichen Verhältnissen auf den Leib zugeschnitten wären. Daneben die fortschreitende Vernichtung des selbständigen Mittelstandes durch den herrschenden Kapitalismus, welche die Steuerkraft der breiten Massen des Volkes nicht zur Entfaltung kommen lässt, während die kleine Zahl der Reichsten tausend Wege findet, sich einer gerechten Besteuerung zu entziehen. So wird die soziale Not in weitestem Sinne des Wortes zu einer Not unserer staatlichen Steuerkassen. Statt die alten Schulden abzuzahlen,

werden immer neue Schulden aufgenommen. Eine gesunde Reform unserer staatlichen Finanzen gehört zu den schier unlösbaren Aufgaben. So begegnet uns auch hier auf der ganzen Linie als letzte Ursache aller Schwierigkeiten das herrschende kapitalistische System.

---

3. Der Sozialismus und seine Gefahren.

Man kann die Beurteilung des Sozialismus der Wahlpraxis entnehmen. Hier steht die grosse Mehrheit der Parteien in schärfster Opposition zu den Vertretern des Sozialismus, den Sozialdemokraten: „Die Wahlen gegen die Sozialdemokratie werden mit Zähneknirschen gemacht,“ wie es Kammerherr von Oldenburg im Reichstage bezeichnet hat. Aus diesen scharfen Reibungen ist zu Bismarcks Zeiten das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie entsprungen. Wo in solchem Maasse persönliche Antipathien in Aktion treten, bleibt kaum ein Raum für kausale Erwägungen. Man kann die Beurteilung des Sozialismus der einschlägigen Spezialliteratur entnehmen. Dann findet man, dass heute von den Sozialisten nur noch die Karl Marxschen Theorien in wissenschaftlichen Ausführungen vertreten werden, und dass inzwischen auch eine Reihe von Sozialisten erkannt hat, wie sehr diese Theorien zumeist in die Irre gegangen sind. Wer darauf seine Beurteilung baut, kommt zu dem Schlusse: „Der Sozialismus ist eine vorübergehende Erscheinung. Man muss dieser Bewegung nur Zeit lassen, dann wird sie von selbst verschwinden.“ Diese Auffassung vergisst, dass die Masse der Sozialdemokraten ebenso wie die Masse einer jeden Glaubensgemeinschaft über das System der

Glaubenslehre kaum etwas unterrichtet ist. Speziell bei der Sozialdemokratie kann man beobachten, dass in guten Zeiten der Einfluss der Gewerkschaftsbewegung wächst, die Macht der radikalen Politiker aber zurückgeht. Volkswirtschaftlich ungünstige Zeiten bringen dagegen die Gewerkschaftsbewegung in eine schwierigere Lage und lassen den Einfluss radikaler Führer rasch zunehmen. Der erleichterte Erwerb eines Vermögens lässt im Volke umstürzlerische Bestrebungen abflauen, während Zeiten, in denen viele kleinere und mittlere Vermögen vernichtet wurden, die Zahl der rücksichtslosesten Anhänger einer extremen Wirtschaftspolitik rasch mehren. Also ist auch die Sozialdemokratie kein „Ding an sich," sondern eine Folgeerscheinung bestimmter volkswirtschaftlicher Zustände, fast ohne jede Rücksicht auf zeitweilig herrschende sozialistische Theorien.

Ein Rückblick auf die Lebensgeschichte der Völker kann diese Auffassung nur bestätigen. So lange das jüdische Volk eine gleichmässigere Grundbesitzverteilung besessen hat, gab es keine extremen Parteiungen. Erst als mit König Salomo der Reichtum und die Kapitalisten mit der Latifundienbildung ins Land gezogen waren, kam es zum Bürgerkriege, zur Spaltung des Reiches und dann zur assyrischen und babylonischen Eroberung. Nach Rückkehr der Juden aus der babylonischen Gefangenschaft wurde die drohende Verschuldung und Verknechtung des Volkes zuerst durch Nehemia und dann durch die Makkabäerbewegung wieder beseitigt. Unter der Oberherrschaft Roms war eine solche Sanierung nicht mehr möglich. Als jetzt mit der Herrschaft des Kapitalismus die Ungleichheit des Besitzes eine immer schreiendere wurde, nahm die anarchistische, kommunistische und sozialistische Bewegung rasch überhand. Fast keiner der Könige starb mehr eines natürlichen Todes. Die Essäer verwarfen Ehe und Eigentum,

die Sikarier durchzogen das Land, überfielen die Reichsten und trieben einen umfangreichen Grundstückhandel mit jenen Besitzungen, welche sie mit dem Dolche in der Hand den Kapitalisten abgenommen hatten. Was die Habgier sich zusammengeraubt, das ist auf diese Weise und insbesondere durch die bald nachfolgende grosse soziale Revolution „expropriiert" worden. Damit war allerdings auch die Vernichtung des jüdischen Staates besiegelt. Besonders instruktiv ist die Geschichte der griechischen Welt. Hier hat der Kapitalismus zunächst in den Staaten der kleinasiatischen Küste seinen Einzug gehalten. Dann übersiedelte seine Herrschaft nach den jonischen Inselstaaten, um zuletzt sich in den Staaten des griechischen Festlandes einzunisten. In ganz der gleichen Reihenfolge begleiteten die charakteristischen Erscheinungen des Sozialismus den Niedergang dieser Staaten. Schon zu Anfang des V. Jahrhunderts begegnen wir in Milet dem blutigen Kampfe der „Armen" gegen die „Reichen" mit rücksichtslosen Vermögenskonfiskationen. In Chalkis und Eretria hat dann etwa von Mitte des V. Jahrhunderts ab der soziale Bürgerkrieg gewütet, bis beide einst so blühenden Handelsstädte in einen Trümmerhaufen sich verwandelt haben. Für Korinth und Athen bezeichnet der peloponnesische Krieg (431 bis 404 v. Chr.) den Zeitpunkt, in welchem die Vernichtung des alten Mittelstandes in Proletariermassen neben wenigen sehr reichen Leuten eine gewaltsame Neuverteilung des Besitzes entwicklungsgeschichtlich notwendig machte. In Athen war dieser Prozess der „Expropriation der Expropriatöre" durch umfassende staatssozialistische Einrichtungen bei radikal demokratischer Verfassung günstig vorbereitet. Zwar siegte ab und zu die Partei der „Reichen" über die „Armen" mit Hilfe der Ausländer. Aber das Volk wurde dadurch nur desto mehr zu blutiger Rache gereizt. Diese selbstmörderischen

Bürgerkriege mit Vermögenskonfiskation dauerten, bis die eiserne Hand Roms zu Anfang der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts wegführte, was wertvoll und transportabel war. Ganz zuletzt kam der Agrarstaat Sparta an die Reihe. Durch die vielen siegreichen Kriege war nach Mitte des 3. Jahrhunderts die alte spartanische Einfachheit verschwunden. Mit dem Reichtum hatten Luxus, Bestechlichkeit, Latifundien und andere böse Dinge ihren Einzug gehalten. Mit rücksichtslosen Mitteln hat die Staatsgewalt selbst eine Neuverteilung des Besitzes jetzt durchgeführt und die Rückkehr zur alten strengen Zucht und Ordnung erzwungen. Erst im Kampfe gegen die kapitalistischen Nachbarn ist diese Reformbewegung erlegen. Von da ab wütete auch in Sparta der Bürgerkrieg, bis die Macht der Römer über Mein und Dein verfügte.

Sehr ähnliche Erscheinungen begegnen uns in der römischen Geschichte. Als die Quiriten sich nach und nach zur altrömischen Feldmark den damals bekannten Erdkreis erobert hatten, war natürlich auch die Kriegsbeute zu einer vorher nie erreichten Höhe angewachsen. Weil aber gleichzeitig die Masse der Bürger verarmt ist, standen sich in der Hauptsache sehr viele Arme und sehr wenig Reiche gegenüber. Die Verarmung des Volkes machte diese Bürger für Bestechungen zugänglich. Das Proletarier- und Söldnerheer stand demjenigen Heerführer zur Verfügung, welcher den grössten Beuteanteil versprechen konnte. Mit dieser Voraussetzung begannen die römischen Bürgerkriege, welche eine sehr wesentliche Neuverteilung des Besitzes zum Ziele hatten. In schier endlosen Proskriptionen und Vermögenskonfiskationen wurden durch mehr als ein halbes Jahrhundert (88 bis 31 v. Chr.) den Reichsten Leben und Vermögen genommen. Mit der Alleinherrschaft des Augustus kam diese Bewegung zum vorläufigen Abschluss, um bald darauf als kaiserliches Mittel zur

Minderung der Finanznot des Staates wieder aufzuleben. Inzwischen war durch Kaiser Augustus, zur Verhütung von proletarischen Hungersnotrevolten, mit der Einführung eines Staatssozialismus auf berufsgenossenschaftlicher Basis begonnen worden. An dem Hunger seiner Proletarier hat sich dann der Reichtum Roms verblutet, ohne das Aufkommen anarchistischer Strömungen verhüten zu können. Nur hiessen die Anarchisten jetzt „Prätorianer", die die Kaiser ermordeten, um dann den Kaiserthron öffentlich meistbietend zu verauktionieren.

Das islamitische Weltreich zeigt in seiner Entwicklungsgeschichte das sozialistische Gesetz der „Expropriation der Expropriatöre" in konsequentester Durchbildung. Zunächst wurde das Volk der Araber als Räuberhorde organisiert, um möglichst viele Länder zu erobern und dauernd auszuplündern. Dann wird dem arabischen Volke das auf diese Weise gewonnene Einkommen durch den Kalifen entzogen. Damit verschärft sich der blutige Kampf um den Kalifenthron innerhalb der Prophetenfamilie. Der einzelne Araber wird so darauf angewiesen, als Beamter oder Händler, oder Unternehmer aller Art, sich tunlichst zu bereichern. Waren die so gesammelten Reichtümer gross geworden, so gefiel es dem Kalifen, diesen Privatreichtum der Staatskasse zuzuführen. Die Reaktion auf solche Zustände führte zur umfassenden Organisation eines weitverzeigten Bundes der Anarchisten, welche hier den Namen „Assassinen" führten, zu denen sich die kommunistischen Sekten der Zendiken, der Moskaditen, des Ismaeliten u. s. w. gesellten. Weiter wurde es notwendig, dass der „Fürst der Gläubigen" zu seinem persönlichen Schutze sich fremde Soldtruppen hielt, die bald die anarchistische Rolle der römischen Prätorianer zu spielen wussten, und ihrerseits den Kalifen auszuräubern begannen, bis schliesslich die selbständig gewordenen

Statthalter den Beuteertrag des Staates sich aneigneten. Das damit allgemein eingeleitete Hazardieren um Königreiche mit fabelhaften Schätzen, weckte den Türken- und Mongolensturm, welcher die Herrschaft der Araber begraben hat.

In der christlich-germanischen Welt waren sozialistische Strömungen unbekannt geblieben, bis durch die Beziehungen zu dem islamischen Weltreiche im X., XI. und XII. Jahrhundert der Kapitalismus und die kapitalistische Wirtschaft auch hier Eingang gefunden hat. Die Geldwirtschaft und der übermässige Geldreichtum sind der Boden, auf dem allein sozialistische Ideen wachsen und wuchern können. Beide Voraussetzungen waren zuerst in Ober-Italien und Süd-Frankreich gegeben. Hier zeigten sich deshalb naturgemäss die ersten sozialistischen Ansätze, welche auch gegen die reiche Kirche gerichtet waren und deshalb als Ketzerbewegungen bekämpft wurden. (Siehe das Nähere in dem Abschnitt „Kapitalismus in der Kirche", II. Band, Seite 178 bis 215.) Durch diese Verfolgungen verbreiteten sich die Anhänger dieser Lehre über die mittleren und nördlichen Staaten Europas. Das erwachende Staatsbewusstsein war einer Bekämpfung der alten Kirche günstig. Und so führte schliesslich diese Bewegung, mit oder ohne kirchliche Reformation, zu dem gewaltigen Prozess der „Expropriation des Kirchengutes".

Inzwischen war der absolute Fürst der reichste Kapitalist im Lande geworden, welcher auch den Anspruch auf Gut und Blut aller Bürger erhoben hat. Wo dieser Rechtsanspruch im Sinne einer masslos gesteigerten Herrschsucht und Genussucht des Fürsten geltend gemacht wurde, blieben die anarchistischen Reaktionen in der Form von Meuchelmord und Bürgerkriegen nicht aus, denen die „Expropriation der kleinen Fürsten" durch die Grossen folgte. In den grossen Staaten kam es schliesslich zur politischen

Revolution mit einer „Expropriation des Fürsten" durch den modernen Staat. Seitdem haben die absoluten Fürsten, sobald die Verhältnisse dazu reif schienen, lieber freiwillig auf ihr absolutes Fürstenrecht verzichtet und dem Staate eine Verfassung gegeben. (Siehe das Nähere in dem Abschnitt: „Kapitalismus auf dem Fürstenthrone", Band II, Seite 215 bis 351.)

Damit ist die Bahn für eine Herrschaft des Kapitalismus in der Gesellschaft freigegeben. Ueberall regt sich die masslose Erwerbssucht und Habgier der Menschen, die bald den Mitbürgern nicht mehr zum Vorteile gereicht, sondern zur allgemeineren Knechtung, Verschuldung und Ausbeutung führt, während die Reichsten einen immer massloseren Luxus entfalten. Und schon zeigt sich auch überall das rasche Emporwachsen der sozialistischen Strömungen, deren Ziel auf eine „Expropriation der Expropriatöre" gerichtet ist. Wie unter solchen Umständen der Sozialismus als eine „vorübergehende Erscheinung" bezeichnet werden kann, wird aus der geschichtlichen Entwickelung der letzten Jahrtausende jedenfalls nicht ersichtlich. Aber — eine vorübergehende Erscheinung kann der Sozialismus werden, wenn es gelingt, den heute herrschenden Kapitalismus in der Gesellschaft ebenso zu beseitigen, wie der Kapitalismus vom Fürstenthrone und aus der Kirche beseitigt worden ist. Denn der Sozialismus war immer und überall nur eine Folgeerscheinung, und zwar eine Degenerationserscheinung des herrschend gewordenen Kapitalismus, die naturgemäss nach Beseitigung der Krankheitsursache von selbst verschwindet.

---

4. Das Friedensproblem.

Die Friedensbewegung unserer Tage hat es zuwege gebracht, dass im Haag wiederholt Friedenskonferenzen der Staaten abgehalten wurden, zu welchen der russische Kaiser eingeladen. Es kamen Beschlüsse zustande über den Begriff kriegsgerechter Waffen, über die Begrenzung von Krieg und Frieden durch die Kriegserklärung, über die Sicherheit des Privateigentums im Kriege usw. Im weiteren zielten diese Besprechungen der staatlichen Delegierten sogar auf staatliche Schiedsgerichtsverträge und Abrüstungsverträge! Vom entwickelungsgeschichtlichen Standpunkt betrachtet, ist durch all das ausserordentlich viel erreicht worden. Wer hätte vor wenigen Jahren noch solche Konferenzen staatlicher Delegierter für möglich gehalten! Gegenüber der gewaltigen Grösse des Friedensproblems und gegenüber der unbestreitbaren Tatsache, dass mit der fortschreitenden Intensität des Weltverkehrs die Zahl der kriegerischen Konflikte unter den gegebenen Verhältnissen wachsen muss, bedeuten die Haager Beschlüsse freilich herzlich wenig. Man kann es deshalb begreifen, dass ein Münchener Witzblatt die Resultate der letzten Haager Abrüstungsreden in der Bemerkung zusammenfasste: „Wonderfull, John! Deine Seifenblase ist die grösste!" Selbst die Schiedsgerichtsverträge, welche eine Reihe von Staaten gegenseitig abgeschlossen haben, behalten für die Fälle vitaler Interessen oder der Ehrenkränkung die Entscheidung des Streitfalles durch die Waffen vor. Alle Kolonialkriege und die Bürgerkriege verschiedenster Art bleiben von den internationalen Abmachungen der Staaten selbstverständlich ausgeschlossen. Also scheint der Krieg mit seinen Vorbereitungen auch nach dem offiziellen Friedensprogramm eine dauernde Einrichtung zu sein.

Offenbar ist auch der Krieg kein „Ding an sich“. Wir haben in einem vorausgehenden Abschnitt den Krieg bezeichnet als das akute Stadium einer Reihe von Erscheinungen, welche mit einander im engsten Kausalzusammenhange stehen und im Ganzen sich stets auf einen längeren Zeitraum erstrecken. Wer den Krieg in der Entwickelung der Jahrtausende tiefer erfasst, wird zu dem Schlusse kommen: Auch das Friedensproblem ist ein wirtschaftliches Problem. Schon Plato hat seine historischen Kenntnisse auf diesem Gebiete in den Satz zusammengefasst: „Entstehen uns doch alle Kriege um des Geldes Besitz!“ Wir glauben aus der neueren Geschichte der Kriege in einem früheren Abschnitt nachgewiesen zu haben: „Der Krieg ist eine Art des wirtschaftlichen Erwerbs und zwar in der Regel eine Erwerbsart der Reichen“. Selbst die seltenen Ausnahmen der sogenannten Entwickelungskriege stehen mit dem wirtschaftlichen Erwerbsleben des Volkes im engsten Zusammenhange.

Der heute herrschende Kapitalismus in der Gesellschaft bedeutet ewigen Krieg. Jeder echte Kapitalist strebt, wie einst Cäsar, nach der Weltherrschaft. Das liegt begrifflich schon in der Unersättlichkeit seiner Habgier. Aus der stetig wachsenden Zahl der Welteroberer ergibt sich eine quadratisch wachsende Zahl wirtschaftlicher Konflikte, zunächst schon innerhalb der Familie, wo sich die Geschwister und Verwandten schamlos gegenseitig übervorteilen, dann innerhalb der Gemeinde, wo der Nachbar den Nachbarn um sein Vermögen bringt, dann innerhalb der Provinz und innerhalb des Staates in den tausend Formen des unlauteren Wettbewerbs, der Verleumdung, der Spekulation aller Art, bis zu den Streiks der Lohnarbeiter, dem vergifteten Kampfe der politischen Parteien und dem immer kostspieligeren Ringen der Staatsgewalt mit der rasch wachsenden Zahl von Verbrechern

aller Art. Das alles trägt den verruchten Stempel der Friedlosigkeit und muss nach und nach aus dem Stadium des latenten Bürgerkrieges zum offenen Bruderkriege ausarten. Wo die kapitalistischen Welteroberer im Auslande neue Millionen zu gewinnen trachten, wissen sie in der Regel sehr geschickt ihre Erwerbssucht mit der Ehre und dem Ansehen der Nation, der sie angehören, zu verflechten. Deshalb werden hier so leicht wirtschaftliche Konflikte mit den Welteroberern anderer Nationalitäten oder Konflikte mit den Opfern ihrer Ausbeutung zu staatlichen kriegerischen Konflikten. Aber es wäre irrig, die eigentliche Ursache der Kriege nur im Auslande zu suchen. Die Geschichte erzählt von einer langen Reihe von Kriegen, die dadurch entstanden sind, dass man die öffentliche Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Konflikten im eigenen Lande ablenken musste oder doch wollte.

Die Kriege sind Lösungsversuche wirtschaftlicher Fragen in kapitalistischem Sinne. Namentlich die griechische Geschichte ist angefüllt mit blutigen Kämpfen um neue Märkte und neue Absatzwege für Handel und Industrie. Alle Schlachten der niedergehenden römischen Republik wurden geschlagen auf Befehl kapitalistischer Welteroberer. Die blutigen Kolonialkriege des XVI. und XVII. Jahrhunderts sind naturgemäss aus dem Seeraub hervorgewachsen. Das Wesen unserer modernen Kolonialkriege wurde an anderer Stelle bereits dargelegt. Plato hat also immer noch Recht: „Es entstehen uns fast alle Kriege um den Geldes Besitz“!

Schauen wir in die Zukunft, so drohen vor allem die grossen Entscheidungsschlachten zwischen den führenden Welthandelsstaaten Deutschland und England auf der einen Seite, Nord-Amerika und Japan auf der anderen Seite des Meeres, denen aber auch Kriege zwischen Deutschland und Nord-Amerika, zwischen England und Japan zugerechnet

werden müssen. Der nordamerikanische Schatzsekretär Shaw hat deshalb in einer Rede an die Havardstudenten ganz zutreffend gesagt: „Das neue Jahrhundert wird Zeuge sein eines erbitterten und riesenhaften internationalen Handelskrieges zwischen England, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika um die Märkte der Welt. Gebe Gott, dass der Krieg unblutig bleibe. Aber er wird genau so heftig und unerbittlich geführt werden, wir nur irgend ein Krieg in früheren Zeiten". Vorübergehende Bündnisse und Freundschaften ändern wenig an diesen Notwendigkeiten. Korinth war dauernd mit Athen befreundet, so lange noch gemeinsame dritte Konkurrenten zu vernichten waren, um dann erst den grossen Entscheidungskrieg über die Frage, ob Korinth oder Athen die Weltherrschaft haben solle? zu beginnen. Venedig und Genua waren immer einig in den Kriegen gegen gemeinsame Mitbewerber und doch blieb ihnen schliesslich der Kampf auf Leben und Tod um die Weltherrschaft nicht erspart. Der Reichtum von Portugal, Spanien und Frankreich hat sich der Reihe nach in Kämpfen um die Weltherrschaft verblutet. Sollte diese Entwickelung heute zu Ende sein, wenn der Geist des kapitalistischen Erwerbs, der all diese Kriege im Grunde geleitet hat, mehr denn je dominiert?

Die entscheidende Frage der Friedensbewegung lautet: Wird es gelingen, den heute herrschenden Kapitalismus aus der Gesellschaft zu beseitigen? Dann mag der Friede mit der Politik der offenen Türe zwischen den Staaten und Völkern herrschen; denn der Friede ist in diesem Falle von dem Einzelnen ausgehend, in der Familie, Gemeinde und Provinz, von unten auf sicher fundiert. Bleibt aber das kapitalistische Erwerbssystem herrschend, dann müssen die Zeiten der ewigen Kriege fortdauern trotz aller Friedenskonferenzen.

5. Die allgemeine Diagnose.

Wir haben in Vorhergehendem die Ursache der landwirtschaftlichen Krisis untersucht und dabei für jene Erscheinungen, die man in der Regel in Bausch und Bogen einheitlich erledigen zu können glaubt, sieben Unterscheidungen als notwendig erkannt. Die sogenannte landwirtschaftliche Krisis will aufgelöst sein in:

1. Die Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte als Krisis der Marktorganisation.
2. Die Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte als Krisis der internationalen Transportkosten.
3. Die Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte als kapitalistische Gründung neuer Konkurrenzländer.
4. Die Kreditkrisis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes als Rodbertus'sche Kreditnot.
5. Die Kreditkrisis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes als heute herrschende Kreditnot des Grundbesitzes.
6. Die Kreditkrisis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes als drohende Betriebskreditnot und
7. die landwirtschaftliche Krisis als landwirtschaftlicher Arbeitermangel.

Auf dem Grunde all dieser sieben sachlich notwendigerweise zu trennenden Misstände ist uns der herrschende Kapitalismus als eigentliche Krankheitsursache begegnet. Dann hat unsere Betrachtung drei öffentlichen Fragen sich zugewendet, welche nach der üblichen Auffassung weit auseinander liegen: der Staatskreditkalamität, dem Sozialismus und dem Friedensproblem. Und abermals musste schliesslich ganz die gleiche Diagnose: „Folgeerscheinung des herrschenden Kapitalismus“ gestellt werden. Also werden wir wohl jetzt zu der Vermutung berechtigt sein, dass alle oben für die Gegen-

wart ermittelten volkswirtschaftlichen Krankheitssymptome sich gleichmässig auf den herrschenden Kapitalismus als eigentliche Krankheitsursache zurückführen. Bevor aber dieser allgemeine Nachweis erbracht wird, soll uns die entwickelungsgeschichtliche Betrachtung der kapitalistischen Erscheinungen vor dem Wirrwarr der heute gegebenen Definitionen für „Kapital" und „Kapitalismus" bewahren.

Bei den alten Völkern, wie bei den Völkern der Gegenwart konnten drei Arten des Kapitalismus beobachtet werden: der Kapitalismus des Handels- und Leihkapitals, der Kapitalismus des Industriekapitals und der Kapitalismus des Bank- und Börsenkapitals.

Die Periode des Handels- und Leihkapitals brachte das arbeitende Volk durch Wucherrecht und Wucherzins mit Hungersnotpreisen für Getreide in schwere Verschuldung und persönliche Abhängigkeit von den Kapitalisten.

Die Periode des Industriekapitals zielte auf eine Proletarisierung des Mittelstandes in Stadt und Land ab und schuf die abhängigen Arbeitermassen in den Städten, auf dem Lande grosskapitalistische Latifundien.

Die Periode des Bank- und Börsenkapitals vollendete die Abhängigkeit des Staates von den Grosskapitalisten durch Wahlbestechungen und Gelddarlehen aller Art, um sich das Recht der Wucherfreiheit zu sichern und die Machtmittel des Staates zur Beitreibung seiner Wuchergewinne im In- und Auslande zur Verfügung zu haben.

Die Kapitalisten sind mithin, wie schon Schaeffle betont hat, parasitäre Erscheinungen. Ein Volk von Kapitalisten ist undenkbar. Als echte Parasiten haben sie zu ihrer Existenz ein „Wirtsvolk" nötig. So begegnen wir bei dem jüdischen Volke, als es noch agrarisch war, den Phöniziern und Kanaanitern als Kapitalisten. Dann fanden sich die jüdischen Händler und Geldwechsler auf

den grossen griechischen Handelsplätzen ein. Zu Anfang der römischen Kaiserzeit konnte Juvenal ausrufen: „Es ist, als ob der Orontes (Hauptfluss in Syrien) sich in den Tiber ergossen hätte!“ So hatten sich die orientalischen Kapitalisten in Rom zusammengefunden. Wir begegnen diesen Orientalen wieder im islamischen Weltreich. Sie folgen dem Zuge des Welthandels über Portugal und Spanien nach Holland, Frankreich, England und Deutschland. Ueberall bringen sie ihr Kapitalistenrecht mit, das seit Jahrhunderten schon sich in Handels-, Wechsel- und Börsenrecht teilt. Sobald die volkswirtschaftlichen Verhältnisse des „Wirtsvolkes“ ihrem Ende zuneigen, verlassen sie die bisherigen Stätten ihrer Wirksamkeit, um sich anderwärts anzusiedeln. Zwischen den Parasiten und dem „Wirtsvolke“ und deshalb auch zwischen Kapital und Arbeit besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Man muss sich nur nicht einreden lassen, dass unter „Kapital angesammelte Arbeitsprodukte“ zu verstehen seien, „welche dem Zweck der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung dienen.“ Kapital ist eine kleine oder grosse Gütermenge, welche der Gewinnsucht dient. Kapitalisten sind Wucherer im weitesten Sinne des Wortes. Unter Wucher in diesem Sinne verstehe ich mit Franz Schaub: jede vertragsmässige Aneignung eines offenkundigen Mehrwertes. Und mit dem Worte Kapitalismus bezeichnen wir heute ein gesellschaftliches System, in welchem die Wucherfreiheit mehr oder minder vollständig zu Recht besteht. Von diesen klaren, einfachen Begriffen ausgehend, soll eine einheitliche Erklärung der oben zusammengestellten „pathologischen Symptome im Völkerleben der Gegenwart“ versucht werden:

a) Dass die Kapitalisten darnach trachten, möglichst das ganze Volksvermögen in „Ware“ zu verwandeln, ist

selbstverständlich. Für den Warenverkehr gilt der durchaus wucherische Grundsatz: „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen.“ Je grösser die Warenmasse im Markte ist, desto grösser können die Gewinne der Kapitalisten sein. Für die „Ware“ wird der Preis durch die kapitalistische Spekulation, d. h. durch alle Künste der Kapitalisten bestimmt, ganz ohne Rücksicht auf die Erzeugungskosten oder auf die Interessen der Produzenten und Konsumenten. Karl Marx erblickt in dieser Herrschaft des Geldpreises den „Fetischcharakter der Ware.“ Die ganze heutige Gesellschaft beugt sich vor diesem Marktpreise, wie vor einem „Fetisch.“ Trotz der tausend Klagen, welche das Volk gegen die herrschende Marktpreisbildung zu erheben hat, betrachtet man diese selbst geschaffene Einrichtung fast wie ein unabänderliches Geschenk der Allmacht Gottes. Die offizielle Wissenschaft steht bewundernd vor dem „Wellengekräusel der Preise“ und „vor dem kaufmännischen Instinkt, durch welchen die Spekulanten die künftige Preisbewegung des Marktes so trefflich zu erraten vermögen.“ Der Sekretär der Börse in Chicago aber zögert nicht, einzugestehen, dass die fortwährenden täglichen Preisschwankungen dem Produzenten, wie dem Konsumenten je 10%, also zusammen 20% des Durchschnittspreises als Schaden zufügen, weil jener bei der fortschreitenden Unsicherheit entsprechend zu billig verkaufe, dieser entsprechend zu teuer einkaufe. Für das deutsche Volk allein bedeutet das nur bei Brot und Fleisch jährlich einen Schaden von über einer halben Milliarde Mark. Mit den übrigen Waren des grossen Konsums darf dieser Schaden für Deutschland pro Jahr auf mindestens 1 Milliarde Mark abgerundet werden. Dazu kommen die Schädigungen des Volkes aus den Kursschwankungen der Wertpapiere. Im Ganzen besitzen wir davon in Deutschland nach Calwer bekanntlich 80 Milliarden Mark. Soweit

dieselben im Besitze von Kapitalisten sind, bedeutet die Schädigung der Einzelnen durch Kursschwankungen nur den „Kampf der Wucherer um die Beute.“ Wir müssen deshalb den Wertpapierbesitz der Kapitalisten aus einer Rechnung ausscheiden, welche den Schaden ermitteln will, den das herrschende kapitalistische System dem Volkswohlstande zufügt. Nehmen wir an, in den Händen der Sparkassen, der öffentlichen Institute aller Art, wie in den Händen der Sparer im deutschen Volke seien etwa 20 Milliarden Wertpapiere, die ihren Besitzern, infolge unausgesetzter Kursschwankungen, pro Jahr einen Schaden von etwa 5% einbringen. Das ergibt im Ganzen 1 Milliarde. Mit andern Worten, die Preisfestsetzung für die „Waren“ durch das spekulative Kapital kostet jährlich dem deutschen Volke, nur infolge der fortgesetzten Preisschwankungen, mindestens zwei Milliarden Mark. Der Gewinn der Kapitalisten aus diesen Preisoszillationen ist natürlich sehr viel kleiner und steht in keinem Verhältnis zu dem Schaden, welchen die übrige Bevölkerung aus diesem Titel zu tragen hat.

b) Bei diesem „Wellengekräusel der Preise“ bleibt es nicht. Die Spekulation neigt in ihren Bewertungen fortwährend zu Extremen schon deshalb, weil sie die „ahnungslosen“ Volksmassen zur Teilnahme wachruft. Neigt die Preisbewegung nach abwärts, so verbreitet die Börsenpresse eine solche Mutlosigkeit im Volke, dass es sich gar nicht voraussehen lässt, wie billig die Ware werden kann. Welcher Fachmann hätte in den 80er Jahren geglaubt, dass die Tonne Weizen in Berlin im Oktober 1894 bis auf 120 Mark sinken könnte? Eine solche übermässige Baissebewegung musste international zu einer übermässigen Einschränkung des Weizenbaues führen. Und als das 1897/98 Tatsache geworden war, sahen kühne Grosskapitalisten ihre Aufgabe darin, die Weizenpreise ebenso

masslos in die Höhe schnellen zu lassen. Der Weizenpreis in Berlin stieg im Mai 1898 auf 260 Mark pro 1000 Kilo! So geht es bald bei Weizen und Roggen, bald bei den verschiedenen Fleischarten, bald bei Kaffee und Zucker, bald bei Baumwolle oder Kupfer, bald bei den verschiedenen Wertpapieren, welche an der Börse gehandelt werden. Und wenn die Preise für Getreide oder Fleisch wieder einmal sehr hoch gestiegen sind, dann hat die kapitalistische Presse und die ihr Handlangerdienste leistende sozialistische Presse den seltsamen Mut, die Agrarier als „Brot- und Fleischwucherer“ in der Oeffentlichkeit anzuklagen — weil sie in Zoll und Grenzsperre unvollkommene Hilfsmittel gegen die kapitalistische Preisbildung ihrer Produkte ergriffen haben. Bei den Spekulationspapieren der Börse liegt die Initiative mehr auf Seiten der Hausse, durch welche das Publikum zur Teilnahme an den Spekulationskäufen verleitet wird. So hat man z. B. die wertlosen Treberaktien im Herbst 1896 auf einen Kurs von 895 hinaufgetrieben! In dem Maasse, wie die Spekulationspapiere steigen, oder das Geld teurer wird, fallen in der Regel die Rentenpapiere. Immer aber wechseln auch hier Krisis und Erholung, Hausse und Baisse mit einander ab, unter der intellektuellen und materiellen Führung der grossen Kreditbanken. Solche Krisen zählen wir in Europa seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, also innerhalb 57 Jahren sieben, nämlich 1857, 1866, 1873, 1882, 1890/3, 1899/1900 und 1906/7, also im Durchschnitt eine innerhalb acht Jahren. Die Verluste in den Krisen zählen nach vielen Milliarden. Bekannte argentinische Rentenpapiere sanken vom Mai 1889 bis Juni 1894 durchschnittlich von 97 auf 34 in ihrem Berliner Kurswerte. Reine Spekulationswerte gehen ganz oder fast ganz verloren. Weil sich jedoch diese Schäden auf durchschnittlich acht Jahre verteilen und die ständigen Benachteiligungen durch die unausgesetzten Preisschwankungen

schon in Rechnung gesetzt wurden, soll der materielle Schaden der extremen Preisschwankungen nach oben und unten pro Jahr auf nur den vierten Teil des Schadens der ständigen Preisschwankungen eingeschätzt werden. Das ergibt für das deutsche Volk allein jährlich $^1/_2$ Milliarde Mark, welche diese Seite des herrschenden Kapitalismus kostet. Auch hier steht der Verlust der Gesamtheit in keinem Verhältnis zu den Gewinnen, die schliesslich einige Kapitalisten in der Tasche haben.

c) Von Nordamerika her hat sich in den letzten Jahrzehnten unter den Kapitalisten der Grundsatz verbreitet: „business is better than boom!" „Ein regelmässig fortlaufendes Geschäft ist besser als zeitweilige ausserordentliche Gewinne!" Seitdem ist der Kapitalismus bestrebt, die Erzeugung von Massenartikeln für das Volk durch Syndikate und Trusts monopolartig zu beherrschen, um daraus dauernd übermässige Gewinne (Mehrwerte) zu ziehen. Namentlich die Zeiten allgemeiner Krisen sind die Zeiten der Ausbreitung solcher Syndikate und Trusts. Auch die fortschreitende Konzentration der deutschen, österreichischen, englischen und nordamerikanischen Grossbanken ist eine Art Syndikatsbewegung auf dem Geldmarkte, welche die Entstehung neuer Syndikate auf anderen Gebieten direkt begünstigt und sogar erzwingt, wie der typische Fall der Phönixwerke in Laar bezeugt. Als zu Beginn des Jahres 1904 sich der Stahlwerksverband bildete, wollten die Phönixwerke nicht beitreten. Da kauften die an dem Zustandekommen dieses Syndikats wesentlich interessierten Grossbanken die Mehrheit der Phönixaktien auf, und eine dann vom Aufsichtsrat zusammenberufene ausserordentliche Generalversammlung beschloss, gegen die eindringlichen Gründe der Direktion, den Beitritt zum Stahlwerksverband. Die westfälischen Stahlwerke hat die Nationalbank für

Deutschland dem Syndikate „zugeführt". Eine Reihe ähnlicher Fälle findet sich in dem trefflichen Buche von O. Jeidels „über das Verhältnis der Grossbanken zur Industrie" (1905). Einzelne Grossbanken haben Spezialbüros zur Förderung der Syndikatsbewegung eingerichtet, wie das Syndikatskontor des Schaaffhausenschen Bankvereins, das Zentralverkaufskontor von Hintermauersteinen der Dresdener Bank in Berlin usw. So sind vielfach unter wesentlicher Mithilfe der Grossbanken in Deutschland heute über 400 Syndikate entstanden. Schon sind eine Reihe internationaler Syndikatsvereinigungen zu Stande gekommen. Und sobald erst einmal ein grosskapitalistisches Syndikat fest genug begründet ist, „schämt es sich nicht mehr", vom Volke sich zahlen zu lassen, „was es tragen kann". Das naheliegende Beispiel des Kohlensyndikates mag diesen Satz weiter erläutern. Nachdem das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat zustande gekommen war, berechnete man die zu fordernden Preise auf der Basis der teuersten Produktionssorte. Dann wurden diese Werke von den grösseren, billiger erzeugenden Zechen aufgekauft, still gelegt und ihre Produktion auf die billiger arbeitenden Werke übernommen. Dann hat man durch eine Produktionseinschränkung die Kohlenpreise noch weiter erhöht. Dazu kommen weiter die verschiedensten Formen der „Mehrwertaneignung" wie: Verschlechterung des Koks, Doppeltberechnung der Frachten usw. Nach der Wochenschrift „Plutus" (Georg Bernhard) setzt das Syndikat seine Preise für Süddeutschland ab Mannheim fest. Für den Transport von Mühlheim nach Mannheim wurde dabei die Eisenbahnfracht eingerechnet. In Wirklichkeit benutzt aber hier das Kohlensyndikat den Wasserweg. Ist die Rheinschiffahrt erschwert, so gestattet das Syndikat den Beziehern als besonderes Entgegenkommen, die Kohlen direkt von der Zeche zu holen und dabei die Bahnfracht, welche in den

Preis schon einkalkuliert ist, noch einmal zu zahlen. Das Syndikat verkaufte 1905 rund 41 Millionen Tonnen Kohlen allein und verbrauchte 25 Millionen Tonnen in den eigenen Werken. Es ist aus all dem unschwer zu folgern, dass diese eine Organisation aus dem deutschen Volke jährlich weit mehr als 100 Millionen Mark „Mehrwert" herausholt. Wir haben heute im deutschen Vaterlande über 400 solcher Syndikate. Es ist gewiss eine sehr mässige Schätzung, wenn wir die unbillige Belastung des deutschen Konsums durch die vorhandenen Syndikate nur auf eine Milliarde Mark pro Jahr ansetzen. Weiter ist anzuschlagen, dass mit dem Fortschreiten der Konzentration die mittleren und kleinen Existenzen verschwinden, falls nicht, wie bei den landwirtschaftlichen Brennereien, besondere gesetzliche Bestimmungen diese Entwickelung verhindern. So wird auch hier die Ausbreitung des Kapitalismus, über den Profit des Kapitalisten hinaus, von schweren volkswirtschaftlichen Schädigungen begleitet.

d) Das Kapitalistenrecht trennt in der Aktiengesellschaft, wie in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und in ähnlichen Organisationen den Geldwert eines Unternehmens von der Arbeit. Die Arbeit wird dann in ihrer Entlohnung in der Regel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verwiesen. Der Zuwachs in der Produktivität auf Grund allgemeiner volkswirtschaftlicher Fortschritte pflegt als Kapitalgewinn berechnet und vereinnahmt zu werden. Diese durchaus antisoziale wucherische Betrachtung der Dinge ist uns heute so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, dass man diesen Verteilungsmodus des Ertrages zwischen Kapital und Arbeit in „Ertragswertanschlag" als etwas ganz „Ehrenhaftes" zu betrachten gewohnt ist.

Die Sache wird schon deutlicher bei der Ausgabe neuer Aktien oder Anteilscheine. Ein grosses angesehenes

Aktienunternehmen, das seit einigen Jahren etwa 10% Dividende an die Aktionäre verteilt, offeriert dem Markte neue Aktien, welche mit den alten gleichberechtigt sind, mindestens zu einem Kurse von 200. Der nominelle Anteil von 100 Mark wird mithin hier mit 200 Mark bar bezahlt. Das Recht und die Aussicht der Anteilnahme an einem Gewinn von 10% bewirkt, dass der Fetischcharakter der Ware „Aktie" die Bewertung auf den doppelten Nominalbetrag ansetzt. Ein solches Aktienunternehmen erhält dann, bei voller Einzahlung, für verausgabte 5 Millionen Mark Aktien 10 Millionen Mark bares Geld. Am 28. Januar 1908 notierte im Berliner Kurszettel die Arenberger Bergwerksaktie 770%. Für eine Arenberger Aktie im Nennbetrage von 1500 Mark müsste also der Käufer 11500 Mark zahlen. Man erwartete wieder eine Verteilung von 45% Dividende. Diese Aenderung der Börsenkurse mit der Höhe der Dividende machen die Politik der Banken verständlich, in der Generalversammlung die Dividenden nach dem Börsenkurse festzusetzen. Jedenfalls hat die Dividendenerhöhung die Tendenz, den Kurswert der Aktie entsprechend zu steigern. Aktienverkäufe bringen dann eine höhere Geldsumme, welchen „Mehrwert" Cäsar Straus als „Freikapital" bezeichnet hat.

Noch mehr enthüllt sich das Wesen dieser Kapitalgewinne bei sogenannten Gründungsvorgängen. Als Beispiel soll eine Gründung aus 1898 dienen, deren Einzelheiten erst in jüngster Zeit bekannt geworden sind. (Siehe „Frankfurter Zeitung" vom 25. und 31. Oktober 1907.) In Mannheim hat der Eigentümer einer mittleren Seilfabrik die Herstellung quadratischer Seile erfunden und sich patentieren lassen. Am 2. Dezember 1897 verkaufte dieser Mann seine Fabrik mit seinem Patent an den Generaldirektor der Mannheimer Aktiengesellschaft für Seilindustrie um 142500 Mk. Im Auftrage des Käufers verwandelte

dann der bisherige Eigentümer das Unternehmen in eine G. m. b. H. mit 150000 Mk., welche von der Aktiengesellschaft übernommen wurden. Zwei Monate später verkaufte die Aktiengesellschaft 120000 Mk. Anteilscheine dieser G. m. b. H. an wenige Privatpersonen, bei welchen der Generaldirektor der Aktiengesellschaft mit seiner Schwiegermutter die weitaus Hauptbeteiligten waren, zum Nominalwert. Nach abermals zwei Monaten kaufte die alte Aktiengesellschaft diese 120000 Mark Anteilscheine der G. m. b. H. wieder zurück und zwar zu einem Kurse von 500, welcher mit neuen Aktien bezahlt wurde, die man dann zu einem Kurse von 190 an der Börse verkaufte. Ausserdem beanspruchte inzwischen dieser Generaldirektor 170000 Mk. „nachträgliche Tantième“. Endlich gründete dieser Generaldirektor zur Ausbeutung des neuen Verfahrens im Auslande eine „internationale Seilfabrikgesellschaft“, an welcher die Mannheimer Aktiengesellschaft für Seilindustrie 1905 mit 1197000 Mk. „fest“ beteiligt war und am 30. Juni 1907 auch noch Buchforderungen in der Höhe von 1347835 Mk. hatte. Die Dividenden der Aktiengesellschaft für Seilindustrie waren anfangs 12%, dann 8, 5, 0, 4, 4, 4%. Hier sieht man recht deutlich „das Kapital an der Arbeit“, um sich von dem Arbeitsertrage der Gegenwart, der Zukunft und der Vergangenheit einen möglichst grossen Teil vertragsmässig als „Mehrwert“ anzueignen. In besonders aussichtsreichen Fällen werden die Aktien in der Regel nicht in den Börsenverkehr gebracht, sondern von den Gründern und ihren Freunden behalten. So z. B. bei der „Internationalen Bohrgesellschaft in Erkelenz, Aktiengesellschaft“. Sie hat ein Aktienkapital von 1 Million und damit im letzten Jahre einen Gesamtgewinn von 18 Millionen erzielt. Davon wurden nur 500 % Dividende verteilt. Die Dividende des Vorjahres war 100 %. Diese Riesengewinne sind erzielt worden auf

Grund der Monopolstellung, welche die geltenden Bergrechte kapitalkräftigen und intelligenten Gesellschaften übertragen. Die Gewinne aus dem Schatzkästlein dieser Gesellschaft werden noch wesentlich weiter steigen. Der Schaaffhausensche Bankverein, welcher die überwiegende Mehrheit dieser Aktien besitzt, erlangte damit eine Reihe von wichtigen geschäftlichen Beziehungen. Durch die ausgedehnten Kohlenfelder im nördlichen Kohlengebiet von Rheinland-Westfalen war diese Bank ein mächtiger Faktor bei der Bildung des zweiten Kohlensyndikates. Dazu kommen ferner wichtige Gerechtsame im deutschen Oelgebiet, im westfälischen Erzbergbau, in Belgien, in Rumänien, Kamerun usw. Hier breiten sich die Fangarme kapitalistischer Monopolgewinne nach allen Seiten aus!

Bei dem privaten Grundbesitz kommt es zur Trennung zwischen Geldwert und Arbeit in jedem Falle der Handänderung. Der Landwirt, welcher seinen Besitz verkauft, hört in diesem Augenblicke auf, als landwirtschaftlicher Produzent zu denken. Er trachtet vor allem, möglichst teuer zu verkaufen. Zwischen Verkäufer und Käufer begegnet uns deshalb auch hier der scharfe Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Bei Verpachtungen gilt häufig das gleiche für das Verhältnis zwischen Verpächter und Pächter. Die Baugrundstücke im Umkreis der grösseren Städte erscheinen schon fast als „reines Kapital", das bei jeder Handänderung, auch ohne Hinzurechnung von wirklichen Arbeitsleistungen, eine entsprechende Preiserhöhung erfahren soll, bis schliesslich 1 ha Land, welches vor wenigen Jahrzehnten mit 600 bis 1000 Mk. bezahlt wurde, Millionen Mark kostet. So wurde z. B. von der „Pommernbank" das sogenannte Wollanksche Terrain in Pankow 1898 mit 5 Millionen Mk. erstanden. 1899 wurde dieser Besitz auf 10,33 Millionen Mk., 1900 auf 21,07 Millionen Mk. „geschätzt" und mit 21 Millionen Mk. beliehen.

Das Wesen all dieser typischen Vorgänge liegt darin, dass ein Einkommen, welches ursprünglich dem volkswirtschaftlichen Konto: „Arbeitserfolg“ gehörte, unter den so ungemein verschiedenen Formen des herrschenden Kapitalistenrechts, ohne Gegenleistung, auf das Konto „Geldgewinn“ übertragen wird. Und dann wundern sich die Rechtsnachfolger des Kontos: „Arbeitserfolg“, dass trotz gewaltiger Fortschritte und Anstrengungen für sie verhältnismässig wenig übrig bleibt.

Wie gross sind etwa im Durchschnitt pro Jahr diese kapitalistischen Umwandlungen der „Arbeitserträge“ in „Geldgewinne“ innerhalb Deutschland? Die in den fünf Jahren 1902 bis 1906 an die deutschen Börsen gebrachten Aktien von Banken, Eisenbahnen und Industrieunternehmungen erreichten im Jahresdurchschnitt etwa 550 Millionen Mark. Nehmen wir für unsolide und solidere Emissionen im Mittel einen Mehrwert von nur 100% des Nominalkapitals an, so wird auf diese Weise das deutsche volkswirtschaftliche Konto „Arbeitsertrag“ um 550 Millionen Mark mehr pro Jahr nach Kapitalistenrecht gekürzt. Die durch keinerlei Investierungen und Arbeitsaufwendungen motivierten Grundpreissteigerungen dürfen erfahrungsgemäss etwa der Hypothekenzunahme gleichgestellt werden, wobei der schuldenfreie Besitz den Betrag der nachweisbaren berechtigten Aufwendungen ausgleichen mag. Die Zunahme der Hypothekenschulden des gesamten deutschen Grundbesitzes (Stadt und Land) haben wir oben für die Jahre 1900 bis 1906 auf jährlich 2,66 Milliarden Mark kalkuliert. Das ergibt mit dem „Mehrwert“ der jährlich emittierten Aktien zusammen rund drei Milliarden Mark, welche dem Konto „Arbeitsertrag“ des deutschen Volkes jährlich als „Geldgewinne“ abgezogen werden.

e) Daneben läuft eine Reihe schwerster Schädigungen der produktiven Arbeit des deutschen Volkes. Die Kon-

zentration des Geldes in den Händen weniger Grossbanken fördert sichtlich die Entstehung von riesenhaften Unternehmungen auch auf Gebieten, auf denen bisher der Mittelstand zu Hause war. So hat die Hamburger Hypothekenbank mit der Diskontogesellschaft den Neubau des Warenhauses Wertheim in Berlin mit 11,7 Millionen Mark, die Preussische Bodenkreditbank mit der Deutschen Bank Jandorfs Kaufhaus des Westens mit 5,3 Millionen Mark beliehen. Für die Umwandlung privater industrieller Unternehmungen in Aktiengesellschaften hat man spezielle Finanzierungsinstitute eingerichtet, wie z. B. die „Bank für Brauindustrie" der Darmstädter Bank. Einzelne Industrien sind treibhausartig durch Börse und Banken gegründet worden, wie z. B. die Luxemburgische Eisenindustrie. Von Zeit zu Zeit gefällt es dem internationalen Grosskapital, Länder mit jungfräulichem Boden durch Milliardenanleihen zu erschliessen, davon dann in der Krisis tüchtige Abschreibungen zu machen, eventuell mit weitgehender Entwertung der Valuta des betr. Landes. So ist die landwirtschaftliche Konkurrenz von Nordamerika und Argentinien entstanden. Aktiengesellschaften, welche mit Grossbanken in Verbindung stehen, neigen zu fortwährenden Vergrösserungen und tragen dadurch wesentlich zu zeitweiligen Ueberproduktionserscheinungen bei. In schlechten Zeiten wird das Unternehmen „saniert" und auch ohne Gewinn Jahre lang weiter geführt. So ist die „Dortmunder Union" z. B. von der Diskontogesellschaft mit 33 Millonen Mark gegründet worden. Der Börsenkurs erreichte 1873 die Höhe von 171%. Dann ist das Unternehmen von der Bank sechs Mal „saniert" worden. Dividenden wurden durch eine Reihe von Jahren überhaupt nicht verteilt. Heute beträgt das Aktienkapital der Union 42 Millionen Mark, nachdem — wie Otto Lindenberg kalkuliert — die Aktionäre mehr als 100 Millionen Mark verloren haben.

Vorsichtig geleitete Grossunternehmungen mit einem Werte von vielen Millionen schreiben in guten Zeiten ihr gesamtes Vermögen ab bis auf eine Mark! Privatunternehmungen des Mittelstandes können mit einer solchen Geschäftspraxis unmöglich ehrlich konkurrieren. Die Fortexistenz des Mittelstandes in Stadt und Land ist deshalb durch die Herrschaft des Kapitalismus in seiner Existenz bedroht. Das Volk scheint sich immer schärfer in Proletariermassen und wenige sehr reiche Leute scheiden zu sollen. Es ist eine gewiss sehr mässige Schätzung, wenn die Verluste des deutschen Volkes aus diesen Titeln jährlich im Ganzen auf nur 500 Millionen Mark veranschlagt werden. Auch hier stehen die Gewinne der Kapitalisten ganz ausser Proportion zu den schweren Verlusten des Volkes.

f) Der herrschende Kapitalismus bedeutet den ewigen Unfrieden in der Gesellschaft, der in einer wachsenden Zahl von Rechtsstreiten deutlichen Ausdruck findet. Im Jahre 1905 waren nach der amtlichen Statistik in Deutschland an den verschiedenen Instanzen 3111373 Prozesse anhängig geworden. Rechnen wir für beide Parteien als Verluste an Zeit und Gesundheit, als Kosten der Prozessführung und Verurteilung, als uneinbringbare Kosten des Staates für jeden Rechtsstreit nur 200 Mark, so wird das deutsche Volk durch seine leidigen Prozesse jährlich um über 500 Millionen Mark geschädigt.

g) Dazu kommt die wachsende Verschuldung des Volkes.

Das deutsche Reich und die deutschen Bundesstaaten haben sich in den 30 Jahren 1875 bis 1905 um rund 12 Milliarden Mark mit Staatsschulden neu belastet. Das macht im Durchschnitt pro Jahr 400 Millionen Mark. Diese Schulden müssen aufgenommen werden, weil die Steuerkraft der Volksmasse sich ungenügend entwickelt,

infolge des herrschenden kapitalistischen Systems, und weil die Ausgaben für Heer und Marine infolge der internationalen Herrschaft des kapitalistischen Geistes unaufhaltsam wachsen.

Die neuen Anleihen der deutschen Provinzen und Städte dürfen nach dem vorher angeführten statistischen Material auf jährlich abermals 400 Millionen Mark geschätzt werden. Diese Mittel werden hauptsächlich aufgebraucht für Schulen, Friedhöfe, Schlachthäuser, Strassenbahnen, Gas- und Wasserleitungen, sowie für Kanalisation und Arbeiterwohnungen; m. a. W. dieser Mehraufwand der Städte und Provinzen steht ganz wesentlich im Zusammenhange mit der starken Abwanderung der Bevölkerung vom Lande nach der Stadt und mit der ungenügenden Steuerkraft des Volkes. Beides aber sind wesentliche Merkmale des Kapitalismus.

Die jährliche Mehrbelastung des deutschen Grundbesitzes um 2,66 Milliarden Mark haben wir bereits als Grundrentenzuwachs kennen gelernt.

An Obligationen der Banken, Eisenbahnen und industriellen Unternehmungen sind im Durchschnitt der fünf Jahre 1902 bis 1906 jährlich etwa 300 Millionen Mark an den Deutschen Börsen zur Ausgabe gelangt.

Das Schuldnerkonto der 143 deutschen Banken, für welche der „Deutsche Oekonomist“ die statistischen Uebersichten veröffentlichte, zeigt für 1906 als Wechsel-, Lombard- und Debitoren-Konto, unter Einrechnung eines entsprechenden Teils der Zunahme der Akzepte und Konsortialbeteiligungen gegen das Jahr 1905 eine Erhöhung um rund 2 Milliarden Mark. Unter der Annahme, dass die durchschnittliche Dauer dieser Schuldverhältnisse drei Monate ist, ergibt sich daraus eine jährliche Schuldzunahme um 500 Millionen Mark. Soweit hier Schuldner im Auslande mitgerechnet sind, mögen sie an Stelle derjenigen inländischen Schuldner gezählt werden, welche durch unsere Kalkulation nicht erfasst wurden.

Die jährliche Zunahme der Verschuldung in Deutschland bei den Staaten, Provinzen, Städten, Aktiengesellschaften, wie bei den Privaten — ohne den Grundbesitz — darf mithin auf über 1500 Millionen Mark angesetzt werden. Mit den neuen Schulden des Grundbesitzes erhöht sich diese Ziffer auf 4200 Millionen Mark. Hervorragende Sachverständige schätzten die jährliche Vermögenszunahme des deutschen Volkes heute auf 2 Milliarden Mark. Sie erreicht mithin kaum die Hälfte der jährlichen Schuldzunahme und muss in absehbarer Zeit das ganze Vermögen des deutschen Volkes den Kapitalisten ausliefern.

Rekapitulieren wir die Kosten des herrschenden Kapitalismus, welche die ehrliche Arbeit des deutschen Volkes jährlich zu tragen hat, so erhalten wir:

a)	für Kosten der Preisschwankungen . .	2	Milliarden
b)	„ „ „ Krisen	½	„
c)	„ „ „ Syndikate	1	„
d)	Grundrenten-, Gründer- und Kursgewinne aller Art	3	„
e)	Spezielle Schädigungen des Mittelstandes	½	„
f)	Prozesskosten	½	„
g)	wachsende Verschuldung, ohne Grundverschuldung	1½	„
	zusammen jährlich	9	Milliarden.

Hierzu gehört noch eine Reihe von Schädigungen des Volkes in unschätzbarem Werte. Die wachsende Schuldenlast und damit die wachsende Abhängigkeit des Volkes raubt nur zu vielfach die Lust an der Arbeit und an der schöpferischen Tätigkeit. Das gleiche gilt von der wachsenden Verfeindung der Volkskreise. Die immer grössere Zahl von Schuldverschreibungen geben den Grossbanken tausendfache Gelegenheit, aus ihren Vermittlerdiensten steigende Gewinne zu ziehen. Die Zeit der Ueberspekulation

mit nachfolgender Krisis erleichtert wesentlich die Abschlachtung der schwächeren Mitläufer durch die grösseren Kapitalisten und damit die Konzentration des Vermögens in immer wenigeren Händen. Ueberallhin verbreitet sich die Sucht zu geniessen und mit zu spekulieren. Bestechungskünste aller Art helfen den Wucherbegriff unserer Väter umprägen. Unternehmungen verwandeln sich nur zu vielfach in gross angelegte Raubzüge. Das Einkommen der einzelnen stuft sich ab nach seiner Teilnahme am kapitalistischen Erwerb. Fast alle sind bestrebt, an dem Tanz ums goldene Kalb sich zu beteiligen. Dadurch ist die für kapitalistische Zeiten so charakteristische Flucht der Bevölkerung vom Lande nach der Stadt eingeleitet. An den Stätten der Erwerbs- und Genussucht aber geht die Kindererzeugung zurück. Allen kapitalistischen Völkern droht der Untergang durch völkische Vernichtung. Der unbegrenzten Habgier sind alle nationalen Grenzen zu eng. Ihr Feld ist die Welt. Im Auslande aber knüpft sich nur zu leicht an die verschiedenen Formen der Erwerbstätigkeit und der Herrschsucht der Einzelnen die nationale Ehre. So wird die Betätigung der unbegrenzten Habgier zur ewigen Quelle der Kriege und ihrer Vorbereitungen. Der Luxus der Ueberreichen wird immer massloser. Von oben sickert das Gift der „Mode“ in die Volksmassen und namentlich in die Proletariermassen. Das öffentliche Gewissen des Volkes drängt zu grösseren Aufwendungen für Arme und Besitzlose aus öffentlichen Mitteln. Genussucht, Zuchtlosigkeit und der ewige Konjunkturenwechsel führen rasch zur Degeneration der Bevölkerung, bei wachsender Unzufriedenheit und zunehmender Prostitution in allen Formen. Der Bürgerkrieg breitet sich als Kampf mit den Verbrechern und in der Form von Streiks immer mehr aus. Die sozialistische Partei ist entschlossen, durch eine „Expropriation der Expropriateure“ auch mit dem heutigen Kapitalismus Abrechnung zu halten.

F.

Die Therapie des Kapitalismus.

1. Die herrschende Auffassung und ihre Kritik.

Wie zur Zeit des Perikles in Athen und in den Tagen des niedergehenden republikanischen Senates in Rom (siehe oben S. 65 bis 101) so sind auch in der Gegenwart die Ziele der praktischen Politik *nicht* darauf gerichtet, das volkswirtschaftliche Uebel von Grund aus zu heilen. Unsere Vertreter der Wissenschaft behaupten sogar: das sei ganz unmöglich! *So begnügen sich denn Praxis und Wissenschaft, an den Krankheitssymptomen Linderungsmittel zu versuchen.* Die chönen historischen Beispiele einer „vollständigen Heilung mit Prophylaxis" will man offenbar garnicht kennen.

Zur Zeit der volkswirtschaftlichen Krisen werden *Lohnarbeiter in grösserer Zahl beschäftigungslos.* Die wirkliche Beseitigung dieses Uebels hat offenbar die Beseitigung der eigentlichen Ursache, nämlich das Aufhören der periodischen Krisen zur Voraussetzung. Damit verschwindet dann die periodische „Arbeitslosigkeit" von selbst. Aber die offizielle Nationalökonomie wagt es nicht, den Kapitalismus in der Gesellschaft mit seinem

ewigen Wechsel von Ueberspekulation und Krisis, von Hausse und Baisse anzutasten. Also lässt man die eigentliche Krankheitsursache bestehen und beschränkt sich darauf, das Symptom der „Arbeitslosigkeit" zu lindern durch eine „Arbeitslosenversicherung."

Der herrschende Kapitalismus vernichtet immer mehr die mittleren und kleinen selbständigen Existenzen. Aber aus dieser krankhaften Erscheinung folgert man nicht die Frage: wie ist also der Kapitalismus zu beseitigen? Das allgemeine Spezialisieren unserer Zeit erblickt in diesen Veränderungen wieder eine ganz selbständige sogenannte „Mittelstandsfrage", welche durch Innungen, Handwerkskammern, Aenderung des Submissionswesens, der Konkursordnung, der Kreditorganisation, durch Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb, durch Spezialgesetze gegen Warenhäuser, Konsumvereine u. s. w. zu lösen versucht wird.

Die Uebervorteilung der Lohnarbeiter durch die Unternehmer soll eine Reihe von Arbeiterschutzgesetzen verhindern helfen. Dazu hat man den industriellen Arbeitern das Koalitionsrecht mit dem Recht auf Streiks gegeben, um bessere Löhne erkämpfen zu können. Aber was ist mit diesen Linderungsmitteln bei fortdauernder Herrschaft des Kapitalismus erreicht? Eine wachsende Ausbreitung des Klassenkampfes der Arbeiterbataillone, eine organisierte Vergewaltigung von „Arbeitswilligen," eine schrittweise Erweiterung der Streiks zu Bürgerkriegen und eine Gewerkschaftspolitik, welche den Tagesinteressen der Arbeiter nachläuft und deshalb die dauernden Interessen ihrer Genossen vielfach zu schädigen droht. Auf die landwirtschaftlichen Arbeiterkreise hat sich das Streikrecht in der milderen Form des Kontraktbruches übertragen. Um die vielfältigen Formen des Wuchers ausserhalb des Lohnwuchers, durch welche der Ertrag der deutschen Arbeit

jährlich um viele Milliarden gekürzt wird, kümmert sich in diesem Zusammenhange unsere Vorliebe für Spezialfragen nicht.

Der herrschende praktisch-politische Zug unserer Zeit liebt für jeden Schmerz am Volkskörper sein Spezialmittelchen anzuwenden: Gegen die fortschreitende Entvölkerung des platten Landes sollen Wohlfahrtseinrichtungen, erleichterte Sesshaftmachung der Arbeiter und andere armenrechtliche Bestimmungen helfen. Der Neigung der Volksmassen zu übermässigem Genuss begegnen anti-alkoholische Vereinigungen und Sparkassen aller Art. Die Ausbreitung der Spekulationssucht wird durch Lotteriegesetze, durch einschränkende Bestimmungen über Beteiligung am Börsenspiel, an Spiel und Wette u. s. w. gehemmt. Der rasch zunehmenden Verschuldung der Städte, welche mit ihrer rapiden Bevölkerungszunahme bei anhaltender Abwanderung vom Lande in direktem Zusammenhange steht, suchen periodische Ministerialerlasse an die Stadtverwaltungen zur tunlichsten Sparsamkeit zu begegnen. Die fortdauernde Besetzung frei werdender deutscher Ländereien bemüht sich im Osten eine Ansiedlungskommission mit einem Millionenfonds und einem besonderen Enteignungsrecht gegen Ausländer aufzuhalten. Der zunehmenden Zuchtlosigkeit der heranwachsenden Jugend will man durch zwangsweise Fürsorgeerziehung bereits verwahrloster Kinder, durch Spezialgerichtshöfe für jugendliche Verbrecher, durch Arbeiterkolonien auf dem Lande begegnen u. dgl. m.

Der rechte Blick für den organischen Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Dinge scheint verloren zu sein. Wenn die Warenpreise sehr niedrig sind, klagen die Produzenten und fordern Hilfe vom Staate, die Konsumenten sind mit den billigen

Preisen sehr zufrieden. Wenn die Warenpreise sehr hoch sind, klagen die Konsumenten und verlangen staatliche Intervention, während jetzt die Produzenten zufrieden sind. Dass der aussergewöhnliche Tiefstand der Preise nur die eine Seite der kapitalistischen Preisschwankungen darstellt, welcher notwendigerweise eine entsprechende Entwicklung nach oben folgen muss, wird ebensowenig beachtet wie die weiteren Schlussfolgerungen: dass das herrschende kapitalistische System für allen Wucher verantwortlich bleibt und die Interessen der Produzenten wie Konsumenten sich nur auf der stetigen mittleren Preislinie ehrlich vereinen lassen.

Die heutige Organisation der Banken und Börsen hat auch aus dem Zinsfuss ein Spekulationsobjekt gemacht. Die Zinshöhe senkt sich nicht mehr mit der zunehmenden Wohlhabenheit der Bevölkerung, sondern wird durch den alles beherrschenden Konjunkturenwechsel bedingt. Je mehr zurzeit der Hochkonjunktur neue Börsenwerte auf den Markt geworfen werden, je mehr Gründungen und Spekulationen der verschiedensten Art eingeleitet sind, deren Fortführung den Kredit in ganz besonderem Maasse beansprucht, desto höher steigt der Zinsfuss. Der schliessliche Zusammenbruch des ganzen Kartenhauses der Ueberspekulation lässt den Zinsfuss noch höher gehen, während das dann sich einfindende Misstrauen die Spekulation wesentlich einschränkt und damit den Zinsfuss verbilligt. Die Zinshöhe beherrscht auch den Kurs der Staatsrenten. Teures Geld bedingt niedrige, billiges Geld hohe Kurse. Als jüngst bei teurem Geldstande die Staatsrenten sehr billig notierten, hat man alles Mögliche, wie: den Aufschwung der Industrie, die Heiraten der reichen Amerikanerinnen, die Prosperität der Landwirtschaft, den Mangel an Kapital, nur nicht die heutige Bank- und Börsenorganisation mit dem kapitalistischen Wechsel der Konjunkturen ver-

antwortlich gemacht. Die Abhilfe aber sucht man irrtümlicherweise in der tunlichsten Vermehrung jener Geldbeträge, welche den Börsen und Banken zur Verfügung gestellt werden. Also: die ungezügelte spekulative Bereicherungssucht der Menschen hat bedenkliche Folgeerscheinungen in der Bewegung des Zinsfusses und der Rentenkurse gezeitigt. Daraus wird in unseren Tagen nicht gefolgert, dass die Spekulationssucht der Menschen gezügelt werden müsse! Man entscheidet sich vielmehr für den aussichtslosen Versuch, dem Bereicherungshunger der Spekulanten vielleicht doch noch genügend Geldmittel zur Verfügung stellen zu können.

Die Vernichtung der mittleren und kleinen selbständigen Existenzen und die fast unglaublich rasche Zunahme des allgemeinen Luxus erschwert in den bürgerlichen Kreisen immer mehr die Hausstandsgründung. Deshalb verspätet sich für Viele das Heiraten. Die Zahl der Unverheirateten nimmt entsprechend zu. Daneben reibt die wesentlich verschärfte und vergiftete Konkurrenz die Männer rascher auf. All diese Gründe lassen eine wachsende Zahl von Frauen und Mädchen zur ehrlichen Bestreitung ihres Unterhalts nach einer passenden Arbeitsgelegenheit suchen. Eine mehr oberflächliche Betrachtung bleibt an der weit grösseren Zahl der Frauen und Mädchen in der Gesamtbevölkerung haften. Aber hervorragende Statisker, wie J. E. Wappäus u. A. haben längst nachgewiesen, dass in den Altersklassen gegen das 17. und 18. Lebensjahr innerhalb grösserer Gebiete das Gleichgewicht zwischen „Männlein“ und „Weiblein“ hergestellt zu sein pflegt und ungefähr bis zum 30. Lebensjahre anhält. Trotzdem glaubt unsere Zeit die „Frauenfrage“ lösen zu können durch Vermehrung der Frauenberufe, durch bessere Mädchenschulen, durch Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium, durch Beteiligung der Frauen am politischen Leben usw. Man scheint mithin

der Meinung sich zuzuneigen, dass jene krankhaften Erscheinungen, welche eine stetig wachsende Zahl von Mädchen und Frauen dem Mutterberufe entfremdet, dadurch gelindert werden, dass man die Lebensexistenz der Frau ausserhalb des Mutterberufs tunlichst erleichtert. Logisch ist das eine Weiterentwickelung in der Richtung der Krankheit, die bald zu neuen Komplikationen und zu noch ernsteren Krisen führen muss.

Der Spekulationsgeist, welcher heute unsere Volkswirtschaft beherrscht, und auf allen Gebieten bestrebt ist, volkswirtschaftlichen Arbeitsertrag von dem Konto „Arbeitserfolg" ohne Gegenleistung auf das Konto „Kapitalgewinn" zu übertragen, beherrscht heute auch den Grundmarkt. Frühere Kalkulationen haben ergeben, dass wir diesen objektiven Raub am volkswirtschaftlichen Arbeitserfolg, welcher sich unter dem Titel „Grundrente" versteckt, auf über 2 Milliarden Mark pro Jahr veranschlagen dürfen. Nun ist eine Bewegung entstanden, die seltsamerweise nur diese spezielle Art von Wucher zu beseitigen verspricht, die lange Reihe der anderen Wucherformen aber unbehelligt lässt. Und wie glaubt man diesen Grundstückswucher aufheben zu können? Indem man 3 bis 5 % vom falschen Wertzuwachs als Steuer zugunsten der Gemeinde- oder der Staatskasse einzieht. Im verrotteten Kalifenstaate zu Bagdad hatte die Polizei mit den zunftmässig organisierten Räubern und Spitzbuben auf eine gewisse prozentuale Teilnahme an dem Raubgewinn sich geeinigt. Die Geschichte betrachtet diese Vereinbarung als ein Zeichen schamloser Korruption. Heute soll eine ganz analoge Gesetzgebung einen wesentlichen sozialen Fortschritt bedeuten. Während aber die Kalifenpolizei sich mit den Zahlungen immer nur an die Räuberzunft gehalten hat, halten sich diese neuen Sozialpolitiker an den jeweiligen Grundeigentümer. Ob dieser Grundeigentümer beim Kauf selbst ausgewuchert wurde oder

nicht? ob er es versteht, die neue Steuer auf die Pächter oder Mieter abzuwälzen oder nicht? bleibt unberücksichtigt. Diese Spezialsteuergesetzgebung verspricht den Bodenwucher zu beseitigen, lässt aber in Wirklichkeit alles beim Alten. Nur der Wucherer — oder auch der Bewucherte werden mit 3 bis 5 % des Wucherbetrages als Steuer belastet.

All diese Irrungen sind so leicht ersichtlich, dass es in diesem Zusammenhange notwendig erscheint, nach einer Erklärung dafür zu suchen: wie solche offenkundige Irrtümer zur fast allgemeinen Anerkennung gelangen konnten? Da liegt es nun nahe, auf den Entwickelungszustand der Nationalökonomie als Wissenschaft hin zu weisen, wie das im Band I, S. 15 bis 45 und S. 148 bis 161 bereits geschehen ist. Auch die Gesetzgebung hat, im scharfen Gegensatze zu einer organischen Auffassung, die streng getrennte Organisation der Berufe in Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern, Arbeitskammern usw. bevorzugt. Sie hat damit scheinbar den sozialistischen Theorien von den Klassengegensätzen Recht gegeben. Und je härter in der kapitalistischen Gesellschaft die Interessen aufeinander stossen, desto deutlicher scheint das praktische Leben diese Auffassung zu bestätigen. Vielleicht hat in Preussen zu dieser einseitigen Richtung auch der bekannte „Ressort-Partikularismus“ der Geheimräte beigetragen. Endlich ist hier gewiss der so ungemein einschmeichelnde Charakter der kapitalistischen Weltanschauung in Betracht zu ziehen. Wer möchte nicht möglichst bald möglichst reich werden? Von den Spitzen der Gesellschaft bis hinab in die Reihen der Lohnarbeiter findet sich die Neigung zu diesem Lebensgrundsatze ausgeprägt. Warum sollten die Mittel zu diesem Zwecke nicht gleich allgemein beliebt sein? So ist denn für die prinzipielle Geneigtheit zur Fragestellung: wie kann der Kapitalismus aus der Gesellschaft beseitigt werden?

recht wenig Raum geblieben. Die weitaus wichtigste Erklärung scheint trotzdem auf anderem Gebiete zu liegen, nämlich in dem Wesen des Kapitalismus als einer Entwickelungsnotwendigkeit.

Die Zeit der reinen oder doch ganz überwiegenden Naturalwirtschaft bleibt einer gesunden fortschreitenden Entwicklung so lange verschlossen, bis sie die Ausbildung und Erweiterung der Geldwirtschaft in ihr Programm aufgenommen hat. Deshalb ist den Zeiten der Naturalwirtschaft ein so hervorstechender Geldhunger eigen, der zu verheerenden volkswirtschaftlichen Krisen führen musste, wo dem einbrechenden Kapitalismus in der Form des Handels- und Leihkapitals nicht rechtzeitig wirksame Hemmungen entgegengetreten sind. In der naturalwirtschaftlich-lehensstaatlichen Periode der germanischen Völker hat die römische Kirche diese doppelte Aufgabe: die Ausbreitung der Geldwirtschaft zu fördern und gleichzeitig jedes einseitige Ueberwuchern der Geldinteressen tunlichst zu verhüten, trefflich zu lösen verstanden. Als die Kirche dann selbst einer extremen politischen Richtung zuneigte und die Idee einer päpstlichen Universalmonarchie verfochten hat, kam es zu jenen bekannten Konflikten zwischen den Staaten und der Kirche, welche die Geschichte unter dem Namen „Reformation“ zusammenzufassen pflegt. Der seitdem sich auslösende moderne Staatsbegriff hat bereits eine ansehnliche Stufe der Geldwirtschaft zur Voraussetzung. Auf dieser Basis baut der fürstliche Absolutismus weiter. Die Macht des absoluten Herrn gründete sich vor allem auf eine wohlgefüllte Staatskasse. Seine eigensten Interessen führten deshalb zu einer tunlichsten Begünstigung von Handel und Gewerbe, zur Vermehrung des Geldvorrates und der Geldwirtschaft im Lande. Wo dann diese volkswirtschaftliche Oberleitung allzu einseitig dem Luxus und den Launen des allerhöchsten Herrn diente, kam es zur

politischen Revolution und darnach zum Verfassungsstaat. Von jetzt ab konnte sich die Geldwirtschaft in Handel und Industrie, in Banken und Börsen am freiesten entfalten und nie vorher erreichte Erfolge erzielen. Wie sollte nach solchen Erfahrungen der Geldwirtschaft und dem wirtschaftlichen Egoismus etwas volkswirtschaftlich Krankhaftes anhaften können?

Offenbar beginnt die krankhafte volkswirtschaftliche Entwicklung dort, wo die Harmonie der Gegensätze gestört zu werden droht. Die Entwicklung der Städte neben dem platten Lande ist zu einem gedeihlichen volkswirtschaftlichen Leben unerlässlich. Wo aber diese Städte zu bedenklichen Hypertrophien ausarten und das Land dauernd entvölkern, dort haben wir es mit einer krankhaften Erscheinung zu tun. Die Ausbreitung des Handels und der Industrie neben der Landwirtschaft kann dem volkswirtschaftlichen Ganzen nur förderlich sein. Wenn aber der nationale Handel sich die Welt erobern will und deshalb die Heimat in unabsehbare Konflikte hineintreibt, weil eine gewisse Gruppe von Personen nicht reich genug werden kann, und wenn die heimische Industrie den Schwerpunkt ihrer Produktion nicht im heimischen Konsum, sondern im Export, selbst auf Kosten der heimischen Landwirtschaft sucht, dann sind das allerdings durchaus krankhafte Entwicklungstendenzen, die noch jedes Volk ausnahmslos ins Verderben geführt haben. Dem Handel muss Raum gegeben sein, den Verkehr mit Waren und Werten mit einem Minimum von Zeit und Kostenaufwand den wechselnden Bedürfnissen anzupassen. Wo aber der Handel aus einem dienenden Gliede zum Herrn der Volkswirtschaft sich aufgeschwungen hat, wo schon die Hälfte des Volksvermögens und mehr in Börsenwerte verwandelt ist, wo die dem nationalen und internationalen Ausgleich dienenden Einrichtungen des Handels von den geldwirtschaftlichen Kon-

zentrationsbestrebungen völlig oder fast völlig beherrscht werden, dort wird es notwendig, durch neue bessere volkswirtschaftliche Organisationen die privatwirtschaftlichen Monopole zu brechen. Die Reichen neben den Wenigerbemittelten, die Herren neben den Hilfsarbeitern, der grössere Luxus neben den bescheidenen Bedürfnissen sind für jeden kulturellen Fortschritt unentbehrlich. Sobald aber die Zahl der Reichen immer kleiner, die Zahl der Vermögenslosen immer grösser wird, sobald die Herrschaftsbedürfnisse der Herren immer maasslosere Dimensionen annehmen, sodass auf dem naturgemäss immer beschränkten nationalen Wirtschaftsgebiete die Zahl der selbständigen Existenzen rasch zurückgeht, und die Volksmassen ihr Leben lang zu einem unselbständigen Abhängigkeitsverhältnis verurteilt bleiben, sobald der Luxus der Reichsten keinerlei Maass halten mehr kennt, und die Verschuldung des Volkes etwa doppelt so rasch anwächst als die Vermögenszunahme, dann ist die Vernunft der früheren Zeit allerdings Unsinn geworden.

Also: die fortschreitende Entwickelung eines Volkes kann — wie es scheint — bis zu einer gewissen Höhe die kapitalistischen Erwerbsarten nicht entbehren. Das moderne Volk muss — wie es scheint — die Schule des Kapitalismus einmal durchmachen, um zu lernen, in welchem Maasse die produktiven Kräfte gut ausgenutzt werden können, um sich daran zu gewöhnen, alle verfügbaren Mittel bei einer vertrauenswürdigen Stelle niederzulegen um sie hier mit Hilfe des Kredits der Allgemeinheit zugänglich zu machen, und um die grossartigen Organisationsformen alle kennen zu lernen, die wir den modernen kapitalistischen Grossbetrieben allein verdanken. Wenn aber mit Hilfe des Kapitalismus eine gewisse Entwickelungshöhe der materiellen Kultur erreicht ist, und die Nachteile des kapitalistischen Einflusses beginnen, die Summe seiner volkswirtschaftlichen

Vorteile ganz unverhältnismässig zu überragen, dann muss das kapitalistische System als etwas durchaus krankhaftes bezeichnet werden, dessen reinliche Beseitigung im Interesse einer besseren Fortentwickelung des Ganzen tunlichst zu beschleunigen ist. Weil jedoch dieser kritische Zeitpunkt erst in unseren Tagen erreicht wurde, bleibt auch die herrschende politische Praxis, welche jede prinzipiell klare Beseitigung der ökonomischen Misstände vermieden hat, historisch durchaus verständlich.

2. Die Formulierung des therapeutischen Problems.

Auch für die volkswirtschaftliche Therapie gilt der alte Satz des Mediziners: natura sanat, medicus curat. Die Sozialpolitik und die soziale Gesetzgebung können den krank gewordenen Volkskörper nicht heilen, wenn ihn die soziale Lebenskraft nicht heilt. Politik und Gesetzgebung können nur die vorhandenen Hindernisse wegräumen, welche der naturgemässen Heilung im Wege stehen und sie können und müssen für die Zukunft Vorbeugungsmassregeln treffen, welche die Wiederkehr der gleichen Hemmungen und der gleichen Erkrankung hindern! Diese soziale Lebenskraft aber heisst menschliche Arbeit.

Das wird schon bei dem Einzelnen erkennbar.

„Arbeit ist des Blutes Balsam,
Arbeit ist der Tugend Quell!“ sagt Schiller.

„Tätig zu sein, ist des Menschen erste Bestimmung“, „Nur rastlos betätigt sich der Mann!“ sind Aussprüche von Goethe.

„Arbeit ist die Mission der Menschen auf Erden“ (Thomas Carlyle).

„Die Handlung, die Wirksamkeit allein bieten dem Menschen einen würdigen Zweck des Lebens“ (Helmholtz).

„Wer lustigen Mut zur Arbeit trägt
Und rasch die Arme stets bewegt,
Sich durch die Welt noch immer schlägt“
(L. Tieck).

„Arbeit, edle Himmelsgabe,
Zu der Menschen Heil erkoren,
Nie bleibt ohne Trost und Labe,
Wer sich Deinem Dienst geschworen“
(Friedrich v. Bodenstedt).

„Nur wer arbeitet, wird sehr alt. Eine erspriessliche Tätigkeit macht allein das Leben lebenswert“ (Preyer).

„Im allgemeinen haben die Menschen ein Bedürfnis nach Arbeit; Arbeitsscheu ist der Krankheit gleich zu achten oder wenigstens ein Vorläufer davon“ (Sperling).

Gesundheit und Wohlergehen nicht nur des Einzelnen, sondern auch des ganzen Volkskörpers verdanken wir der Arbeit.

Was heisst „arbeiten“? Die mehr oberflächliche Betrachtungsweise sieht in der Arbeit nur die Tätigkeit des Einzelnen. So geht die Freihandelslehre von dem privatwirtschaftlichen Erwerbe aus. So lässt die sozialistische Theorie die Arbeiter mit den schwieligen Fäusten die Waren produzieren. Wenn dann das Produkt ihrer Arbeit nicht auch ihr Arbeitslohn ist, so sind die geltenden Gesetze und Herrschaftsverhältnisse daran Schuld. Jeder mehr eindringlichen Betrachtung erscheint die Arbeit und ihr Erfolg als ein ungemein komplizierter Prozess, der in erster Linie nicht von der Tätigkeit des Einzelnen, sondern von der Tätigkeit der sozialen Arbeitsgemeinschaft getragen wird.

Ein Arbeiter steht in einer Fabrik an einer Drehbank, um einen Stahlwellenblock auf das rechte Maass genau abzudrehen. Ist das schliesslich fertige Produkt wirklich nur das Produkt seiner Arbeit? Die Drehbank, mit deren Hilfe allein er diese Leistung fertigen kann, ist ein

Instrument, dessen Entstehung schliesslich die Arbeitsgemeinschaft der ganzen Menschheit durch Jahrtausende zur Voraussetzung hat. Das Gleiche gilt für die Anfertigung des rohen Stahlblocks, der aus anderen Werkstätten geliefert wurde. Die fertige Welle wandert wieder in andere Arbeitsräume, wo sie in den Mechanismus einer Maschine eingefügt wird. Im technischen Büro wurden die Maasse genau ermittelt, nach denen der Arbeiter seine Drehbank einstellte. Und diese Tätigkeit selbst hat der Arbeiter erst von Dritten erlernen müssen. Wie klein und bescheiden ist mithin die Arbeit des Einzelnen im Vergleiche zu den Leistungen der sozialen Arbeitsgemeinschaft.

Der Landwirt, welcher im Schweisse seines Angesichts seine Scholle bebaut, benützt Geräte und wendet eine Kultur- und Erntemethode an, an welcher nicht minder die Jahrtausende menschlicher Geschichte beteiligt sind. Und die eventuellen Verbesserungen, welche er in der Pflege des Bodens, oder im Anbau bestimmter Ackerpflanzen entdeckt, werden von seinen Berufsgenossen aufgenommen und weiter geübt, während die Früchte seiner Arbeit anderen Menschen das tägliche Brot liefern.

Der Forstwirt, welcher in seinen Wäldern eine 60, 80 oder 120 jährige Umtriebszeit eingeführt findet, erntet dort, wo seine Vorfahren gesät und wo er sät, können seine Nachfolger erst ernten. Emanuel Geibel hat diesen Vorgang mit den Worten besungen:

„Drum im Forst auf meinem Stand
Ist mir's oft, als böt' ich linde
Meinem Ahnherrn diese Hand,
Jene meinem Kindeskinde.“

Aber mit der Arbeitsgemeinschaft der Ahnenreihe ist auch die forstliche Arbeit der Idee noch nicht erschöpft. Der Bau der Eisenbahnen und der Verkehrswege aller Art, der Holzbedarf des Marktes, die Ausbreitung der Organisation

des Handels, ja sogar der Wechsel der Konjunktur bestimmen die Holzpreise wie die Bringungskosten und entscheiden dadurch wieder über die Dauer der Umtriebszeiten. Im Kampfe gegen Forstschädlinge aller Art helfen die Fortschritte der Naturwissenschaften und selbst der technischen Wissenschaften mit. Kurz: In jeder Arbeit begegnet uns die Gemeinschaft des Volkes und schliesslich der Menschheit als ganz überwiegend herrschender Faktor. Die Verursachung des Einzelnen ist dabei in Wahrheit so unbedeutend, dass selbst ein Fürst Bismarck von sich sagen konnte: „Als ich jung war, glaubte ich, man könne nichts wissen. Als Mann lernte ich, dass man auch nichts machen könne. Als ich kam, waren die Dinge so reif geworden, dass beim ersten Schlag der Gerte das Tor sich öffnete." Diese Gemeinschaft im Arbeitsprozess ist nicht nur eine solche der Materie, sondern auch eine solche des Geistes. Arbeit in diesem objektiven Sinne ist deshalb der fortschreitende gewaltige Vereinigungsprozess von Materie und Geist, bei welchem der Arbeiter das anwesende, lebende Bindeglied ist zwischen den von einer Jahrtausende alten Arbeitsgemeinschaft vorbereiteten Stoffen und Kräften. Im Anschluss an solche Ideen hat Thomas Carlyle den Ausspruch getan: „Es ist ein hoher, feierlicher, fast schauerlicher Gedanke für jeden einzelnen Menschen, dass sein irdischer Einfluss, der einen Anfang gehabt hat, niemals, und wäre er der Allergeringste unter uns, durch alle Jahrtausende hindurch eine Ende nehmen wird. Was von ihm geschehen ist, ist geschehen, hat sich schon mit dem grenzenlosen, ewig lebenden, ewig tätigen Universum verschmolzen und wirkt hier zum Guten oder zum Schlimmen, öffentlich oder heimlich durch alle Zeiten hindurch." Arbeiten im subjektiven Sinne heisst, an die volkswirtschaftliche Gemeinschaft in irgend welcher

Weise sich dienend anschliessen, sei es als Hilfsarbeiter, sei es als selbständiger Unternehmer, sei es als Lehrer, der die Jugend bildet, sei es als Priester, welcher die ethischen Kräfte des Volkes stärkt, sei es als Soldat, Richter oder Verwaltungsbeamter zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Selbst der König ist ein Arbeiter in diesem volkswirtschaftlichen Sinne. Die Devise des heutigen Königs von England lautet mit Recht: „Ich dien"!

Wer diesen gewaltigen Einfluss der sozialen Arbeitsgemeinschaft bei der Arbeitsleistung eines jeden Einzelnen erkennt, kann mindestens in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft keine Fremden, sondern nur Freunde sehen. Die grosse gegenseitige Abhängigkeit ist für jede andere Auffassung eine viel zu weitgehende. Um trotz dieser, im Grunde gemeinschaftlichen Struktur des Volkslebens die Lust und Liebe zur Arbeit in jedem Einzelnen tunlichst zu wecken und im Interesse eines energievolleren Fortschrittes auch wach zu halten, war eine proportionale Ausbreitung der Geldwirtschaft ganz unentbehrlich. Erst die ausgebildete Geldwirtschaft gestattet eine ungemein reichhaltige Differenzierung selbständiger Berufe. Erst damit wird es möglich, den verschiedensten Arbeitsneigungen der Menschen Raum zu geben. Die grössere Freudigkeit und innere Befriedigung bei der Arbeit aber erhöht die Arbeitsenergie und eröffnet dem Fortschritt immer neue Wege. Nur so wird das sozial ungemein wichtige Gefühl der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Menschen innerhalb der Gemeinschaft erzogen, erhalten und erweitert.

Dieses Bild ändert sich sehr wesentlich, sobald der gesunde Egoismus der Menschen in einer grösseren Zahl von Fällen in unersättliche Raffbegierde ausartet. Für solche Leute gilt immer der Grundsatz: „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen." Solche Unternehmer schämen sich nie, so viel zu nehmen, als sie

kriegen können. Der böse Spekulationsgeist, welcher nur darauf ausgeht, durch Vorverträge möglichst viel Arbeitsertrag Anderer ohne Gegenleistung in private Kapitalgewinne zu verwandeln, bemächtigt sich nach und nach der Bevölkerung. Die Kreditgewährung, welche sich mehr und mehr in den Händen der grossen Privatbanken monopolartig konzentriert, fördert gerne diese Art von Erwerb bis zur haltlosen Ueberspannung. Denn die darauffolgende Krisis bietet den Reichsten die beste Gelegenheit, die kleineren, schwächeren „Mitläufer" in der Spekulation der Reihe nach abzuschlachten. Das Vermögen kommt in immer weniger Hände. Die Zahl der Wenigerbemittelten nimmt rasch zu. Für sie gibt es nur abhängige Stellen, in denen sie sich abquälen müssen und gequält werden. Von Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit ist nicht viel mehr zu spüren. Die Arbeit wird eine „Last," die mit einem ausgeprägten „Unlustgefühl" verbunden ist. Hass und Neid verbreiten sich im Volke. Viel Zeit wird nur damit verbracht, den lieben Nachbarn zu ruinieren, dem Geschäftsfreunde Kunden abspenstig zu machen, den Amtsbruder von seinem Platze zu verdrängen. In erbittertem, vergiftetem Konkurrenzkampfe ruinieren sich die Menschen gegenseitig Vermögen und Gesundheit. Die Zahl der mit den bestehenden Verhältnissen Unzufriedenen wächst rasch mit all den oben angeführten sozialen Krankheitserscheinungen. Die Friedensstörungen werden tägliche Ereignisse, bis die Flamme des Bürgerkrieges auflodert und die blutige Expropriation der Expropriateure beginnt.

Diese therapeutische Betrachtung in Anlehnung an den Grundbegriff „Arbeit" im objektiven und subjektiven Sinne deckt sich vollkommen mit den Resultaten der vorausgeschickten Diagnose (oben S. 240—308). Wir waren dort nachzuweisen in der Lage, dass alle pathologischen Symptome im Völkerleben der Gegenwart sich einheitlich

auf den herrschenden „Kapitalismus in der Gesellschaft" zurückführen und mithin nicht als hunderte von verschiedenen Einzelkrankheiten, sondern nur als Symptome der einen Krankheit „Kapitalismus" zu betrachten und zu behandeln sind. In diesem Zusammenhange wurde (S. 302) unter „Kapital" eine Gütermenge erkannt, welche der Gewinnsucht dient. „Kapitalisten" waren als Wucherer im weitesten Sinne des Wortes zu definieren. Und mit dem Worte „Wucher" bezeichneten wir „jede vertragsmässige Aneignung eines offenkundigen Mehrwertes." Die wesentlichen Schlussfolgerungen der sozialen Therapie werden deshalb lauten müssen:

Wenn alle krankhaften Erscheinungen im Völkerleben der Gegenwart sich gleichartig auf den „Kapitalismus in der Gesellschaft" zurück führen und,

wenn das Wesen dieses Kapitalismus in der vertragsmässigen Aneignung von offenkundigem Mehrwert liegt,

dann kann die wirkliche Heilung unserer volkswirtschaftlichen Missstände nur durch eine reinliche Beseitigung dieser vertragsmässigen Mehrwertaneignung erreicht werden.

Mord, Raub, Diebstahl, Erpressung, Betrug, Unterschlagung und Untreue sind für jedermann erkennbare offensichtliche Verbrechen gegen die Gemeinschaft. Aber das Verbrechen des Wuchers, der in so einschmeichelnden Formen den „vertragsmässigen Erwerb" zu pflegen versteht, ist unserer ganz überwiegend formalen Rechtsordnung — die im Wesentlichen aus der internationalen kapitalistischen Rechtsschule hervorgegangen ist — in der Hauptsache entgangen. Deshalb muss die wirkliche soziale Reform in eine materielle Prüfung des Inhaltes aller Verträge eintreten. Die allein zuverlässige Richtschnur

bietet hierbei der Wert und zwar der volkswirtschaftliche Wert, der Wert der sozialen Arbeitsgemeinschaft Tauschwert, Gebrauchswert, Affektionswert und ähnliche Begriffe gehören der individualistischen Ideenwelt an. Der wahre Wert der sozialen Arbeitsgemeinschaft ist der „Aequivalenzwert". Unter Freunden, unter Brüdern, aus denen allein sich die Volkswirtschaft zusammensetzen soll und darf, ist nur jener Vertrag gerecht und billig, in welchem Leistung und Gegenleistung gegenseitig entsprechen, sachlich buchmässig gleich sind. Nur dann bleibt das Konto „Arbeitserfolg" unberaubt. Nur dann herrscht Friede, der heute so tausendfach gebrochen wird.

Auch diese Auffassung ist nicht neu, Sie ist so alt wie die Weltgeschichte. In der mosaischen Gesetzgebung finden sich folgende Bestimmungen über den Wert der Grundstücke: Der landwirtschaftliche Grundbesitz ist ein durch die 50jährige Jobelperiode bestimmt begrenzter Rentenfonds. Sein Wert und damit auch sein Verkaufspreis bestimmt sich nach dem Werte, der bis zum nächsten Jobeljahr dem Boden abzugewinnenden Jahreserträge plus Ersatz der vom letzten Besitzer ausgeführten Meliorationen. Dieser Grundwertbegriff steht also auf eigenen sachlichen Füssen. Jede gesetzliche zulässige Handänderung hat sich im Preise nach diesem Grundwert zu richten. Uebervorteilungen sind ausgeschlossen. Aristoteles hat gelehrt, dass Zuviel und Zuwenig unter die Kategorien des Lasters falle. Der Ungerechte verletze das Gesetz der Gleichheit. Das Gerechte sei ein Gleiches, ein Proportionales, ein Verhältnismässiges. Mehr erhalten als man vorher besessen, heisse gewinnen; weniger haben, als man vorher besass, heisse Schaden leiden. Jeder solle das Seine erhalten. Das Gerechte sei deshalb ein Mittleres zwischen Gewinn und Verlust. Mit diesen Gedanken ist der grosse Stagirite zum Vater der Aequivalenztheorie geworden. Marcus

Antistius Labeo hat in seiner Lehre von der Spezifikation das Eigentum am Arbeitsertrage dem selbständigen Arbeiter auch für den Fall zugewiesen, dass er einen fremden Stoff mit verarbeitet hat. Die römischen Kaiser Diocletian und Maximian haben dem Verkäufer von Grundstücken ein gesetzliches Rücktrittsrecht gewährt, sobald er weniger als die Hälfte des Verkehrswertes empfangen hatte. Die Praxis hat dann dieses Rücktrittsrecht wegen Verletzung um die Hälfte auf alle gegenseitigen Verträge ausgedehnt. Auch der Prophet Muhammed hat sich in seinen Rechtsbestimmungen energisch gegen den Wucher gewendet. Jeder Geldgewinn aus dem Moment der Zeit war verboten. Bei „Kostgeschäften" war jeder Gewinn zwischen Kaufs- und Verkaufspreis zugunsten der Geldgeber als Wucher untersagt. Ebenso waren Preistreibereien streng verboten. Gründergewinne blieben ausgeschlossen. Wer in eine Kommanditgesellschaft oder in Gesellschaften und Genossenschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftpflicht unbare Einlagen machte, konnte das nur nach dem genau nachgewiesenen Selbstkostenpreise tun. Der grosse Kirchenvater Aurelius Augustinus erzählt eine kleine Geschichte von einem Schauspieler. Dieser versprach während einer Theatervorstellung seinen Zuhörern, ihnen bei der nächsten Vorstellung sagen zu wollen, was ihrer aller Wunsch und Wille sei. Als nun, von Neugier getrieben, am festgesetzten Tage eine grössere Zuhörerzahl als sonst erschienen war und die Menge aufmerksam und gespannt lauschte, sagte der Mime: „Ihr wollt alle billig kaufen und teuer verkaufen". Man fühlte allgemein, dass der Mime das Richtige getroffen und obwohl er ihnen eine Alltagsweisheit gesagt hatte, war die Sache doch so unerwartet gekommen, dass alle ihm Beifall spendeten. Augustinus fährt fort: „An sich selbst oder an anderen hatte jener Mime die Tendenz: möglichst billig zu kaufen und möglichst teuer

zu verkaufen, beobachtet und glaubte nun, dieselbe allen Menschen zuschreiben zu dürfen. In Wahrheit aber ist eine derartige Handlungsweise lasterhaft.“ Um ein gerechtes, wirklich christliches Beispiel anzuführen, erzählt Augustinus dann weiter, dass einem seiner Bekannten einmal ein Buch zum Kauf angeboten wurde, und als er bemerkte, dass der Verkäufer aus Unkenntnis des Wertes nur eine Kleinigkeit verlangte, bezahlte er unaufgefordert einen bedeutend höheren aber „gerechten Preis“. In den Kapitularien Karls des Grossen wird alles das als „Wucher“ und „Uebermass“ als „turpe lucrum“ (Schmutzgewinn) verboten, was mehr empfangen wird, als gegeben war. Wer 1 Scheffel Getreide gab, um dafür später 1½ Scheffel Getreide zu empfangen, war nach diesen Gesetzen ein Wucherer. Diese Gesetzgebung Karls des Grossen verweist in ihren Motiven bereits auf eine Dekretale des Papstes Leos des Grossen (457—474) sowie auf Pönitentialien- und Kanonsammlungen. Unter den Kirchenvätern wird namentlich auf Hieronymus und Kassiodor Bezug genommen. Eine Reihe von Kirchenkonzilien und Synoden schliessen sich in der Folgezeit dieser Lehre vom Wucher und von dem Aequivalenzwerte ausdrücklich an. Die grosse Wuchergesetzgebung des Papstes Alexander III. (1159—1181) baut sich auf den gleichen Grundsätzen auf. Thomas von Aquin (1225—1274) hat dann diese Lehrsätze im Anschluss an Aristoteles systematisiert. Und noch heute wird diese Forderung der Aequivalenz in der neuen katholischen Literatur durch Carl von Vogelsang, Carl Scheimpflug, Victor Brants, Albert M. Weiss, Franz Schaub, de Girard, Carl Lessel, F. X. Hoermann, V. Cathrein, H. Pesch, Franz Walter, Eugen Jaeger u. a. vertreten. Selbst Carl Marx anerkennt den Austausch von Aequivalenten nach Massgabe des gesellschaftlichen Kostenwertes als das Normale. Aus der

Gesetzgebung der Gegenwart, wie aus der ökonomischen Praxis sind folgende hierher gehörende Einzelfälle zu erwähnen. Das deutsche Bankgesetz vom 14. März 1875 bestimmt in seinem § 41, Abs. 2, dass das Reich sich das Recht vorbehält, die Grundstücke der Reichsbank gegen Erstattung des Buchwertes zu erwerben. Bei der deutsch-ostafrikanischen Bank, welche am 6. Januar 1905 ins Leben gerufen wurde, hat der Reichskanzler sich das Recht vorbehalten, zuerst am 31. Dezember 1934, alsdann von 10 zu 10 Jahren, die deutsch-ostafrikanische Bank aufzuheben und die Grundstücke derselben gegen Erstattung des Buchwertes zu erwerben oder die sämtlichen Anteile der Gesellschaft zum Nennwerte für den deutsch-ostafrikanischen Landesfiskus zu übernehmen. Bei den konzessionierten Privatbahnen dürfen in der Regel auf das Baukonto keine fiktiven Posten, sondern nur reelle Kosten, welche sich fruchtbar und nützlich erwiesen haben, verbucht werden. Bei den privaten, industriellen Unternehmungen, welche Familieneigentum geblieben, ist es Sitte, das Objekt nach dem Buchwerte mit Abschreibungen, welche der Höhe der Abnutzung und des Risikos entsprechen, dem das Unternehmen ausgesetzt ist, zu vererben. Der Buchwert nach den reellen Kosten, welche sich fruchtbar und nützlich erwiesen haben, mit Abschreibungen, welche der tatsächlichen Abnutzung oder dem bestehenden Risiko entsprechen, deckt sich aber genau mit dem Aequivalenzwertbegriff. Hierher gehört schliesslich auch aus den politischen Bestrebungen der Gegenwart der Antrag Kanitz in der Formulierung des Bundes der Landwirte, welcher Getreidepreise in solcher Höhe fordert, dass die heimischen mittleren Produktionskosten, die etwa dem 40jährigen Durchschnittspreise entsprechen, gedeckt werden.

3. Die praktische Lösung des therapeutischen Problems.

Ein altes lateinisches Sprichwort sagt: „Omne perfectum simplex“ — Alles Fertige ist einfach. So war es auch immer in der Nationalökonomie. Der fertige Merkantilismus konnte alle seine Vorschläge auf die einfache Formel reduzieren: möglichst viel Geld im Lande ansammeln! Seit Adam Smith haben die Freihändler ihre ganze Politik in den Satz zusammengefasst: lasst den gesunden Egoismus gewähren! Für den ganz unfertigen Zustand unserer heutigen politischen Wissenschaft ist nichts so charakteristisch, wie die unübersehbare Fülle von Einzelforderungen mit einer Material- und Paragraphenmasse, die kein Mensch gleichmässig beherrschen kann. Unsere systematische Untersuchung hat hier in ihren Resultaten wieder auf die uralte Aequivalenztheorie zurückgeführt Wir können deshalb unser ganzes politisches Programm dahin zusammenfassen, dass wir sagen: Beseitigt die Wucherfreiheit, die sich hinter dem Satze versteckt: „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen,“ durch Wiedereinführung des gesellschaftlichen Kostenwertes, auch Aequivalenzwert genannt. Die Einfachheit neben dem imposanten Alter dieses Programms ist ebenso sehr ein Zeichen für das „Fertige“, wie unsere moderne nationalökonomische Handbücherliteratur den Stempel des „Unfertigen“ an sich trägt. All unsere praktischen Einzelforderungen müssen sich als logische Konsequenzen dieser grundlegenden Auffassung darstellen.

---

a) Für alle Verträge, bei welchen Leistung und Gegenleistung nicht entsprechen (nicht verhältnismässig gleich sind), ist die Klage auf Herausgabe des Mehrwertes zulässig.

Das neue Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch kennt in seinen 2385 Paragraphen die Aequivalenztheorie nicht mehr. Sogar die alte römische Einrede wegen Uebervorteilung um die Hälfte hat man fallen lassen. Statt dessen begnügte man sich in den §§ 138, 817 und 826 mit dem Begriff, „gegen die guten Sitten verstossen." Der Richter hat über die „guten Sitten" im Geschäftsleben keine eigene Meinung. Er hört deshalb den gerichtlichen Sachverständigen, der mitten in der wucherischen Geschäftspraxis lebt und dessen Auffassung über „gute Sitten" mit den in Wahrheit „schlechten Sitten" identisch ist. Deshalb herrscht bei uns weitgehendste Wucherfreiheit. Bei Börsen- und Wechselgeschäften gilt der Schein mit seinem Wortlaut. Aber auch bei allen anderen ordentlichen Geschäften pflegt das Gericht in eine Prüfung des materiellen Inhalts der Verträge nicht einzutreten. So hat z. B. nach Zeitungsnachrichten vom 9. November 1907 die „Darmstädter Bank" im April 1904 einem Kaufmann in Stuttgart ein Darlehen von 590000 Mark gegen 6% Zinsen und 1½% Provision gewährt. Ausserdem musste dieser Kaufmann der Bank das Optionsrecht auf 2 Millionen Mark Aktien eines in seinem Besitz befindlichen und als Aktiengesellschaft zu gründenden Elektrizitätswerkes einräumen, zu einem Kurse, der sich um nicht weniger als 350000 Mark unter dem Buchwerte halten sollte. Im Frühjahr 1905 wollte der Kaufmann von dem Geschäft zurücktreten, womit die Bank nur unter der Bedingung einverstanden war, dass er das Darlehen nebst Zinsen und Provision zurück-

zahlte und ausserdem der Bank eine Abstandssumme von 350000 Mark gewährte, auch sollte ihr das Optionsrecht auf 1 Million Aktien verbleiben. Der Kaufmann zahlte die verlangte Summe, forderte aber später die 350000 Mark im Prozesswege zurück, weil angeblich seine Notlage ausgebeutet worden sei. Die Bank bestreitet dies mit Entschiedenheit und erklärt, dass von einer wirklichen Notlage nicht die Rede gewesen sei. Die Sachverständigen werden bezeugen müssen, dass solche Geschäfte heut ziemlich allgemein üblich sind.

Peter Rosegger erzählt im Februarheft (1907) seines „Heimgarten“, dass ein Bauer in Steiermark ein stattliches fettes Ochsenpaar hatte. Ein Händler kam und schloss mit dem Bauern das Kaufgeschäft nur mit Nennung der Gesamtsumme „500“. Die steierischen Bauern meinen in diesem Falle ausnahmslos „Gulden“. Der Händler aber berief sich auf die gesetzlich eingeführte „Kronenwähnung“. Das Gericht hat im Sinne der Auffassung des Händlers entschieden. Nach unserer Auffassung soll niemand wesentlich zu teuer verkaufen, es soll aber auch keinem zugemutet werden, wesentlich unter den Produktionskosten seine Erzeugnisse abzugeben. Die mittleren Preise, welche sich mit den gesellschaftlichen Selbstkosten decken, sollen gelten. Erst dann ruht der Geschäftsverkehr auf einer gerechten Grundlage.

Wie wird nun diese Aequivalenz von Leistungen und Gegenleistungen gefunden? Bei Geldleistungen bietet der landesübliche Zinsfuss einen Maassstab, bei Waren und Immobilien im Verkehr „unter Brüdern“ der Kostenpreis. Nun sind aber die Selbstkosten sehr verschieden. Die Umwandelungskosten für 1 Tonne normales Brotgetreide in Mehl und Kleie schwanken bei den verschiedenen Mühlen in Deutschland: von 5 bis 18 Mk. Auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten für eine Tonne Weizen oder

Roggen, die Baukosten für einen Prunkstall oder einen einfachen Stall stellen sich pro Stück Grossvieh recht verschieden hoch. Das Gleiche gilt für den Kostenunterschied der Wohngebäude usw. Hier bieten offenbar die mittleren oder gesellschaftlichen Herstellungskosten die allgemeine Richtschnur, wobei für besondere Qualitäten besondere Gruppen zu unterscheiden sind. Zu jeder ordentlichen Kostenrechnung gehören ferner Abschreibungen nach Massgabe der erfahrungsgemässen Abnutzung und des bekannten Risikos. Der Wert ist eben kein individualistischer Begriff. Unter Wert verstehen wir vielmehr den geld- und gütermässigen Ausdruck für die Beziehungen eines Objektes zur volkswirtschaftlichen Gemeinschaft. Für alle Gegenstände des allgemeinen Bedarfs ist an diesen Grundsätzen festzuhalten. Gegenstände von einer gewissen Seltenheit, welche nur dem Luxusbedarf begegnen, mögen auch ferner der individualistischen Preisbildung vorbehalten bleiben.

b) Zur allgemeinen Ermittelung des gesellschaftlichen Kostenwertes muss auch allgemein der Buchführungszwang mit Deklarationspflicht an die zuständige Stelle eingeführt werden.

Nach den geltenden Gesetzen sind nur Kaufleute und Erwerbsgesellschaften zu einer ordentlichen Buchführung verpflichtet. Der Deklarationszwang gilt bereits für Steuerzwecke und für die Eintragungen ins Handelsregister. Aber die allgemeinere Ermittelung des Kostenwertes hat auch den allgemeinen Buchführungszwang zur unerlässlichen Voraussetzung. „Unter Brüdern und Freunden“ haben wirtschaftliche Heimlichkeitskrämereien keine Be-

rechtigung mehr. Nur der „feindliche Bruder“ hütet „Geheimnisse“. Beide sollen nicht mehr geduldet werden. Professor Howard in Leipzig hat den allgemeinen Buchführungszwang für die Landwirte schon seit 1882 gefordert und vertreten. Auch die einfache Buchführung hat für das Volk eine grosse erzieherische Bedeutung. Ziffermässige Eintragungen der Einnahmen und Ausgaben führen den Menschen zu einer planmässigen Ordnung seiner Lebensweise und damit zu einer wesentlich höheren Stufe der Kultur und Zivilisation. Aber auch für das ganze politische Leben ist der allgemeine Buchführungszwang von weitgehendster Bedeutung. Unsere amtliche Statistik arbeitet noch viel zu viel mit Schätzungen. Und zwischen den oft höchst ungenauen und lückenhaften statistischen Angaben tobt der politische Tageskampf der Meinungen hin und her. Wirklich zuverlässige Resultate haben zur Voraussetzung, dass die ersten Anschreibungen unmittelbar neben den Einzelerscheinungen einsetzen. Werden solche Anschreibungen allgemein gemacht, dann kann unsere heute noch recht unvollkommene und lückenhafte amtliche Statistik sich zu einer systematisch geordneten volkswirtschaftlichen Buchführung fortbilden, welche für alle wichtigeren politischen Fragen eine einfache, klare, ziffermässige Antwort bereit hat. Es sind Zölle erhöht oder ermässigt worden. Die Wirkungen dieser Massnahmen auf die Lohnarbeiter, die Landwirte, die industriellen Unternehmer waren diese und diese. Die Bewegung der Schulden des Volkes im letzten Jahre war, nach Verwendungszwecken geordnet, so und so. Die Zahl der selbständigen wirtschaftlichen Existenzen hat im letzten Jahre um so und so viel zu- oder abgenommen. Aus dem Konto „Arbeitserfolg“ sind im verflossenen Jahre a Milliarden Mark auf das Konto „Kapitalgewinn“ übertragen worden usw. So wie in vergangenen Zeiten durch einen Spruch in Rom

die Streitigkeiten erledigt wurden, so würden künftig durch die Veröffentlichungen des zentralstatistischen Amtes alle politischen Parteireibereien ihre Erledigung finden. Endlich werden erst vom Standpunkt dieser volkswirtschaftlichen Buchführung aus eine Reihe von alten Buchführungsstreitigkeiten über Abschreibung, Bewertung, Konteneinteilung usw. zutreffend entschieden werden können.

c) Die allgemeine Organisation der Märkte auf der Basis des gesellschaftlichen Kostenwertes hat die Syndikatsbildung auf der ganzen Linie zur Voraussetzung.

Als die liberale Epoche das Volk aus den alten Gebundenheiten befreite, musste der Egoismus „die Leitung des Unternehmungsgeistes der Nation“ übernehmen. Niemand wusste eine bessere mehr zweckdienliche Organisation der Volkswirtschaft anzugeben. Das Volk sollte zu einem vernünftigen Gebrauch grösserer Freiheiten erzogen werden. Die geldwirtschaftlichen Gesichtspunkte, die man auch als „kaufmännischen Geist“ bezeichnet, sollten sich allgemein durchsetzen. Das Volk sollte reicher werden bei gleichzeitiger Eingliederung in den erwachenden weltwirtschaftlichen Verkehr. Die industrielle Produktion mit der Handels- und Verkehrsorganisation hatten früher ungeahnte gewaltige Probleme zu meistern. Zu alledem war der Kapitalismus sicher am besten geeignet. Die Nachteile, welche damit in Kauf genommen wurden, sind wohl auch bis in die letzte Zeit von den Vorteilen aufgewogen worden. Diese Bilanz zwischen Vorteilen und Nachteilen hat sich neuerdings sehr zu Ungunsten des letzteren Kontos verschoben. Der Unterschied zwischen den Reichen

und den Armen wird ein zu auffallender. Der masslose Luxus der Reichen, die nicht wissen, was sie mit ihrem Einkommen anfangen sollen, wirkt vergiftend und zersetzend auf alle Volkskreise ein. Die Wirtschaftsorganisation der Reichsten nimmt mehr und mehr den Charakter von privaten Monopolen an, die in der Ausraubung anderer keine gerechten Grenzen mehr kennen und die Selbständigkeit der Bevölkerung sichtlich mindern. Die Formen der freien Konkurrenz werden immer raffinierter, immer rücksichtsloser, immer „amerikanischer." Der freie Wettbewerb nimmt die unwirtschaftlichsten Formen an und führt bald zu einer Verschleuderung der Waren weit unter dem Kostenwerte, bald zu einer bedenklichen Preissteigerung weit über diese Grenze hinaus. Die Isoliertheorie der Einzelnen hat die Masse des Proletariats geboren und gestattet den Stärkeren, den Rücksichtsloseren, den „Männern ohne Scham und Gewissen", die Schwächeren fort und fort „abzuschlachten." Die Bildung der Tagespreise liegt in der Hand von wenigen Spekulanten. Kurz, die planlose, führerlose Wirtschaft von 60 Millionen Menschen kann nur als ein heilloser Durcheinander bezeichnet werden, der national wie international zu unhaltbaren Verhältnissen führen musste.

Nun ist es das Zeichen der organischen Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklungsepoche, dass sie Organisationsformen gezeitigt hat, welche der neuen Zeit die rechten Entwicklungswege weisen Eine dieser grundlegenden Vereinigungsformen ist das Syndikat. Das Syndikat beseitigt die planlose freie Konkurrenz durch eine planmässige Ordnung für alle angeschlossenen Einzelwirtschaften. Das Syndikat trennt den Kaufmann und Spekulanten wieder vom Produzenten und Techniker und gestattet dem Warenerzeuger ein ruhigeres Leben, während gleichzeitig die Organisation des Verkaufs alle masslose Kreditgewährung, alle unsinnigen Ueberangebote ausschaltet und alle

ungesunde Spekulation verschwinden lässt, zu Gunsten einer möglichst stetigen mittleren Preispolitik. Diese, den modernen Zeitverhältnissen auf den Leib geschnittenen Organisationsgrundsätze deuten die rechten Wege zur Lösung des alten Problems der Gewerbeordnung an. Die Innung der Zukunft heisst „Syndikat." Der Syndikatsgedanke sollte deshalb auf der ganzen Linie des Erwerbslebens zur Anerkennung und Durchführung kommen. Den Produzenten sind die Entstehungskosten ihrer Erzeugnisse bekannt. Sie können deshalb am leichtesten den gesellschaftlichen Kostenwert einführen, indem sie den Verkaufspreis ihrer Erzeugnisse nach diesem Masstabe normieren. Geschieht dies erst allgemein, dann bewegt sich der Güterverkehr nach den Grundsätzen des Aequivalenzwertes und der Gerechtigkeit. Die Zeit der vertragsmässigen Aneigung von Mehrwert ist dann vorbei. Für eine „Reform der Warenbörse" unter irgend welchem Titel bleibt hier kein Raum. Die Börsen sind ihrer ganzen Einrichtung nach Institute, welche auf dem durchaus wucherischen Grundsatze: „möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen" aufgebaut sind. Daran ist für jede wahrhafte Sozialreform nichts zu bessern. Unsere Warenbörsen müssen durch wesentlich vollkommenere Einrichtungen auf der ganzen Linie ersetzt werden. Und diese vollkommeneren Einrichtungen heissen „Verkaufsbüros der Syndikate."

---

d) Zum rechten Ausbau der Syndikate auf der ganzen Linie des Erwerbslebens ist ein Syndikatsgesetz ebenso notwendig, wie für die verschiedenen Formen der Genossenschaften Genossenschaftsgesetze nötig waren.

Die allgemeine Gewerbefreiheit hat sich heute aus einer Wohltat in eine Plage gewandelt. Auf jeder Seite der modernen Gesetzgebung, die im wesentlichen eine Verlegenheitsgesetzgebung ist, begegnet uns das moderne Problem einer „Organisation der Gesellschaft.“ Die herrschende individualistische Organisation des Volkes neigt sichtlich dem Anarchismus zu. Schon Fürst Bismarck wollte deshalb gelegentlich der sozialen Arbeitergesetze das Volk in Berufsständen zusammenfassen. Seine diesbezüglichen Vorschläge wurden abgelehnt. Die Zeit für berufsständige Organisationen gehört der halb naturalwirtschaftlichen, halb geldwirtschaftlichen Epoche an. Bei hoch entwickelter Geldwirtschaft vereinigen Viele die verschiedensten Berufsstände in ihrer Person. Der naturgemässe Verband ist jetzt der Zweckverband der Personen, der für verschiedene Zwecke ein verschiedener ist. Der Zweck der Syndikate lautet: planmässige Zusammenfassung der gleichartigen Einzelwirtschaften und Bestimmung der Verkaufspreise nach Massgabe des gesellschaftlichen Kostenwertes. Das Syndikat erscheint deshalb als die geeignetste Grundform einer modernen Organisation der Gesellschaft.

Die heutigen Syndikate sind noch wesentlich vom Individualismus durchsetzt. In Zeiten der Not haben sich die Einzelwirtschaften zu einem planmässigen Zusammenschluss verstanden. Sobald bessere Zeiten kommen, lockert sich auch schon der Zusammenhalt. Und wenn die

wenigen Jahre der Bindung erst vorbei sind, strebt wieder ein jeder nach seinen eigenen Wegen. Deshalb glückt die Erneuerung der Syndikate so häufig nicht mehr. Selbst dort, wo sie glückt, zeigt sich nur zu oft der habgierige Egoismus in den hässlichsten Formen. Die Verhandlungen über den Kontingentierungsvertrag werden zum Signal für die Grossen, die Schwachen rasch zu verschlingen. Oder die „Anderen" sollen die Kosten der Syndikatsorganisation tragen. Als „Aussenstehender" bleibt es rentabler, die Vorteile einer besseren Marktorganisation ohne Gegenleistung zu geniessen u. s. w. Eine Zeit, in welcher die höchsten Gerichte sich immer noch bemühen, die Syndikatsverträge als „vereinbar mit der geltenden Gewerbefreiheit" zu bezeichnen, mag solche ethische Konflikte als „dazu gehörig" betrachten. Sobald man aber erkannt hat, dass die Unzulänglichkeit unserer heutigen „Gewerbeordnung" durch noch so viele Novellen nicht mehr verdeckt werden kann, und dass es sich also darum handelt, eine organische neuzeitliche Gewerbeordnung im Ganzen zu schaffen, für welche das Syndikat zur grundlegenden Organisation wird, sobald wird auch die neue bessere Gewerbeordnung ein Syndikatsgesetz werden, dem folgende Bestimmungen nicht fehlen dürfen:

α) Das Syndikat wird als wichtiges Organ der Gesellschaft auf ewige Zeiten gegründet.

β) Der Syndikatspreis ist immer gleich dem gesellschaftlichen Kostenwert. Wo die Gestehungskosten des Einzelbetriebes wesentlich billiger sind, wird vom Syndikat ein entsprechender Betrag bei der Abrechnung zurückbehalten und aus diesem Fonds dort zugelegt, wo Einzelbetriebe unter weniger günstigen Verhältnissen höhere Unkosten haben. Die Bestimmungen des verflossenen deutschen Kakes-Syndikats und der heute bestehenden Vereinigung der Spritfabriken sind Beispiele dieser Art.

γ) Der Kontingentierungsvertrag hat von dem bestehenden volkswirtschaftlichen Bedarf auszugehen. Die Produktion soll sich dem Bedarf anpassen. Daneben sind Vorräte zu halten, gross genug, um eine möglichst stetige mittlere Preispolitik zu sichern. Das Kontingent des Einzelnen bestimmt sich nach seiner bisherigen Teilnahme an der Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs.

δ) Die Neuverteilung der Bedarfsveränderung soll nach folgendem Grundsatze geschehen: Der Grossbetrieb ist bis heute in der Regel bereits genug entwickelt. Von jetzt ab soll für eine möglichste Ausbreitung mittlerer und kleiner selbständiger Existenzen Sorge getragen werden. Nur wo die bereits bestehende Produktionsfähigkeit in einem unökonomischen Missverhältnis zum überwiesenen Kontingent steht, soll sie weiter berücksichtigt werden. Eine Verschmelzung bisher bestehender Einzelbetriebe ist nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig.

ε) Die direkte Zugehörigkeit zum Syndikat hat mindestens eine gewisse mittlere Betriebsgrösse zur Voraussetzung. Kleinere Betriebe sollten sich zu Genossenschaften zusammenschliessen und als solche indirekten Anschluss an das Syndikat suchen. Sobald die einfache Mehrheit der direkt syndikatsfähigen Betriebe der Gründung eines Syndikates zustimmt, ist die Minderheit gezwungen, sich diesem Syndikate anzuschliessen. Die Effektivhändler werden, soweit es die rationelle Organisation von Bezug und Absatz gestattet, in das Syndikat aufgenommen.

---

e) Um die Gründung von Syndikaten auf der ganzen Linie des Erwerbslebens vorzubereiten, die bestehenden Syndikate fortlaufend zu kontrollieren und die harmonische Fortentwickelung aller Berufsstände zu überwachen, wird in Parallele zum Reichsgericht ein Reichsvolkswirtschaftsrat geschaffen.

Unsere Zeit ist darüber nicht mehr im Zweifel, dass der einseitige wirtschaftliche Individualismus sich überlebt hat. Aber die Folgerungen, welche man daraus ableitet, enden zumeist auf „Verstaatlichung". Man glaubte sogar schon, das Entwickelungsgesetz einer stetigen Ausdehnung der Staatsgewalt daraus ableiten zu können. Auf umfassenderen historischen Studien ruht diese Anschauung nicht. Namentlich die Geschichte von Athen und Rom mahnt wahrlich dringend genug vor einer Ueberlastung des Staates. Und sind nicht die gleichen warnenden Anzeichen in der Gegenwart schon deutlich genug sichtbar? Insbesondere Albert Schaeffle, der gewiss kein unnötig ängstlicher Mann war, hat mit aller Entschiedenheit bei der rasch wachsenden Zahl von Funktionen im öffentlichen Leben „eine Trennung des Staates und der Volkswirtschaft" gefordert. Wir möchten hier statt des Ausdrucks Volkswirtschaft die Bezeichnung „volkswirtschaftliche Gesellschaft" wählen. Doch: was ist die Gesellschaft neben dem Staate? gibt es überhaupt eine solche? Selbst Gebildete bestreiten die Möglichkeit dieser Trennung, so sehr hat man sich heute an die falsche Vorstellung von der „Allmacht des Staates" gewöhnt. Der Irrtum ist leicht aufzuklären. Syndikate, Genossenschaften aller Art, Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw. sind Organisations-

formen der volkswirtschaftlichen Gesellschaft neben dem Staate. Wir sehen sogar die Macht dieser einzelnen Gesellschaften so anwachsen, dass sie den Staat zu beherrschen drohen, den Staat zu ihrer Dienstleistung einspannen. In all diesen Fällen führt der maasslose Egoismus diese gesellschaftlichen Gebilde. Das ist ein ganz widernatürlicher Zustand. Die Tätigkeit dieser Gesellschaften baut sich erst recht auf der Tatsache der grossen gewaltigen sozialen Arbeitsgemeinschaft auf. Ihre Werte sollten erst recht nur nach dem Maasstabe der gesellschaftlichen Kostenwerte gemessen werden und als äquivalente Werte im Güterverkehr sich bewegen. Für diese Gesellschaften aller Art gilt in erhöhtem Maasse, dass die ganze Volkswirtschaft eine Wirtschaft „unter Brüdern und Freunden“ ist und darum auch sein soll! Die bloss formalen Prüfungen der Registerrichter können nicht genügen. Die Einheit der volkswirtschaftlichen Gesellschaft braucht für die vielen tausenden von lokalen gesellschaftlichen Bildungen eine zusammenfassende Zentrale, welche die soziale Harmonie und Gerechtigkeit ihrer Handlungen und Unterlassungen fortdauernd kontrolliert und die Interessen des echten Fortschrittes tunlichst zu fördern sucht. Diese Zentrale soll den Titel: „Reichsvolkswirtschaftsrat“ führen. Er hat dafür zu sorgen, dass die vielen Millionen von Einzelwirtschaften — welche alle nach den mehr oder weniger zufälligen Anregungen, die bei ihnen sich einfinden, handeln, und die deshalb bei einem furchtbaren Durcheinander die grössten Summen unnütz verbrauchen und immer wieder in verhängnisvolle Krisen hineintreiben — endlich nach einem vernunftgemässen volkswirtschaftlichen Plane arbeiten. Zu diesem Zwecke wird die Zentrale die Einzelnen in Gruppen organisch zusammenfassen müssen. Dazu dienen die Syndikatsformen mit den Formen der Genossenschaft usw. Bei all diesen Neugründungen ist die Zweckmässigkeit im

Einzelnen wie im Rahmen des Ganzen zu prüfen, der Gründungsvorgang nach Maassgabe des Aequivalenzwertes zu überwachen. Bei den vorhandenen gesellschaftlichen Bildungen ist in gleicher Weise Einrichtung und Geschäftsführung zu kontrollieren und jede im Interesse des Ganzen nötige Abänderung durchzusetzen. In einem Kataster der selbständigen Unternehmer ist die tunlichste Vermehrung unabhängiger mittlerer und kleiner Existenzen nachzuweisen. Der Reichsvolkswirtschaftsrat vereinigt in sich alle Registerämter, alle Revisionsstellen und alle richterlichen Kompetenzen auf diesen Gebieten. Grosse Aufgaben können nur gelöst werden, wenn Initiative, Kontrolle und Kompetenz einander entsprechen.

Aber auch die Qualifikation der Mitglieder dieser Zentrale und ihre Stellung muss eine hervorragende sein. Schon der rühmlichst bekannte österreichische Gesetzesverfasser und ehemalige Präsident des höchsten Gerichtshofes in Oesterreich Dr. Emil Steinbach, hat in seinem ausgezeichneten Vortrage über den „Staat und die modernen Privatmonopole (1903)“ darauf hingewiesen, dass der so notwendigen Kontrollstelle für die Syndikate die Garantien eines hohen Gerichtshofes übertragen werden müssten. Die Spitzen der staatlichen Behörden seien für eine Uebernahme dieser Aufgaben ganz ungeeignet. Selbst in grossen volkreichen Staaten dürfte es nicht leicht werden, die nötige Zahl von Personen aufzufinden, welche bei ausreichendem Wissen genügende Erfahrung und Objektivität in sich vereinen. Daneben spielt ihre ökonomische Unabhängigkeit eine bedeutsame Rolle. Als Leiter und Organisatoren des Unternehmergeistes der Nation sind offenbar nur wirtschaftlich hervorragend erfahrene Personen geeignet. Bürokratische Schablonen und Charaktere sind hier ganz unverwendbar. Um die rechten Mitglieder des Reichsvolkswirtschaftsrates zu ernennen, ist den obersten Spitzen

der Behörden eine zu dünne Schicht der Bevölkerung persönlich bekannt. Noch weniger kann die Wahl durch die Massen ein besseres Resultat versprechen. Und am allerwenigsten darf der formale Nachweis durch Schulenbesuch und Examen hierbei eine Rolle spielen. Die Besitzer der glänzendsten Schulzeugnisse erweisen sich häufig in der Praxis als wenig brauchbare Menschen. Und eine lange Reihe der hervorragendsten Leiter moderner Grossbetriebe in allen Ländern hat nur die einfache Volksschule besucht, alle weiteren Kenntnisse aber ohne Mitwirkung von Lehrern sich angeeignet Die Schule bleibt als Bildungsmittel für die Volksmasse ganz unentbehrlich Selten begabte Menschen bewahren ihre Eigenart besser bei Selbststudium. *Nur die in der grossen Praxis bewährte Begabung und Befähigung kann für ein so wichtiges und so schweres Amt wie das eines Reichsvolkswirtschaftsrates als Ausweis genügen.* Wer diesen Ausweis erbringen kann, soll berechtigt sein, beim Reichskanzler für den Reichsvolkswirtschaftsrat sich zu melden. Aus diesen Meldungen haben dann die Ernennungen durch den Landesfürsten zu erfolgen.

Solche erfahrene Männer aus der grossen geschäftlichen Praxis sollen den Hauptstock, etwa $^{3}/_{5}$ aller Mitglieder bilden. Dazu kämen $^{1}/_{5}$ hervorragende Juristen, welche auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Gesellschaftsbildungen eine reiche Praxis hinter sich haben. Und endlich $^{1}/_{5}$ *Träger neuer Ideen.* Die entwicklungsgeschichtlich vielleicht bedeutsamste Funktion, welche der wirtschaftliche Individualismus übernommen und in vortrefflicher Weise erfüllt hat, ist die Freiheit, neue Ideen aufzufinden und geltend zu machen. Speziell auf technischem Gebiete hat die Patentgesetzgebung diese Entfaltung schlummernder Kräfte in zielbewusster Weise gefördert. Wenn jetzt die Zeit einer sozialen Organisation der Volkswirtschaft ein-

setzen muss, um bestehende schwere wirtschaftliche Schäden zu beseitigen, so wäre es ein ungeheurer Fehler, die Gasse für neue Ideen nicht offen zu halten bezw. nicht noch zu erweitern. Denn je kräftiger die neuen Organisationen gestaltet werden, desto grösser ist die Gefahr einer Stagnation in der Entwicklung, einer Ueberwucherung der „persönlicher Beziehungen“ mit all ihren unheilvollen Begleiterscheinungen. Die Grossunternehmungen sind schon heute bestrebt, alle neuen Erfindungen ihrer Angestellten durch Verträge sich anzueignen, weil ihr Material und ihre Einrichtungen bei diesen Erfindungen benützt worden wären. Damit geht die Erfindungsfreudigkeit der Erfinder zurück. Nach Analogie der römischen Spezifikation sollten nur solche Verträge gültig sein, welche dem Erfinder die Erfindung lassen und aus seinen späteren Einnahmen die Rückerstattung der aus dem Bestand der Gesellschaft verwendeten Materialien fordern. Es handelt sich aber nicht nur um neue technische, sondern auch um neue volkswirtschaftliche Ideen. Wenn höhere Staatsbeamte wiederholt auffordern: wer etwas besseres vorzuschlagen wisse, möge sich melden! so kann das kaum genügen, um die neuen Ideen hervorzuzaubern. Heute werden neue volkswirtschaftliche Ideen totgeschwiegen, oder ohne Quellenangabe abgeschrieben und verwendet. Die Geschichte zeigt noch trübere Beispiele. Die Wenigen, die was davon erkannt, hat man von je gekreuzigt und verbrannt. Der Staat sollte in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse dafür sorgen, dass die Träger neuer volkswirtschaftlicher Ideen zur weiteren Verbesserung unserer sozialen Verhältnisse nicht mehr mit den Ihrigen verhungern müssen. Man gewähre endlich nationalökonomischen Erfindungen den gleichen Schutz wie den Erfindungen auf technischem Gebiete und die Erfahrung wird bald zeigen, dass unsere

Volkswirtschaft daraus den gleichen gewaltigen Vorteil zieht, wie ihn unsere deutsche Industrie nach Werner von Siemens aus dem besseren Schutz der technischen Erfindungen gezogen hat. Man errichte bei dem Reichspatentamt eine Abteilung für neue volkswirtschaftliche Ideen. Wer einen neuen volkswirtschaftlichen Vorschlag zur Verbesserung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse macht und mit einer klaren entwicklungsgeschichtlichen Begründung beim Reichspatentamt einreicht, erhält darauf ein gebührenfreies Patent. Idee und Begründung werden dann mit dem Namen des Verfassers amtlich veröffentlicht. Sobald diese Idee dann in der Praxis verwirklicht wird, erhält der Patentinhaber oder seine Erben ein entsprechendes Honorar aus der Reichskasse. Aus der Reihe der Erfinder neuer technischer und neuer ökonomischer Ideen werden im allgemeinen nach Maassgabe der Bedeutung der erworbenen Patente zu gleichen Teilen etwa je $^1/_{10}$, zusammen also $^1/_5$ der Mitglieder des Reichsvolkswirtschaftsrates ernannt. Sie bilden in dieser Körperschaft gewissermaassen den Sauerteig. Sie haben vor allem dahin wirken, dass auf technischem wie ökonomischem Gebiete die Losung des Fortschrittes in Geltung bleibt. Im Interesse ihrer ökonomischen Unabhängigkeit, wie im Interesse einer besseren Auswahl von Bewerbern müssen den Mitgliedern des Reichsvolkswirtschaftsrates preussische Ministergehälter bezahlt werden. Die reinliche Ausscheidung der Mitglieder dieser Zentrale aus ihren früheren geschäftlichen Beziehungen ist eine selbstverständliche Bedingung für ihre Ernennung.

Schliesslich darf nicht unerwähnt bleiben, dass den Mitgliedern dieses Reichsvolkswirtschaftsrates ein erhöhter strafrechtlicher Schutz gewährt werden muss. Diese Körperschaft hat in ganz besonderem Maasse den Kampf gegen den Egoismus und die Habsucht zu führen. Nach der

heute beliebten Praxis rächt sich dafür „die Bestie in Menschengestalt“ durch Beleidigungen und Verleumdungen aller Art, wobei die geltenden Gesetze ganz unzureichenden Schutz bieten.

f) Zur sozialen Erziehung des Volkes ist eine so weitgehende Dezentralisation der staatlichen Organe erforderlich, dass der letzte disponierende Beamte jeden Einzelnen seines Bezirkes als Person zu kennen, zu beobachten und zu behandeln in der Lage ist.

Die beiden Sätze: „Möglichst billig einkaufen, möglichst teuer verkaufen!“ und „der Güterverkehr nach dem Aequivalenzwerte!“ bedeuten zwei ganz verschiedene sittliche Welten mit ganz verschiedenen Organisationen der Gesellschaft und des Staates.

Die möglichst weitgehende Wucherfreiheit nach der Seite des Einkaufs, wie nach der Seite des Verkaufs, wünscht möglichst wenig durch irgend welche Organisationen behindert zu werden, um den „Geschäften“ ungestört nachgehen zu können. Höchstens kapitalistische Syndikate sind zulässig, welche das Verdienen noch mehr erleichtern. Im Volke gibt es nur freie, das heisst unorganisierte Einzelindividuen, die tun und lassen können, was ihnen beliebt. Sobald der Bursche, das Mädchen aus der Schule entlassen sind, sind sie auch selbständig. Die Familie ist, namentlich in dem Gedränge der Städte, aber auch auf dem Lande schon, in der Auflösung begriffen. In der Masse kann ein jeder als unbekannt untertauchen und verschwinden. Unter solchen Voraussetzungen wird es dem einseitigen Egoismus am leichtesten, sich in jeder Weise auszuleben. Eine ober-

flächliche seichte Aufklärung hat den Einfluss der Religion wesentlich gemindert. Die alten guten Sitten werden über Bord geworfen. Ueberall begegnen uns die Raubtiere in Menschengestalt. Unter dem Titel der freien Konkurrenz macht sich die gewissenloseste Raffbegierde breit, der kein Mittel zu schlecht ist, andere zu schädigen, um für sich zu gewinnen. Die Gemeinschaft des Volkes löst sich in verschiedene Klassen auf, die gegenseitig bis aufs Messer sich bekämpfen. Das öffentliche Leben wird vergiftet und verdirbt den Charakter. Werner Sombart warnte öffentlich alle edlen Menschen vor einer Teilnahme an der Politik. Die allgemeinen Wahlen, wie die Lohnkämpfe spielen sich unter den Formen kleiner Bürgerkriege ab Presse und Literatur, Theater und Kunst laufen dem Geldgewinn nach und umschmeicheln mit Sensationen aller Art die niederen Leidenschaften des entartenden Volkes. Die Zahl der selbständigen wirtschaftlich unabhängigen Existenzen schwindet dahin. Die Verwaltung der grossen Vermögensmassen ruht in den Händen von wenigen Personen. Der Luxus wird immer raffinierter, die Gründung eines Familienstandes immer schwieriger, das Heer der Dirnen immer grösser. Die Erziehung des Volkes wendet sich mehr und mehr von der Arbeit und der Sparsamkeit ab, der Genussucht, Spekulationssucht und Schuldenmacherei zu. Der Staat aber greift in diese böse Entwickelung nur soweit ein, als er gerade muss. Der Mammon wird von ihm noch am meisten geschützt. Ein Tischler aus Halle, der einem Zweipfennigstück das Aussehen eines Zehnpfennigstückes gegeben hatte, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. „Die gesunden Knochen sind, wie schon Fürst Bismarck gesagt, viel niedriger veranschlagt". Im deutschen Strafgesetzbuch wird zwar der Versuch der Sachbeschädigung bestraft, nicht aber der der Freiheitsberaubung, der Verführung, des Ehebruchs oder der Verleumdung. Die Straf-

verschärfung des Rückfalles ist bei Vermögensdelikten wie Diebstahl, Betrug, Hehlerei, Raub, weit besser gesichert als bei jenen gemeinen Handlungen, welche gegen Ehre, Leben und Freiheit der Personen gerichtet sind. Nach dem gleichen Maassstabe wird die Beihülfe vom Gesetz behandelt. Obendrein hat sich eine geradezu perverse Rücksichtnahme auf die Angeklagten ausgebreitet. Chronische Alkoholisten pflegt man selbst nach schweren Vergehen freizusprechen. Die sensationslüsterne Presse macht die gemeinsten Verbrecher zu Berühmtheiten des Tages und unserer Zeit. Den privaten Ankläger hat man fast schutzlos gelassen. Bei alledem nehmen die Prozesse und Klagen unter der Bevölkerung bedenklich zu. Der Polizeigewalt gelingt es kaum, ihren Kampf gegen die Verbrecher immer siegreich zu führen. Die Richter klagen über zu starke Ueberbürdung. Und ein wachsendes Heer von Menschen lebt von dem Streit und Kampf ihrer Nachbarn unter sich. Das ist der friedlose Zustand unserer heutigen Gesellschaft mit Wucherfreiheit.

Die prinzipielle Forderung einer Ordnung des Güterverkehrs nach dem Aequivalenzwerte kennt keine Individuen, die nirgends eingegliedert sind. Ueberall finden sich Organisationen der verschiedensten Art, welche den Einzelnen in die gute Bahn einer sozialen Entwickelung zum besseren Menschen zu geleiten bestrebt sind. Heute kommt das Kind in die Schule. Dann ist es nur zu oft sich selbst überlassen. Der Junge wird eventuell noch zum Militärdienste geholt. Dann ist auch er frei und den schlechten Einwirkungen überlassen. Das muss anders werden. Nachdem die Familie nur zu häufig für erzieherische Aufgaben versagt, muss die Organisation des Staates mit den Organisationen der Gesellschaft dem Einzelnen nahe bleiben von der Wiege bis zur Bahre. Erst nach einem solchen Ausbau der gesellschaftlichen und staatlichen Beziehungen

gibt es keine Volksmassen mehr, in denen man als unerkannt verschwindet. In jeder Lage des Lebens steht dann dem strebsamen Armen die rechte Hülfe zur Seite, damit künftig nicht mehr Goethes Harfenspieler seinen bitteren Vorwurf erhebe:

„Ihr lasst den Armen schuldig werden,
Dann überlasst Ihr ihn der Pein,
Denn jede Schuld rächt sich auf Erden!"

Diese positive Ordnung des menschlichen Lebens kann die ungeheure Bedeutung der Religion nicht entbehren, denn sie weiss mit Leibniz, dass alle einseitige Aufklärung nur dem Aberglauben in die Hände arbeitet und dass mit dem Aufhören der Gottesfurcht die Entfesselung aller Leidenschaften beginnt. Die alten guten Sitten finden sich wieder ein. Statt der freien planlosen Konkurrenz herrscht die planvolle geordnete Wirtschaft. In einer Volkswirtschaft unter Brüdern und Freunden gibt es keine Klassenkämpfe mehr. Das öffentliche Leben wird wieder von Idealen beherrscht, die die besseren edleren Charaktere zur Mitarbeit heranziehen. Presse und Literatur, Theater und Kunst haben sich bedingungslos dem höheren Grundsatze einer besseren sozialen Erziehung des Volkes unterzuordnen. Die Zahl der selbständigen, wirtschaftlich unabhängigen Existenzen wird wieder wachsen, der Luxus maassvoller werden, die Gründung eines Familienstandes erleichtert sein, bei allgemeiner Erziehung des Volkes zur Arbeit und zur Sparsamkeit. Der Staat, der vor allem den allgemeinen Frieden unter seiner Bevölkerung zu erstreben hat, muss Verbrechen und Vergehen gegen die Person strenger und nicht milder bestrafen als solche gegen das Eigentum. Das weitaus Wichtigste aller Rechtspflege ist das Vorbeugen und sofortige Schlichten des Streites, wie es der Oberlandesgerichtsrat E. Burlage in seiner Broschüre über die „Friedensvereine" (1907) so trefflich nachgewiesen

hat. Nur, dass die friedliche Schlichtung von Streitfällen weit leichter gelingen wird, wenn der ordentliche Richter den Vorsitz im Friedensverein führt. Wer aber den sozialen Frieden wiederholt gebrochen hat, soll als „friedloser Mensch“ nach irgend einer Insel unseres kolonialen Besitzes verbannt werden. Nur so lässt sich eine wirksame Entlastung der höheren Instanzen und ein wesentlicher Fortschritt in unserem ganzen Rechtsleben sicher erwarten.

Die gleichen Konsequenzen in der Richtung der Dezentralisation ergeben sich aus unserer bisherigen sozialen Gesetzgebung. Eine gewaltige Arbeitslast sozialpolitischer Maassnahmen ist den bestehenden Lokalbehörden aufgebürdet worden, aber diese können sie auf die Dauer in wünschenswerter Weise nicht bewältigen. Die unteren Organe müssten befähigt sein, die Anträge gewissenhaft zu prüfen, die Einziehung der Beiträge, die Auszahlung von Renten und die Ueberwachung des Heilverfahrens ordnungsmässig und pünktlich zu erledigen. Weitere, hier vorausgeschickte Reformvorschläge zeigen die gleichen Konsequenzen. Die so notwendige Ueberwachung und Kontrolle der Syndikate auf der ganzen Linie des Erwerbslebens, und die Weiterbildung der amtlichen Statistik als volkswirtschaftliche Buchführung auf Grund von Einzelanschreibungen an Ort und Stelle, haben gleich sehr eine Dezentralisation der Staatsbehörden in solchem Maasse zur Voraussetzung, dass der letzte Beamte auf dem Lande für vielleicht 1000, in der Stadt für 500 Personen bestimmt ist. Hierzu wären nur Beamte in schon reiferem Alter mit einer ausgeprägt praktischen Bildung geeignet. Nach Analogie der Organisation in der Bombay-Präsidentschaft sollten das Richteramt, das Amt der Steuerbehörde, die Katasterbehörde mit dem Strassen- und Flussbauamt wie die politische Verwaltung in diesem „Friedensrichter“ gleichmässig auslaufen. Mit dem lokalen Geistlichen, Bürgermeister oder Genossenschafts-

vorsteher und Syndikatsvertreter zusammen, würde er ein Schöffengericht bilden können, dessen Zuständigkeit sich nach dem Wohnort des Geschädigten bestimmt und dessen Urteilsfindung in weitem Maasse Billigkeitsgründen zugänglich bleibt. Jedermann kann sich bei dem Friedensrichter Rat und Auskunft holen. Durch seine engen Beziehungen zu den gesellschaftlichen Organen der verschiedensten Art stehen eine Menge Hilfswege zur Verfügung. Von dieser Stelle aus wird der Entwickelungsgang und die Führung eines jeden Einzelnen von Kindheit auf beobachtet und aufgezeichnet, um nach seinem Inhalte einem jeden Interessenten zugänglich zu werden. Wenn die ganze Volkswirtschaft eine Wirtschaft unter Brüdern und Freunden ist, dann muss einem jeden auch die Möglichkeit geboten sein, sich über seinen Nachbarn ebenso genau zu unterrichten, wie er über seinen Bruder informiert ist. Die Privatdetektive und Auskunfteien aller Art können heute diesem schon bestehendem Informationsbedürfnis nur in höchst unvollkommener Weise dienen, was nur den unehrlichen Leuten sichtlich zum Vorteile gereicht.

g) Die Regelung des Güterverkehrs nach dem Kostenwerte (Aequivalenzwerte) wie die Sicherung einer harmonischen Entwicklung aller Glieder des Volkskörpers hat die Beseitigung des Privatkredites mit der Privatversicherung und die Vereinigung aller Geldinstitute zu einem nationalen Syndikat der deutschen Banken zur unerlässlichen Voraussetzung.

Im vereinigten preussischen Landtage (1847) hat bekanntlich David Hansemann, der Gründer der Diskonto-Gesellschaft, den Ausspruch getan: „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf!" Der ehemalige Grossbankdirektor

und jetzige Professor Riesser zitiert in seinem ausgezeichneten Werke über Konzentrationsbestrebungen der Deutschen Grossbanken Max Wirth mit dem Satze: „Die Menschen wollen ebenso rasch als möglich reich werden. Das ist nichts neues, es ist überall und in allen Ländern ebenso gewesen.“ Der Geist der Geld- und Bankgeschäfte wird von einem mit Klugheit gepaarten robusten Gewissen getragen. Die Frankfurter Zeitung vom 18. Februar 1908 hat eine Art Lebenslauf des berühmt gewordenen nordamerikanischen Bankiers Charles W. Morse gebracht. Als ihn sein Vater als Buchhalter anstellte, suchte er sofort einen Stellvertreter, der nur ein Drittel seines Gehalts bekam, während er seinen geschäftlichen Interessen nachging. Als weiteres Beispiel seiner Geschäftspraxis folgendes: Von der National Bank of North-Amerika liess er sich nach den ersten Tagen seiner Präsidentschaft, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, 500000 Dollar leihen. Mit diesem Gelde gründete er den New Yorker Eis-Trust. Dann liess er fünf der berühmtesten Finanzgrössen an der New Yorker Börse je 100000 Dollars am Kurse dieser Aktien gewinnen, ohne dass diese Herren einen Pfennig zu riskieren hatten. Das geschah, um sich „Freunde“ zu erwerben. Dann überliess er eben diesen neuen Freunden weitere „Eisaktien“ für über fünf Millionen Dollars gegen bar. Bald darauf waren diese Aktien fast wertlos geworden. Die „neuen Freunde“ haben also das Mehrfache ihres anfänglichen Gewinnes wieder verloren. Die von der National-Bank of North-America gesetzwidrig entliehene halbe Million Dollars aber sind nicht zurückgezahlt worden. Vom Börsenstandpunkte aus wird das als die „Grosstat eines Finanzgenies“ bewundert. Dieser Mann beherrschte im Oktober 1907 in Nordamerika 12 Banken, 3 Versicherungsgesellschaften, 17 Küstenschiffahrtsunternehmen und eine Reihe von Telegraphen-, Grundbesitz- und anderen

Gesellschaften mit einem nominellen Gesamtvermögen von über 500 Millionen Mark. Wenn wir heute im Interesse einer besseren, sittlich höher stehenden sozialen Fortentwicklung diese gewissenlose Raffbegierde des Egoismus bändigen und zurückweisen müssen, dann genügt es offenbar nicht, nur die Verhältnisse zwischen Lohnarbeiter und Unternehmer zu reformieren. Es bedarf einer durchgreifenden Reform auf der ganzen Linie des Erwerbslebens und damit in Sonderheit auch auf der des Geld- und Kreditverkehrs. Die führenden Männer der Bankwelt selbst können sich über eine solche Notwendigkeit am wenigsten im Unklaren sein. Riesser erzählt in seinem wiederholt genannten Werke sehr hübsch: Es hätten sich um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts an verschiedenen Punkten in Europa in den Händen von Privatbankiers, insbesondere des Hauses Rothschild, enorme Kapitalien angesammelt. Sie beherrschten durch das Massenverhältnis ihres Kapitals alle Geschäfte. Sie (die Rothschilds) stellten ihre Bedingungen, wie die Besitzer eines Monopols. Nirgends war abzusehen, welche Schranken dieser Tendenz gesetzt wären. Dieses Monopol liess sich nur brechen, wenn man dem grossen Kapital ein noch grösseres entgegenzusetzen hatte, und dieses grössere war nur durch Assoziation vieler kleiner Kapitale herbeizuschaffen. So wurde in Frankreich der Crédit mobilier, in Deutschland der Schaaffhausensche Bankverein, die Diskontogesellschaft, die Darmstädter Bank, die Mitteldeutsche Kreditbank und die Berliner Handelsgesellschaft damals ins Leben gerufen. In unseren Tagen haben sich die Grossbanken mit den grossen Privatbankiers in Deutschland zu fünf grossen Bankgruppen zusammengeschlossen. Durch diese Vereinigung der Kreditgeber ist auch die Syndikatsbildung in der Industrie mächtig gefördert worden. Die Stellung der Beamten in diesen Konzerns musste sich schon deshalb

gegen früher wesentlich verschlechtern, weil einmal entlassene Beamte jetzt nur noch schwer eine andere Stellung finden. Was aber die Leiter der Grossbanken betrifft, so klagt Riesser selbst darüber, dass es immer schwerer werde, geeignete Persönlichkeiten zu finden. Der selbständige Mittelstand, aus dessen Kreisen die tüchtigsten Kräfte hervorgegangen sind, verschwindet in der Bankwelt mehr und mehr und der „Neue Mittelstand" mit seinem halb sklavischen Beamtenverhältnis bringt keine Männer mit eigener grosszügiger Initiative hervor. Inzwischen nähert sich, auch nach Riesser, die Konzentration der Banken einem tatsächlichen Monopol. Schon sind die Börsen mit ihrer Kursbildung ganz in der Gewalt der Banken, die „in sich" wieder zu Börsen geworden sind. Wie um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts die Rothschilds ihre Bedingungen monopolartig stellten, so trifft das jetzt wieder für die moderne Vereinigung der Grossbanken zu. Für alle Grossunternehmungen erscheint die Abhängigkeit von der nur ganz kleinen Zahl von Kreditgebern unhaltbar. „Ein Staat im Staate wird und kann niemals geduldet werden!" (Riesser). Dies um so weniger, als die Geldmacht unserer Grossbanken so sehr auf der Sammlung fremder Gelder (Depositengelder, Kontokorrentbeträge, Versicherungsgelder usw.) beruht, dass längst schon der Ausspruch wahr geworden ist: „Les affaires, c'est l'argent des autres!" — auf deutsch: „Bankgeschäfte sind im wesentlichen Dispositionen über Gelder, welche anderen Leuten gehören!" Also wird wohl die Zeit reif dazu sein, die gesamte Organisation unseres Kredit- und Geldverkehrs einschliesslich des Versicherungsverkehrs in neue Bahnen überzuleiten.

Im Sinne dieser allgemeinen Schlussfolgerung macht Riesser selbst schon klare Andeutungen. Auf Seite 173 (2. Auflage) ermahnt er die Grossbanken zum „Maasshalten".

„Denn öffentliche, nicht etwa nur private Interessen“ seien hier im Spiele. „Nicht ohne Bedeutung ist es, dass man schon von den Angestellten der Banken als von Bankbeamten spricht, denn sie sind angestellt im Dienste von Unternehmungen, die nach ihren Aufgaben und nach ihrer Entwickelung nicht einen rein privatwirtschaftlichen Charakter haben, und die immer mehr aus der Sphäre der rein privatrechtlichen Regelung herauswachsen.“ Auf Seite 130 zeigt dann Riesser an einer Reihe von Beispielen, dass die politischen Vorpostengefechte der Staaten, denen eventuell die grösseren Schlachten der Volksheere folgen, heute auf finanziellem Gebiete von den Grossbanken geschlagen werden! Solch vitale Vorgänge, die unter Umständen über Sein und Nichtsein des Staates entscheiden, können unmöglich noch länger in der Hand des Privatkredits und der Privatbanken ruhen, die können unmöglich für immer in der Hand des allmächtigen Bankdirektors liegen und seinem selbst beliebten „Maasshalten“ überlassen bteiben.

Im scharfen Gegensatze zu der entschlossenen Konzentrationsbewegung der grossen Kreditbanken für Handel, Industrie und öffentliche Körperschaften zeigen die landwirtschaftlichen Kreditinstitute ein recht weitgehendes Isolierungsstreben. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat sich das Verdienst erworben, durch das Direktorium der Preussenkasse die Kreditanstalten, welche zur Befriedigung des ländlichen Meliorations- und Baukredites vorhanden sind, neuerdings (1907) zusammenstellen zu lassen. Dieses Verzeichnis zählt für Meliorationskredit 110, für Baukredit 129 von einander unabhängige Anstalten. Und immer noch lebt das Bestreben weiter, mit Hilfe des Staates oder der Provinzen neue Spezialkassen zu errichten. Dazu kommen in Deutschland für 1907: 15,602 Kreditgenossenschaften, 2,821 Sparkassen mit 6033 Filialen, 23,127 Krankenkassen, 452 private und halböffentliche

Versicherungsanstalten aller Art mit ihrer weit grösseren Anzahl von Kassen, die Kassen des Staates und der Kommunen usw. In mittleren Städten, deren Verhältnisse sich leichter überschauen lassen, konnten wir in verschiedenen Fällen mit Einrechnung der Privatbankiers auf je 800 Einwohner schon eine Kasse zählen, für welche es in den seltensten Fällen eine Geldausgleichsstelle gab. Jede Kasse hielt ihre entsprechend grossen, baren Geldbestände in der Hand ihres Kassierers. Diese längst veraltete Kassenorganisation ist auch eine der Gründe für die bedauerliche Tatsache, dass ein so unverhältnismässig grosser Teil des vorhandenen Bargeldes im Verkehr zurückgehalten wird. Hier ist eine moderne, zeitgemässe Weiterbildung der Organisationsformen bitter nötig.

Dazu kommen die ungeheuren Missbräuche, welche mit dem Privatkredit aller Art getrieben werden. Zunächst die allgemeine Neigung zur masslosen Verschuldung. Der Grosskaufmann A. van Gülpen-Emmerich, berichtet aus seiner Erfahrung, dass ein Hausknecht, der sich etwa 1000 Mark ersparte und ein Ladengeschäft beginnt, wenn er fleissig und solide ist, bei richtiger Verteilung auf verschiedene Lieferanten, mit einem Kredit von 20 bis 30000 Mark arbeiten kann. Ein tüchtiger Ladenbesitzer mit einem Hause im Werte von 10 bis 20000 Mark verfügt heute schon über einen Kredit von 100 bis 200000 Mark. Für einen gewandten Hunderttausendmarkmann geht auf den grossen Handelsplätzen der Kredit schon in die Millionen und die geschäftliche Auskunft für solche Leute lautet in der Regel: „Gut für jeden Betrag!" Auch bei den Konsumkäufen hat die Inanspruchnahme des Kredits eine recht ungesunde Ausdehnung erlangt. Aus der nordamerikanischen Eisenbahngesetzgebung haben wir oben den Satz kennen gelernt, dass eine Verschuldung um etwa das 37 fache des eigenen Vermögens als normal zu

betrachten ist. In den beiden aus jüngster Zeit bekannt gewordenen Fällen einer Beteiligung junger Bankbeamten in Berlin und Nürnberg an Börsenspekulationen wurden mit einem eigenen Vermögen von 6 bis 10000 Mark bei einem Jahreseinkommen von 2600 bis 4000 Mark Spekulationsgeschäfte bis zur nominellen Höhe von 5 Millionen Mark ausgeführt und schliesslich Geldverluste von 235000 bis über 600000 Mark erreicht. Beim Grundbesitz der verschiedensten Art ist die Entwicklungstendenz ersichtlich, die Grundstücke bis zum vollen „Beleihungswerte" zu belasten, und diesen „Beleihungswert" immer höher anzusetzen. Bedarf unter solchen Umständen die rasche Zunahme der allgemeinen Verschuldung des Volkes bei steigendem Zinsfuss noch einer besonderen Erklärung? Die schlecht geordnete Kreditwirtschaft des Mittelstandes trägt neben den gewaltigen Geldmitteln, welche den konkurrierenden Grossunternehmungen zur Verfügung gestellt wurden, einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die fortschreitende Vernichtung des alten selbständigen Mittelstandes. Ohne die Leichtigkeit, mit welcher heute allgemein Kredit für Spekulationszwecke zu erhalten ist, könnten die Grundrenten-, Gründer- und Kursgewinne aller Art gar nicht liquid werden. Das Abhängigkeitsverhältnis, in welches die Schulden die Einzelunternehmer gebracht haben, war in der grossen Mehrzahl der Fälle Träger der Syndikatsbewegung. Die maasslose nationale wie internationale Kreditgewährung ist vor allem Schuld daran, dass die Warenpreise fortwährend bedenklichen Schwankungen unterworfen sind und bald ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung das Volk noch mehr zur Teilnahme an der allgemeinen Spekulation und Genussucht verführt, bald in den Zeiten der nachfolgenden Krisis die mittleren Vermögen scharenweise abgeschlachtet und durch die einsetzende Arbeitslosigkeit die Zahl der Unzufriedenen und Verbitterten

vermehrt werden. *Der Privatkredit ist die Seele des herrschenden Kapitalismus.* Wer diese Krankheit ehrlich beseitigen will, kann den Privatkredit unmöglich beibehalten.

Mit dem Worte „Kredit“ wird dasjenige Vertragsverhältnis bezeichnet, das am häufigsten und leichtesten zur Einleitung wucherischer Beziehungen benutzt wird. Eine Kontrolle im Einzelnen ist hier unmöglich. Die Prophylaxis ist auch hier der wichtigste Teil der Politik. Durch diesen Wucher wird der Zinsfuss und der gesamte Geldmarkt in sehr bedenklicher Weise beeinflusst. Also muss eine Kreditform ausgeschlossen werden, welche dem Wucher zuneigt. Das ist der Privatkredit. Und jener Kreditform, welche dem Wucher prinzipiell abgeneigt ist, muss allein der staatliche Rechtsschutz zur Verfügung stehen: *das ist der körperschaftliche Kredit.*

Was die Gegenwart benötigt, das ist eine gesellschaftliche Organisation des Geldverkehrs, des Kredits und der Verwaltung der Geldwerte des Volkes. Schon heute haben wir in den Sparkassen, in den Kreditgenossenschaften der Raiffeisenschen Art, in der preussischen Zentralgenossenschaftskasse, in den öffentlichen Meliorationskassen Geldinstitute, welche in erster Linie nicht Gewinnzwecke, sondern gemeinnützige Zwecke erstreben. Es ist unvereinbar mit dem Begriff der sozialen Arbeitsgemeinschaft, unverträglich mit der Auffassung einer Wirtschaft unter Brüdern oder Freunden, dass Unternehmungen mit gewaltigen fremden Geldmitteln gefördert werden, welche in bewusster Weise darauf abzielen, die Mitmenschen rücksichtslos auszuplündern, nur um an diesem Raubgewinn einen möglichst hohen Anteil an Zinsen oder Dividenden oder Tantièmen zu erhalten. Wenn der Wucher im Sinne einer vertragsmässigen Aneignung von offenkundigem Mehrwert gesetzlich bei hohen Strafen verboten werden soll, dann kann es unmöglich

gestattet sein, solche wucherische Unternehmungen im In- und Auslande nur der Gewinnteilnahme halber mit Kredit reichlich zu unterstützen. Es kann nicht genügen, nur die juristische Sicherheit einer Kreditgewährung zu prüfen. Schon die Raiffeisenschen Kreditvereine, ebenso wie die Kulturrentenanstalten haben an die Stelle der bloss juristischen Sicherstellung die Kontrolle der rationellen Verwendung des geliehenen Geldes gesetzt, und die Preussische Zentralgenossenschaftskasse hat durch die Verpflichtung ihrer Schuldner, ausschliesslich mit ihr Kreditgeschäfte zu machen, wenigstens eine Kontrolle der Kreditbeanspruchung vorgesehen. Der Kreditgeber eines Wucherers macht sich zum Mitschuldigen an diesem Verbrechen. Aufgabe des künftigen Kreditrechtes bleibt es deshalb, die Begünstigung des Wuchers jeder Art durch den Kredit zu verhüten. Als Albert Schaeffle an die Lösung des Problems herantrat, den Missbrauch des Hypothekenkredits zur spekulativen Grundpreissteigerung zu beseitigen und die Wohltat dieser Kreditform nur für volkswirtschaftlich günstige Zwecke zu sichern, blieb ihm nichts anderes übrig, als für die „Inkorporation des Hypothekarkredits“ einzutreten und damit die Individualhypothek faktisch aufzuheben. Wir gehen hier von der Ueberzeugung aus, dass es selbst für die Landwirte nicht genügt, nur den Grundstückswucher zu beseitigen. Ein wirklich gedeihliches Aufblühen der Volkswirtschaft hat die Beseitigung des Wuchers auf der ganzen Linie des Erwerbslebens zur Voraussetzung. Die so notwendige soziale Erziehung besserer Menschen mit grösserer Opferfreudigkeit muss das wirtschaftliche Emporkommen des sittlich höher stehenden Wirtschafters fördern, statt — wie heute fast überwiegend — den gewalttätigeren, skrupelloseren Erwerber in erster Linie reich zu machen. Zu diesem Zwecke muss aller Kredit, dem die staatlichen Rechtsmittel zugebilligt werden, auf seine volkswirtschaftlich

rationelle Verwendungsart kontrolliert sein. Das kann nur bei dem Kredit der Genossenschaften, Landschaften, Sparkassen und dergl. gesichert erscheinen. Also ist dem Kredit, den Private .gewährt haben, der Rechtsschutz künftig zu verweigern.

Gleichzeitig ist Sorge zu tragen, dass stets genügend Geldmittel vorhanden sind, um den volkswirtschaftlich berechtigten Kredit zu billigen Bedingungen befriedigen zu können. Dazu gehört vor allem eine genügend grosse Geldmenge in der rechten metallischen Zusammensetzung. Als Schreiber dieses seine Studienreisen in Indien machte und seine Diener, die etwa 20 Pfennige pro Tag als Lohn erhielten, zum ersten Male auszahlte, gab er ihnen diesen Betrag in Silber. Da antworteten die Indier: „Nein, gnädiger Herr, das ist Dein Geld, gib Du uns unser Geld!“ Sie wollten in Kupfermünzen ausgezahlt sein. Ihre täglichen Lebensbedürfnisse waren so gering im Werte, dass sie nur mit Kupfergeld beglichen werden konnten. Ihre ganze Art der Geldaufbewahrung war nur für Kupfer zugeschnitten. Als dann die Reise durch Australien folgte, lernte ich dort einen Arbeiterstand kennen, der pro Tag bis 20 Mark verdiente. Wenn diese Arbeiter am Sonntage ihren Vergnügungen nachgingen, hatten sie mehrere Goldstückchen in der Tasche. Im Kriegsfalle stellt Deutschland ein Viermillionenheer auf, dessen Soldaten 44 und 56 Pfennig Löhnung pro Tag erhalten, das sind 4,40 und 5,60 Mark pro Dekade. Solche Beträge lassen sich nur in Silber zahlen. Bei der Masse des Volkes kommt im täglichen Verkehr in Deutschland noch das Silber als Hauptmünze in Verwendung. Deshalb kann die „reine“ Goldwährung den Zahlungsbedürfnissen des deutschen Volkes unmöglich entsprechen. Es muss daneben eine erhöhte Summe von Silbergeld verwendet werden. Aber auch mit der veralte te Vielheit von Kassenführungen ist zu brechen. Der Kassen-

verkehr sollte durch ganz Deutschland eine einheitliche planmässige Organisation erfahren in der Weise, dass sich die staatlichen wie privaten Gelder und Zahlungen sammeln und die entbehrlichen Ueberschüsse nach zentralen Kassen abgeführt werden. So wird die unbenutzt liegende Geldmenge auf das notwendige Minimum beschränkt und dem Verkehrs- und Kreditbedürfnis aller Art zu mässigen Bedingungen gedient werden können.

Zu den grossen Aufgaben des Reichsvolkswirtschaftsrates würde es gehören, den Plan für diese zweckmässigste Organisation des deutschen Kassenverkehrs auszuarbeiten. Zu diesem Zwecke wären alle Geldinstitute und Kassen zusammenzufassen. Wo ein praktisches Bedürfnis für neue Kassen besteht, sind solche einzurichten. Wo zu viel Kassen eingerichtet sind, wäre ihre Zahl entsprechend zu beschränken. Einer Wirtschaft unter Brüdern können überflüssige Einrichtungen nicht entsprechen. Diese Kassenorganisation wäre die geeignete Stelle, um die Verwaltung des mobilen Volksvermögens zu übernehmen. Hier werden die Depositen angenommen und verzinst, hier werden Wertpapiere zum Kostenwerte gekauft und verkauft, hier können Geldstiftungen jeder Art unter einfachen Formen errichtet werden, hier finden Zahlungsaufträge jeder Art ihre Erledigung, hier sichert sich das Volk gegen jene Millionenverluste, die durch Nichteinlösung gekündigter Wertpapiere und Nichtabhebung entfallener Lostreffer ihm, zu Gunsten unserer heutigen Banken, erwachsen, hier erfolgen Einzahlungen und Auszahlungen auf Grund der Versicherungsverträge aller Art u. s. w. An diese Kassenorganisation lehnen sich die Kredit- und Versicherungsorganisationen der verschiedensten Art an, weil für sie jede eigene Kassenführung jetzt entbehrlich wird. Alle Kredit- und Versicherungsbedingungen müssen einer genauen Durchsicht unterzogen werden, ob wirklich allerwärts

Uebervorteilungen jeder Art nach dem Grundsatze des Kostenwertes vermieden sind. Die Konkurrenz der verschiedenen Anstalten unter sich wird beendet. Es folgt eine billige gegenseitige Abgrenzung des Arbeitsgebietes. Wo sich hierbei Bedürfnisse zeigen, denen noch keine Organisation dient, sind solche ins Leben zu rufen. Bei einer Statistik als volkswirtschaftliche Buchführung, bei allgemeiner Einführung des Aequivalenzwertes und bei einer weitgehenden Dezentralisation des staatlichen Beamtenkörpers bietet die Durchführung all dieser Forderungen unter Anleitung und Kontrolle des Reichsvolkswirtschaftsrates keine besonderen Schwierigkeiten.

Auch in dieser neuzeitlichen wucherfreien Ordnung des Geld- und Kreditverkehrs bleibt für unsere bisherigen Effektenbörsen, die nur dem Grundsatze huldigen: „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen!" kein Raum.

h) Von den landwirtschaftlichen Verhältnissen insbesondere.

Das ganze agrarische Programm im engeren Sinne lässt sich in die einfache Formel bringen: Volkswirtschaftliche Regelung des Verkehrs mit den landwirtschaftlichen Grundstücken, wie des Verkehrs mit den landwirtschaftlichen Produkten nach dem gesellschaftlichen Kostenwerte. Wenn ein Getreideverkaufssyndikat der deutschen Landwirte gebildet ist, das in organischer Verbindung steht mit einem Ein- und Verkaufssyndikat der deutschen Müller, das wieder Anschluss gefunden hat an eine Mehleinkaufsorganisation der deutschen Bäcker, dann ist es möglich, die gleichen mittleren Preise, welche den gesellschaftlichen Produktionskosten entsprechen,

das ganze Jahr hindurch ohne Schwankungen festzuhalten. Der Bund der Landwirte hat 1894 die 40 jährigen Durchschnittspreise für Getreide gefordert und damit das Preisproblem in der besten Weise formuliert. Auch die heutige Preisbildung unter der Herrschaft des spekulativen Kapitals kann nicht umhin, in längeren Zeiträumen die Produktionskosten zu respektieren. Aber es entspricht dem Wesen der Spekulation, um diesen Schwerpunkt mit möglichst grossen Schwankungen zu oscillieren und dabei der Reihe nach bald die Produzenten, bald die Konsumenten schwer zu schädigen. Es ist doch wohl weit mehr im Interesse aller Beteiligten — mit einziger Ausnahme der Spekulanten — gelegen, die Preisbewegung, ohne Schwankungen, auf der mittleren Linie zu halten. Die absolute Höhe dieses Normalpreises wird in den verschiedenen Gegenden Deutschlands eine verschiedene sein, wie das schon durch die heutigen mittleren Preise zum Ausdruck kommt. Der Westen und Süden hat höhere natürliche Getreidepreise als der Osten u. s. w. Die geschichtliche Entwicklung und die tatsächlich höheren bezw. niedrigeren Produktionskosten bieten dafür genügende Erklärung. Aus ganz den gleichen Gründen können die Preise in der Aufeinanderfolge der Jahre nicht immer die gleichen sein. Mit fortschreitender Kultur müssen sie langsam zwar aber stetig mitsteigen, wie das bei normaler Entwicklung bisher der Fall war. Unsere Kurve für 500 Jahre Weizenpreise in Strassburg im ersten Bande dieses Werkes bringt das genügend klar zur Anschauung. Das vertikale Getreide- und Mehlsyndikat wird Jahr für Jahr die gleichen normalen Preise in diesem Sinne ohne jede Schwankung für den Konsumenten durchhalten können. Denn einer solchen Organisation ist es leicht, die erforderlichen Reserven in Waren und barem Gelde anzusammeln, welche für den eventuellen Zukauf vom Auslande die Schwankungen der Weltmarktspreise

nach auf- und abwärts zu Gunsten der mittleren Linie ausgleichen. Ebenso kann eine solche Syndikatsorganisation, bei gleichzeitig allgemeiner Einführung des Kosten- oder Aequivalenzwertes, auch die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen bestimmen und hierdurch eine Spezialart von Brotverteuerung endlich aufheben, die mit den Terminkäufen und Verkäufen der Müller und Bäcker in ursächlichem Zusammenhange steht. Nach Einführung dieser Syndikatsorganisation werden die Getreidezölle als Schutzmittel gegen zu niedrige ausländische Getreidepreise überflüssig. Denn dann gibt es ausserhalb des Syndikats keine Käufer mehr für ausländische Getreideofferten, weil ausserhalb des Syndikates keine Getreide- und Mehlkontingente existieren können. Was so für das Brot gilt, das behält auch Geltung für das Fleisch. Hier bewirken die Preisschwankungen der Spekulation in ganz der gleichen Weise ein starkes Schwanken der Produktionsziffern. Ein Herabgehen der Schweinefleischpreise z. B. kann die jungen Ferkel fast unverkäuflich machen. Das wirkt dann erfahrungsgemäss auf die Schweinehaltung in der Weise zurück, dass wir heute etwa alle zwei Jahre Teuerungspreise für Schweine haben. Sobald hier durch ein Syndikat der Produzenten mit den Schlächtern unter Anschluss der soliden Händler die Preise an die gesellschaftlichen Gestehungskosten auf mittlerer Linie angepasst werden, sind natürlich auch die Ferkelpreise derart zu regeln, dass die Fleischproduktion dem Bedarf des Konsums entspricht. Wesentliche Schwankungen im Konsum sind künftig deshalb nicht mehr zu erwarten, weil durch die anderen, organisch sich anschliessenden Massnahmen der unheilvolle Wechsel zwischen Ueberspekulation und Krisis endlich verschwindet. Auch hier werden vom Syndikate alle unberechtigten und deshalb wucherhaften Spannungen zwischen den Vieh- und Fleischpreisen im

Detailhandel fernzuhalten sein. Das Gleiche gilt für alle wichtigen landwirtschaftlichen Produkte. Ein tadelloses Funktionieren solch gewaltiger Syndikatsorganisationen hat wieder zur Voraussetzung, dass überall ein einsichtsvoller staatlicher Beamter an Ort und Stelle das Material der Statistik hinsichtlich seiner Zuverlässigkeit kontrolliert, die Bevölkerungsmasse zur pünktlichen Einhaltung der von der Zentrale aufgegebenen Ablieferungstermine erzieht, Streitigkeiten sofort schlichtet und den Geist des brüderlichen Zusammenwirkens zu erhalten versteht.

Wie auf diese Weise der Kostenwert die Preise der landwirtschaftlichen Produkte bestimmt, so muss auch der Kostenwert den Preis der landwirtschaftlichen Besitzungen bestimmen. Der allgemeine Buchführungszwang mit ordentlichen Abschreibungen, welche der tatsächlichen Abnützung entsprechen, wird die rechte Ermittelung dieser Wertgrösse auch allgemein ermöglichen. Damit findet die sogenannte Erbrechtfrage ihre einheitliche und allgemeine Erledigung. Es wird überflüssig sein, durch Höferecht, Anerbenrecht und Fideikommissrecht dem Uebernehmenden einen besonderen „Vorzug“ einzuräumen, nachdem jede spekulative Preisbildung für landwirtschaftliche Grundstücke endlich ausgeschlossen bleibt. Die landwirtschaftliche Schuldentlastungsfrage kann allgemein kaum eine wirksamere Förderung erfahren als durch Syndikatspreise für alle landwirtschaftlichen Produkte, welche die Kosten decken, durch eine Organisation des Geld- und Kreditverkehrs, welche jede Zinsfusssteigerung durch übermässige Spekulation ausschliesst und durch Uebergabspreise für Grund und Boden, welche den sachlichen Herstellungskosten entsprechen. Wie steht es mit der Regelung des freihändigen Verkehrs auf dieser Basis? Das Prinzip des Kostenwertes gestattet keine spekulative Preisbildung. Wo aber freie Konkurrenz der Käufer zugelassen wird, wird auch die spekulative Preis-

steigerung zugelassen. Heute besteht die Gefahr eines Aufkaufs des bäuerlichen Grundbesitzes durch reich gewordene Kapitalisten als Luxusbesitz. Der Bauer und sein landwirtschaftlicher Besitz sollen kein Spielzeug für die Riesen des Reichtums sein! Aber auch die heute sich breit machende Güterschlächterei, ob sie nun von Privaten oder von Banken betrieben wird, ist ein Krebsschaden für unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse. Die echt agrarische Gesetzgebung aller Völker und Zeiten hat die Veräusserung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes ausdrücklich aufgehoben. Der gleiche Rechtsgrundsatz ist auch heute wieder geboten. Wer seinen Besitz veräussern will, übergibt ihn der nationalen Kassenorganisation, welche bar, ohne Abzug und Provision, den nachweisbaren Sachwert bezahlt. Die fortlaufenden Aufzeichnungen des lokalen Friedensrichters, unter Mitwirkung des geltenden Buchführungs- und Deklarationszwanges, welche auch zur Evidenthaltung des Steuerkatasters dienen, machen den Kostenwert der betreffenden Besitzung jederzeit ersichtlich. Der Eigentumsnachfolger erwirbt das Grundstück zu dem gleichen Kostenpreise, ohne Aufschlag irgend welcher Art. Der Zuschlag wird dem neuen Bewerber von dem lokalen Friedensrichter im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der lokalen Kreditorganisation und unter Kontrolle des Reichsvolkswirtschaftsrates erteilt. Für den Grundstücksverkehr gelten hierbei die grösseren Gesichtspunkte der gesamtheitlichen Interessen. Wo ausländische Bewerber mit inländischen Kaufliebhabern in Konkurrenz treten, wird der Inländer natürlich bevorzugt. Bewerber, welche dem deutschen Volke und dem deutschen Staate nicht freundlich gesinnt sind, bleiben stets von deutschen Grunderwerbungen ausgeschlossen. Wo mehrere deutsche Bewerber in Konkurrenz treten, entscheiden die Grundsätze der besseren sozialen Grundbesitzverteilung, der geringeren Besitzschulden und die soziale Qualifikation des

Bewerbers. Zwischen mehreren Kauflustigen mit gleicher Qualifikation entscheidet das Loos. Die Gelegenheit dieser Handänderung durch Vermittelung der sozialen Gemeinschaft soll auch dazu dienen, eine bessere Arrondierung der Besitzungen herbeizuführen. Der Gefahr einer Umgehung dieser Bestimmungen durch Schenkung und Testierfreiheit muss durch entsprechende Einschränkungen für den Grundbesitzverkehr begegnet werden.

Im Interesse der Allgemeinheit liegt bekanntlich eine gesunde Mischung von Gross-, Mittel- und Kleingrundbesitz. Der grössere Besitz geht in der rationellen Kulturtechnik voraus und liefert die edleren Saaten, die besseren Zuchtprodukte. Der mittlere und Kleinbesitz liefert die besten landwirtschaftlichen Arbeiter, ohne welche der Grossbetrieb nicht bestehen kann. Der Wald ist nur in den Händen des grösseren Besitzes gesichert usw. Diese Grundbesitzverteilungspolitik sollte einheitlich gehandhabt werden und deshalb dem Reichsvolkswirtschaftsrat unterstellt werden. Die rechte Ausführung und Anpassung im Einzelfalle garantiert die dezentralisierte Staatsbehörde mit den lokalen Organisationen des Kredits und der Syndikate. Wo heute der Grossgrundbesitz überwiegt, sollten — nach den trefflichen Vorschlägen des Geheimrat Kapp und Freiherrn von Wangenheim-Klein-Spiegel — durch Abtrennung von Gutsteilen aneinandergrenzender Grossgüter solche Zwischenflächen gewonnen werden, welche sich als Ansiedlung für eine selbständige, leistungsfähige Dorfgemeinde eignen. Wenn so der soziale Grundmarkt einheitlich durch Deutschland Angebot und Nachfrage ausgleicht, kann es unmöglich an Land und Landwirten zur Bildung von neuen Dorfgemeinden fehlen.

---

i) Von den Verhältnissen der Lohnarbeiter insbesondere.

Auch hier ist vor allem der tiefgehende prinzipielle Unterschied zwischen der Auffassung unter dem herrschenden kapitalistischen System und den Konsequenzen gesunder, normaler volkswirtschaftlicher Verhältnisse festzuhalten.

Der Kapitalismus handelt seit Jahrtausenden nach dem Grundsatze: Teile und herrsche! Trenne und beute aus! So hat man den Begriff des Arbeiters auf den des Lohnarbeiters zurückgekürzt, dem vorgeblich der Unternehmer und das Kapital gegenüberstehen. Der Arbeitslohn bestimmt sich im Wesentlichen nach Angebot und Nachfrage. Schon Adam Smith und nach ihm Karl Marx haben den Mittelstand, welcher Arbeit und Kapital in seiner Person vereinigt, aufgegeben und damit die Brücke zur naturgemässen Lohnbildung hinter sich abgebrochen. Der Arbeiter ist „nur Arbeiter" sein Leben lang, welcher mit Massen von Arbeitsgenossen zusammenarbeitet und zusammenlebt. So wird der Arbeiter zum Proletarier, zum vierten, letzten Stande. Fleissig und strebsam zu sein, lohnt sich für ihn nicht. Sein Streben hat kein ererreichbares, höheres Ziel. Sein Fleiss bewirkt nur, dass die Gewinne der Kapitalisten noch grösser werden. Sein Einkommen ist ein Spielball der kapitalistischen Konjunkturen. Die Not ist die Peitsche, die ihn täglich zur Arbeit treibt. Die Arbeit selbst weckt in ihm ein dauerndes Unlustgefühl. Wenn seine Arbeitskraft ausgepresst ist, wird er vom Kapital auf die Strasse gestossen. Da bleibt zur Besserung der Lebensstellung und Lebenshaltung nur der Klassenkampf übrig, zunächst in der Form der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der

Kämpfe um höheren Lohn durch den Kontraktbruch, durch Streiks, Boykott, Bekämpfung der Arbeitswilligen, Abwehr der Zuwanderung, Schädigung der Nichtorganisierten usw. Dazu die Kämpfe um kürzere Arbeitszeit, angenehmere Arbeitsbedingungen, um wachsenden politischen Einfluss als Arbeiterstand usw. Während der grössere Fleiss mit der längeren Arbeitszeit und der Genügsamkeit die Arbeiterinteressen eher schädigt als fördert, begünstigt die geringere Arbeitsleistung, die kürzere Arbeitszeit, die ausgeprägte Unzufriedenheit bei einer möglichsten Steigerung des Genusslebens die Position des Arbeiters. Um im Klassenkampf das Klassenbewusstsein des Arbeiters zu heben, wird ihm eingeredet, dass der Lohnarbeiter allein alle Güter erzeugt habe, dass deshalb der Arbeiter berechtigt sei, noch weit grössere Leistungen zu seinen Gunsten von der Gesamtheit zu fordern. Wenn dabei das Gefühl der Selbstverantwortlickeit dem Einzelnen verloren gehen muss, so wird darauf keine Rücksicht genommen. Wo diese neue Ideenwelt auf dem Lande Eingang findet, verbindet sich diese Proletarierphilosophie mit den goldenen Träumen der Kapitalisten. Neben dem Wanderredner der Proletarier erscheint der Agent einer durch Börsengründungen neuerstandenen Industrie, um viele Tausende von Arbeitern zu werben. Goldene Berge werden versprochen. Vereinzelte Glücksbeispiele locken! Die modernen Verkehrseinrichtungen machen eine Wohnsitzänderung so leicht. Kein zuverlässiger unparteiischer Berater erhebt seine warnende Stimme. Die moderne volkswirtschaftliche Organisation wurde auf dem Lande vernachlässigt. So setzt denn mit jeder neuen aufsteigenden Konjunktur auch die unheilvolle Bevölkerungsflucht vom Lande nach der Stadt und nach der Industrie von neuem wieder ein. Die Erziehung des Volkes zur Spekulation und zur Genussucht bleibt die Parole.

Wie lauten im Gegensatze hierzu die Grundzüge einer organischen Auffassung der Arbeiterfrage? Die naturwissenschaftlich-politische Auffassung beginnt mit einer Betrachtung des Ganzen in den Wechselbeziehungen seiner verschiedenen Glieder, und erkennt heute sofort, dass die naturgemässe Verteilung des volkswirtschaftlichen Produktionserfolges krankhaften Störungen unterliegt, welche auf den herrschenden Kapitalismus zurückzuführen sind. Dieser Kapitalismus eignet sich heute in Deutschland jährlich rund 9 Milliarden „Mehrwert" an, welche dem volkswirtschaftlichen Arbeitsertrage entzogen werden. Die nächstliegende Aufgabe einer rationellen Behandlung der sozialen Arbeiterfrage besteht mithin darin: diese heute entwickelungsgeschichtlich nicht mehr gerechtfertigte Beraubung des volkswirtschaftlichen Arbeitsertrages durch den Kapitalismus aufzuheben und deren Wiederkehr zu verhindern. Eine solche Maassnahme muss sofort zur Folge haben, dass die deutschen Arbeiter der verschiedensten Art jährlich um 9 Milliarden Mark mehr einnehmen. Wir haben im Vorhergehenden nachgewiesen, dass diese grosse Reform durch allgemeine Einführung des Aequivalenz- oder Kostenwertes mit den daraus sich ergebenden Konsequenzen erreicht wird. Arbeiter im subjektiven Sinne ist nach den ebenfalls schon vorausgeschickten Ausführungen ein Jeder, der sich dienend an die Gesamtheit anschliesst. Dabei sind wieder selbständige Arbeiter und Hilfsarbeiter zu unterscheiden. Nur bei dem selbständigen Arbeiter, welcher im Wesentlichen Eigentümer seiner Produktionsmittel ist, kann die Frage nach dem gerechten Arbeitslohn leicht klar und ziffermässig beantwortet werden. Er ist gleich dem Werte seines fertigen Produkts — unter der wichtigen Voraussetzung, dass die Preisfestsetzung dieses Produktes nicht dem spekulativen Privatkapital überlassen wird und dem Kostenwerte entspricht. Hier ist im Vorher-

gehenden deshalb für die Produkte der Landwirtschaft wie der Gewerbe und der Industrie eine Syndikatsorganisation, ohne Börsen, auf der ganzen Linie gefordert worden. Auch für das Gebiet der Submissionen muss der Kostenwert zur Geltung kommen. Bei den vorgesehenen vielfachen Organisationen kann es nie an Sachverständigen fehlen, welche den Kostenwert zu schätzen wissen. Hierher gehören weiter alle jene fürsorglichen Massregeln, welche auch bei Handänderungen der Produktionsmittel den Kostenwert zur Geltung bringen. In diesem Zusammenhange ist es aber auch wichtig, die Konsequenzen dieser Ideen eines naturgemässen Arbeitsrechtes auf künstlerischem und geistigem Gebiete weiter zu denken. Hier fehlt heute selbst amtlichen und halbamtlichen Stellen das Bewusstsein, dass sie einen ganz gewöhnlichen Diebstahl begehen, wenn sie sich die von Anderen mit viel Mühe und Kosten gewonnenen Ideen kurzerhand, sogar ohne Quellenangabe, aneignen. Solch schreiende Lücken des geltenden Rechtes müssen ausgefüllt werden, um das Raubrecht der Stärkeren und Reicheren zu beseitigen. Das Recht des Arbeiters auf sein Produkt muss als vornehmster Eigentumsanspruch ausnahmslos gelten. In diesem Zusammenhange ist schon darauf hingewiesen worden, dass es sich um eine Erweiterung der patentrechtlichen Bestimmungen und um Bereitstellung öffentlicher Mittel zur angemessenen Ablösung neuer Ideen von allgemeinerem Interesse handelt. Nur auf diesem Wege der vollen und nicht bloss formalen Anerkennung des Urheberrechtes kann das heute so vielfach schwer beleidigte Gerechtigkeitsempfinden des Volkes wieder allgemeiner versöhnt werden.

Nicht so einfach ist die Frage nach dem naturgemässen Lohn des Hülfsarbeiters zu beantworten. Im allgemeinen wird man sagen können, dass diese Lohnhöhe ebenso wie die Höhe der durchschnittlichen Getreidepreise ein Ausdruck

für die Höhe der materiellen Kultur eines Volkes sind. Nach oben wird der Lohn der Hülfsarbeiter begrenzt durch den Arbeitsertrag der selbständigen Arbeit. Denn es kann niemand seiner Arbeitshülfe mehr zahlen, als er selbst verdient. Dass aber innerhalb dieser Grenze die berechtigte Höhe erreicht werde, bleibt wesentlich von der Leichtigkeit des Aufsteigens der Hülfsarbeiter in selbständige Positionen und von der Tüchtigkeit der sozialen Erziehung der heranwachsenden Arbeiter zur Arbeitsamkeit und Sparsamkeit abhängig. Unter naturgemässen Verhältnissen ist deshalb der Lohn der Hülfsarbeiter aufs Engste mit dem Arbeitserfolg des selbständigen Mittelstandes verknüpft. Diese Erkenntnis musste sich in Ländern mit junger Kultur am leichtesten bemerkbar machen. Wakefield, der bekannte Kolonisator von Australien, hat die verhältnismässig hohen Arbeitslöhne in Australien auf die billigen Landpreise und auf die Leichtigkeit, mit der Grundbesitz erworben werden konnte, zurückgeführt. Der Nordamerikaner Henry George setzte in seinem Lohngesetz die Lohnhöhe der Arbeiter mit dem Verdienst der Farmer an der Grenze der Produktion in direkte Beziehung. Zu einer sehr ähnlichen Formulierung des Arbeitslohngesetzes kam schon Joh. Heinrich von Thünen zu Anfang des letzten Jahrhunderts. Rodbertus spricht von einem „verhältnismässig mit steigenden Arbeitslohne." In der neueren Geschichte der australischen Lohnarbeiterverhältnisse spielt die Gesetzgebung für die australischen Goldfelder eine hervorragende Rolle. Als hier die Goldaluvien entdeckt wurden, bestimmte ein Spezialgesetz, dass jedermann gegen Zahlung einer kleinen Einschreibegebühr das Recht der Ausbeutung eines bestimmten Loses von einer mässigen Länge und Breite erwerben konnte. Aber niemand konnte mehr als ein Los besitzen. Der Erfolg dieser klugen Gesetzgebung war, dass der Arbeitsertrag auf diesen Goldfeldern als Lohnregulator durch die

ganze australische Volkswirtschaft wirkte. Wäre damals die Gesetzgebung in Australien von kapitalistischen Anschauungen beherrscht gewesen, so hätte man die Ausbeutung der Goldfelder einem Konsortium von Grossbanken übertragen. Dieses hätte möglichst billige Arbeitskräfte herangezogen, um möglichst grosse Gewinne für sich zu erübrigen. Der tiefgehende soziale Unterschied dieser beiden Auffassungen ist einleuchtend.

Eine organische Betrachtung des Lohnproblems der Hülfsarbeiter muss deshalb mit der wichtigen Vorfrage beginnen: Ist die Funktion des Arbeitsertrags der selbständigen Arbeiter als volkswirtschaftlicher Lohnregulator gut gesichert? Bei der überragenden Abhängigkeit des ökonomischen Erfolges eines jeden Einzelunternehmers von der Mitwirkung der gesamtheitlichen Verhältnisse kann unsere Volkswirtschaft mit einer reich gedeckten Tafel verglichen werden, die gross genug ist, um das ganze Volk zu sättigen. Nur zwei Bedingungen müssen dabei eingehalten werden: Wenn jemand an dieser grossen Tafel sich gut gesättigt hat, dann muss er aufstehen, um einem anderen, der noch hungrig ist, Platz zu machen. Und jeder neue Gast sollte ein entsprechendes gesellschaftliches Kleid tragen und eine entsprechende soziale Erziehung sich angeeignet haben, um auch zu der Tafelgesellschaft zu passen. Nach beiden Richtungen wird heute viel gesündigt. Eine wachsende Zahl von Menschen hat an der volkswirtschaftlichen Tafel sich längst gut satt gegessen und denkt doch nicht daran, aufzustehen, um Andere an den Tafelfreuden teilnehmen zu lassen. Hinter den Sesseln dieser Platzhalter sammeln sich immer mehr Leute, deren Unzufriedenheit mit der Zeit natürlich wächst. Solch' böse Gäste sind unsere Grosskapitalisten, unsere Besitzer von Monopolen der verschiedensten Art, unsere Grossunternehmer, die ihre Betriebe

immer mehr erweitern und immer neue Unternehmungen aufsaugen u. s. w. Die ungehörig gekleideten neuen Gäste mit schlechten Manieren sind jene Arbeitermassen, die das Gift der modernen Arbeiterverhetzung in sich aufgenommen haben. Gespart wird nichts. Der ganze Lohn muss verjubelt werden. Wenn sie nichts mehr haben, hat nach ihrer Auffassung die Gesamtheit für sie zu sorgen. Die Arbeit selbst ist für sie eine Last, eine Quälerei. Aufsässig, unbotmässig, unzuverlässig, streitsüchtig ist ihr Benehmen und maasslos sind ihre Forderungen.

Diesen beiden Hauptrichtungen der herrschenden Missstände auf dem Gebiete der Lohnbildung sind unsere bisherigen Reformvorschläge bereits begegnet. Gegen die Aufsaugung der selbständigen Arbeitsgelegenheiten durch die Kapitalisten wendet sich der Kataster der selbständigen Unternehmungen, welches als Regel und ohne ein offensichtliches soziales Bedürfnis das Aufsaugen und Verschmelzen selbständiger Arbeitsgelegenheiten nicht gestattet. Aufgabe der besonderen Bestimmungen des Syndikatsgesetzes ist es, die Grossbetriebe auf der ganzen Linie des Erwerbslebens als Regel nur mit ihrer bisherigen Produktion zu kontingentieren und den Zuwachs am volkswirtschaftlichen Bedarf für den zweckmässigeren Ausbau der mittleren und kleinen Betriebe, wie für die Gründung von neuen mittleren und kleinen Betrieben zu reservieren. Die einheitliche Organisation der inneren Kolonisation und des Grundstückmarktes schafft neue lebensfähige Bauerngemeinden und verhütet die Aufsaugung des Grundbesitzes für Luxuszwecke der Reichen. Eine moderne Umbildung der Heimarbeiterverhältnisse kann auch auf diesem Gebiete neue Gelegenheiten zur Verselbständigung schaffen. Mit diesen organischen Grundsätzen einer besseren Regulierung des Arbeitslohnes bleibt der heute so beliebte Ruf nach „Verstaatlichung“ allerdings unvereinbar. Vielfach muss sogar

die Forderung nach „Entstaatlichung" erhoben werden. Der Geheime Kommerzienrat Kirdorf hat einmal gesagt: „Sucht die Arbeitsgelegenheit möglichst zu vermehren, dann ist die soziale Frage gelöst". Wir möchten diese Formulierung dahin abändern, dass wir sagen: „Sucht die selbständige Arbeitsgelegenheit tunlichst zu erweitern, und die Lohnfrage wird zur Hälfte gelöst sein". Die andere Hälfte betrifft nämlich die bessere soziale Erziehung der Volksmassen und die Beseitigung des Proletariats. Zur Lösung dieser grossen Aufgaben wurde bereits eine Reform in der Organisation der staatlichen Behörden in der Weise vorgeschlagen, dass jedermann von seinem zuständigen „Friedensrichter" persönlich gekannt und beobachtet wird. Hier findet jedermann Auskunft über die geltenden Gesetze, wie über die bestehenden Einrichtungen aller Art. Durch dieses Organ wird die Entwickelung eines jeden Einzelnen von der Wiege bis zur Bahre verfolgt und aufgezeichnet. Es gibt also dann keine Volksmassen mehr, die nur als Nummern in Betracht kommen. Interessenverletzungen irgend welcher Art werden rasch abgestellt, unter sorgfältiger Berücksichtigung der begleitenden Umstände Strafen verhängt, aber auch die bessere menschenwürdige Lebensführung belohnt und durch beides erzieherisch auf das Volk eingewirkt. Wer bis zu seinem 40. Lebensjahre treu, fleissig und ehrlich gearbeitet und von seinem Lohneinkommen sich einen entsprechenden Betrag erspart hat, soll Gelegenheit zu einer für ihn geeigneten Verselbständigung erhalten und hierbei innerhalb billiger Grenzen Unterstützung finden. Wer aber bis zu seinem 40. Lebensjahre als Lohnarbeiter wiederholt zu ernsten Klagen Anlass gegeben, wer untreu, unehrlich in der Arbeit war und unmässig lebte, hat diesen seinen Anspruch auf Verselbständigung verloren. Dann

sind die Jahre der Lohnarbeit für den tüchtigen Menschen nur ein Durchgangsstadium wie die Schuljahre. Das ist die weitaus beste Beschränkung der Arbeitszeit. Für einen jungen kräftigen Arbeiter ist der nur achtstündige Arbeitstag eine höhere Faulenzerei. Wo aber ungesunde Arbeitsgelegenheiten gegeben sind, dort kürze man die Arbeitsschicht auf halbe Tage, um den zweiten halben Tag in besserer Luft desto energischer auszunützen.

Im Rahmen dieser organischen Auffassung ist auch die Stellung eines Lohnarbeiters die eines Quasi-Beamten. Börsenneugründungen von Grossindustrieen mit hunderten von Millionen, die in kurzer Zeit ein ganzes Arbeiterheer durch höhere Lohngebote zusammenrufen, um zur Zeit der nachfolgenden Krisis vielleicht die Hälfte wieder zu entlassen, kommen künftig nicht mehr vor. Alle Glieder des volkswirtschaftlichen Körpers entwickeln sich dann harmonisch in stetigen geordneten Verhältnissen weiter. Der Reichsvolkswirtschaftsrat und die gesellschaftliche Organisation des Kredits mit der allgemeinen Einführung des Kostenwertes wachen darüber. Also werden künftig auch die Arbeitsgelegenheiten stetige, geregelte Formen annehmen müssen. Der Arbeitslohn folgt der Entwickelung der allgemeinen Kulturverhältnisse. Eine umfassende Statistik mit weitgehendster Dezentralisation der Behörden sorgt für einen gerechten Ausgleich zwischen Arbeitserfolg und Arbeitslohn allerwärts — auch in die Reihen der staatlichen und Privatbeamten hinein. Streiks, Aussperrungen, Kontraktverletzungen und alle ähnlichen Begleiterscheinungen des kapitalistischen Lohnverhältnisses haben d a n n jede sachliche Berechtigung verloren und sind deshalb in jedem Falle als schwere Verletzungen des sozialen Friedens streng zu bestrafen. Wo Arbeitskräfte überflüssig werden, finden sie anderwärts Unterkunft und Verwendung. Wo neue grosse Aufgaben zu lösen sind, werden Arbeiter in genügender Zahl zuge-

zogen. Unter der Oberleitung des Reichsvolkswirtschaftsrates wird sich das alles nach Art der Versetzung von Beamten abspielen. Auch die Verselbständigung der Lohnarbeiter im 40. Lebensjahre kann diese zentrale Ausgleichsstelle nicht entbehren. Ein Proletariat im kapitalistischen Sinne gibt es dann im deutschen Volke nicht mehr.

k) Von der Finanzwirtschaft insbesondere.

Man versteht heute unter den Aufgaben der Steuerpolitik gemeinhin die Bedarfsdeckung des Staates, der Provinzen, der Gemeinde. Die Theorie hat die Finanzwirtschaft von der praktischen Politik scharf getrennt. Also obliegt es dem neuen Staatssekretär des Reichsschatzamtes, entsprechend mehr Steuern aus dem deutschen Volke herauszuholen. Auf die Dauer hat das seine wachsenden Schwierigkeiten. Aber der herrschende Begriff der Steuer kann keine anderen Anregungen bieten. Bei der Steuerzahlung steht die Einzelwirtschaft der Zwangswirtschaft gegenüber. Der Einzelne zahlt seine Steuern als Versicherung für Rechtsschutz, oder als Gegenleistung für das, was Staat, Provinz und Gemeinde ihrerseits für die Einzelwirtschaft getan haben. Immer bleibt der „Zwang" das wesentliche Merkmal der Steuer. Der Staatsbedarf m u s s gedeckt werden. Denn der Einzelne ist dem Staate schlechthin untertan. Das alles sind reichlich individualistische Ideen, gemischt mit Sätzen, welche dem staatlichen Absolutismus angehören. Beides sind überlebte Zeiten. Im Zusammenhange mit den gegenwärtig sich losringenden Zeitbegriffen haben wir oben, Seite 319 ff., den grundlegenden Begriff der sozialen Arbeitsgemeinschaft kennen gelernt. Die naturgemässen Folgerungen aus diesem Begriff bedeuten auch neue Theorien für die Finanzwirtschaft.

Wenn es wahr ist, dass der Einzelne für sich allein nichts zu verdienen vermag, dass vielmehr alles, was er verdient und erreicht, der gewaltigen Arbeitsgemeinschaft des Volkes und schliesslich der ganzen Menschheit zu verdanken ist, dann ist auch der Einzelne keine selbständig wirtschaftende Persönlichkeit, sondern — wie die Philosophen sagen — nur ein „Abgesplittertes vom Ganzen.“ In jeder sogenannten Privatwirtschaft ist die Gesamtheit als „stiller Teilhaber“ beteiligt. Der Einzelne vereinnahmt zunächst das Ganze des Ertrages, um dann erst den „Anteil der Gesamtheit“ als „Steuer“ abzuführen. Die Steuer ist so der „gütermässige Ausdruck für das Teilhaberverhältnis der Gesamtheit in der Einzelwirtschaft.“

Aus diesem Steuerbegriff ergeben sich ganz bestimmte praktische Konsequenzen schon für die Steuerveranlagung unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen. Wenn bei jedem Wirtschaftserfolge die Tätigkeit des Einzelnen und die Mitwirkung der Gesamtheit sich verbinden, und wenn die Steuer der gütermässige Ausdruck ist für dieses Teilhaberverhältnis der Gesamtheit in jeder Einzelwirtschaft, dann sollte gerechterweise die zu zahlende allgemeine Einkommensteuer in ihrer Höhe der Ausdruck sein für den Anteil, welchen die Tätigkeit des Einzelnen und die Verursachung der Gesamtheit an dem Gesamtwirtschaftserfolge genommen haben. Wo jahrelange mühsamste Arbeit und grosse Vermögensaufwendungen nötig gewesen sind, dort wird selbst bei einem schliesslich sehr grossen Einkommen die Steuerveranlagung auf die vorausgegangenen Mühen und Kosten, auch soweit sie nicht in Schulden zum Ausdruck kommen, in vollem Umfange Rücksicht zu nehmen haben. Wo aber die fetten Gewinne dem Einzelnen gewissermassen im Schlafe zufallen, dort entspricht eine Steuerforderung

bis mindestens 50% des Reineinkommens den tatsächlichen Verhältnissen. Wo umgekehrt der Staat und die staatliche Politik, statt die Interessen der Einzelnen zu fördern, sie in bewusster Weise geschädigt haben und deshalb das Einkommen dieser Personen wesentlich zurückgegangen ist, dort sollte gerechterweise der Staat auf eine Steuererhebung verzichten und sich an die Brust schlagen mit dem Rufe: „Mea culpa!" — mein Verschulden!

Wenn heute nach geltendem Rechte die gleiche Besteuerung der gleich grossen Einkommen bei tiefgehendster Ungleichheit der Mitwirkung der Gesamtheit Anwendung findet, so muss das als eine schreiende Ungerechtigkeit bezeichnet werden. Jede billige Forderung der Teilhaberzahlung kann den Massstab der tatsächlichen Mitwirkung gar nicht entbehren. Dieses Verhältnis richtig zu beurteilen, mag in einzelnen Fällen seine Schwierigkeit haben. Aber man sollte doch nicht glauben, schwierige Rechtsentscheidungen durch schreiende Ungerechtigkeiten umgehen zu können. Das richtige Gefühl des Volkes hat inzwischen, ohne Mitwirkung der Finanzwissenschaft, Tantièmen- und Dividendensteuern gefordert. Dagegen mag sich einwenden lassen, dass die Tantième in vielen Fällen nur eine andere Form der Arbeitslohnzahlung ist, welche das Selbstinteresse des Arbeiters tunlichst wach erhalten will. Dividenden werden in ungünstigen Zeiten oft aus dem Vermögen oder aus aufgenommenen Schulden gedeckt. In wieder anderen Fällen sind die Dividenden nur ein Rest des Reingewinnes, der in der Hauptsache in starken Abschreibungen und Reserven aller Art versteckt wurde. Aber die Vertreter dieser Steuerforderung gehen von der ganz zutreffenden Anschauung aus: dass die Tantièmen und Dividenden in vielen Fällen für die Einzelnen als ein fast müheloses Einkommen bezeichnet werden müssen, das ganz überwiegend auf die Verursachung durch

die soziale Gesamtheit sich zurückführt. Nach dem allgemeinen Gerechtigkeitsgefühl des Volkes müssen solche Einkommen wesentlich höher besteuert werden, als Einnahmen, welche von ihrem Eigner mit vieler Mühe und Sorge erzielt wurden. Dieser Grundsatz ist unangreifbar. Bedenklich ist nur die Anlehnung dieser Steuervorschläge an juristische Zwischenbegriffe. Es ist notwendig, auch hier bis zur ökonomischen Quelle des Reineinkommens vorzudringen und unsere Einkommensteuergesetzgebung auf neuer Grundlage aufzubauen. Wenn es sich z. B. darum handelt, die „Internationale Bohrgesellschaft in Erkelenz" im Jahre 1907 zu besteuern, welche mit einem Vermögen von 1 Million Mk. einen Reingewinn von 18 Millionen Mk. erzielte, so wird nach Zubilligung ökonomisch berechtigter Abschreibungen usw. eine Steuerforderung von mindestens 8 Millionen Mark wohl berechtigt erscheinen. In Wirklichkeit zahlte diese Gesellschaft nur etwa 500000 Mark an Staatssteuern. Wenn man über diese Wegnahme von etwa der Hälfte des Nettoeinkommens klagt, so möge man sich erinnern, dass der preussische Staat auch den Hochschulprofessoren mit grösserem Zulaufe die Hälfte aller Kollegiengelder über 3000 bezw. 4500 Mark pro Jahr weggenommen hat. Man ging dabei von der Annahme aus, dass die Professoren doch wesentlich die Einrichtungen des Staates bei ihren Vorlesungen benutzen. Für die „Internationale Bohrgesellschaft in Erkelenz" gilt das in nicht minderem Masse. Wenn das Kohlensyndikat für 1907 bis 20 und 25 % Dividende an seine Aktionäre verteilen konnte, so wird es niemals dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes entsprechen, dass diese Einkommen vielleicht mit 4 % im Durchschnitt zur Staatssteuer herangezogen wurden. Hier müsste die Steuereinnahme um viele Millionen höher sein. Wenn umgekehrt die „Trebertrocknung" noch in den letzten Jahren ihres Bestehens auf ihre fetten rechnerischen Ueber-

schüsse Steuern zahlte, so wäre es allgemein wohl besser gewesen, der Staat hätte rechtzeitig den ganzen Schwindel nicht geduldet. Die gleichen Grundsätze finden auch auf die Erbschaftssteuer entsprechende Anwendung.

Durch eine solche Abänderung der Einkommensteuergesetze lassen sich in Deutschland die Staatseinnahmen um einige hundert Millionen erhöhen. Die eigentliche Aufgabe einer gross angelegten Steuerreform wird aber damit noch lange nicht gelöst. Nach dem zweiten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches (1907) betragen die Roheinnahmen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten nach den Voranschlägen von 1906: 7176590000 Mk. Davon gehen allein für ordentliche und ausserordentliche Ausgaben auf die Erwerbseinkünfte von Reich und Bundesstaaten ab: 2901208000 Mk., so dass netto nur rund 4 Milliarden Einnahmen verbleiben. Da die Schulden des Reiches und der deutschen Bundesstaaten von rund 3 Milliarden im Jahre 1874 auf rund 16 Milliarden im Jahre 1906 angewachsen sind, besteht hier ein offensichtliches Missverhältnis zwischen den Staatseinnahmen und dem Staatsbedarf. Eine Bevölkerung von 60 Millionen Menschen auf so hoher materieller Kultur wie das heutige Deutschland muss in der Lage sein, ihren Staatsbedarf reichlich zu decken und ihre Schulden abzutragen. Ist dies eine Reihe von Jahren hindurch nicht möglich, so zeigt das auf tiefgehende organische Störungen im Volkskörper. Nach dem Vorausgeschickten kann die Beantwortung dieser Vermutung kaum zweifelhaft sein. Die deutsche Volkswirtschaft leidet unter dem parasitären Schlinggewächs „Kapitalismus“, das jährlich den ehrlichen Arbeitserfolg der Bevölkerung um rund 9 Milliarden Mark kürzt. Das beeinträchtigt in offensichtlicher Weise auch die Steuerkraft des deutschen Volkes. Will also der Reichsschatzsekretär wirklich in durchgreifender Weise die Reichsfinanzen sanieren, so erweitern

sich seine Aufgaben zu Aufgaben der gesamten deutschen Ministerien und schliesslich des ganzen deutschen Volkes. Die bisherige isolierte Behandlung der Finanzwissenschaft wird ganz unhaltbar. Auch für die Finanzpolitik lautet die grundlegende Frage: wie beseitigen wir den herrschenden Kapitalismus aus der Gesellschaft? Die Steuerkraft des Volkes ruht in der Steuerkraft der Massen. Von den Steuerleistungen einer kleinen Zahl sehr reicher Leute konnte noch keine Staatsgemeinschaft gedeihen. Also hebe man die Zahlungsfähigkeit der Volksmassen durch Beseitigung des die Volkskräfte zerstörenden Kapitalismus und durch eine bessere soziale Erziehung der Menschen. An einer reichlichen Deckung des öffentlichen Bedarfs kann es dann nicht mehr fehlen. Diese Mehreinnahmen mögen zunächst zur Abtragung der öffentlichen Schulden Verwendung finden. Im weiteren aber sollte man mit einer Reihe längst nicht mehr zeitgemässer Steuern endlich aufräumen, wie die auf ganz irrigen Theorien aufgebauten Grundsteuern, die Salzsteuer, die Gebühren für Grundeigentumsübertragungen und Hypothekeneinschreibungen, Zuckersteuer, Besteuerung der Staatsbeamtengehälter usw.

Schliesslich noch zwei Bemerkungen. In der Finanzwissenschaft im kapitalistischen Zeitalter bezeichnet das Kapitel „Steuerüberwälzung" einen alten, nie zu lösenden Uebelstand. So oft man die Kapitalisten durch irgend eine Steuer zu fassen suchte, wussten sie auch schon wieder Mittel und Wege, die neue Steuer auf andere Schultern zu überwälzen. Siehe Warenhaussteuer, Börsensteuer, Grundrentensteuer usw. Erst die allgemeine Einführung des Aequivalenzwertes wird die Verhältnisse so ordnen, dass der Kapitalismus endlich verschwindet, und der gesetzlich gewollte Steuerträger durch keinerlei Manipulationen sich dieser Last entziehen kann. Weiter wird die neue Politik sich darüber im Klaren sein müssen, dass der Uebergang

aus der heutigen Zeit in die neue Zeit Kosten verursacht. Als der ökonomische Liberalismus die Führung in der Politik übernahm, wurden die Kosten des Ueberganges aus der feudalen in die liberale Periode zumeist auf die Schultern des Adels, vielfach aber auch auf die Schultern der Bauern überwälzt. Im ersteren Falle war die Politik der Ausdruck revolutionärer Strömungen, in letzterem Falle konnte man sich auf die künftig nicht mehr geltende kapitalistische Theorie von der Grundsteuer als Reallast berufen. Heute noch haben deshalb deutsche Bauern Reallasten zu tragen, welche auf ihren Besitzungen haften geblieben sind. Für die neue Zeit, welche den Kostenwert oder Aequivalenzwert zur allgemeinen Einführung bringt, kann es nicht zweifelhaft sein, dass solche Uebergangskosten zu den allgemeinen Unkosten der Gesamtheit gehören. Diese Auffassung wird weiter gestützt durch den Grundsatz, dass im Rechtsstaate wohl erworbene Rechte stets anerkannt werden müssen. In dem heute geltenden Rechtssystem sind Spekulationen der verschiedensten Art ausdrücklich gebilligt und deshalb im guten Glauben ausgeführt worden. Spekulationspreise der Wertpapiere, welche als bezahlte Kostenwerte nachgewiesen werden können, müssen in der Uebergangszeit gelten. Grundstücksspekulationen, welche mit entsprechendem Zinsverlust auf Grund des geltenden Rechtes ausgeführt oder eingeleitet wurden, sollten nach einer billigen Schätzung anerkannt werden. Einmal gewordene Betriebseinrichtungen sind zu respektieren, wenn sie auch von jetzt ab sich den gesamtheitlichen Interessen unterordnen und einfügen müssen usw. Soweit dann im Interesse eines gerechten Arbeitsertrages von diesen Preisen nach Massgabe des sachlichen Buchwertes mehr oder minder wesentliche „Abschreibungen“ gemacht werden, sind dieselben in irgend welcher Form auf das Konto der Gesamtheit zu übernehmen und aus den erhöhten Steuer-

erträgen der Zukunft in geeignet erscheinender Weise abzutragen. Wenn der ehemalige Reichskanzler, Graf Caprivi, den Landwirten, welche ihre Grundstücke zu teuer gekauft oder übernommen hatten, zurief: sie sollten doch „abschreiben“!,“ so war das ein kapitalistischer Gedanke, der an dem ewigen Auf und Nieder von Ueberspekulation und Krisis festhalten wollte. Wenn es heute notwendig geworden ist, diese Krisen mit den vorausgehenden Ueberspekulationen zu beseitigen im Sinne einer prinzipiellen gesetzlichen Einführung des Kostenwertes, dann muss die deshalb logisch notwendige Abschreibung an den Grundpreisen als Uebergangsmassnahme dem jeweiligen Grundbesitzer vergütet werden, soweit sie zur Ablösung der Grundschulden Verwendung findet.

l) Von der internationalen Politik insbesondere.

Die internationale kapitalistische Politik der Staaten war zu allen Zeiten von der Habgier der Menschen getragen. Nachdem im Inlande die Raffbegierde der Spekulanten den Arbeitsertrag des Volkes vertragsmässig unterbunden hat, und gleichzeitig die Ueberproduktion in gewerblich industriellen Produkten den Absatz im Auslande sucht, verlegt die Politik den Schwerpunkt der weiteren Entwicklung auf den Welthandel. Die landwirtschaftlichen Interessen werden diesem Bestreben geopfert. Die Brotversorgung des Inlandes wird mehr und mehr vom Auslande abhängig. Die Ausfuhr industrieller Produkte bringt als Rückfracht vom Auslande Getreide und Fleisch mit weiteren Rohprodukten für die Industrie. Die Vorpostengefechte im Kampfe um die Weltherrschaft beginnen. Die Gelddarlehen der heimischen Banken leisten hierbei wichtige Dienste. Die Klassengegensätze zwischen den kapitalistischen

Mehrwertsräubern und den geschädigten Volksmassen verschärfen sich. Bei den wachsenden politischen Schwierigkeiten in der Heimat dienen kriegerische Konflikte mit dem Auslande als Ableiter. Die Ausgaben für Heer und Marine wachsen, bis schliesslich die Entscheidungsschlachten um die Weltherrschaft mit den Konkurrenten geschlagen werden, welche für die unterliegenden Staaten noch immer von der grossen sozialen Revolution begleitet wurden. Die oben vorausgeschickten vergleichenden entwicklungsgeschichtlichen Untersuchungen haben dieses Bild auf jeder Seite bestätigt.

Den Gegensatz zur internationalen grosskapitalistischen Politik bezeichnet die internationale agrarische Politik. Das Wort „Agrarier" bedeutet einen Politiker, welcher nicht von der Habgier, sondern von dem Grundsatze: „Jedem das Seine!" ausgeht und die politische Entwicklung in dem heimischen Acker verankert sehen will. Diese Politik ist vor allem auf Beseitigung der kapitalistischen Missstände in der Heimat gerichtet. Nach ihrer Auffassung gibt es für Klassengegensätze im Volke keinen Raum. Wo sie bestehen, muss es gelingen, sie wieder zu beseitigen. Sie ist keineswegs Gegnerin des internationalen Verkehrs. Aber der Schwerpunkt aller Politik sollte in der Heimat ruhen. Die Erzeugung der wichtigsten Produkte des täglichen Volksbedarfs muss im eigenen Lande mit Beihülfe der kolonialen Besitzungen tunlichst gesichert sein. Auch für die Industrie liegt das weitaus wichtigste Absatzgebiet im eigenen Lande. Der schweizerische Bauernsekretär Dr. Ernst Laur hat eine Zusammenstellung veröffentlicht, wonach der Geldlohn auf dem Lande in der Schweiz binnen 46 Jahren um das Fünffache gestiegen ist, trotzdem in der Schweiz das Kapitalistenrecht noch uneingeschränkt besteht. Wir schätzen den Einfluss einer Beseitigung des Kapitalismus auf den

Arbeitsertrag des deutschen Volkes auf jährlich 9 Milliarden oder 150 Mark pro Kopf und Jahr. Rechnen wir hinzu den Einfluss der endlichen Befreiung der Arbeit aus den kapitalistischen Fesseln auf die Erhöhung der allgemeinen Arbeitsfreudigkeit und den Einfluss der besseren sozialen Erziehung des Volkes auf seine Sparsamkeit, Mässigkeit und wirtschaftliche Tüchtigkeit, so bedeutet das eine gewaltige Steigerung des jährlichen deutschen Arbeitsertrages. Der Gesamtnettoeigenhandel Deutschlands in Fabrikaten erreichte 1906 nur rund 2½ Milliarden Mark. Wie zutreffend hat deshalb Dr. Georg von Siemens diese Situation bezeichnet, wenn er — nach einer Mitteilung des Kolonialdirektors Dernburg im „Berliner Tageblatt“ vom Juni 1907 — sagte: „Die deutsche Industrie wird für sich selbst ein viel Grösseres leisten, wenn sie es fertig bringt, an jedes deutsche Bauernfenster eine Gardine und in jede deutsche Bauernstube einen Teppich zu bringen, als wenn sie durch Poussieren des Ausfuhrgeschäftes die deutsche Industrie dauernd von der Kaufkraft und dem Wohlwollen des Auslandes abhängig macht!“ Dazu kommen die unschätzbaren Vorteile einer brüderlichen Ordnung der heimischen Volkswirtschaft. Auf der Familie, der Gemeinde, der Provinz und dem Staate ruhen die Segnungen des Friedens. Jede Versuchung, die Schwierigkeiten der inneren Politik durch Kriege mit dem Auslande abzulenken, bleibt ausgeschlossen. Wohl aber würde jeder Angriff von aussen ein geschlossen einiges Volk finden und schon deshalb wahrscheinlich unterbleiben. Für den, zum harmonischen Volksleben nötigen auswärtigen Handel gilt jetzt nicht mehr der kategorische Imperativ: „Mehr Absatz um jeden Preis!“ Es genügen die einfachen gerechten Grundsätze einer Politik der offenen Türe! Für Deutschland bleibt bald keine andere Politik zur Wahl übrig. Denn der unheilvolle Kapitalismus zehrt die Lebenskraft des Volkes

auf. Schon stehen wir nicht weit vor dem Verlust des jährlichen Bevölkerungszuwachses. Und aus Mangel an einheimischen Arbeitskräften beherbergt Deutschland bereits ein landfremdes Proletariat von rund einer Million.

Wie könnte die Anerkennung dieser Grundsätze einer agrarischen internationalen Politik in der Welt tunlichst beschleunigt werden? Zunächst müsste in irgend einem Lande ein konsequent durchgeführtes Beispiel zum Guten gegeben werden. Erklärungen im Sinne der friedlichen Politik der „offenen Türe“ genügen wenig, so lange im Lande selbst die schärfsten revolutionären Klassengegensätze bestehen, so lange das spekulative Privatkapital weiter fast alles beherrscht, im Auslande nach eigenem Ermessen die politischen Vorpostengefechte einleitet und in seiner Raffbegierde zu immer neuen Reibungen in der auswärtigen Politik führen muss. Man betrachtet notwendigerweise die ehrlichsten Friedensversicherungen mit Misstrauen, so lange die eigentliche Triebfeder zu den weitaus meisten Kriegen, die Habgier im Volke uneingeschränkt weiter wirken kann. Man beseitige diesen gefährlichen Kapitalismus in der Gesellschaft, man richte die Heimatpolitik im Sinne einer Wirtschaftspolitik unter Brüdern ein durch Anerkennung des Aequivalenzwertes auch in den Kolonien und selbst für Geschäfte im Auslande, welche nationalen Schutz beanspruchen; und kein denkender Mensch kann zweifeln, dass ein solches Land die Periode der Eroberungskriege tatsächlich abgeschlossen hat. Damit ist auch nicht im Entferntesten einem voreiligen Abrüstungsplane das Wort geredet. So lange noch mächtige Grossstaaten durchaus von kapitalistischen Anschauungen beherrscht werden, wäre jede Abrüstung auch der friedlichsten Staaten dem Selbstmorde gleichzuachten. Die Abrüstungsfrage kann eine Frage der praktischen Politik erst werden, wenn der Kapitalismus international der friedlichen Heimatpolitik hat weichen müssen.

Ausgangspunkt der internationalen Friedenspolitik muss also eine echte friedliche Heimatpolitik sein. Die ungleich bessere fortschrittliche Entwickelung dieses Volkes wird der wirksamste Apostel dieser Ideen sein. Das Institut der Austauschprofessoren wird die Ausbreitung dieser Umwandlungen fördern. Die grossen internationalen Agrarkongresse unter Mélines Führung erleichtern einer grösseren Zahl von Landwirten und Politikern den mündlichen Austausch über diese Fragen. Und eine besondere Aufgabe fällt hier der Welt-Agrar-Kammer in Rom zu. Zunächst mag sie damit beginnen, Berichte über bestehende organisatorische Einrichtungen innerhalb der verschiedenen Länder zu sammeln, die staatliche Statistik der landwirtschaftlichen Produkte für Anbau, Saatenstand, Ernte, Bewegung und Vorräte über die ganze Erde möglichst gleichförmig zu gestalten, sodass dem Welthandel eine bessere Weltstatistik sich praktisch anschliesst. Auch die Statistik der internationalen Arbeiterbewegung hat man bekanntlich in das Programm aufgenommen. Dann aber sollte die Weltagrarkammer beginnen — wie das von Vertretern des Bundes der Landwirte schon auf dem internationalen Agrarkongress in Budapest (1896) gefordert wurde — mit den grossen Irrtümern der kapitalistischen Preispolitik aufzuräumen durch den Nachweis, dass alle einseitigen Export- und Importtarifverbilligungen, alle Exportprämiengewährungen, alle Schuttabladungen der Syndikate (Dumpingsystem) im Auslande, alle übermässigen Schuldaufnahmen junger Kulturländer nur sehr vorübergehende Vorteile gewähren, um dann auch dem eigenen Lande schweren Schaden zu bringen. Auch innerhalb der Weltwirtschaft kann nur die brüderliche Auffassung nach dem Grundsatze des Aequivalenzwertes allen Beteiligten zum Besten gereichen. Die Welt-Agrar-Kammer verfügt über die erforderlichen internationalen amtlichen Beziehungen, um aus allen Ländern zu diesen Fragen das beste Material

zu sammeln und zutreffend zu verarbeiten. Der günstige Erfolg dieser Aufklärungsarbeit kann nicht ausbleiben. Die Welt-Agrar-Kammer würde auf diesem Wege das weltwirtschaftliche Ergänzungsinstitut der nationalen Transport-Tarifkommissionen werden und könnte so erfolgreich den alten Gedanken der gleichen Einheitssätze für Fern- und Lokalverkehr und der Beseitigung aller Exportbegünstigungen zur Durchführung bringen helfen. Neue Beziehungen zu den übrig gebliebenen Bestandteilen des ehemaligen Weltschiffahrtstrustes könnten die weltwirtschaftliche Transportfrage nach dem Kostenwerte auch auf dem Wasserwege lösen helfen. Die weiteren Fortschritte einer besseren Ordnung des internationalen Verkehrs werden naturgemäss Schritt halten mit dem friedlichen Ausbau der Heimatpolitik der Nationen. Eine wesentliche Verbesserung des internationalen Zahlungsverkehrs im Sinne des von Schraut'schen Vorschlages z. B. kann erst auf der Basis einer nationalen Reform der heutigen Kreditwirtschaft sicher aufgebaut werden. Erst mit all diesen Massnahmen fallen die Voraussetzungen, auf welchen die verschiedenen Kampfesmittel der Völker, wie Tarifermässigungen, Exportbegünstigungen, Kreditgewährungen, Schutzzölle, Gewehre und Kanonen, Festungen und Kriegsschiffe aufgebaut sind.

Schlusswort.

Es war ein langer, mühsamer Weg, reich an Enttäuschungen, Anfeindungen und Verleumdungen aller Art, aber auch reich an hochherzigen Unterstützungen und Förderungen, wie an produktiver Schaffensfreude, der mich zu diesem Schlusse geführt hat.

Eine besondere theoretische Volkswirtschaftslehre, welche notwendigerweise eine „Philosophie des Begriffes Volkswirtschaftslehre" sein müsste, bringe ich nicht. Denn die Nationalökonomie ist heute immer noch eine „praktische Wissenschaft", die in erster Linie praktisch politischen Zwecken dienen muss. Immer noch sind weite Gebiete dieses Faches empirisch nicht erwiesen. Hier muss deshalb heute die Formulierung vieler Thesen zur Formulierung von Hypothesen werden. Ich erinnere nur an die Lehre vom Zins, an die Lehre von der Lohnbildung, an die Proletarier- und Bevölkerungsfrage u. s. w. Was sich heute theoretische Nationalökonomie nennt, wird denn auch auf ungefähr allen Punkten von Anderen lebhaft bestritten. Das kann nicht anders sein. Für eine brauchbare Philosophie wird diese praktische Wissenschaft erst reif, wenn sie auf dem Wege des Wechsels zwischen empirisch-analytischer Untersuchung und synthetischer Zusammenfassung schliesslich eine „exakte" Wissenschaft geworden ist. (Vergl. Band I, Einleitung S. 3—15).

Ebensowenig konnten hier alle Details bis zur fertigen juristischen Formulierung ausgearbeitet werden. Ein „System der politischen Oekonomie“ muss notwendigerweise ein Globus der politischen Fragen sein. Bei der heutigen fast unübersehbaren Fülle von Monographien tut die Zusammenfassung zu einem organischen Ganzen am meisten not. Bei der heute herrschenden Vorliebe, überall Spezialfragen zu wittern und sie als solche zu behandeln, ist der vereinigende Beweis am dringendsten erforderlich, dass es auf wirtschaftlichem Gebiete gar keine eigentlichen Spezialfragen gibt. Es gibt nur ein spezielles Material. Aber jede Schlussfolgerung daraus darf schon nicht vergessen, dass ein Mensch kein Mensch ist! Es gibt keine volkswirtschaftlichen Fragen, die nur die Arbeiter, nur die Landwirte, nur die Industrie, nur den Handel oder die Bankwelt angehen. An jeder volkswirtschaftlichen Frage sind alle Menschen interessiert vom letzten Bettler bis zur Majestät. Ein solcher Beweis kann mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden, wenn die Beweisführung sich in solcher Kürze hält, dass der Durchschnittsleser am Ende ungefähr noch weiss, was er am Anfang gelesen hat. Deshalb namentlich sind aus den ursprünglich geplanten zehn Bänden nur drei Bände geworden. Der logische Aufbau dieses Systems bietet ausserdem den Vorteil, die Antwort auf eventuell nicht behandelte Fragen leicht aus dem Zusammenhange erschliessen zu können.

Wohl aber mag in diesem Schlussworte der Nachweis am Platze sein, wie die hier vertretenen systematischen Anschauungen nach und nach geworden sind:

Im Herbst 1882 schickte ich meine nationalökonomische Erstlingsarbeit dem ehemaligen österreichischen Minister Albert Schaeffle mit der Bitte, sie zu beurteilen. Auf Schaeffles Anregung folgten dann zwei weitere Abhandlungen nach, die alle in der „Tübinger Zeitschrift für die gesamte

Staatswissenschaft" (1883) erschienen sind. Schaeffle nennt diese Erstlingsarbeiten auf Seite 11, Note 2, seiner „Inkorporation des Hypothekarkredites" (1883) „grossgedacht und weitblickend." In diesen Abhandlungen war bereits „der Buchwert oder Sachverhalt als wahrer Wert" vertreten, ferner die Theorien: dass die Lohnfrage in erster Linie als Wert des Arbeitsprodukts des selbständigen Mittelstandes zu behandeln sei — dass dieser Arbeitslohn dann als volkswirtschaftlicher Lohnregulator für die Hilfsarbeiter funktionieren müsse und zwar durch Organisation des Aufsteigens der besseren Lohnarbeiter in eine selbständige Position — dass es an der Zeit wäre, den Individualkredit der Landwirte im Interesse einer rationellen Beseitigung des Wuchers durch eine gesellschaftliche Organisation des Kredits zu ersetzen — und dass die moderne Ordnung des Marktes mit landwirtschaftlichen Grundstücken einheitlich durch ganz Deutschland erfolgen müsse. Ich hatte damit zumeist Gedanken Ausdruck gegeben, welche Schaeffle in seiner Studierstube etwa gleichzeitig formuliert hatte. Seine „Inkorporation des Hypothekarkredits" (1883 erschienen) schlug die Aufhebung der Individualhypothek vor und enthält folgende charakteristische Sätze: „Der Staat könnte entweder durch die Aufsichtsbehörden oder durch die Landes- und Reichskorporationsausschüsse selbst fortlaufende öffentliche Nachweisungen der Pacht — und Eigentumsbewegungen des ganzen Reiches besorgen lassen, womit der wahre Landmarkt geschaffen wäre" (S. 35). — „Nicht der Ertrag von Arbeit und Kapital am Rande des isolierten Staates (von Thünen), noch der Ertrag des Rodungslandes am Rande der Zivilisation in Kolonialländern ist als die naturgemässe Vergeltung produktiver Arbeit und produktiver

Kapitalnutzung anzusehen, sondern der wirkliche Ertrag dieser beiden auf jedem einzelnen Gute ist die naturgemässe Vergeltung der produktiven Arbeit und Kapitalnutzung gerade auf diesem Gute" (S. 71) usw.

Es war mir sofort klar, dass diese neuen nationalökonomischen Lehrsätze erst dann ihre eigentliche Bedeutung enthüllen könnten, wenn sie systematisch zu Ende gedacht würden. Deshalb habe ich schon 1885 an Schäffle die erste Disposition zu meinem „System" einschicken können, die ich im wesentlichen bis heute beibehalten habe. Zunächst aber handelte es sich darum, durch eine lange Reihe von Monographien, zumeist auf der Basis einer Augenscheinnahme an Ort und Stelle, die vielen Vorstudien zu diesem Systeme auszuführen. 1885 erschien mein zweites Buch „Ueber das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes". Meine praktischen Vorschläge habe ich in dem Bericht an die 26. Wanderversammlung bayerischer Landwirte über „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform" (1886) an die Bedürfnisse der Praxis besser anzupassen versucht. Inzwischen war ich immer noch der Meinung, dass der Rückgang der Getreidepreise etwas Vorübergehendes sei, wie der Wandel guter und schlechter Jahre. Je mehr gleichzeitig die praktische Agrarpolitik sich auf das Thema „Getreideschutzzölle" beschränkte, desto energischer war ich bemüht, im Einklang mit meiner praktischen Erfahrung als Landwirt die zu hohen Grundpreise mit den zu hohen Grundschulden als die eigentliche Ursache der landwirtschaftlichen Notlage zu erweisen. So namentlich in einer Reihe von Spezialabhandlungen, welche 1882 bis 1886 in der Zeitschrift des landwirtschaftlichen Vereins für Bayern erschienen sind. Im Jahre 1887 konnte ich zum ersten Male in einer von der landwirtschaftlichen Hochschule in München preisgekrönten Abhandlung die Ueberwälzung

der Zölle auf das Ausland nachweisen. Diese, der herrschenden wissenschaftlichen Theorie entgegenstehende, Tatsache liess die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte als ein selbständiges Problem neben der Preisbildung und Verschuldung der landwirtschaftlichen Grundstücke erscheinen. Die Bearbeitung des Themas: „Handel und Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten in den letzten hundert Jahren in Bayern“ in einer offiziellen Denkschrift eröffnete mir den historischen Werdegang. Um auch die Gegenwart überschauen zu können, plante ich eine Studienreise durch die wichtigsten Getreideproduktionsländer der Erde. Schaeffles Gutachten an den Reichskanzler Fürst Bismarck, sagte: dass ich für diese Aufgabe der „bestvorbereitete deutsche Nationalökonom“ sei. Nicht weniger günstig lautete das Gutachten des Professor von Helferich in München für den Bayerischen Landwirtschaftsrat. Besondere Bedeutung schien Fürst Bismarck dem Umstande beizulegen, dass ich als Agrarier „nicht viel“ von den Schutzzöllen gehalten habe. Gut! Ich sollte bessere praktische Vorschläge als die Zölle von meinen Reisen zurückbringen. Auf einer mehrjährigen Tour (1888, 1889 bis 1890 im Frühjahr) habe ich dann eine gewaltige Summe von Eindrücken und Materialien gesammelt, aber es war unmöglich, daraus sofort ein neues positives Programm zu extrahieren. Die nächsten Schlussfolgerungen waren negativer Art. Als Fürst Bismarck aus dem Reichskanzleramte ausgeschieden war, gab ich im Juni 1890 ein sehr entschiedenes Gutachten an das Auswärtige Amt ab dahingehend, dass die geplante Getreidezollermässigung in hohem Masse bedenklich sei, weil weitere Preisrückschläge für Getreide sehr wahrscheinlich bevorstehen. In einer anderen Untersuchung (1891) erbrachte ich den Nachweis, dass statt eines Rückganges eine wesentliche Zunahme der inter-

nationalen Goldproduktion sicher zu erwarten sei. In weiteren Abhandlungen musste ich der damals allgemeiner behaupteten Ueberproduktion in landwirtschaftlichen Produkten entgegentreten usw. Als ich dann im Herbst 1894 als „wissenschaftlicher Berater" in die Getreidehandelskommission des Bundes der Landwirte berufen wurde, vertrat ich folgende Thesen:

1. Eine Ueberproduktion in Getreide gibt es nicht.
2. Die Notlage der Landwirte ist eine internationale, Grenzzölle sind deshalb kaum geeignet, die Ursache des herrschenden Uebels zu beseitigen.
3. Die Getreidepreise sind deshalb so ruinös, weil die Bildung der Preise in der Hand des internationalen Kapitalismus ruht.
4. Die Landwirte sollten darnach trachten, die Preisbildung ihrer Produkte selbst in die Hand zu nehmen.
5. Es wäre von grösster allgemeiner Bedeutung, dass sich die Landwirte international über diese Sätze verständigen und aussprechen könnten.
6. Als nächstes praktisches Ziel wäre die Abschaffung des Börsenterminspiels in Getreide ins Auge zu fassen.

Es ist bekannt, dass im Sommer 1896 das gesetzliche Verbot des Börsenterminspiels in Getreide im Deutschen Reichstage mit 200 gegen 33 Stimmen beschlossen wurde. Inzwischen war von mir — mit Zustimmung des Vorstandes des Bundes der Landwirte — dem preussischen Finanzminister, Dr. von Miquel, ein Memorandum über die mögliche Verbilligung des landwirtschaftlichen Personalkredits am 1. Februar 1895 überreicht worden, worauf bereits am 1. Oktober 1895 die „Preussenkasse" ihre segensreiche Tätigkeit begann. (Siehe: Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der Preussenkasse in Klapper's Agrarzeitung vom 31. Juli 1904). Im Sommer 1895 erhielt ich vom Bundesvorstande den Auftrag und

die Vollmacht, mit den landwirtschaftlichen Organisationen in Oesterreich und Ungarn, dann mit anderen Ländern, über den Inhalt meiner vorstehenden sechs Thesen zu verhandeln. Das Resultat war die besondere Vorbereitung des „Internationalen Méline'schen Agrarkongresses vom September 1896 in Budapest," auf welchem die aufgestellten Thesen begeisterte Zustimmung erfahren haben. Die gleichzeitig angestrebte Gründung eines „Internationalen landwirtschaftlichen Organes," das speziell der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte gewidmet sein sollte, gelang noch nicht. Berlin war als Sammelpunkt der internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung noch zu wenig beliebt. „Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser" (1895) brachte mich auf Wege, welche zu meiner Ueberraschung mich erkennen liessen, dass mein Buch- oder Sachwert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit der uralten Lehre von der Aequivalenztheorie identisch ist. Das Leiter-Corner-Jahr 1897/98 mit seinen wesentlich höheren Getreidepreisen, hat endlich international mit der falschen Getreideüberproduktionstheorie aufgeräumt. Meine Berufung nach Freiburg in der Schweiz bot Gelegenheit, von diesem neutralen Boden aus eine internationale Vereinigung der Agrarier zu versuchen. Die Regierung des Kanton Freiburg (Schweiz) und insbesondere Staatsrat Python, haben mir dabei die weitgehendste Unterstützung zugewendet. Ich konnte eine Getreidepreiswarte mit fünf Assistenten in Freiburg (Schweiz) einrichten, „Monatliche Nachrichten zur besseren Regulierung der Getreidepreise" (1906) in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen lassen und von Russland bis nach Nordamerika und Indien verteilen. Im Juni 1900 kam, unter wesentlicher Teilnahme des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte Dr. Roesicke, in Paris

die Gründung der „Internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise" unter dem Präsidium des Prinzen Georg zu Schönaich-Carolath, zustande. Aus der deutschen Ausgabe der „Monatlichen Nachrichten" wurde vom 8. Oktober 1901 ab die in Berlin erschienene Wochenschrift „Getreidemarkt", deren Bürokosten im Betrage von etwa 40000 Mark pro Jahr hauptsächlich vom Bund der Landwirte bestritten wurden. Ohne diese Hilfsmittel und die dadurch erst mögliche, jahrelange tägliche Beobachtung der wichtigsten Weltmärkte der Erde wäre das Zuendeführen dieses „Systems" nicht möglich geworden. Aus dem hier gesammelten Beobachtungsmaterial habe ich im Auftrage der „Internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung" 1904 die „Lehre von der Preisbildung für Getreide" verfasst, die inzwischen auch in ungarischer, französischer, italienischer und russischer Uebersetzung erschienen ist. Im Herbst 1904 kam der Nordamerikaner David Lubin auf seiner Reise nach Italien durch Paris, wo ihm durch Herrn Dr. H. Hailer von meinen internationalen landwirtschaftlichen Bestrebungen erzählt wurde. Die bereits ausgearbeiteten Vorschläge einer Welt-Getreidestatistik gesellten sich so zu seinem Plane einer internationalen Anregung zur besseren Organisation der Landwirtschaft. Am 24. Januar 1995 richtete der König von Italien seine bekannte „Initiative über Anregung des David Lubin" an den italienischen Ministerpräsidenten, um die Gründung der Welt-Agrar-Kammer in Rom in die Wege zu leiten. Die offizielle italienische Denkschrift, welche von der Leitung des, zur Gründung eines staatlichen Institutes einberufenen Kongresses in Rom (28. Mai 1905) veröffentlicht wurde, hat diese meine wesentliche Mitarbeit in vollem Umfange ausdrücklich anerkannt.

Inzwischen hatte eine bedeutsame persönliche Konferenz mit Minister Buchenberger in Karlsruhe im Jahre 1901 stattgefunden. Mit diesem hervorragenden Staatsmanne stand ich seit 1883 in lebhaftem Briefwechsel und Schriftenaustausch. Buchenberger hat von mir in der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 28. Oktober 1902 wörtlich erklärt: „Ein Nationalökonom, den Sie (zur rechten Seite des Hauses gewendet) zu den Ihrigen zählen, der seit Jahren für Ihre Interessen tätig ist, so viel ich weiss, auch im Interesse des Bundesder Landwirte tätig war, der das Studium der Getreideproduktion so zu sagen zu seinem Lebensberufe gemacht hat — hat vor längerer Zeit eine Schrift veröffentlicht, in der er auseinanderzusetzen sich bemühte, wie gefährlich der Optimismus der landwirtschaftlichen Bevölkerung sei, zu meinen, dass die agrarischen Leiden der Gegenwart gewissermassen aus dem einen Punkte des landwirtschaftlichen Zollschutzes sich heilen liessen"! — In meinen, von Freiburg in der Schweiz aus herausgegebenen internationalen „Monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise" habe ich im Jahre 1900 auf die „drohende kleinasiatische Konkurrenz" für den Getreidemarkt hingewiesen und betont, dass dieselbe die Weizenpreise in Mitteleuropa auf 59 Mark pro 1000 Kilo herabdrücken könnte, wenn diese Entwicklung nach Analogie der „argentinischen Konkurrenz" geleitet würde und dass dieser furchtbaren Gefahr gegenüber entweder durch entsprechend hohe Getreidezölle oder besser durch eine Aenderung in dem Entwicklungsverlaufe der kleinasiatischen Konkurrenz begegnet werden müsse. Die zuständigen Stellen haben den letzteren Weg gewählt, wie ich hier in Parenthese bemerken will. Mit diesem Minister Buchenberger hatte ich im Sommer 1901 eine längere persönliche Aussprache über mein politisches System.

Der Minister machte mich darauf aufmerksam, dass ein durchgreifendes Agrarprogramm für sich allein nicht bestehen könne, ebenso wie es für Fachleute ausgeschlossen sei, die eine Hälfte des menschlichen Körpers einer gründlichen Kur zu unterziehen, ohne die andere Hälfte zu berücksichtigen. Schon die Schuldentlastung der landwirtschaftlichen Grundbesitzer sei bedenklich, so lange jederzeit eine neue Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte eintreten könne, der unsere Zölle nicht gewachsen wären, oder der Zinsfuss bedeutenden Schwankungen unterliege, oder die börsenmässige Neugründung grosser Industrieen plötzlich wesentlich erhöhte Ansprüche an den heimischen Arbeitermarkt stellte. Ich gab zu, dass es deshalb notwendig sei, mein Agrarprogramm als „Reformprogramm für das ganze Volk“ zu Ende zu denken und zwar in Verbindung mit der Entwicklungsgeschichte aller bedeutsameren Kulturvölker. Buchenberger war daraufhin der Meinung, dass damit der Plan meines Systems zu gross würde, um durch die Arbeitsleistung eines Menschenlebens beendet zu werden. Nun ist es dennoch gelungen, zu Ende zu kommen, nachdem das Jahr 1906 noch dem Studium der Mühlensyndikate gewidmet worden ist. Aber diejenigen beiden deutschen Nationalökonomen, Schäffle und Buchenberger, welche auf den Werdegang dieses „Systems“ den weitgehendsten persönlichen Einfluss ausgeübt haben, deckt leider schon die kühle Erde.

Und nun noch ein Wort an die praktischen Politiker, denen ich in erster Linie diesen letzten Band unterbreite. Seit Ende der 70er Jahre ist unsere Gesetzgebung eine Verlegenheitsgesetzgebung. Mit immer neuen Novellen und immer zahlreicheren Spezialgesetzen versuchen die fortwährend wechselnden Majoritäten in den Parlamenten den immer dringenderen Reformbedürfnissen gerecht zu werden, ohne Rechenschaft darüber,

wo diese Massen von Spezialgesetzen enden werden. Unsere heutige Politik gleicht darin sehr den Restaurationsarbeiten am Glockenturm der Markuskirche in Venedig. Jahrhunderte hindurch hat sich hier die zuständige Bauverwaltung damit begnügt, alle neu entstandenen Risse und Abbröcklungen mit Mörtel zuzustreichen, ohne an eine gründliche Untersuchung der Fundamente heranzutreten, bis eines Tages der ganze Turm umgestürzt ist. Das Leben der Staaten und Völker erträgt erfahrungsgemäss keine Jahrhunderte lange Vernachlässigung der Fundamente, wenn die Wände erst einmal anfangen, rissig und brüchig zu werden. Athen hat im Jahre 477 v. Chr. den attischen Seebund gegründet und damit den Gipfel seiner Macht erreicht. Nur 73 Jahre später, nämlich im Jahre 404 v. Chr., musste es auf Gnade und Ungnade sich seinen Feinden ergeben. Rom hat im Jahre 168 v. Chr. die Eroberung der Mittelmeerländer vollendet. Nur 35 Jahre später (133 v. Chr.) beginnen schon die gracchischen Unruhen und 80 Jahre später (88 v. Chr.) die grossen Bürgerkriege. Portugal hat 1498 den Seeweg nach Ostindien gefunden und damit seine stolze Machtentfaltung als „Königin dreier Erdteile“ eingeleitet. Und schon 22 Jahre später wurden jene ungeheueren Korruptionen in seiner Kolonialverwaltung festgestellt, welche den Zusammenbruch dieser Weltherrschaft nicht nur begleitet, sondern direkt verursacht haben. Also wenige Jahrzehnte können im Volksleben nie wieder gut zu machenden Schaden anrichten. Seit etwa drei Jahrzehnten tastet unsere Zeit nach neuen wirtschaftspolitischen Prinzipien. Es dürfte deshalb gewiss nicht verfrüht sein, diese neuen zeitgemässen Grundsätze mit Bewusstsein in die gesetzgeberische Praxis einzuführen. Man hat die praktische Politik die „Kunst des heute Möglichen“ genannt und damit ihre täglichen Aufgaben richtig umgrenzt. Sache der Politik als Wissenschaft ist es, Bau und Leben

der kommenden Staats- und Gesellschaftsordnung systematisch zu ergründen und darzustellen. Von diesem Wollen wurde der Werdegang dieses Buches geleitet. Es bietet den praktischen Politikern vor allem neue, gut fundierte prinzipielle Gesichtspunkte, welche als Richtschnur der politischen Tagesarbeit sofort dienen können. Dieser Band bietet ferner den Nachweis des organischen Zusammenhanges der verschiedensten Einzelfragen. Die immer eilige Praxis lässt diesen Zusammenhang leicht ausser Acht und vernachlässigt damit das Wesentliche des Begriffes „volkswirtschaftliches Leben". Auch dieser Nachweis ist hier niedergelegt worden. Wenn aber endlich die Zeit der volkswirtschaftlichen Spezialfragen und des volkswirtschaftlichen Spezialistentumes überwunden sein wird und die praktisch-politische Tagesarbeit dann im Rahmen eines, von der Mehrheit gebilligten Zukunftsplanes sich abspielt, dann hoffe ich, dass in den deutschen Parlamenten sich möglichst Viele der Worte eines Schiller erinnern: „Das ist kein Mann, der, wo das Grössere zu gewinnen ist, am Kleinen sich genügen lässt!"

Berlin, im Februar 1908.





Verzeichnis der Schriften und grösseren Publikationen des Verfassers.

---

a) Selbständige Schriften:

1. Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik. 1883.
2. Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in seiner agrarischen und sozialen Bedeutung. 1885.
3. Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform. 1886.
4. Handel und Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten in Bayern in den letzten 100 Jahren, (ein Teil der offiziellen Denkschrift „Die Landwirtschaft in Bayern“). 1890.
5. Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik. 1894.
6. Agrarpolitische Leistungen des Herrn Professor Lujo Brentano. 1894.
7. Die internationale Notlage der Landwirtschaft. 1895.
8. Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser. 1895.
9. Grundsätze einer vernunftgemässen Getreidepolitik. 1896.
10. Zur Kritik des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches. 1896.
11. Zur Aufhebung der Blankotermingeschäfte in Getreide. 1896.

12. Zur Ausführung des § 50 Abs. 3 des neuen Börsengesetzes. 1896.
13. Ueber den Einfluss des Grosskapitals auf die Gestaltung der Getreidepreise. 1897.
14. Getreidepolitik der Päpste. 1898.
15. Möglichst billiger Kredit, rationelle Verschuldungsbeschränkung und richtige Wertschätzung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. 1899.
16. Bestrebungen auf dem Wege zu einem Weizenverkaufssyndikat der Landwirte. 1900.
17. Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz ein kapitalistisches Problem. 1900.
18. Monatliche Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise. Jahrgang 1900 und 1901.
19. Gegengutachten zu Professor Dr. Conrad's Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schliessenden Handelsverträgen. 1901.
20. Wochenschrift „Getreidemarkt", neue Folge der monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise. Jahrgang 1902, 1903, 1904.
21. Die Lehre von der Preisbildung für Getreide. 1904.
22. Das Entwicklungsprogramm der Preisbildung für Getreide. 1906.
23. Landwirtschaftliche Marktzeitung, neue Folge der Wochenschrift „Getreidemarkt." Jahrgang 1905, 1906, 1907, 1908.
24. Ueber die Organisation von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller. Denkschrift des Ausschusses zur Vorbereitung von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller. 1907.
25. Kolonialpolitik und Bauernpolitik in den letzten 2½ Jahrtausenden. 1907.
26. System der politischen Oekonomie. Band I und II. 1903 und 1906.

b) Abhandlungen in Zeitschriften.

1. Ueber die gesellschaftliche Organisation des landwirtschaftlichen Kredits. 1883.
2. Agrarpolitische Vorschläge auf Grund unserer geschichtlichen Rechtsbildung. 1883.
3. Vorschläge zur Regulierung der Grundschulden. 1883.
4. Ueber den Begriff „landwirtschaftliches Gewerbe“ in der Steuergesetzgebung. 1883.
5. Kritik der heutigen agrarpolitischen Vorschläge. 1883.
6. Aus den bäuerlichen Verhältnissen einer typischen Spessartgemeinde. 1884.
7. Zur Frage der Getreidezölle. 1884.
8. Von dem Einfluss der ökonomischen Kapitalsarten auf den Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes. 1885.
9. Von der Ermittelung der ökonomischen Grösse des Betriebserfolges in den landwirtschaftlichen Unternehmen. 1885.
10. Ueber Faktoren der Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte. 1885.
11. Volkswirtschaftliche Blüten aus der Schutzzolldebatte. 1885.
12. Ueber die Beschränkung der unbeschränkten Solidarhaft. 1885.
13. Tatsachen und Aussichten der ostindischen Konkurrenz. 1886.
14. Der Gedanke korporativer Kreditorganisation und seine Kritiker. 1886.
15. Die Agitation zur Verstaatlichung von Grund und Boden in Deutschland. 1886.
16. Einfluss der Reichsgesetzgebung auf die Entwicklung der bayerischen Landwirtschaft. 1887.
17. Das Mitwirkungsrecht der Einzellandtage bei der Instruktion der Bundesratsbevollmächtigten. 1888.

18. Die Verschuldungsstatistik des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Nordamerika. 1890.
19. Wirkung und Bedeutung der Getreidezölle. 1890.
20. Ursachen des Preisrückganges für Zucker, Fleisch, Käse und Wolle. 1890.
21. Geschichte der Schafzucht in Australien. 1890.
22. Vieh- und Fleischausfuhr aus Nordamerika. 1890.
23. Das Interstate Commerce-Law in Nordamerika. 1890.
24. Reisebriefe aus Indien und Australien. 1890.
25. Der achtstündige Arbeitstag in England. 1891.
26. Der achtstündige Arbeitstag und die Arbeiterschutzgesetzgebung der australischen Kolonien. 1891.
27. Die Zukunft des Goldes und die Sues'sche Theorie. 1891.
28. Die australisch-nordamerik. Landgesetzgebungen. 1892.
29. Aus der Praxis eines landwirtschaftlichen Grossbetriebs. 1893.
30. Die initiative Ernährung in der Aufzucht des Jungviehes. 1893.
31. Grundlinien des Verfassungs- und Verwaltungsrechtes im anglo-indischen Kaiserreich. 1893.
32. Die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik. 1894.
33. Das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz. 1894.
34. Die Agrarfrage als soziale Frage. 1894.
35. Lösung der Währungsfrage. 1894.
36. Zur Agrarfrage. Replik zu den Entgegnungen Geffken's. 1895.
37. Die Agrarfrage und das internationale Grosskapital. 1895.
38. Zur russischen Getreidekonkurrenz. 1896.
39. Das verpfändete Ungarn. 1896.
40. Das allerneueste Agrarprogramm von Prof. Sering. 1896.
41. Landwirtschaft und Sozialismus in England. 1896.
42. Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der Preussenkasse. 1904.

Anhang.

Ueber die Reitwechsel und den Akzeptkredit der Banken bringt Christians „Deutsche Oekonomie“ vom 21. März 1908 Ausführungen, denen wir die folgenden Sätze entnehmen: „Man braucht nur auf unsere Konkurse zu achten, um die Uebertreibungen des Kredits zu gewahren. Es ist stehende Regel, dass die Gläubiger nur wenige Prozente retten. Wenn 100000 Mark Schulden 20000 Mark Aktiva gegenüberstehen, so ist das schon ein recht günstiger Status. In einem solchen Falle hat der Konkursifex schon längst kein eigenes Vermögen mehr gehabt, er lebte und wirtschaftete schon lange auf Kosten seiner Gläubiger von dem ihm unrechtmässigerweise gewährten Kredit. Und dieser wurde ihm auch nur deshalb gewährt, weil er die Kreditoren über seine Verhältnisse zu täuschen vermochte. Gegen diese systematische Täuschungen, die man auch Betrug nennen könnte, sollte etwas geschehen. Bedenkt man, dass in Deutschland alljährlich über 10000 Konkurse eintreten, dass aber weitaus nicht alle Insuffizienzen zum Konkurse führen, dass vielmehr wohl die Mehrzahl derselben durch Vergleiche, Abzahlungen und Teilzahlungen erledigt wird, ein Teil auch sich dadurch erledigt, dass nicht einmal so viel Aktiva vorhanden sind, um die Kosten des Konkursverfahrens zu decken, so ist wohl nicht zu bestreiten, dass die unberechtigte Kreditwirtschaft bei uns einen Umfang hat, der wohl zum Einschreiten dagegen auffordert. Ein solches Einschreiten ist schwierig. Dem Kreditgeber steht immer sein Verlangen im Wege, Geschäfte zu

machen. Dadurch wird er meist wirksam verhindert, von dem Kreditsuchenden den Nachweis zu fordern, dass er für den Kredit auch Sicherheit bietet. Nur ganz grosse Unternehmungen können einen solchen Nachweis fordern. Bei der grossen Mehrheit der Kreditgeber aber muss zu einer allgemeinen Verbesserung der Informationsmittel der Wille hinzutreten, auf Geschäfte zu verzichten, die mit zu grossem erkennbaren Risiko verbunden sind. Am schlimmsten und folgenschwersten sind die Uebertreibungen im Wechselkredit, soweit er keine Warengeschäfte zur Unterlage hat, sondern lediglich der Geldmacherei dient. Hierdurch wird das nationale Betriebskapital in Anspruch genommen und der Leihwert des Geldes in die Höhe getrieben. Die Reitwechselfabrikation ist viel bedeutender, als man gemeinhin glaubt. So nennt man die Wechselmacherei in den unteren Geschäftskreisen, wo im einzelnen nur mässige Beträge fabriziert werden, die sich im Ganzen aber bedeutend summieren. Höher hinauf in grossen Betrieben verzichtet man auch nicht auf diese Art von Geldbeschaffung. Man betreibt sie nur in grösserem Stile. Und wenn der Geschäftsmann sieht, dass sein Geschäft gut geht, so reizt ihn auch der leichte Gewinn an der Börse, er kauft Aktien und bezahlt sie entweder nur zum Teil oder er macht das Kapital durch Trassierung von Wechseln wieder flüssig d. h. er setzt Wechsel in die Welt, während er mit seinem Kapitale anderwärts spekuliert. *Es ist unbestreitbar, dass im deutschen Geschäftsleben viel zu sehr mit Kredit gearbeitet wird und darauf beruhen unsere hohen Zins- und Diskontsätze.* So lange man das eine nicht ändern will, muss man das andere sich gefallen lassen. . . . . Jedenfalls kann ein irrationeller Akzeptverkehr nicht dadurch gerechfertigt werden, dass er zur Erhaltung der Bankiers notwendig sei. Und irrationell, wirtschaftlich unberechtigt ist ein grosser Teil des Akzeptverkehrs, wie er sich in den beiden letzten Jahrzehnten gestaltet hat. . . . *Immer kommt die Konkurrenz unter den Banken in Betracht. Sie ist es, welche den Akzeptmissbrauch so hoch gesteigert hat. Und dies hängt wieder mit dem allgemeinen*

Kreditmissbrauch unserer Geschäftswelt zusammen. Dieselbe ist bei uns daran gewöhnt, Kredit in jeder Form bis zur äussersten Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. Eine der schlimmsten Seiten unseres heutigen Geschäftslebens ist es, dass die Konkurrenz immer weiter beschränkt und systematisch ausgeschaltet wird. Dadurch verschwindet der Einzelunternehmer immer mehr und geht unter in der Masse der Angestellten grosser Gesellschaften und Vereinigungen. Hierdurch wird die Lücke immer mehr ausgefüllt, welche die gebildeten Mittelschichten von der Sozialdemokratie trennt. Diese Entwickelung wird mächtig gefördert, wenn auch im Bankwesen die Konkurrenz vernichtet wird und eine Vertrustung und Kartellierung alles beherrscht. Jeder weitere Schritt auf diesem Wege rückt das Bankwesen immer entschiedener in die allgemeine soziale Interessensphäre, wo das allgemeine Stimmrecht herrscht.

